



universität
wien

DIPLOMARBEIT/ DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit/ Title of Diploma Thesis

Die Macht des Wortes! Die persuasive Funktion
politischer (Wahlkampf-)Kommunikation.
Darstellungspolitik als wesentlicher Bestandteil
politischer Partizipation

Eine sprachwissenschaftliche Analyse

verfasst von/submitted by

Silke Theresia Huber

angestrebter akademischer Grad/in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2016/ Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt/
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt/
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch/ UF Geschichte,
Sozialkunde, Politische Bildung

Betreut von/ Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit bestätige ich, die vorliegende Arbeit eigenständig verfasst und entsprechend der Richtlinien redlichen wissenschaftlichen Arbeitens der Universität Wien sorgfältig überprüft zu haben.

Sämtliche direkte sowie indirekte Zitate wurden als solche gekennzeichnet und alle verwendeten Quellen im Quellenverzeichnis aufgelistet. Diese Arbeit wurde bisher an keiner anderen Universität zur Erlangung einer Leistungsbeurteilung vorgelegt.

Zur besseren Lesbarkeit sei an dieser Stelle erwähnt, dass der vorliegende Text keinerlei gendergerechten Formulierungen beinhaltet. Verwendet wird ausschließlich das generische Maskulinum. Es wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die gewählten Formulierungen stets auf beide Geschlechter beziehen.

Politik, das ist die Freistatt, wo Verbrechen, die sonst Gefängnis oder Tod zur unvermeidlichen Folge hätten, wo Verrätereien, die sonst zu flammender Empörung aufriefen, wo Lügen, die sonst im allgemeinen Hohngelächter untergingen, nicht nur von diesen sonst natürlichen Konsequenzen bewahrt zu bleiben pflegen, sondern wo all diese Verbrechen, Verrätereien und Lügen als durchaus natürliche, wenn nicht gar rühmenswerte Bestätigungen der menschlichen Natur angesehen werden.

Arthur Schnitzler

*Anders sein und anders scheinen,
anders reden, anders meinen,
alles loben, alles tragen,
allen heucheln, stets behagen,
allem Winde Segel geben,
Bös und Guten dienstbar leben,
alles Tun und alles Dichten
bloß auf eigne Nutzen richten:
Wer sich dessen will befleißigen,
kann politisch heute heißen.*

Friedrich von Logau

DANKSAGUNG

Fleiß, Engagement, Disziplin sowie Ehrgeiz gelten seit jeher als wesentliche Stützpfeiler erfolgreichen Arbeitens. Diesem Credo treubleibend, verdanke ich den Umstand, nun nicht nur meine schulische Laufbahn erfolgreich hinter mich gebracht zu haben, sondern zudem, wenn auch mittels Umwege, ein durchaus interessantes Studium.

Mein Dank richtet sich zu allererst an meine Familie, die mich während meiner langjährigen Ausbildungszeit nicht nur finanziell großzügig unterstützte, sondern auch immer wieder in meinem enthusiastischen Schaffen eminent bestärkte. Ein großes Dankeschön gebührt auch Herrn Mag. Bernd Franz, der mir stets mit Rat und Tat sowie als reliabler Mentor zur Seite stand und mir meine ersten Gehversuche als künftiger Deutsch-Pädagoge ermöglichte.

Bedanken möchte ich mich zudem noch bei Herrn Prof. Mag. Dr. Peter Ernst für die Betreuung meiner Arbeit sowie die fachliche Unterstützung in Form richtungsweisender und umfangreicher Literaturtipps und Informationen.

Abschließend möchte ich noch einem ganz besonderen Menschen danken, dem ich zugleich diese Arbeit widme - meinem Vater, Bruno Müller, mit dem ich, zu meinem großen Bedauern, deutlich zu wenig Zeit verbringen durfte, der aber - so bin ich mir sicher - auf einer großen, gemütlichen Wolke sitzend - stets ein wachsames Auge auf meine Lieben und mich werfen und immer einen wichtigen Platz in meinem Leben innehaben wird.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	8
EINLEITUNG	9
I. THEORETISCHER BEZUG:	12
1. Einführung in die Politolinguistik	12
1.1. Methoden und Arbeitsfelder der Politolinguistik	16
1.2. Theorien der Politolinguistik.....	18
2. Die politische (Wahlkampf-)Kommunikation	20
2.1. Merkmale und Funktion politischer Kommunikation	25
2.1.1. Merkmale der politischen Kommunikation nach Girnth.....	26
2.2. Politische Kommunikation als Persuasion	32
2.2.1. Die vier Grundfunktionen politischen Sprachhandelns	33
2.2.2. <i>Persuasion</i> und <i>persuasive Textsorte</i> in der Politik	35
2.2.3. Wahlkampfkommunikation als persuasiver Akt	37
2.2.3.1. <i>Spezifikation</i>	38
2.2.3.2. <i>Elaborationstypen</i>	39
2.2.4. Charakteristika der Wahlkampfkommunikation	42
2.2.5. Persuasive Textsorten im Wahlkampf.....	45
2.2.5.1. <i>Wahlplakate und Slogans</i>	45
2.2.5.2. <i>TV-Debatten</i>	47
II. PRAKTISCHER BEZUG	49
3. Untersuchungsmaterial.....	49
3.1. FPÖ.....	50
3.2. Grüne	51

4. Analyseverfahren	52
4.1. Vorgehensweise	53
5. Analyse politischer Sprachstrategien.....	56
5.1. Begriffe besetzen	58
5.2. Nomination	60
5.3. Anspielungen und Implikaturen.....	63
5.4. Indexikalische Ausdrücke und Pronomina	65
5.5. Nonverbale Kommunikation.....	65
5.6. Argumentationsstrategien	67
6. Pragmatisch-semantische Analyse.....	69
6.1. Der politische Wortschatz in der Öffentlichkeit	70
6.1.1. Schlagwörter	74
6.1.2. Schlüssel- und Symbolwörter	77
6.1.3. Ideologiesprache und Manipulation	78
6.1.4. Euphemismen	81
6.1.5. Metapher	83
7. Durchführung der Analyse	87
7.1. Wahlplakate - FPÖ	87
7.1.1. Wahlplakatanalyse - Tabellarische Aufstellung I (FPÖ).....	88
7.2. Wahlplakate - Grüne	91
7.2.1. Wahlplakatanalyse - Tabellarische Aufstellung II (GRÜNE)	92
7.3. TV-Duell	96
7.3.1. Beiträge - Eva Glawischnig.....	96
7.3.2. Beiträge - HC Strache.....	109

III. ERGEBNISSE	120
8. Die Wahlplakate und der politische Wortschatz	123
9. Das TV-Duell und der politische Wortschatz	124
10. Ergebnisse zur Wahlkampfkommunikation	127
11. Ergebnisse zu den politischen Sprachstrategien.....	138
IV. RESÜMEE	143
V. QUELLENVERZEICHNIS	145
VI. ANHANG	150
12. ORF TV-Konfrontation zur Wahl 2013 (HC-Strache vs. Eva Glawischnig) - Transkript.....	150
13. Lebenslauf	172
VII. ABSTRACT.....	173

VORWORT

Die Idee einer sprachwissenschaftlichen Abhandlung aus dem Bereich der Politolinguistik keimte bereits innerhalb eines aus dem Jahr 2009 absolvierten Proseminars mit dem Titel „Sprache und Gesellschaft“ an der Karl-Franzens-Universität Graz auf. Seit jeher blieb das Interesse an der politischen Sprache, der Politik im Allgemeinen sowie der Sprachwissenschaft ungebrochen, was diese zugebenermaßen noch äußerst junge Teildisziplin der Linguistik umso mehr als würdige Thematik für die finale akademische Metamorphose prädestiniert.

Trotz ihrer - im Vergleich zu anderen Teilgebieten der Sprachwissenschaften - „Jugendhaftigkeit“ handelt es sich bei der Politolinguistik keineswegs um ein stiefmütterlich behandeltes Sprachgebiet. So wuchs das Interesse an der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Politik und Sprache im Laufe der letzten Jahrzehnte stetig an, was sich auch in den bis dato bereits zahlreich erschienen wissenschaftlichen Abhandlungen - wie etwa jene von Josef Klein oder Heiko Girnth - deutlich zeigt.

Politik sowie Sprache entpuppen sich, unabhängig voneinander, als ein komplexes, nahezu undurchsichtiges Feld. Zwar lässt sich die Funktion ersteres, so Luhmann, kurz und knapp als das *Treffen kollektiv bindender Entscheidung*¹ definieren, jedoch sind derlei Entschlüsse von vielerlei prägnanten Voraussetzungen abhängig. In diesem Zusammenhang sei vor allem die *politics*, die verfahrensmäßige Dimension bzw. der Prozess, d.h. die Art und Weise des politischen Handelns, die sprachlichen Strategien des Durchsetzens, des Machterhalts, des Machterwerbs sowie des Umgangs mit Machtverlust und/oder Machtlosigkeit gemeint, auf die in der folgenden wissenschaftlichen Abhandlung etwas konkreter eingegangen werden soll, um einen besseren Einblick in die sprachliche Vorgehensweise von Politikern in der Öffentlichkeit zu erhalten sowie sich bei künftigen politischen Konfrontationen (z.B. Wahlen) nicht nur von durch intelligentes Sprachspiel seitens der Politik geweckten Emotionen leiten zu lassen.

¹ Klein, Josef: Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze. Bd. 23. Berlin: Frank und Timme 2014. (Sprachwissenschaft) S. 8

EINLEITUNG

*Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Reden nicht;
stimmen die Reden nicht, so kommen die Werke nicht zustande;
kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht;
gedeihen Moral und Kunst nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen.*²

Die Sprache bildet die Grundlage unseres Denkens und stellt als solches ein wesentliches Charakteristikum des Menschen dar. Sie ermöglicht es, unsere Gedanken, Emotionen und Wünsche auszudrücken und erweist sich somit als eines der mächtigsten Mittel, welches dem Menschen - gegenüber dem Tier - zugänglich ist.

Der Mensch ist nur Mensch durch Sprache heißt es schon bei Wilhelm von Humboldt, welcher das Menschsein exklusiv vom Sprachbesitz abhängig macht. Er apostrophiert *Sprache* als eine genetisch gegebene Fähigkeit der Produktion des Denkens, welche einzig und allein dem Menschen als *zoon logon echon* eigen ist.³ Erweitert um den Faktor Macht, kommt der Politik, um die es - verbunden mit dem sprachlichen Aspekt - in der vorliegenden Arbeit konkret gehen soll, in diesem Zusammenhang nun eine besondere Bedeutung zu. So spielt die Sprache, wie bei jeder Art der Kommunikation, selbst in der Politik eine zentrale Rolle. Politik und Sprache sind untrennbar miteinander verbunden, was sich bereits in der Ausübung typischer politischer Tätigkeiten - allen voran in den Massenmedien - deutlich zeigt. Wahlkampfreden, TV-Debatten, Wahlplakate - sie alle gelten als sprachliche Tätigkeiten, welche allesamt als sprachliche Handlungsweisen kategorisiert werden können. Sprache stellt, dem Axiom Girnths zustimmend, somit nicht nur ein bloßes Instrument der Politik dar, sondern ist sie einzig auf diese Weise möglich.⁴

Die Sprache, so Greiffenhagen, gilt daher nicht nur als ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern erweist sie sich als jenes Element, in dem sich sein Beruf vollzieht:

² Oberreuter, Heinrich: Politische Kommunikation als Sprachstrategie. Zur demokratischen Bestimmung inhaltsbezogener Rhetorik und ihrer Krise. http://www.kas.de/wf/doc/kas_29258-544-1-30.pdf?111128124104 [Stand 2015-08-08].

³ Trabant, Jürgen: Der Mensch ist nur Mensch durch Sprache. http://www.graniczne.amu.edu.pl/PPGWiki/attach/2.%20Sitzung/Der%20Mensch%20ist%20nur%20Mensch%20durch%20Sprache_Trabant.pdf [Stand 2015-08-12].

⁴ Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014. S. 11

*Was er auch tut, ... stets arbeitet er mit dem geschriebenen, gelesenen, gehörten oder gesprochenen Wort... Das Leben des Politikers ist reden, schreiben, lesen ...*⁵

Schon im aristotelischen Werk *Politik* wird der Mensch, ob seiner sprachlichen Fähigkeit, als politisches Wesen postuliert:

So ist klar, [...] daß der Mensch von Natur aus ein politisches Wesen ist; [...] Und warum der Mensch ein politisches Wesen in höherem Maß ist als jede Biene oder irgendein Herdentier, ist klar: Die Natur macht, wie wir behaupten, nichts ohne Absicht; und der Mensch ist das einzige Wesen mit Sprache. Sicherlich, die bloße Stimme schon zeigt Schmerz und Lust an und ist auch den anderen Lebewesen eigen [...]; die Sprache dagegen ist dazu bestimmt, das Nützliche und Schädliche mitzuteilen und so auch das Gerechte und Ungerechte. Dies ist nämlich dem Menschen im Gegensatz zu den anderen Lebewesen eigentümlich, daß allein er die Wahrnehmung des Guten und Schlechten, des Gerechten und Ungerechten und anderen Moraldinge besitzt, und die Gemeinsamkeit in diesen Dingen schafft das Haus und den Staat.⁶

Auf der These Aristoteles' aufbauend, lässt sich, so Strauß/Haß und Harras, selbst die Politik als *das staatliche oder auf den Staat bezogene Handeln und Reden* definieren.⁷ Ausgehend davon, liegen der vorliegenden Diplomarbeit gleich mehrere wesentliche Forschungsfragen zugrunde, welche sich wie folgt zusammensetzen: Welche sprachlichen Mittel, welche sprachlichen Merkmale sind kennzeichnend für die politische Sprache? Was zeichnet politisches Sprechverhalten in der Darstellungspolitik aus? Inwiefern unterscheidet sie sich von anderen Sprachformen? Wie lässt sich der politische Sprachgebrauch konkret definieren? Wie wirken Wahlplakate - basierend auf ihrer sprachlichen Gestaltung - auf den Wähler? Welcher Eindruck wird vermittelt? Welche politischen Strategien bzw. Ziele werden damit verfolgt? Lassen sich hinsichtlich ihrer sprachlichen Gestaltung Unterschiede, Gegensätze oder gar Übereinstimmungen feststellen? Hebt sich eine Partei durch ihre Wahlwerbung besonders ab?

Die vorliegende Arbeit widmet sich vornehmlich der sprachlichen Analyse öffentlich-politischen Sprechhandelns bzw. der dafür notwendigen Kommunikationsmittel, wie

⁵ Heringer, Hans Jürgen: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik. Sprache. Moral. München: Beck Verlag 1990. (Beck'sche Reihe 425) S. 10

⁶ Heringer, Hans Jürgen: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik. Sprache. Moral. München: Beck Verlag 1990. (Beck'sche Reihe 425) S. 8

⁷ Mikotajczyk, Beata: Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation. Dargestellt an polnischen und deutschen Texten zum EU-Beitritt Polens. Bd. 3. Frankfurt/ Main: Peter Lang 2004. (Posener Beiträge zur Germanistik) S. 13

sie ausschließlich in der *Darstellungspolitik*, die sich vor allem durch die Erzeugung von Aufmerksamkeit kennzeichnet, vorzufinden ist. Es handelt sich somit um eine genaue Auseinandersetzung einer auf die Öffentlichkeit ausgerichtete, medienvermittelte Politik.

Die sprachliche Analyse politischer Sprache zählt zu den wesentlichen Forschungsgebieten der Politolinguistik. Darauf basierend, baut auch die vorliegende Arbeit auf, die sich aus zwei Bereichen zusammensetzt: dem theoretischen ersten Teil, welcher die beiden Kapitel „Einführung in die Politolinguistik“ und „Die politische (Wahlkampf-)Kommunikation“ beinhaltet, in denen zunächst die wesentlichen Grundpfeiler der Politolinguistik wie Methoden, Arbeitsfelder und Theorien als auch die Merkmale, Grundfunktionen und die Charakteristika politischer (Wahlkampf-)Kommunikation genauer erklärt werden sollen, und dem praktischen zweiten Teil, welcher schließlich den Kern meiner Untersuchungen darstellt. Im Fokus der vorliegenden Diplomarbeit liegt ausschließlich die Analyse strategischer Aspekte des politischen Sprachgebrauchs auf der Ebene der Lexik und der rhetorischen Mittel. Als für die sprachliche Analyse notwendigen Gegenstandsbereiche sollen sowohl einzelne Strategien politischer Kommunikation als auch der politische Wortschatz, auf welche im Folgenden noch näher eingegangen wird, und deren Gebrauch in der Öffentlichkeit dienen. Damit verbunden ist es unerlässlich, gleichermaßen einen Einblick in den medialen Wahlkampf in Form altbewährter Wahlplakate oder in immer beliebter werdender politischer TV-Duelle zu geben.

Ich hoffe, mit meinen Darstellungen einen politolinguistischen Beitrag im Bereich der „politics“ mit analytischen, sprach- sowie kommunikationskritischen Ausprägungen leisten zu können sowie - als weiteres Ziel - die bis dato in dem vorliegenden Forschungsfeld kaum berücksichtigte mediale Präsenz der politischen Sprache verstärkt in das Zentrum sprachwissenschaftlichen Interesses zu rücken. Die Verbalisierung politisch relevanter Themen sowie die Applikation seitens unterschiedlicher Akteure sind kennzeichnend für eine politische Textsorte. Besondere Aufmerksamkeit gilt es in diesem Sinne vor allem der öffentlich-politischen Kommunikation und der damit verbundenen persuasiven Funktion politischer Sprache zu schenken.⁸

⁸ Vgl. Mikatoajczyk, Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation, S. 56

I. THEORETISCHER BEZUG

1. Einführung in die Politolinguistik

Die Politolinguistik ist ein sehr junges Teilgebiet der Linguistik, die sich erst in den 80er-Jahren richtig zu etablieren begann. So handelt es sich hierbei nicht bloß um die Sprache der Politiker, d.h. das Sprechen und Schreiben von Politikern, sondern sie umfasst bis dato auch zahlreiche andere Forschungsfelder und -themen wie beispielsweise die Erforschung politischer Textsorten, politische Semantik, politische Begriffe oder aber politische Sprach- und Argumentationsstrategien.⁹ Hierbei gilt es zudem darauf zu achten, den öffentlichen Sprachgebrauch, d.h. die Rolle der Massenmedien nicht sofort kategorisch auszuschließen. Vor allem wenn man bedenkt, woher die Bürger (sprich Wähler) ihr politisches Wissen über politische Vorgänge sowie ihre Einstellungen konkret beziehen. Seriöse Massenmedien wiederum legen in der Regel großen Wert auf die Trennung von Information und Meinungsbildung, was sich ferner in diversen verwendeten Textsorten wie beispielsweise Nachrichtentexten (informierend) bzw. Kommentaren (meinungsbildend) deutlich zeigt. In der Kommunikationswissenschaft wird dieser Vorgang als *Agenda-Setting* bezeichnet. Konkret bedeutet dies, dass wir all die Dinge, die wir über die Welt bzw. die Gesellschaft zu wissen vermögen, in erster Linie durch Medien, welche wiederum die Auswahl der zu veröffentlichenden Themen begrenzen sowie - damit verbunden - deren politische Priorität festlegen, erfahren. So kann davon ausgegangen werden, dass sich die Präsenz eines Politikers im Fernsehen vorteilhaft auf dessen Wahlkampf auswirken kann. Daraus ergibt sich, dass sich die Politolinguistik nicht einzig und alleine auf die Sprache der Politiker beschränken kann bzw. darf. Darüber hinaus gilt es zudem zu klären, was überhaupt unter *politisch* bzw. *Politik* genau zu verstehen ist.¹⁰

Grundsätzlich gibt es viele unterschiedliche Definitionen von Politik, welche jeweils verschiedene Schwerpunkte beinhalten. Für die vorliegende Arbeit sowie um den Gegenstandsbereich der Politolinguistik möglichst genau zu erläutern, erweist sich die *schlanke* Definition als die geeignetste Option. Diese Version, so Niehr, definiert *Politik* bzw. *politisch* als jenes politische Handeln, welches sämtliche Handlungs-

⁹ Vgl. Mikatoajczyk, Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation, S.13

¹⁰ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 15

weisen von Individuen oder Gruppen miteinander und sowohl staatlich als auch auf den Staat bezogen sein kann. Sprachliches Handeln bezieht sich somit nicht einzig auf unterschiedliche Interessensverbände (z.B. Gewerkschaft, Lobbyverbände), sondern schließt gleichermaßen Einzelpersonen sowie den Staat mit ein. So gesehen können Bürger beispielsweise durch die Abgabe von Wahlzetteln und der Teilnahme an politischen Diskussionen ebenfalls jederzeit politisch handeln.¹¹

In diesem Sinne beschäftigt sich die Politolinguistik mit politischer Sprache, welche sich wiederum in mehrere sprachliche Teilbereiche gliedert sowie diese gleichermaßen miteinander bezieht, und nicht exzeptionell dem bloßen Sprachgebrauch von Politikern.¹²

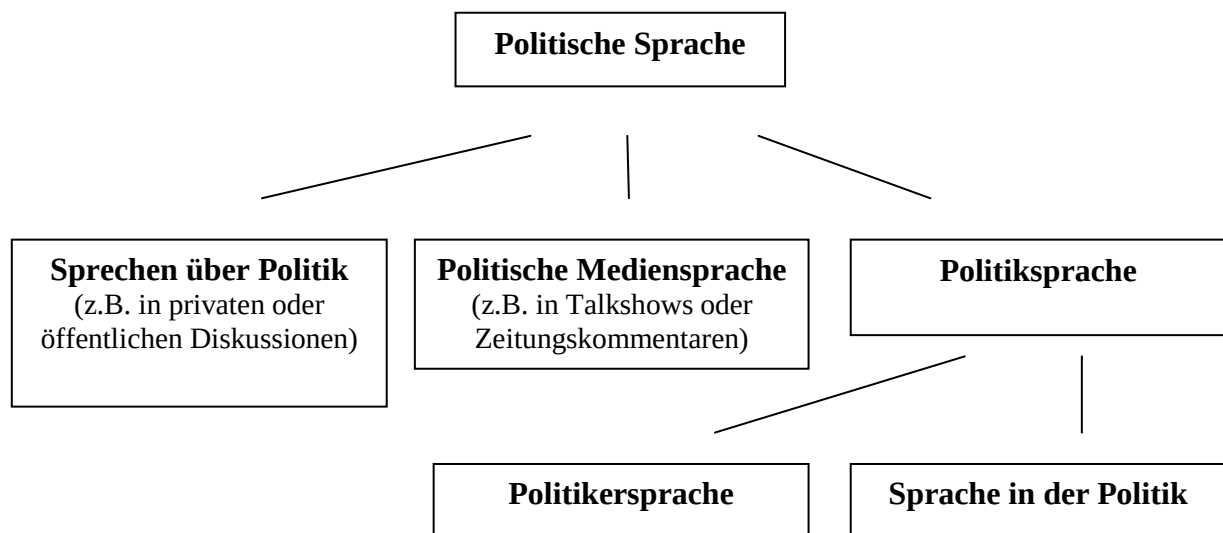


Abb. 1: Gegenstandsbereich der Politolinguistik nach Burkhard

Während die *Politische Sprache*, so Burkhardt, jene Kommunikation umfasst, die mit dem Thema *Politik* zu tun hat, steht bei der *politischen Mediensprache* sowie dem *Sprechen über Politik* verstärkt der Initiator der Kommunikation im Mittelpunkt. Hierbei handelt es sich in der Regel um Personen, welche zwar kein politisches Amt bekleiden, jedoch über diverse politische Prozesse, Abläufe und Ereignisse berichten bzw. (miteinander) darüber sprechen. Darunter fallen nun in erster Linie der politi-

¹¹ Vgl. ebda, S. 15f

¹² Vgl. ebda, S. 16f

sche Journalismus sowie die sogenannte Laienkommunikation über Politik, welche im Regelfall sehr stark auf der Alltagskommunikation beruht, da sie zumeist nur im privaten Umfeld wie etwa innerhalb des Freundeskreises stattfindet.¹³

Gänzlich anders verhält es sich hingegen bei der *Politiksprache*, die sich vor allem durch einen starken Initiierungscharakter seitens der Politiker auszeichnet. Mit *Sprache in der Politik* ist, nach Burkhardt, die politische Binnenkommunikation gemeint, die singulär die institutionelle Kommunikation umfasst und die Öffentlichkeit ausschließt. Die *Politikersprache* bzw. Außenkommunikation wiederum findet ausschließlich in der Öffentlichkeit statt. Als wesentliche Beispiele lassen sich hierbei etwa das Wahlplakat, öffentliche Reden oder öffentlich übertragene Podiumsdiskussionen nennen. Auf dieser Ebene gilt es nun die Frage zu stellen, mit wem konkret kommuniziert wird - etwa mit anderen Politikern, mit der Öffentlichkeit oder etwa mit Interessensverbänden (z.B. der Lehrgewerkschaft).¹⁴

Die Politikersprache umfasst, laut Burkhardt, nun sämtliche kommunikativen Akte, in denen ein Politiker entweder als Emittent eines öffentlichen Textes oder als ein Teilnehmer eines öffentlichen Gesprächs aktiv in Erscheinung tritt.

Gleichzeitig agieren Politiker stets als Imageträger jener Partei, derer sie angehören. Die Zugehörigkeit sowie, ob jemand in seiner Rolle als Politiker handelt, lässt sich in der Regel mittels eines Partei- bzw. Regierungslogos und/oder durch Selbst- und Fremdbeschreibungen, wie es beispielsweise in diversen TV-Duellen der Fall ist, eruieren. Je besser es einem Politiker einer Partei gelingt, sein eigenes Imagekonzept mit jener der ihm angehörigen Partei zu verbinden, umso geeigneter erweist er sich als Repräsentant seiner Partei.¹⁵

Eine besondere Rolle kommt auch der Wahlkampfkommunikation, die einen wesentlichen Bestandteil der Politikersprache bildet und um die es in der vorliegenden Arbeit, wie bereits einleitend erwähnt, ebenfalls gehen soll, zu.

An dieser Stelle sei ergänzend festgehalten, dass sich jede Form von Wahlkampfkommunikation stets an die Öffentlichkeit richtet. Daran beteiligt sind hauptsächlich Politiker. Damit verbunden gilt es jedoch gleichermaßen darauf hinzuweisen, dass -

¹³ Roock, Arne: Wahlkampf. Eine linguistische Analyse strategischer Kommunikation. Bd. 31. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2011. (Sprache in der Gesellschaft. Beiträge zur Sprach- und Medienwissenschaft) , S. 25

¹⁴ Vgl. ebda, S. 26f

¹⁵ Vgl. ebda, S. 27f

im umgekehrten Fall - nicht jede Form der Politikersprache eine Wahlkampfkommunikation darstellt. In diesem Fall muss zwischen der Wahlkampfsprache zur Wahlkampfzeit und der politischen „Alltagssprache“, die im Regelfall außerhalb des Wahlkampfes vorherrscht, unterschieden werden. So wird vor allem in Vorwahlzeiten ein deutlich „robusterer Ton“ angeschlagen. Diese sogenannte „heiße Phase“ verdeutlicht sich zudem durch eine verstärkte Präsenz im öffentlichen Rundfunk sowie durch das verstärkte Anbringen von Wahlplakaten an öffentlichen Plätzen.¹⁶

Diesen Umstand folgend, lässt sich Burghardts Unterteilung des Bereichs *Politische Sprache* um drei zusätzliche Bereiche erweitern:¹⁷

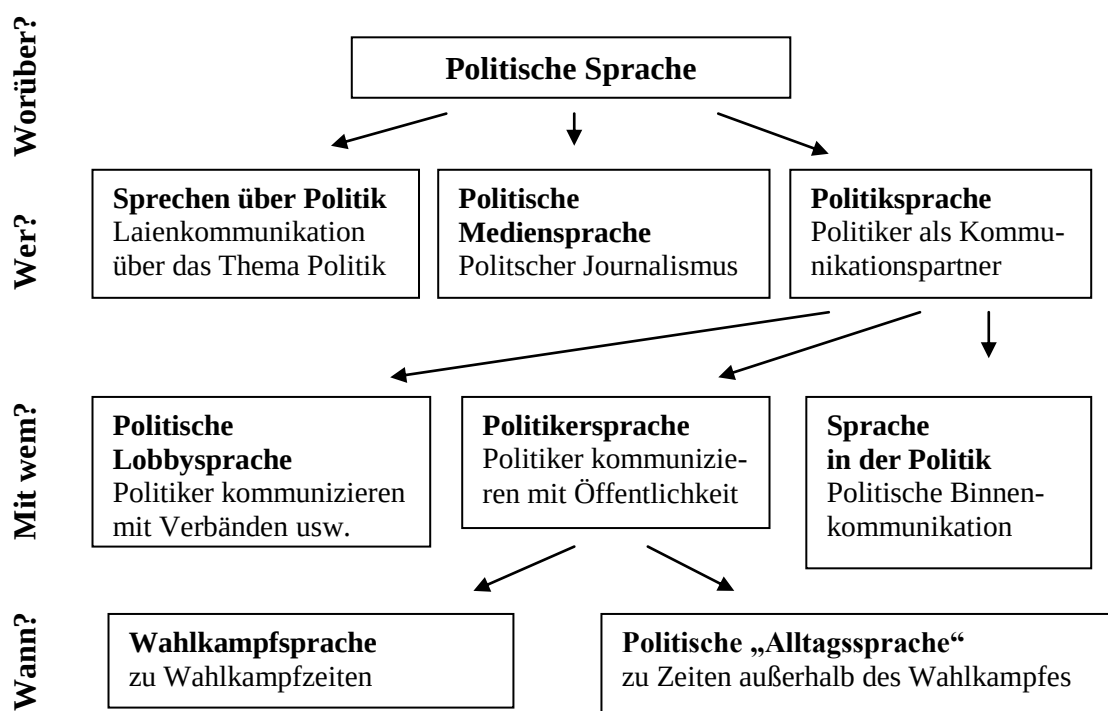


Abb.2: Burghardts Unterteilung des Bereichs „Politische Sprache“

Von Burghardts Baumgraph ausgehend, ist unter Wahlkampfsprache jener kommunikative Akt zu verstehen, der sich Politikern in ihrer Rolle als Politiker zuschreiben lässt und der öffentlich sowie ausschließlich zu Wahlkampfzeiten stattfindet. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, beinhaltet der vorliegende Definitionsansatz drei elementare Kriterien:

¹⁶ Vgl. ebda, S. 28f

¹⁷ Vgl. ebda, S. 29

- 1) Die Wahlkampfssprache geht stets von mindestens einem Politiker aus und gilt somit als wesentlicher Bestandteil der Politikersprache, deren Spezifikum eben gerade in der Politikerrolle besteht. Dessen Rolle wird somit dadurch definiert, indem er in einer bestimmten kommunikativen Situation als Repräsentant seiner Partei auftritt.
- 2) Einzig, was für die Öffentlichkeit bestimmt ist, gehört diesem kommunikativen Akt an.
- 3) Wahlkämpfe finden immer nur innerhalb eines bestimmten Zeitraumes statt. Daraus ergibt sich, dass ein- und derselbe kommunikative Akt unterschiedlichen politischen Sprachbereichen zugeordnet werden kann. Ein wesentliches Kriterium stellt in diesem Fall der Zeitraum, innerhalb dessen der Wahlkampf stattfindet, dar. Vereinfacht dargestellt bedeutet dies, dass die Politikersprache zu Wahlkampfzeiten ihren Charakter verliert und alles, was Politiker zu diesem Zeitpunkt kommunizieren, als Wahlkampfssprache bezeichnet werden kann.¹⁸

Aufgrund der Unschärfe der eben genannten Begrifflichkeiten sowie um Irritationen vorzubeugen, sollen im folgenden Verlauf die Bezeichnungen *Politikersprache* und *Wahlkampfssprache* durch die beiden Termini *politische Kommunikation* und *Wahlkampfkommunikation* ersetzt werden.¹⁹

1.1. Methoden und Arbeitsfelder der Politolinguistik

Klein differenziert innerhalb der politolinguistischen Forschungsfelder zwischen folgenden fünf primären Ausrichtungen:

- a) **klassifikatorisch-typologisch**, indem etwa lexikalische Strategietypen oder politische Textsorten bestimmt und zu Taxonomien zusammengestellt werden;
- b) **analytisch**, indem etwa die Semantik und Pragmatik der Schlüsselwörter im Wahlkampf analysiert werden;
- c) **historisch**, indem etwa die Bewegung im politischen Wortschatz einer ganzen Epoche erfasst und kommentiert werden oder indem - auf der historischen Mikroebene - z.B. der Wandel von Textmustern in einer politischen Umbruchphase untersucht wird;
- d) **dokumentarisch**, indem Wörterbücher zu bestimmten politischen Wortschätzen angelegt, Textsammlungen zu bestimmten politischen Kommunikationskomplexen her-

¹⁸ Vgl. ebda, S. 30

¹⁹ Vgl. ebda, S. 31

ausgegeben oder genaue Transkriptionen wichtiger politischer TV-Sendungen vorgenommen werden;

e) **sprach- und kommunikationskritisch**, indem z.B. Strategien der Kaschierung von Verstößen gegen kommunikationsethische Ansprüche auf Informativität und Wahrhaftigkeit aufgedeckt werden oder in dem scheinbare harmlose Alltagsrede als tendenziell rassistisch gebrandmarkt wird;²⁰

Aus Gründen der Vollständigkeit soll an dieser Stelle - stark komprimiert - noch auf die jeweiligen Themen bzw. Bereiche der Politolinguistik Bezug genommen werden, welche - mit Ausnahme des *politics*-Bereichs - für den Forschungsverlauf eine eher unbedeutende Rolle spielen und daher keinerlei weiterer Erwähnung bedürfen.

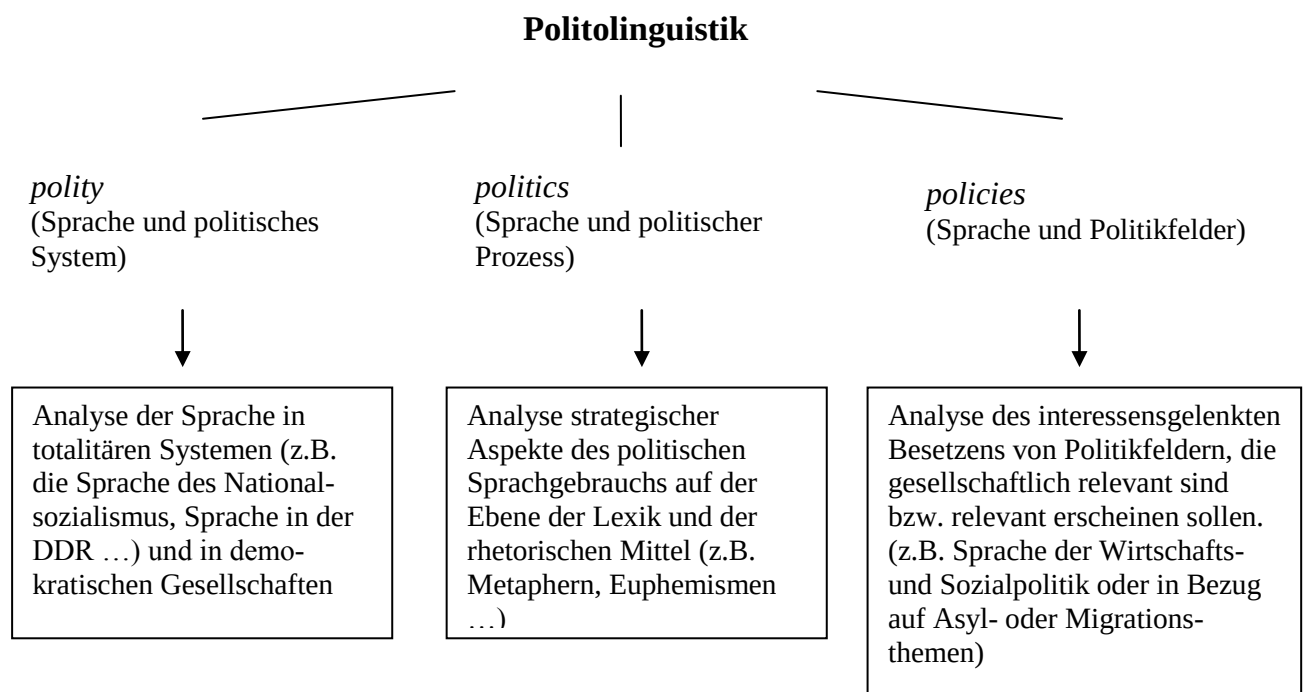


Abb. 3: Themen und Bereich der Politolinguistik lt. Klein

Konkret bezeichnet die *polity* die formale Dimension bzw. den Rahmen der Politik, die *politics* bezieht sich dagegen auf die verfahrensmäßige Dimension bzw. den Prozess. Der dritte und letzte Bereich, die *policies*, umfasst schließlich die Inhalte der Politik.²¹

²⁰ Guttke, Matthias: Strategien der Persuasion in der schriftkonstituierten politischen Kommunikation. Dargestellt an Parteiprogrammen der neuen Rechte in Polen. Frankfurt/ Main: Peter Lang 2010. (Potsdamer linguistische Untersuchungen) S. 205f

²¹ Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag³ 2011. S. 17

Hierbei fällt auf, dass in der abgebildeten Darstellung etwa die mediale Präsenz politischer Sprache gänzlich unberücksichtigt bleibt. Weiteres sei erwähnt, dass vor allem der Bereich *policies* sehr stark von den politischen Entwicklungen abhängt. So ist beispielsweise gegenwärtig besonders die ökonomische und wirtschaftspolitische Sprachverwendung von größtem politolinguistischen Interesse.²²

Nun leben wir jedoch in einem Zeitalter, in dem das gesellschaftliche Leben vermehrt von den Medien und den damit verbundenen technischen Kommunikationsmitteln bestimmt wird. Selbst die Politik bildet hier, geht es etwa um das „Fangen“ von Stimmen im Wahlkampf, keine Ausnahme. So wäre im Bereich der *policies* gleichermaßen eine genaue Untersuchung der politisch-öffentlichen Werbe- und Mediensprache von größter Relevanz.

1.2. Theorien der Politolinguistik

Die Politolinguistik, welche sich in den 1950er-Jahren im deutschsprachigen Raum zu entwickeln begann und mit Beginn der 1980er-Jahre auch die Aufmerksamkeit anderer wissenschaftlicher Disziplinen auf sich zog, umfasst heute eine Vielzahl sprachwissenschaftlicher Theorien.²³

Während nach dem zweiten Weltkrieg das Interesse diverser Sprachforscher ausschließlich auf der Sprache des Nationalsozialismus sowie den Unterschieden zwischen Ost und West stand, erlebte die Politolinguistik in den 60er-Jahren einen erneuten Aufschwung, welcher in erster Linie die linguistische Reflexion fokussierte. So flossen fortan auch zu diesem Zeitpunkt noch neue Theorien wie etwa die Pragmatik und Sprechakttheorie sowie die Text- und Medienlinguistik in die Erforschung politischer Kommunikation mit ein.²⁴

Es sind vor allem die Theorieansätze der linguistischen Pragmatik wie etwa Ludwig Wittgensteins *Sprachspieltheorie* oder die bei Karl Bühler im *Organon-Modell* zusammengefasste Theorie der grundlegenden Funktionen von Sprache (Darstellung, Ausdruck und Appell) sowie Searls *Sprechakttheorie*, welche in der Politolinguistik im Vordergrund stehen.²⁵

²² Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 199

²³ Innerwinkler, Sandra: Sprachliche Innovation im politischen Diskurs. Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich. Bd./Vol. 1998. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2010 (Reihe I Deutsche Sprache und Literatur) S. 29

²⁴ Vgl. ebda, S. 30

²⁵ Vgl. Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich, Politische Kommunikation, S. 190f

Kombiniert mit der Gesprächsanalyse, Textlinguistik und den Einsichten der Sozialpsychologie ermöglicht es die Sprechakttheorie im Bereich der Politolinguistik nun auch, politische Texte sowie Kommunikationsereignisse gleichermaßen als systematisch aufeinander bezogene Sequenzen kommunikativer Handlungen zu analysieren, und sich fortan nicht mehr einzig und alleine auf die grammatische Strukturen zu beziehen.²⁶

Die „Theorie der Sprachfunktion“ macht es wiederum möglich, *Einheiten unterschiedlicher sprachstruktureller Ebenen (Wörter, Sätze, Texte, Stile) unter einheitlichen - funktionalen - Gesichtspunkten zu analysieren.*²⁷

Die pragmatisch-funktionale Perspektive führte mitunter zu neuen Erkenntnissen wie etwa, nur um einige wesentliche Beispiele zu nennen, bei der Analyse politischer Schlagwörter oder der Kategorisierung politischer Textsorten. An dieser Stelle gilt es vor allem kurz auf das *Kooperationsprinzip* des englischen Sprachphilosophen Herbert Paul Grice Bezug zu nehmen, der unter *Kommunikation* ein kooperatives Handeln versteht, bei dem sich die Teilnehmer (wechselseitig) etwas zu verstehen geben.²⁸

In Hinblick auf die Analyse persuasiv ausgerichteten Sprachhandlungen gilt seit den 1980er-Jahren vor allem die *Rhetorik*, trotz ihrer präskriptiven Ausrichtung, als wesentliches Untersuchungskriterium. Dieser Umstand, nämlich die Einbeziehung der Rhetorik in die Politolinguistik, liegt, so Klein, primär an deren Verknüpfung mit Habermas' universalpragmatischen Kategorien der kommunikationsbestimmenden „Geltungsansprüche“ Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Richtigkeit und Verständlichkeit sowie an der Systematisierung und Weiterentwicklung des der Rhetorik und Argumentationstheorie vorgegebenen Analyseinstrumentariums.

Als weitere für die Politolinguistik relevante Theorieansätze gelten:

- a) die Konkurrenz, welche sich, so Klein, in eine „Bedeutungskonkurrenz“ und eine „Bezeichnungskonkurrenz“ segmentieren lässt. So spricht man von ersterem, wenn dasselbe Wort in unterschiedlichen Bedeutungen verwendet

²⁶ Vgl. ebda, S. 191

²⁷ Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. S. 191

²⁸ Vgl. ebda, S. 191

wird. Zweiteres hingegen meint, dass etwa derselbe Vorgang von verschiedenen (politischen) Gruppen ebenso unterschiedlich bezeichnet werden kann.

- b) die Mehrfachadressierung, ein Terminus, der deutlich auf den heterogenen Adressatenkreis politischen Sprachhandelns verweist.
- c) die Inszenierung, ein Konzept, welches in erster Linie der Theorie der doppelten Realität des Politischen zuzuordnen ist und bei dem vor allem zwei wesentliche Aspekte von Bedeutung sind: a) die entscheidungsrelevante Binnenkommunikation innerhalb der politischen Institutionen und b) die nach außen gerichtete *symbolische* Darstellung von Politik.
- d) die Intertextualität bzw. Intermedialität, die sich auf die explizite sowie implizite Bezugnahme politischer Texte auf andere Texte bzw. Medien bezieht.²⁹

Ziel der Politolinguistik ist es daher, sprachliche Phänomene in der Politik zu beschreiben, ohne sie zu bewerten. Als Teil der deskriptiven Linguistik bezieht sie sich in erster Linie auf konkretes Sprachhandeln (parole).³⁰

2. Die politische (Wahlkampf-)Kommunikation

Die Politische Kommunikation, welche fortan als politisches Handeln zu verstehen ist, stellt eine ganz besondere Form zwischenmenschlicher Kommunikation dar.

Kommunikation, d.h. sprachliches Interagieren innerhalb einer Menschengruppe, bildet die Grundlage sämtlicher sozialer Prozesse und erweist sich somit als wesentlicher Bestandteil der Sozialisation. So prägt sie nicht nur das Verhalten, sondern auch die Lebenseinstellungen jedes einzelnen Menschen.³¹

In der Sprachwissenschaft wird grundsätzlich zwischen zwei Definitionen unterschieden:

²⁹ Vgl. ebda, S. 192f

³⁰ Vgl. ebda, S. 18

³¹ Vgl. Mikatoajczyk, Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation, S. 18

- 1) Kommunikation in Form von Informationen, welche mittels Zeichen zwischen Lebewesen - Menschen wie Tiere - sowie Maschinen ausgetauscht werden können.
- 2) Kommunikation als menschliche Verständigungsform, die sowohl mit Hilfe sprachlicher und nicht-sprachlicher Zeichen (Gestik, Mimik) vollzogen werden kann.³²

Im Allgemeinen wird unter dem Begriff *politische Kommunikation* der Informationsaustausch zwischen den Regierenden (Politikern) und den Regierten (Bürgern und Wählern) sowie zwischen jenen Akteuren, welche der politischen Szene angehören (z.B. Bürgerverbände, Parlamentarier ...) verstanden. Dieser Austausch vollzieht sich in der Regel mithilfe formaler oder nicht-formaler Mittel. Ziel dieser Interaktion ist in erster Linie die Sicherstellung bzw. der Erhalt der eigenen Macht, den Willen durchzusetzen und zu versuchen, das Gegenüber zu einem bestimmten Handeln zu bewegen.³³ Ähnlich formuliert es auch Gaier:

Die Sprache hat in diesem [...] politischen System eine doppelte Aufgaben, nämlich einerseits den Erfolg durch Werbung von Wählern zu sichern oder zu vergrößern, andererseits durch Hervorhebung des eigenen und durch Herabsetzen fremden Erfolgs die Durchsetzungsmöglichkeiten der Konkurrenten zu schmälern.³⁴

Die politische Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Kommunikation in der Gesellschaft und kann auf allen kommunikativen Ebenen erfolgen. Gleichzeitig sei jedoch darauf hingewiesen, dass sie nicht immer auf allen Kommunikationsebenen ähnlich intensiv in Erscheinung tritt. Abhängig von mehreren Faktoren, wie etwa der Zeit, lässt sich ihre stets abweichende Präsenz auf den diversen sozialen Ebenen daher unterschiedlich oft beobachten. Die Platzierung politischer Kommunikationsakte auf einer bestimmten gesellschaftlichen Stufe hängt, so Mikotojczyk, daher von vielen Umständen ab. Damit verbunden spielen - heute mehr denn je - vor allem technische Kommunikationsmittel

³² Vgl. ebda, S. 19

³³ Vgl. ebda, S. 20

³⁴ Mikotojczyk, Beata: Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation. Dargestellt an polnischen und deutschen Texten zum EU-Beitritt Polens. Bd. 3. Frankfurt/Main: Peter Lang 2004. (Posener Beiträge zur Germanistik) S. 20

eine ganz zentrale Rolle und müssen - notwendigerweise - ebenfalls in die Entwicklungsprozesse moderner politischer Kommunikation miteinbezogen werden.³⁵

Die heutige Gesellschaft lebt in einem Massenmedienzeitalter, in dem direkte gesellschaftliche Kontakte, d.h. face-to-face-Kommunikationen, zugunsten der indirekten zwischenmenschlichen Relation verstärkt in den Hintergrund treten. So wird im Bereich der Sozialwissenschaft in diesem Zusammenhang bereits von einer Medialisierung der Kommunikation gesprochen, welche sich zunehmend auch auf das politische Handeln, den politischen Sprachkontakt auswirkt.

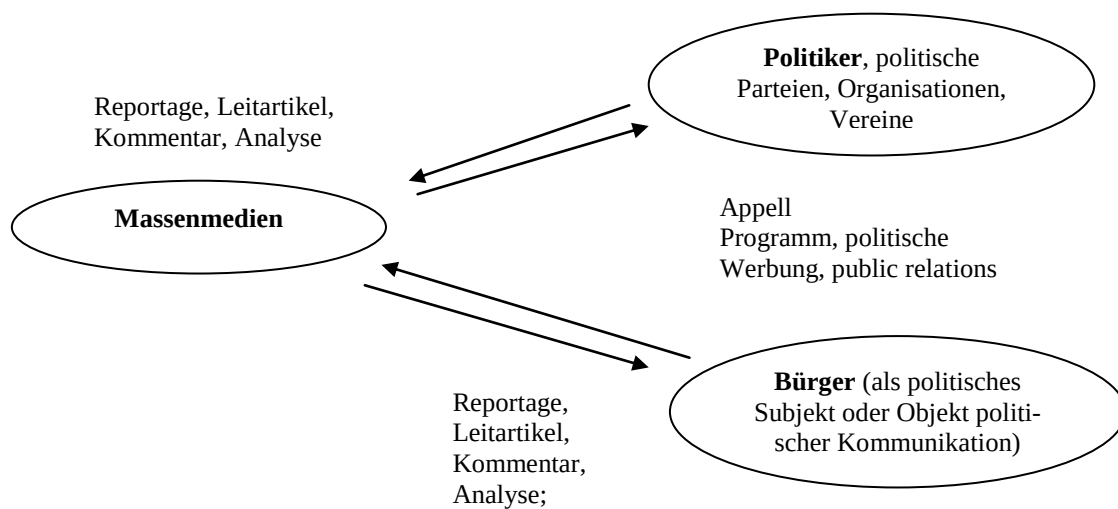


Abb. 4: Elemente d. politischen Kommunikation lt. McNair

Abb.4 weist bereits auf die wichtigsten Komponenten der politischen Kommunikation in der heutigen Gesellschaft hin. Gezeigt wird mitunter, wie sich das veränderte soziale Verhalten der Menschen in punkto Sprache gleichermaßen auf das Interesse der Sprachforschung auswirkt.³⁶

Bei näherer Betrachtung zeigt sich sehr deutlich die Heterogenität politischer Kommunikation. So kann hierbei zwischen drei Kategorien unterschieden werden: a) die politische Kommunikation innerhalb der Institutionen, b) die sogenannten Außenkommunikation der Institutionen und c) die öffentlich-politische Kommunikation.

³⁵ Vgl. ebda, S. 20f

³⁶ Vgl. ebda, S.22

Die letztgenannte Kategorie findet, wie bereits angedeutet, in der Öffentlichkeit, d.h. vor den Augen des Bürgers, statt. Sie richtet sich direkt an das Volk. Sie dient der Meinungsbildung und soll den Zuschauer respektive den Wähler zu einer bestimmten Handlung motivieren.³⁷

Der wesentliche Unterschied zwischen den einzelnen oben genannten Rubriken besteht vor allem in der Behandlung der persuasiven Funktion politischen Sprechhandelns. Während auf den ersten beiden Ebenen die Persuasion direkt stattfindet, d.h. direkt offengelegt wird, was der Textproduzent im Rahmen eines Kommunikationsaktes beabsichtigt, ist es das Ziel der öffentlich-politischen Kommunikation, den persuasiven Charakter politischen Handelns geschickt zu verbergen sowie - daraus resultierend - den Bürger zu manipulieren.

Charakteristisch für diese Art politischer Kommunikation sind etwa Textsorten wie Leitartikel, politische Kommentare, Reden, (TV-)Debatten, Wahlprogramme oder Flugblätter. Je nach Bedarf lassen sich diese und ähnliche Textsorten folgendermaßen einteilen³⁸:

- a) Textsorten der politischen Werbung oder auch wahlkampfbezogene Textsorten wie z.B. Wahlprogramme, politische Reden oder Debatten im Fernsehen sollen in erster Linie eines bezwecken: die Wahlentscheidung des Bürgers zu Gunsten der jeweiligen angehörigen Partei zu beeinflussen und ihn - darüber hinaus - zu einer bestimmten nonverbalen Handlung zu bewegen.
- b) Textsorten der öffentlichen Debatte sollen die Wahlhandlung der Bürger indirekt beeinflussen, d.h. die Textproduzenten zielen in dieser Form darauf ab, auf die Einstellungen der Wähler Einfluss zu nehmen und auf diese Weise ihre künftige Wahlentscheidung zu beeinflussen. Die Tatsache, dass sich diese Form der sprachlichen Interaktion in den Massenmedien vollzieht, bietet dem Rezipienten zudem die Möglichkeit, sich entweder direkt oder indirekt an der Diskussion zu beteiligen sowie beispielsweise mittels eines Leserbriefs

³⁷ Vgl. ebda, S. 23f

³⁸ Vgl. ebda, S. 24

oder eines Anrufs im Fernsehstudio oder beim Radiosender selbst sprachlich aktiv zu werden.³⁹

Trotz zahlreicher Versuche, politische Kommunikation näher zu definieren, geht anhand der bisherigen Erläuterungen noch nicht deutlich hervor, worum es sich bei der politischen Kommunikation handelt bzw. inwiefern sich eine Kommunikation als eine spezifisch *politische* zu erkennen gibt. In diesem Kontext sowie im Sinne weiterführender Untersuchungen erweist sich vor allem die Theorie Luhmanns als äußerst aufschlussreich. So besteht, laut Luhmann, der die politische Kommunikation deutlich von anderen Funktionssystemen der Gesellschaft (z.B. Wirtschaft, Recht, Wissenschaft oder Religion) abgrenzt, die wesentliche Herausforderung für die empirische Untersuchung politischer Kommunikation im Kolieren eines für dieses System spezifisches Kommunikationsmediums, das *maßgeblich dazu beiträgt, an sich unwahrscheinliche Kommunikation hochgradig erwartbar und wahrscheinlich zu machen*. Bezugnehmend auf das politische System erweist sich vorrangig die Macht als die naheliegendste Konsequenz. Dieser Sichtweise folgend, handelt es sich bei der politischen Kommunikation in erster Linie um eine Machtkommunikation. Von einer Machtkommunikation spricht man, so Luhmann, wenn eine Kommunikation ausdrücklich oder unterschwellig, explizit oder implizit, vorder- oder hintergründig darauf hinweist, dass

aus einem Bereich von Möglichkeiten eine bestimmte durch Entscheidung gewählt wird, [...], obwohl sie selbst nur auf Entscheidung beruht, also in ihrer Selektivität sichtbar bleibt.

Macht stellt demzufolge einen symbolischen Code dar, welcher es dem jeweiligen Akteur ermöglicht, eine Situation als Machtsituation zu erleben, zu behandeln sowie zu beschreiben. Basierend auf dieser These erweist sich die Machtkommunikation somit als mögliche Wurzel für das Entstehen und Wachsen eines eigenständigen politischen Systems⁴⁰:

In dem Maße, in dem Machtkommunikation zur Regel und erwartbar und dann auch durch die Androhung von Gewalt [...] gesellschaftlich organisiert wird,

³⁹ Vgl. ebda, S. 24

⁴⁰ Habscheid, Stephan/Klemm, Michael (Hg.): Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2007. (Reihe Germanistische Linguistik 279) S. 49f

differenziert sich allmählich ein eigener Bereich mit eigenen Funktionsrollen, eigenen Karrieren, eigenen Hierarchien, eigenen Zugzwängen, eigenen Räumen und eigenen Zeiten aus. Das moderne politische System ist das Ergebnis dieses Prozesses, insofern die Ausdifferenzierung dieses gesellschaftlichen Funktionssystems auf der Unterscheidung von ‚machtüberlegen‘ vs. ‚machtunterlegen‘, „Machthabern“ und ‚Machtunterworfenen‘ beruht.⁴¹

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die jeweiligen Rollen nicht immer so eindeutig verteilt sein müssen, wie die vorliegende Ausführung Luhmanns vermittelt. Darüber hinaus soll nicht etwa der Eindruck entstehen, dass das Element der Macht, nur der Politik zuzuordnen ist. Luhmann behauptet einzig, dass wann immer ein ‚Akteur‘ politisch tätig wird, *die Orientierung vorzugsweise an der Unterscheidung von machtunterlegen und -überlegen an der Oberfläche der sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungsformen der Kommunikation nachweisbar sein [sollte]*. Mittels dieses Machtbegriffes ist es im Rahmen der empirischen Forschung nun möglich, die ‚Politisierung‘ von Kommunikations- und Interaktionsereignissen besser nachzuvollziehen.⁴²

2.1. Merkmale und Funktion politischer Kommunikation

Die zentrale Funktion politischer Kommunikation ist die *Persuasion*. Fasst man demzufolge politisches Sprechen respektive politisches Handeln als eine mittels vorwiegend mediengestützte Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf, so lassen sich hierbei sehr schnell Parallelen zur Werbesprache erkennen. Führt man sich nun vor Augen, dass sich die politisch Handelnden in Wahlkämpfen oftmals einer wertenden Sprache bedienen, um auf diese Weise ihren Standpunkt zu legitimieren und in weiterer Folge den (politischen) Gegner herabzusetzen, so zeigt sich darin die Prägnanz der seit spätestens von Karl Bühler definierten Appellfunktion. Dabei fällt zudem auf, dass die politische Sprache nicht primär der Wahrheitsfindung dient und dadurch oft als *manipulativ* gewertet wird, zumal sich diverse Politiker in ihren Sprachhandlungen gelegentlich einer ideologisch wertenden Sprachform bedienen, auf die im dritten Kapitel noch etwas genauer eingegangen werden soll.⁴³

⁴¹ Habscheid, Stephan/Klemm, Michael (Hg.): Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2007. (Reihe Germanistische Linguistik 279) S. 50

⁴² Vgl. ebda, S. 50

⁴³ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik S. 12f

Beeinflussung durch Sprache findet - dies sei an dieser Stelle ebenfalls angemerkt - jedoch nicht nur im politischen Bereich statt, sondern gilt allgemein hin als ein wesentliches Phänomen von Sprache. Konkret geht es, so Dieckmann, vorrangig darum, über die Realisierung und den Bedarf von Vorschlägen bzw. Plänen zu reflektieren und angesichts ihrer Durchführbarkeit einen entsprechenden Beistand zu Rate zu ziehen. So sei, laut Dieckmann, die Sorge, dass Emotionen den jeweiligen Sachverhalt verunklären sowie das Ergebnis statt Überzeugung etwa Verführung sei, zwar durchaus berechtigt, müsse sich aber stets auf die intellektuellen Mittel beziehen. Somit erweist sich nicht nur die Information, sondern zudem auch die deutende Verarbeitung als partiell. Die Politik bzw. das politische Handeln jedoch zugleich auf einen rein propagandistischen sowie machterhaltenden Charakter zu reduzieren, wäre allerdings ungerechtfertigt.⁴⁴

Wie bereits im Unterkapitel *Einführung in die Politolinguistik* beschrieben, gliedert sich der Politik-Begriff in drei Bereiche. Schon anhand der *policies* (Sprache und Politikfelder) lässt sich bereits erkennen, dass politische Sprache nicht ausnahmslos auf die Ausdrucks- und Appellfunktion beschränkt werden kann, sondern auch eine Darstellungsfunktion sowie gleichermaßen eine persuasiv-informative Funktion erfüllt. Es kommt hiermit zu einer klaren Trennung zwischen der Darstellungspolitik, welche sich als eine auf die Öffentlichkeit ausgerichtete Politik definiert und großteils medienvermittelt ist, und der sogenannten Entscheidungspolitik, welche im Regelfall nicht öffentlich stattfindet und daher im Rahmen der vorliegenden Arbeit keinerlei nähere Erwähnung mehr findet.⁴⁵

2.1.1. Merkmale der politischen Kommunikation nach Girnth

Der Kommunikationsbereich der Politik beinhaltet etliche charakteristische Merkmale, welche ihn von anderen Kommunikationsbereichen unterscheidet. So versuchte vor Girnth bereits Morris, die Eigenschaften des heute in der Sprachwissenschaft in aller Munde „politischen Diskurses“ in Abgrenzung zu anderen Diskursen zu bringen. Unter Diskurstypen versteht Morris etwa die sprachliche Spezialisierung der Alltagssprachen, die bestimmte Zwecke erfüllen. Dabei zeigt sich, dass der politische Diskurs in starker Relation zu anderen Diskurstypen steht und daher nur schwer

⁴⁴ Vgl. ebda, S. 13f

⁴⁵ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

genau isoliert werden kann. Die hervorstechendsten Merkmale des politischen Diskurses zeigen sich, so Morris, vorrangig in der „Präskription“ und „Valuation“. Vereinfacht dargestellt bedeutet dies, dass in einem solchen Diskurs von einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe (hier: Politiker) positiv bewertete Sachverhalte durchgesetzt werden sollen. In der Forschung existiert nun eine Vielzahl von Differenzierungskriterien, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht alle behandelt werden können. Besonders hervorgehoben seien an dieser Stelle daher die Merkmale *Öffentlichkeit/Massenmedialität*, *Gruppenbezogenheit/Repräsentanz*, *Mehrfachadressierung/Inszenierung* und *Konsens-/Dissensorientiertheit*.⁴⁶

1) Öffentlichkeit/Massenmedialität

Die Öffentlichkeit respektive Massenmedialität spielt seit geraumer Zeit eine bedeutende Rolle in der Politik. Dies wirkt sich naturgemäß auch auf das politische Handeln aus, welches zum größten Teil öffentlich stattfindet. Die Öffentlichkeit erweist sich somit als ein wesentliches Grundprinzip der Demokratie. So handelt es sich im Falle politischer Kommunikation immer um eine öffentliche, d.h. auf die Öffentlichkeit bezogene und veröffentlichte Kommunikation.⁴⁷

In diesem Zusammenhang gilt es zunehmend auch den bildhaften Anteil öffentlich wirksamer Politik zu berücksichtigen. So vermitteln Text-Bild-Kombinationen, unabhängig ihrer Erscheinungsform (Fernsehen, Internet ...), vor allem eines: Emotionalität. Nur auf diese Weise lässt sich auch die zunehmende Popularität von Fernsehdiskussionen, Fernsehduellen oder andersartigen audiovisuellen Ausprägungen von Politik schlüssig erklären. Daraus erhebt sich der Verdacht, dass die Darstellungsfunktion gleichermaßen auch eine unterhaltende Funktion impliziert.⁴⁸

Die Vermischung von Politik und Entertainment etwa führt nicht zuletzt zu einer neuen Auffassung von Politik, deren unterhaltender Charakter sich bereits in dem von Dörner erfundenen Kürzel *Politainment* darbietet.⁴⁹

Das Politainment ist ein Instrument der Inszenierung und der unterhaltenden Vermittlung von Politik, und es hat als solches seinen Eigenwert. Der nämlich liegt, und

⁴⁶ Girth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2002. (Germanistische Arbeitshefte 39) S. 33

⁴⁷ Vgl. ebda, S. 33

⁴⁸ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 47

⁴⁹ Vgl. S. 48

hier ist auf den *Feel-Good-Faktor* zurückzukommen, auch darin, daß die Stimmung in der öffentlichen Diskussion wie in der Bevölkerung verbessert wird.⁵⁰

So handelt es sich bei diesem Format keineswegs um eine schlichte kulturpessimistische Attitüde, deren einziger Zweck in der Verdummung der Gesellschaft liegt, sondern stellt es vielmehr die Möglichkeit dar, Politisches für den Bürger erfahrbar zu machen. Zwar besteht, so Dörner, stets die Gefahr, einer willkürlich dargestellten Illusionspolitik zum Opfer zu fallen, es entspräche aber dennoch nicht dem Zeitgeist einer modernen demokratischen Gesellschaft, die politische Realität auf schlichtes Schwarz-Weiß-Denken zu ratifizieren.⁵¹

Trotz etlicher positiver Aspekte, wie beispielsweise die Nutzung kostenloser Sendezeit für politische Werbung, birgt das *Politainment* auch einige Risiken, welche sich gleichermaßen negativ auf das Wahlverhalten respektive den Sympathiewert auswirken können. So darf dabei nicht darauf vergessen werden, dass es sich beim *Politainment* ebenfalls um ein audiovisuelles Medium handelt, d.h. einmal getätigte Äußerungen können fallweise nur noch schwer revidiert bzw. rückgängig gemacht werden.⁵²

Je besser ein Akteur seine Natürlichkeit, Spontanität und „Menschlichkeit“ zu inszenieren versteht, um so häufiger wird er im Forum der Talk-Show seine Bildschirmpräsenz sicherstellen, seine Popularität erhöhen und seine Statements unters Volk bringen können. [...] Der gelungene, erfolgreiche Talk-Show-Auftritt von Politikern kann als Musterbeispiel für die symbiotische Struktur des modernen *Politainment* betrachtet werden. Die einen bekommen Medienpräsenz und somit Machtressourcen, die anderen steigern ihre Einschaltquoten und über die Marktanteile auch ihre Werbeeinnahmen.⁵³

Als ein durchaus nennenswertes Negativbeispiel erweist sich in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Team-Stronach-Vorsitzenden Frank Stronach, der im „Sommergespräch 2015“, welches am 3. August 2015 um 21:05 auf ORF 2 ausgestrahlt wurde, auf die Frage des Moderators, Hans Bürger, was denn Frauen für ihn bedeuten, im saloppen Ton antwortet, dass Frauen auch Menschen wie wir

⁵⁰ Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014. S. 48

⁵¹ Vgl. ebda S. 48

⁵² Vgl. ebda. S. 48

⁵³ Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014. S. 48

seien. Eine Aussage, die nicht nur aus semantischer Sicht einige Fragen aufwirft, sondern zugleich in der (Medien-)Öffentlichkeit auf besondere Resonanz stieß.

2) Gruppenbezogenheit/Repräsentanz

Ein weiteres wesentliches Merkmal der Darstellungsfunktion stellen die Gruppenbezogenheit und Repräsentanz dar. Spätestens zu Wahlkampfzeiten zeigen sich anhand zahlreicher Werbeplakate, TV-Debatten, usw. der ausgeprägte Wettbewerbsgedanke sowie der eiserne Konfrontationswillen einzelner politischer Akteure, welche im Regelfall als Repräsentanten einer bestimmten Partei auftreten. Je nach Standpunkt kann hier - oberflächlich betrachtet - konkret zwischen zwei „Positionen“ unterschieden werden: Einer positiv bewerteten Eigengruppe, deren Mitglieder dieselben Deutungs- und Interpretationsmuster teilen sowie über ein gruppenspezifisches Bewusstsein verfügen, und einer als negativ bewerteten Fremdgruppe. So wird - in beiden Fällen - alles, was im Zusammenhang mit der Eigengruppe steht, positiv bewertet. Alles, was von der Einstellung der Eigengruppe abweicht wird hingegen naturgemäß negativ eingestuft. Charakteristisch für dieses Zusammenspiel politischen Sprachhandelns ist vor allem das klassische Schwarz-Weiß-Denken. Damit verbunden zeigt sich, dass sich selbst die Zugehörigkeit zu einer bestimmten (politischen) Gruppe auf das sprachliche Handeln sowie die Erwartungshaltungen der Adressaten auswirkt. So wird von Politikern zum einen erwartet, dass sie die Wahrheit sagen, verständlich sprechen sowie auf Gefragtes eingehen (= kommunikationsethische Maxime), zum anderen ist es als Politiker unabdingbar, auch gewisse sprachstrategische Maximen zu verfolgen.⁵⁴

Die Wahrscheinlichkeit, einer möglichen Konfrontation dieser beiden Maximen kann vor allem im Wahlkampf als eher hoch eingestuft werden, da sich die Politiker in dieser Zeitspanne bewusst vage ausdrücken. Dies mag mitunter darin liegen, sich zum einen nach der Wahl mögliche Koalitionspartner offen zu halten, zum anderen, um sich im Falle nicht eingehaltener Wahlversprechen auf einen etwaigen nicht vorhersehbaren Einfluss berufen zu können.⁵⁵

⁵⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁵⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

3) Mehrfachadressierung/Inszenierung

Die Besonderheit der Mehrfachadressierung liegt darin, dass sich das Wort eines Politikers stets an mehrere Adressaten gleichzeitig richtet, wobei die (gewünschte) Wirkung entsprechend variieren kann. Mittels der Medien werden die politischen Texte, unabhängig von ihrer Form, einem Massenpublikum zugänglich gemacht. Die Mehrfachadressierung ist die Folge des öffentlichen Charakters politischer Sprachverwendung und als solche gleichermaßen mit der Inszenierung, d.h. der Doppelung der Realität des Politischen, eng verbunden. So gesehen kann die Interaktion zwischen politischen Akteuren zwei unterschiedliche Funktionsweisen annehmen:

Funktionsebene 1: Die direkte Interaktion zwischen den politischen Akteuren

Funktionsebene 2: Die Interaktion zwischen den politischen Akteuren und der indirekt beteiligten Öffentlichkeit

So ermöglicht beispielsweise eine im Fernsehen ausgestrahlte Polit-Talkshow, auf einen Schlag ein Millionenpublikum zu erreichen, eigene Positionen zu vermitteln und sich als Person zu profilieren.⁵⁶

Diese Art des politischen Sprachhandelns setzt einen gewissen Inszenierungscharakter voraus. Anders als etwa auf Wahlplakaten kommunizieren die politischen Akteure mit zwei Personengruppen zugleich. Politiker (P_1) interagieren somit einerseits mit dem Moderator (M_1) und den im Studio anwesenden Gästen ($Publ._1$), andererseits - wenn auch nur indirekt - mit den Fernsehzuschauern (B). Auf diese Weise entstehen, so Girnth, ebengenannte Kommunikationsebenen, in denen der Inszenierungscharakter politischen Sprechhandelns deutlich in Erscheinung tritt. Während dem Rezipienten auf Ebene Eins (E_1) eine (inszenierte) Diskussion suggeriert wird, erfolgt auf Ebene Zwei (E_2) bereits die Persuasion der Öffentlichkeit.⁵⁷

⁵⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁵⁷ Vgl. Girnth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 34

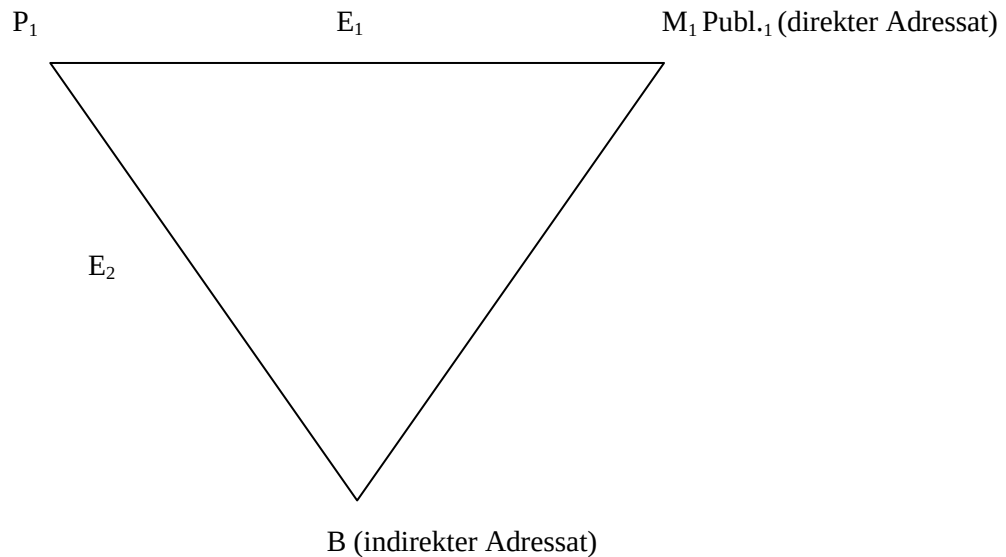


Abb. 5: Die Inszeniertheit öffentlich-politischer Kommunikation

4) Konsens-/Dissensorientiertheit

Eines der wichtigsten Ziele politischen Sprechhandelns ist die kommunikative Verständlichkeit, d.h. die Erreichung eines gewissen Konsens. Laut Bergdorf kann davon ausgegangen werden, dass in einer freien Gesellschaft mindestens der „antiautoritäre Grundkonsens“ als Voraussetzung für das Überleben in einer pluralistischen Demokratie gegeben sein soll. Nichtsdestotrotz muss ein bestimmtes Ziel, so Girnth, nicht zwangsweise durch Konsens erreicht werden. So ist es auch der Fall, dass einzelne Handlungsschritte innerhalb eines politischen Diskurses des Öfteren in Gang gesetzt werden, um auf diese Weise einen Dissens zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten.⁵⁸

Die Institutionsgebundenheit bildet ein weiteres wichtiges Merkmal der politischen Kommunikation. Politisches Sprechhandeln ist stets an spezifische institutionelle Gegebenheiten gebunden, die entweder von der parlamentarischen Geschäftsordnung (z.B. Parlamentsreden) oder den Medien vorgegeben werden. Darunter fallen etwa das Rederecht, welches je nach Sprechhandlung auch entzogen werden kann, die Rededauer, die Themenordnung sowie die Zu- bzw. Unzulässigkeit einer bestimmten Sprechhandlung (z.B. Beleidigungen). Diese und ähnliche Richtlinien können sich nun positiv oder negativ auf das Sprechhandeln des politischen

⁵⁸ Vgl. Girnth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 35

Akteurs auswirken, welche ihre Beiträge innerhalb eines gewissen Zeitfensters einem breiten Publikum darlegen müssen.⁵⁹

Der hohe Grad an Prozessualität und Diskursvernetzung ist ebenfalls charakteristisch für die politische Kommunikation. Konkret bedeutet dies, dass politische Kommunikation vor allem auf themenübergreifenden Zusammenhängen basiert und sich die jeweiligen Themengebiete zwar auf Vorvergangenes beziehen, jedoch stets auf künftige Ereignisse ausgerichtet sind.⁶⁰

2.2. Politische Kommunikation als Persuasion

Politisches Sprachhandeln ist primär auf Meinungs- und Verhaltenssteuerung ausgerichtet und kann somit, laut Dieckmann, gleichermaßen als *Sprechen in persuasiver Funktion* verstanden werden. Der Erhalt sowie das Anknüpfen an politische Erfolge gelten somit als zentraler Bestandteil politischer Sprache. Dies bezieht sich in erster Linie auf die eigene Position sowie die damit verbundenen Handlungsvorschläge, welche beim Volk auf größtmögliche Akzeptanz und breite Zustimmung stoßen sollen. Damit verbunden liegt nun der Verdacht nahe, dass sämtliche Kommunikationsakte innerhalb der Politik persuasive Charakterzüge aufweisen. Eine Bestätigung dergleichen lässt sich etwa im allgemeinen Sprachgebrauch finden, der *persuasives Handeln* deutlich als einen den menschlichen Geist zu beeinflussenden, manipulativen Akt deklariert. Diese Sichtweise stellt jedoch nur eine mehr oder weniger stark oberflächlich betrachtete Teilwahrheit dar.⁶¹

Um die Komplexität persuasiven Handelns nachvollziehen zu können, bedarf es nun einer etwas genaueren Betrachtung der Begriffe *Persuasion* und *persuasive Kommunikation*. So existieren bereits zahlreiche Arbeiten, in denen versucht wird, dieser Thematik ausführlich Rechnung zu tragen sowie gleichermaßen eine ordentliche Begriffsbestimmung für dieses in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen vertretenen Phänomens zu finden. Dem Versuch, eine möglichst präzise

⁵⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁶⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁶¹ Vgl. Guttke, Strategien der Persuasion in der schriftkonstituierten politischen Kommunikation, S. 213

Begriffsbestimmung zu finden, seien - als Grundlage für die weiterfolgenden sprachwissenschaftlichen Untersuchungen - noch kurz die vier Grundfunktionen politischen Sprachhandelns vorangestellt.⁶²

2.2.1. Die vier Grundfunktionen politischen Sprachhandelns

Wie bereits des Öfteren darauf hingewiesen, beinhaltet der politische Sprachgebrauch zahlreiche wichtige Funktionen. So gilt es in der Öffentlichkeit zum einen zu überzeugen, zu beeinflussen und zum anderen das eigene Image sowie jenes der jeweilig angehörigen Partei zu pflegen sowie - in Wahlkampfzeiten - möglichst gewinnbringend zu verkaufen.⁶³

Zu der wohl wichtigsten Funktionen politischen Sprachhandelns zählen, neben der integrativen, regulativen und poskativen Funktion, auf die im Folgenden nicht näher Bezug genommen werden soll, die informativ-persuasive Funktion. Denn sie stellt die zentrale Funktion der politischen Sprache dar. Dabei soll mittels überzeugender Argumente sowie dem Einsatz entsprechender sprachlicher Mittel versucht werden, die Meinung bzw. Einstellung seines (politischen) Gegenübers bzw. Gegners maßgeblich für die eigenen Zwecke zu beeinflussen und - als vorrangiges Ziel - einen gemeinsamen Konsens zu finden. Dabei gilt es zu beachten, dass beispielsweise die meisten in der Öffentlichkeit stattfindenden Diskussionen in der Regel inszeniert sind und die jeweiligen Diskussionspartner in keinerlei Weise die Absicht erheben, sich überzeugen zu lassen. Um einen politischen Diskurs in eine gewisse Richtung lenken zu können, bedienen sich Politiker zumeist bestimmter strategischer Maximen, in denen sie etwa gewisse Informationen verschweigen und wiederum falsche verbreiten. Die persuasive Funktion erscheint zumeist in Verbindung mit der informativen Funktion. So spricht man in diesem Fall oftmals auch von der informativ-persuasiven Funktion.⁶⁴

Zur Durchsetzung der oben angeführten Grundfunktionen bedarf es zudem einiger grundlegender Sprachmuster bzw. Sprachstrategien, die - je nach Art und Weise - gesondert auf die Vermittlung der jeweiligen Grundfunktionen abzielen. So kann

⁶² Vgl. Roock, Wahlkampf, S. 149

⁶³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁶⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

etwa die informativ-persuasive Grundfunktion durch Sprachhandlungen wie argumentieren, informieren oder bewerten realisiert werden.⁶⁵ Weiters gilt es zu erwähnen, dass die oben genannten Sprachfunktionen nur die für einen Text dominanten Grundfunktionen der politischen Sprachverwendung darstellen. So treten sie in der Regel immer in Kombination mit anderen Sprachfunktionen auf.⁶⁶

Ähnliche wie die genannten Sprachfunktionen verhält es sich mit den sogenannten *kommunikativen Verfahren*. Es handelt sich dabei um Handlungsfolgen, die von Beteiligten zur Zielsetzung einer Problemlösung eingesetzt werden. Sie bilden für die Sprachverwendung in der Politik typische Sprachhandlungsmuster. So unterscheidet beispielsweise Dieckmann zwischen den vier kommunikativen Verfahren AUFFORDERN, PERSUASION, VERHANDELN und DELIBRIEREN.

Für die Analyse politischer Sprachverwendung erweist es sich – methodisch betrachtet - daher als sinnvoll, zwischen den „Grundfunktionen“ und „kommunikativen Verfahren“ zu unterscheiden. So sollen unter *Verfahren* vor allem *Vorgehensweisen von Handelnden zur effektiven Lösung vorgefaßter oder sich aus bestimmten Situationen ergebender Ziele [...]* verstanden werden. Bei kommunikativen Verhaltenstypen geht es somit um das Wie der Vermittlung bestimmter Grundfunktionen. Gemeinsam mit den Sprachfunktionen und den Handlungsfeldern bilden sie nicht zuletzt die pragmatischen Bausteine einer Typologie politischer Textsorten.⁶⁷

Neben den bisher genannten (Grund-)Funktionen kann in diesem Zusammenhang auch noch die Imagebildungsfunktion als wesentlicher Bestandteil politischer Sprache betrachtet werden. Besonders in Zeiten der zunehmenden Medialisierung hat sie - verknüpft mit der informativ-persuasiven Funktion - auch für die Darstellungspolitik deutlich an Relevanz gewonnen. Konkret geht es in diesem Fall primär um die Selbstdarstellung und Profilierungsfunktion von Politikern. Als besonders idealer Schauplatz erweisen sich hierfür vor allem soziale Netzwerke wie etwa *Facebook* oder *Twitter*.

⁶⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung; Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁶⁶ Vgl. Girnth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 41

⁶⁷ Vgl. ebda, S. 42

Das Internet bietet eine ideale Gelegenheit, um sich als Politiker möglichst volksnah, authentisch, sympathisch, kompetent und souverän darzustellen. So soll mittels Bodenständigkeit und Volksnähe vorrangig dem zumeist vorherrschenden Image eines abgehobenen Politikers entgegengesteuert werden.⁶⁸

2.2.2. *Persuasion* und *persuasive Textsorten* in der Politik

In der Politolinguistik spielt die Persuasion, welche in vielerlei Fällen vorrangig mit den Bereichen (Wirtschafts-)Werbung und Publizistik assoziiert wird, bereits seit geraumer Zeit eine elementare Rolle.⁶⁹

Etymologisch betrachtet leitet sich der Begriff Persuasion vom griechischen *peíthein* ab und entstammt der antiken Rhetorik. Im Deutschen wird dieser Terminus hauptsächlich als Oberbegriff für *Überredung* und/oder *Überzeugung* verwendet. Ähnlich wie heute ging es bereits in der „genus deliberativum“ der Antike darum, das Volk gänzlich von den Interessen des politischen Redners bzw. der politischen Partei zu überzeugen. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte der Redner einen sogenannten „Einstellungswechsel“, indem er schlicht ergreifend Einfluss auf die Urteile, Sichtweisen, Haltungen und Erwartungen des Zuhörers nahm. Gelang es dem Redner das Publikum von seinen Ideen, seiner Haltung oder seinen Interessen zu überzeugen, so war die Persuasion gelungen.⁷⁰

Da es sich bei den Zuhörern jedoch nicht um eine homogene Interessensgruppe handelt, sondern vielmehr um eine freie, gleichberechtigte Gemeinschaft, in derer sich eine Vielzahl unterschiedlicher Ansichten wiederfinden, ist es dem Redner im Regelfall kaum möglich, sein Ziel lediglich mittels einfacher (sprachlicher) Mittel zu erreichen. Um dieser komplexen Problemlage entsprechend Herr zu werden, bedarf es somit zusätzlicher Anstrengungen. Diese werden in der Rhetorik unter dem Begriff *Elaboration* zusammengefasst, welcher sich durch ein hohes Maß an Komplexität auszeichnet und sich nicht einzig und alleine auf den Umfang einer Rede beschränken lässt. So gilt es bei der *Persuasion* besonders die sprachliche

⁶⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung; Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

⁶⁹ Vgl. Roock, Wahlkampf, S. 149

⁷⁰ Vgl. ebda, S. 149f

Ausgestaltung mittels unterschiedlicher Stilfiguren oder etwa anderen Elaborationstypen wie beispielsweise Bildern ausreichend zu berücksichtigend.⁷¹

In der Politolinguistik wurde der Begriff *Persuasion* in Bezug auf *politische Texte* bereits sehr früh aufgenommen. So sprach Grünert bereits 1974 davon, dass die Sprache in der Politik ausnahmslos die Funktion der Persuasion im Sinne von „Meinungs- und Verhaltenssteuerung“ habe. Als „Funktion“ sei hierbei jedoch lediglich die Intention des Emittenten gemeint. Demzufolge kann bereits das Vermitteln von Informationen als eine *persuasive Funktion* aufgefasst werden, da in der politischen Sprache bereits bloßes Mitteilen etwas bewirkt.⁷²

In Hinblick auf politische Textsorten (Wahlplakate, Werbeanzeigen, Wahlkampfreden ...) müssen drei wesentliche Kriterien erfüllt sein, um von einer persuasiven Textsorte sprechen zu können:

- 1) Das primäre Ziel des Emittenten (hier: Politiker) liegt darin, die Handlungen, Interessen, Ansichten seiner gegnerischen Rezipienten zu beeinflussen;
- 2) Dem Emittenten ist es untersagt, den Rezipienten zu einem Einstellungswechsel zu zwingen, sollte dieser nicht freiwillig seine Meinung ändern. Auch ist es in diesem Fall verboten, gegenüber dem Rezipienten Sanktionen einzusetzen. Dies unterscheidet die persuasive Textsorte zugleich von den sogenannten „bindenden“ Textsorten, die auf Handlungen abzielen, welche, so Rolf, vom jeweiligen Adressaten ausgeführt oder unterlassen werden müssen.
- 3) Der Emittent hat die Möglichkeit, den gewünschten Einstellungswechsel gleichermaßen mittels nicht-sprachlicher Elemente wie Fotos oder Grafiken herbeizuführen. In diesem Fall kann zwischen zweierlei Arten unterschieden werden: a) der „verifikative Einstellungswechsel“, d.h. auf mentaler Ebene kann etwas dahingehend beeinflusst werden, dass etwas, was zuvor als wahr empfunden wurde, nun als unwahr (oder umgekehrt) gehalten wird, sowie b) der „evaluative Einstellungswechsel“, der sich wiederum in vier Basen - der ästhetischen (schön/hässlich), der moralischen (richtig/falsch), der faktisch-

⁷¹ Vgl. ebda, S. 150f

⁷² Vgl. ebda, S. 152

adaptiven (brauchbar/unbrauchbar) und der sensitiv-expressiven (erfreulich/-unerfreulich) - gliedern lässt.⁷³

Daran lässt sich erkennen, dass im Gegensatz zu Wahlplakaten oder etwa politischen Webseiten, Textsorten wie Bescheide oder Gesetze, aufgrund des zweitgenannten Kriteriums, nicht als persuasiv eingestuft werden können.

Der logische Zusammenhang zwischen den einzelnen oben genannten Kriterien besteht darin, dass der Emittent nur deswegen sein Ziel erreicht, da keinerlei Handlungsverpflichtung seitens des Rezipienten besteht sowie der Emittent davon ausgeht, dass die gegenwärtige Rezipienteneinstellung der seinen widerspricht.⁷⁴

Im politischen Kommunikationsbereich wird somit zwischen einer Leistungs- (Emittent) sowie Publikumsrolle (Rezipient) unterschieden. Konkret bedeutet dies für die Wahlkampfsprache, dass Politiker (in ihrer Leistungsrolle), deren primäres Ziel vorrangig darin besteht, ihre Machtposition aufrecht zu erhalten bzw. zu verstärken, mit Bürgern und Wählern in eine sprachliche Interaktion treten, um möglichst viele Wählerstimmen für ebengenannte Absicht zu erlangen.⁷⁵

Unter diesem Aspekt kann davon ausgegangen werden, dass Wahlkampfsprache, da sie alle drei oben genannten Kriterien erfüllt, als persuasiv betrachtet werden kann. Eine wesentliche Rolle kommt dabei vor allem der Elaborationsmittel zu. Damit verbunden gilt es im nächsten Kapitel, etwas näher auf einzelne Elaborationstypen einzugehen, welche in Hinblick auf die Analyse politischer Wahlplakate als mögliche Wahlkampfkommunikationstextsorten einen wesentlichen Bestandteil darstellen.⁷⁶

2.2.3. Wahlkampfkommunikation als persuasiver Akt

Um eine erfolgreiche Wahlkampfkommunikation gewährleisten zu können, gilt es, neben der Erfüllung der drei bereits angesprochen elementaren Kriterien zusätzlich noch drei allgemeine (Wähler-)Fragen zu beantworten: a) *Was soll ich tun?* b) *Warum soll ich überhaupt wählen gehen?* und c) *Warum soll ich ausgerechnet diese Partei wählen?*

⁷³ Vgl. Roock, S. 153ff

⁷⁴ Vgl. ebda, S. 155f

⁷⁵ Vgl. ebda, S. 157

⁷⁶ Vgl. ebda, S. 159

So muss dem Wähler in Wahlkampfzeiten auch zu verstehen gegeben werden, welche Handlungen (hier: Spezifikation) er nun genau ausführen soll, weiters bedarf es der Nennung wesentlicher Gründe, warum er diese Handlung (hier: Elaboration) ausführen soll. Diese können deutlich variieren. Auch in Hinblick auf die Elaboration lassen sich, abhängig vom Korpus (Wahlplakate, Wahlanzeigen, Webseiten ...), unterschiedliche Typen festmachen, wie im Folgenden anhand einiger ausgewählter Beispiele genauer veranschaulicht werden soll.⁷⁷

2.2.3.1. Spezifikation

In Hinblick auf die Aufforderung, welche Handlungen nun konkret seitens des Wählers erwartet wird, bedienen sich politische Parteien oftmals unterschiedlicher Methoden. So kann der entsprechende Hinweis beispielsweise in der ausdrücklichen Nennung der Wahlhandlung mittels verschiedener Lexeme wie *wählen*, *Stimme abgeben* oder graphischer Elemente in Form eines anzukreuzenden Kästchens oder durch das Anführen des Parteinamens, eines genauen Datums erfolgen sowie in der Erwähnung jener Stimmen, auf die es den Politikern tatsächlich ankommt.⁷⁸

Ausgehend von bisher stattgefundenen politischen Wahlkämpfen kann im Allgemeinen davon ausgegangen werden, dass erwachsene Wähler⁷⁹ sehr wohl darüber Bescheid wissen, dass sie mittels Wahlkampfkommunikation dazu aufgefordert werden, für eine bestimmte Partei zu stimmen. Für den politischen Wahlkampf entscheidend, stellt sich somit die Frage, anhand welcher Merkmale Wähler erkennen können, ob sie sich nun in einer Wahlkampfkommunikation befinden oder nicht.⁸⁰

Bezugnehmend auf das Erkennen von Indikatoren politischer Wahlkampfkommunikation, kann vor allem der Korpus äußerst aufschlussreich sein. Zu den hervorstechendsten Merkmalen zählen daher: a) das (Partei-)Logo sowie der (Partei-)Slogan, b) die häufige Abbildung von Spitzenpolitikern, c) das gehäufte Auftreten von Hochwert-, Fahnen- und Stigmawörtern bzw. Lexemgruppen wie beispielsweise *Chance auf Arbeit*, d) etwaige redaktionelle Hinweise, welche darauf aufmerksam machen

⁷⁷ Vgl. ebda, S.166

⁷⁸ Vgl. ebda, S. 167

⁷⁹ Hierbei gilt es zu bedenken, dass das Wahlalter in Österreich seit 2007 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde!

⁸⁰ Vgl. ebda. S. 168

sollen, dass eine Wahlkampfkommunikation stattfindet (z.B. in Zeitungen) und e) der Zeitpunkt, zu dem der Wahlkampf stattfindet.⁸¹

Auf diese Weise ist es für den Wähler ersichtlich, welche Handlung(en) von ihm seitens der Politiker erwartet bzw. erwünscht werden, ohne dies jedoch explizit und vollständig auszuformulieren.

Aus Gründen der Vollständigkeit sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei einzig um eine kleine Auswahl der wichtigsten Merkmale handelt, welche maßgeblich im Bereich der Wahlwerbung bzw. Wahlkampfsprache ihre Anwendung finden. So gibt es noch eine Vielzahl von weiteren - primär expliziten - Spezifikationen wie etwa die jeweilige parteiliche Situation, das Weltwissen der Wähler sowie die Schlussmobilisierung kurz vor dem Wahlkampfe, auf die im Folgenden jedoch nicht näher eingegangen werden soll.⁸²

2.2.3.2. Elaborationstypen

Mittels Elaborationen sollen dem Wähler die Gründe seiner Handlungen, das Warum, verdeutlicht werden. Hierbei ist es jedoch notwendig, zwischen zwei Elaborationsformen zu unterscheiden. So gibt es zum einen jene Elaborationstypen, welche dahingehend argumentieren, überhaupt zur Wahl zu gehen, zum anderen jene, welche auf die Wahl einer bestimmten Partei abzielen.⁸³

Da im Zuge dieser Arbeit die Politiker- respektive Wahlkampfsprache sowie die damit verbundenen Wahlkampfertextsorten wie Wahlplakate und TV-Debatten im Vordergrund stehen, gilt es nun vor allem jene Elaborationen zu hinterfragen, welche maßgeblich zur Wahl einer bestimmten Partei beitragen.

Elaborationstypen innerhalb eines Wahlkampfes setzen sich im Allgemeinen aus vier Variablen zusammen:

- 1) Zeitstufe (Va1): Hierbei zeigt sich, dass die Beweggründe, warum Wähler eine Partei wählen, sowohl in der Vergangenheit, der Gegenwart als auch der Zukunft liegen können. Dieser Umstand mag vor allem damit zusammenhängen, dass Wähler ihre Stimme als eine Art Vertrauensvorschuss für künftige

⁸¹ Vgl. ebda, S. 168

⁸² Vgl. ebda, S. 171

⁸³ Vgl. ebda, S. 173

Ereignisse (prospektiv) betrachten, und durch die Abgabe dergleichen nicht vorrangig eine Belohnung für Vergangenes (retrospektiv) bzw. Gegenwärtiges (präsentisch) ins Auge fassen.

2) Substanz (Va2): Neben Handlungen können ebenso Personen und Eigenschaften als Argument angeführt werden, um eine Partei zu wählen. Es sind jedoch vorrangig die Handlungen, sprich auf die Zukunft ausgerichtete Handlungen der Partei, welche den Ausschlag für die Stimmenabgabe geben. So spielen Personen und Eigenschaften stets eine indirekte Rolle, da sie sich immer auf die Handlung beziehen.

3) Bezugsgruppe (Va3): Diese Variable macht deutlich, dass, neben den bisher genannten Kriterien, ebenso der Eigen- sowie Fremdbezug ein maßgebliches Argument für die Wahl einer Partei darstellen kann. So ist es naturgemäß das Ziel jeder Partei, selbst gewählt zu werden, jedoch kann es in diesem Sinne oftmals auch äußerst wirksam sein, darauf hinzuweisen, andere Parteien nicht zu wählen.

4) Bewertung (Va4): Hier stehen sich zwei fundamentale Gegensätze gegenüber: Die Divergenz zwischen „positiv“ und „negativ“ steht in Korrelation mit Va3 (Bezugsgruppe). So wird, im Gegensatz zur gegnerischen, konkurrierenden Partei, die eigene Partei stets als positiv aufgefasst.⁸⁴

Daraus können nun zwei untersuchungsrelevante Elaborationstypen abgeleitet werden:

- die präsentische Personalisierung

Das Besondere dieses Elaborationstypus besteht darin, eine entsprechende parteiangehörige, in der Öffentlichkeit beliebte Person als Grund für die Wahl einer entsprechenden Partei anzuführen. Die sprachliche Ausgestaltung stellt in diesem Falle zumeist eine Ausnahme dar. In der Regel werden hierfür auffällige Abbildungen des entsprechenden Kandidaten verwendet (z.B. bei Kandidatenplakaten, Wahlplakaten).

⁸⁴ Vgl. ebda, S. 175f

- die präsentische Diffamierung

Analog zur positiven Darstellung eigener Kandidaten lassen sich im Wahlkampf oftmals auch Angriffe auf Angehörige konkurrierender Parteien finden, welche ebenfalls vermehrt in Form von Bild-Text-Kombinationen auftreten. In Zeiten zunehmender Digitalisierung stellen derlei Diffamierungsversuche selbst im Internet bzw. auf diversen Partei-Webseiten keinerlei Ausnahme mehr dar.⁸⁵

Daraus zeigt sich, dass im Zusammenhang mit Elaborationen bzw. Elaborationstypen nicht nur Sprache bzw. die Rede, sondern auch Bilder eine zentrale Rolle spielen. Zwar lässt sich eine Vielzahl bildhafter Darstellungen, ohne Text, nur schwer als Elaborationstyp definieren, da sie - obwohl es sich dabei um sogenannte *potenziell autosemantische Zeichenkonfigurationen* handelt - stets polyvalent und vage bleiben und etliche Sachverhalte oftmals für den Wähler nicht eindeutig darstellen können. In diesem Sinne bedarf es zumindest einer Unterstützung in Form kleiner sprachlicher Segmente, um den Status eines Elaborationstypus gänzlich zu erfüllen.⁸⁶

Aufgrund ihrer schnellen Rezipierbarkeit erweisen sich Bilder zunehmend als unverzichtbarer Bestandteil moderner Wahlwerbung. Damit verbunden ergibt sich für den Wahlkampf nun ein weiteres wesentliches Problem: So müssen Politiker nicht nur dafür Sorge tragen, ausreichende Argumente für die Wahl der eigenen Partei zu finden, sondern zudem eben diese entsprechend - eben in Form von Bildern – zu gestalten, sodass sie schnell rezipierbar sind und im selben Ausmaß die jeweilige Partei ausreichend repräsentieren. Um diesem Dilemma zu entgehen, bedienen sich die meisten Parteien zumeist einer recht simplen Methode, indem vorrangig Spitzenpolitiker kombiniert mit dem Parteienlogo sowie einer kurzen Lexemgruppe bildhaft dargestellt werden.⁸⁷

Als ein weiterer wichtiger Elaborationstypus kann in diesem Zusammenhang noch der Slogan genannt werden, der, da er auffällig platziert ist und auf diese Weise in unterschiedlichen politischen Kommunikationssorten auftreten kann, mindestens eine

⁸⁵ Vgl. ebda, S. 180f

⁸⁶ Vgl. ebda, S. 188f

⁸⁷ Vgl. ebda, S. 189f

Elaboration aufweist. Der Slogan zeichnet sich vor allem durch seine abgeschlossene Form sowie seine große Eigenständigkeit aus. Er muss auf Persuasion abzielen, kurz sein sowie einen hohen Wiedererkennungswert haben.⁸⁸

2.2.4. Charakteristika der Wahlkampfkommunikation

Laut Platz kann davon ausgegangen werden, dass in Wahlkampfzeiten ein Konnex, ein sprachlicher Zusammenhang zwischen den Texten politischer Parteien besteht, welcher sich durch folgende Merkmale kennzeichnet:⁸⁹

- 1) Selbstperspektive
- 2) Gegenperspektive
- 3) Wahlkampfbotschaft
- 4) Dissensdialogizität

Sie bilden somit die Charakteristika der Wahlkampfsprache und können als solche mittels linguistischer Konzepte wie etwa Schlagwörter, Euphemismen oder Metaphern nachgewiesen werden.⁹⁰ Bereits Klein konstatiert, dass Wahlkampftexte, ganz gleich welcher Natur, in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Der Grund hierfür liegt, so Klein, in der Konzentration sowohl auf den jeweiligen Spitzenkandidaten als auch auf die Wahlkampfbotschaft sowie Wahlkampfthemen. Aufgrund ihrer gemeinsamen Inhalte sind sie gewissermaßen miteinander verbunden. Den Hauptgrund, warum politische Akteure Beziehungen zwischen ihren Wahlkampftexten herstellen, liegt, laut Klein, etwa in der ständigen Wiederholung der Wahlkampfthemen, der Wahlkampfbotschaften und den damit verbundenen Verweis auf den Spitzenkandidaten. Auf diese Weise wird darauf abgezielt, Eingängigkeit sowie einen gewissen Wiedererkennungswert auf Seiten des Wählers hervorzurufen.⁹¹

1) Selbstperspektive

Zu Wahlkampfzeiten sowie in der damit verbundenen Wahlkampfsituation fokussieren sich Parteien zumeist auf ihren Spitzenkandidaten (= Personalisierung). Dabei

⁸⁸ Vgl. ebda. S. 190f

⁸⁹ Platz, Dania: Strategische Wahlkampfkommunikation. Wahlkampf-Intertextualität als strategische Komponente der Sprache im Wahlkampf. Bd. 53. Frankfurt/Main: Peter Lang 2013. (Germanistische Arbeiten zu Sprache und Kulturgeschichte), S. 72

⁹⁰ Vgl. ebda, S. 73

⁹¹ Vgl. ebda, S. 64f.

werden vor allem deren Kompetenzen, Führungsqualitäten sowie andersartige Qualifikationen sprachlich in den Vordergrund gestellt. Verstärkt wird das positive Bild durch die entsprechenden Gewinnerthemen einer Partei. Die Partei inszeniert sich gewissermaßen selbst und möchte, dass die Wähler sie auch so wahrnehmen, wie sie sich in der Wahlkampfkommunikation darstellt.

Die Selbstperspektive entwickelt sich intertextuell und setzt sich demzufolge mosaikartig aus verschiedenen sprachlichen Mitteln zusammen, welche wiederum die positive Darstellung des Emittenten gewährleisten soll. Es handelt sich somit um kein Abbild der Realität, sondern um ein sprachlich komplex inszeniertes Konstrukt. Die Selbstperspektive kann somit gleichermaßen als persuasiv betrachtet werden, da sie einen gesteuerten Blickwinkel bzw. die Sichtweise der Partei darstellt und den Wähler in seiner Wahrnehmung beeinflussen soll.⁹²

2) Gegenperspektive

Neben einem positiven Selbstbild kreiert jede Partei in der Regel auch ein Bild ihrer konkurrierenden Parteien - die negativ gefärbte Gegenperspektive. Als eine bewährte Wahlkampfstrategie erweist sich dabei das sogenannte *negative campaigning*. Ziel ist es, den politischen Gegner (hier: Partei) vor den Wählern als inkompetent und nicht regierungsfähig darzustellen. Dabei kommt es oft auch zu Verbalattacken, welche die politischen Konkurrenten diffamieren und - daraus resultierend - den Wähler hinsichtlich seiner Wahrnehmung beeinflussen soll. Der Wähler wird gewissermaßen dazu verführt, die Perspektive einer gewissen Partei anzunehmen und, basierend auf dieser, die politische Konkurrenz (negativ) zu bewerten.

Wie die Selbstperspektive ist auch die Gegnerperspektive intertextuell konstruiert. Auch sie setzt sich aus jenen sprachlichen Mitteln zusammen, die auf die jeweilige Konkurrenz referieren und sie - anders als bei der Selbstperspektive - dabei negativ bewerten.

Die Funktion der Gegnerperspektive bzw. Selbstperspektive besteht nun hauptsächlich darin, den Gegner negativ bzw. sich selbst positiv und als einzige Wahlalternative zu inszenieren. Die vereinfachte Darstellung der Politik soll dem Wähler nun als Orientierung bzw. Entscheidungshilfe dienen, die Identifikation mit der Partei

⁹² Vgl. ebda, S. 66f

erleichtern sowie ebenso gruppenstabilisierend und integrierend auf die Partei wirken.⁹³

3) Wahlkampfbotschaft

Die Wahlkampfbotschaft ist ein weiteres wichtiges Merkmal der politischen Wahlkampfkommunikation. Verbunden mit der Wahlkampfstrategie „Themenmanagement“ versuchen die politischen Parteien, die Medien, also Journalisten bzw. Redakteure, so zu beeinflussen, dass vorrangige Gewinnerthemen in die Berichterstattung aufgenommen werden. In einem weiteren Schritt erfolgt schließlich die politische Bewertung eines gewissen Sachverhalts durch die Partei. Diese richtet sich gänzlich nach dem jeweiligen Ideologievokabular einer Partei. Je nach Art der Bewertung wird dem Wähler entweder eine bejahende oder eine ablehnende Einstellung zum Thema vermittelt. Politische Parteien versuchen so, die Sichtweisen der Wähler sowie das daraus resultierende Verhalten gegenüber diesem Sachverhalt zu ihren Gunsten zu steuern. Einen weiteren wichtigen Aspekt bilden in diesem Zusammenhang parteipolitische Aussagen hinsichtlich der thematischen Herangehensweise in der nächsten Legislaturperiode. Auskünfte darüber, wie mit entsprechenden Themen bzw. Sachverhalten im weiteren Verfahren umgegangen wird, welche Lösungsvorschläge von der stimmenstärksten Partei zu erwarten sind, werden schließlich als Wahlbotschaft bezeichnet. Konkret handelt es sich dabei um Sollens-Aussagen mit einer deontischen Bedeutungskomponente, welche oftmals in Parteiprogrammen zu finden sind.

Wahlkampfbotschaften beinhalten gewissermaßen Lösungsvorschläge für gegenwärtige bzw. künftige politische Geschehnisse und gelten somit zugleich als eine Art Werbung für die Problemlösungskompetenz einer Partei.⁹⁴

4) Dissensdialogizität

Dissensdialoge bestehen aus einem verbalen Angriff und seiner Replik, d.h. bleibt eine verbale Attacke auf Seiten der attackierten Partei unerwidert, so findet kein Dissensdialog statt. Wie bereits weiter oben angeführt, grenzen sich politische Parteien bewusst mittels einiger programmatischer Unterschiede voneinander ab, um sich so dem Wähler als geeignetere Wahlalternative darzustellen. Um die gegneri-

⁹³ Vgl. ebda, S. 67f.

⁹⁴ Vgl. ebda, S. 68f

sche Partei möglichst erfolgreich in ein schlechtes Licht zu rücken, kommt es dabei oft zu verbalen Attacken. Ein Dissensdialog findet nur statt, wenn die angegriffene Partei die verbalen Schmähversuche in ihre Wahlkampfkommunikation aufnimmt und sie daraufhin mittels stichfester Argumente entkräftet. Die entsprechenden Vorwürfe werden schließlich richtiggestellt und der politische Gegner auf diese Weise als Lügner degradiert.⁹⁵

Die Intertextualitätskonstituenten *Selbst- und Gegnerperspektive*, die *Wahlkampfbotschaft* sowie die *Dissensdialogizität* stehen in einem funktionalen Zusammenhang mit Wahltexten. Letztere werden von Politikern bewusst und motiviert zueinander in Beziehung gesetzt, um damit ein entsprechendes Ziel zu erreichen: die Wählerstimme.⁹⁶

2.2.5. Persuasive Textsorten im Wahlkampf

Im Wahlkampf kommt die persuasive Funktion politischer Reden am deutlichsten zum Ausdruck. Die wohl bedeutendste Rolle kommt dabei den Massenmedien zu. Doch erhofft man sich nicht nur mittels bestimmter Einzeltexte die Wähler zu erreichen und entsprechend für sich zu gewinnen, sondern muss der Wahlkampf stets in seiner Gesamtheit betrachtet werden. Da dies jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde, sollen im Folgenden nur auf zwei für den Wahlkampf wichtige Textsorten/-typen eingegangen werden: das Wahlplakat sowie das TV-Duell.⁹⁷

2.2.5.1. Wahlplakate und Slogans

Das Wahlplakat, welches zumeist in Kombination mit einem Slogan erscheint, stellt wohl das auffälligste Medium im Rahmen eines Wahlkampfes dar. Neben der Wahlanzeige, welche mit dem Wahlplakat hinsichtlich seiner Form und Wirkung vergleichbar ist, soll es die Wähler auf die Wahl aufmerksam machen. Aufgrund seiner Bilddominanz ist es jedoch schwer, das Wahlplakat als reine Textsorte zu definieren. Zudem stellt sich die Frage, wie die wahlkämpfenden Parteien durch Bilder bzw. Text-Bild-Kombinationen ihre Wahlwerbung realisieren. Abgesehen von ihrer bildlichen Gestaltung - dominieren dabei zumeist Fotos der Spitzenkandidaten -, weisen vor allem die auf den Plakaten des Öfteren befindlichen Wahlkampfbotschaften, auch

⁹⁵ Vgl. ebda, S. 70

⁹⁶ Vgl. ebda, S. 71

⁹⁷ Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 301

Slogans genannt, eine sprachliche Besonderheit auf. So sind die Parteien aufgrund des geringen Platzes mehr oder weniger gezwungen, ihre Sichtweisen möglichst prägnant und in wenigen Worten auszudrücken.⁹⁸

Bei einem Wahlplakat handelt es sich demnach um ein Medium mit einem stark ausgeprägten persuasiven Charakter. Es soll über die Sachalternativen sowie politischen Personenalternativen informieren. Da sich Wahlplakate zumeist an den unterschiedlichsten öffentlichen Plätzen wie etwa am Straßenrand befinden, ist es notwendig, die darauf enthaltenden Informationen möglichst schnell und leicht erfassbar zu machen. Zudem ist es wichtig, ein möglichst breites Publikum anzusprechen, d.h. unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen.⁹⁹

Was die Gestaltung von Wahlplakaten betrifft, so müssen, neben dem Text, noch zwei weitere Elemente berücksichtigt werden: die Farbe und das Bild. Da ein Plakat im Schnitt nur 1,4 Sekunden betrachtet wird, ist es daher wichtig, die entsprechende Botschaft etwa mittels Schlüsselwörter auf das Wesentlichste zu beschränken.

Ähnlich dem Slogan soll das Wahlplakat Aufmerksamkeit erregen, einprägsam und interessant gestaltet sein sowie eine klare Botschaft beinhalten. Aus diesem Grund spielt ebenso die Farb- und Bildauswahl eine bedeutsame Rolle. Da mit jeder Partei stets eine bestimmte Farbe verbunden wird, sollte auch diese bei der Gestaltung von politischen Plakaten berücksichtigt werden. So soll auf diese Weise dem Wähler signalisiert werden, um welche Partei es sich beim vorliegenden Objekt nun konkret handelt. Die Funktion des Bildes besteht schließlich darin, bestimmte Emotionen beim Wähler hervorzurufen. Die Wahl des jeweiligen Motives sollte daher genau überlegt sein.

Zuletzt folgt der Text (Slogan), welcher dem für die Werbesprache allgemein gültigen „AIDA“-Regeln¹⁰⁰ entsprechen soll.¹⁰¹

Der Slogan fungiert als selbstständige Textsorte, dessen primäre Funktion darin besteht, *die gesamte Kampagne brennpunktartig zusammenzufassen*. Er soll Aufmerksamkeit erregen, dem Wähler in Erinnerung bleiben, und zur Identifikation

⁹⁸ Vgl. Platz, Strategische Wahlkampfkommunikation, S. 138

⁹⁹ Gönultas, Özlem: Die Anwendung von Angstappellen in der österreichischen Wahlwerbung am Beispiel der Wahlplakate bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008. Diplomarbeit. Univ. Wien 2013. S. 26f

¹⁰⁰ **A** = Attention/Erregung der Aufmerksamkeit, **I** = Interest/ Erwecken des Interesses, **D**= Desire/ Wunschverlangen, **A** = Action/ Auslösen einer Handlung;

¹⁰¹ Vgl. Gönultas, S. 28ff

mit der Partei einladen. Neben der Verwendung von Schlagwörtern (v.a. Fahnen- und Stigmawörter), werden im Slogan auch rhetorische Schemata wie Antithesen, Parallelismen, Metaphern, Wortspiele, Chiasmen oder Klimaxe realisiert. Wie bereits weiter oben beschrieben, stellt er zugleich einen Elaborationstypus dar.¹⁰²

2.2.5.2. TV-Debatten

Das Fernsehen zählt, neben dem Internet, zu den wichtigsten politischen Kommunikationsformaten und hat im Zuge seiner Ausbreitung bereits eigene politische Gesprächsformen entwickelt. So gehört es bereits zum politischen Alltag, die Wähler auch als Fernsehpublikum wahrzunehmen und in diversen TV-Diskussionen sowohl seine eigene Position als auch jene der jeweils angehörigen Partei vor der Öffentlichkeit möglichst eindrucksvoll zu legitimieren und jene des politischen Kontrahenten zu diffamieren.¹⁰³ Laut Klein überwiegen dabei:

Dissensbetonung und der Kontrast zwischen einer von Selbstgewissheit und Selbstlob geprägten Pro-Argumentation zugunsten der eigenen Position und einer von Vorwürfen, Beschuldigungen, Entrüstung sowie Sarkasmus durchzogenen Kontra-Argumentation gegen den Kontrahenten.¹⁰⁴

Die Funktion politischer Fernsehdebatten besteht hauptsächlich in der öffentlichen Entfaltung eines Meinungsspektrums sowie der Darstellung von Querelen zwischen politischen Repräsentanten. Es soll dabei der Eindruck entstehen, dass die stattfindende Diskussion zwischen zwei Spitzenkandidaten primär der gegenseitigen Überzeugung dienen soll, jedoch in Wahrheit die persuasive Wirkung auf den Wähler bzw. Zuschauer fokussiert.¹⁰⁵

Politiker sind gewissermaßen dazu gezwungen, *Theater zu spielen* bzw. Politik zu inszenieren, um auch über die Medien - allen voran das Fernsehen - die Bürger bzw. sämtliche Wähler erreichen zu können. Als sogenannte *Gatekeeper* entscheiden in diesem Format vorwiegend die Journalisten, welche Ereignisse und Themen in derlei TV-Diskussionen behandelt werden und welche Politiker zu Wort kommen dürfen sowie welche Positionen dabei vertreten werden.¹⁰⁶

¹⁰² Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 171

¹⁰³ Vgl. ebda, S. 254

¹⁰⁴ Klein, Josef: Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze. Bd. 23. Berlin: Frank und Timme 2014. (Sprachwissenschaft) S. 254

¹⁰⁵ Vgl. ebda, S. 256

¹⁰⁶ Vgl. Habscheid, Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation, S. 14

Grundsätzlich gibt es in der Politik zwei deutlich voneinander unterscheidbare Ausprägungen dieses Musters:¹⁰⁷

- a) DEBATTIEREN/DISKUTIEREN als Vorbereitung sowie mit dem Ziel, den politischen Gesprächs- bzw. Diskussionspartner zu einer im eigenen Interesse liegenden Entscheidung zu bringen (z.B. Fraktions- und Parteitagsdebatten);
- b) DEBATTIEREN/ DISKUTIEREN in Form einer politischen Fernsehdiskussion, bei der - in Anwesenheit eines nicht an der Debatte beteiligten Publikums - vornehmlich die Eigenwerbung und Gegnerabwertung im Fokus politischen Handelns stehen (z.B. Fernsehdiskussionen);

Im Gegensatz zu Handlungsmuster a), welches an dieser Stelle nur aus Gründen der Vollständigkeit erwähnt werden soll und im Zuge der vorliegenden Analyse keinerlei nennenswerte Rolle mehr spielt, steht bei b) ausschließlich die persuasive Anstrengung in Bezug auf den Wähler sowie die damit verbundene wertbezogene Lexik im Mittelpunkt. So geht es bei Letzterem vornehmlich darum, die eigene Position vor der Öffentlichkeit - vorzugsweise in Form einer TV-Diskussion - auf möglichst eindrucksvolle Weise zu legitimieren und zugleich die des politischen Kontrahenten zu delegitimieren.¹⁰⁸

¹⁰⁷ Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 251

¹⁰⁸ Vgl. ebda, S. 251

II. PRAKTISCHER BEZUG

*Wenn ich ein Wort gebrauche, sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, dann heißt es genau, was ich für richtig halte - nicht mehr und nicht weniger. Es fragt sich nur, sagte Alice, ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann. Es fragt sich nur, sagte Goggelmoggel, wer der Stärkere ist, weiter nichts.*¹⁰⁹

3. Untersuchungsmaterial

Die im folgenden Abschnitt vorgenommene Untersuchung bezieht sich, wie bereits einleitend erwähnt, ausschließlich auf jene Textsorten, welche aufgrund ihres stark informativ-persuasiven Charakters sowie ihrer zunehmenden Präsenz in der Öffentlichkeit eine tragende Rolle in der Darstellungspolitik spielen. Aufgrund des enormen Umfangs der diesem Bereich zugehörigen Textsorten wurden für die vorliegende Arbeit das im Rahmen der Nationalratswahlen 2013 ausgestrahlte TV-Duell zwischen den beiden Spitzenkandidaten der FPÖ und der Grünen, Herrn Heinz-Christian Strache und Frau Eva Glawischnig, sowie einige zu diesem Zeitpunkt parteitypische Wahlplakate dieser beiden politischen Fraktionen ausgewählt.

Das TV-Duell unterliegt den institutionellen Gegebenheiten des Österreichischen Rundfunks. Es wurde am 29. August 2013, unter der Moderation von Frau Ingrid Thurnher, auf ORF 2 ausgestrahlt und wurde im Schnitt von 708 000 Zuschauern bei 29 Prozent Marktanteil verfolgt. Falsche (Partei-)Bilder, Korruption, Verschwendung von Steuergeldern, Amtsmissbrauch, Steuerhinterziehung des kleinen Mannes, Flüchtlingspolitik, Umbau der „Mahü“, Bildungspolitik, Mindestlohn und - abschließend - Koalitionswünsche vor der NRW bildeten die zentralen Themen dieser TV-Konfrontation. Die Sendezeit umfasste 47:30 Minuten.

Konkret handelt es sich bei diesem Format um eine Live-Konfrontation einzelner zur Wahl antretender Spitzenparteien (hier: 6 Fraktionen), welche seit geraumer Zeit ihr Wesentliches zum politischen Meinungsbildungsprozess in Österreich beitragen. Insgesamt ergeben sich dabei 15 Duelle, bei denen - „jeder gegen jeden“ - erstmals live vor Publikum sowie unter der Leitung eines Moderators diskutiert wird. Als Quelle für das Transkript, welches die Grundlage für die nachfolgende sprachliche Analyse bildet, diente die Internetplattform *Youtube*.

¹⁰⁹ Halwachs, Dieter: Schlüsselwörter des Politregisters. Analyse auf Basis einer Befragung unter Jugendlichen. In: Menz, Florian/Wodak, Ruth (Hg.): Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt/Celovec: Drava 1990. S. 220

Die ausgewählten Textsorten sind beispielgebend für die Heterogenität politischer Kommunikation sowie gehören sie beide der bereits im Kapitel 2.2. erwähnten 3. Kommunikationskategorie - *Die öffentlich-politische Kommunikation* - an.

Die nachstehenden Ausführungen lassen sich demnach in zwei wesentliche (Untersuchungs-)Bereiche untergliedern:

- die sprachkritische Analyse¹¹⁰
- die pragmatisch-semantische Analyse

Aus Verständnisgründen soll an dieser Stelle noch eine Kurzbeschreibung der beiden ausgewählten Parteien sowie ein Überblick hinsichtlich ihrer Schwerpunkte gegeben werden.

3.1. FPÖ

Die Freiheitliche Partei Österreich, welche 1983 bis 1986 erstmals durch eine kleine Koalition mit der SPÖ in eine Bundesregierung eintrat, ist eine österreichische Wählerpartei mit vermeintlich rechtspopulistisch-nationalkonservativer Ausrichtung. Die Gründe für diese Supposita mögen mitunter an den als fremdenfeindlich eingestuften Wahlplakaten mit Slogans wie „Wien darf nicht Istanbul werden“ oder „Deutsch statt nix versteh´n“ sowie den im Parteiprogramm deutlich postulierten Heimatland-Gedanken als wesentlicher Bestandteil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft zu finden sein. Letztgenanntes weist zudem auf die Wichtigkeit des Schutzes unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen hin. Zusätzlich wird im Parteiprogramm deutlich signalisiert, dass Österreich kein Einwanderungsland sei und daher eine geburtenorientierte Familienpolitik verfolgt werden müsse. Daneben wird zugleich auf das Gebot der Menschlichkeit in Verbindung auf aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten hingewiesen, denen, sofern ein Schutzbedürfnis besteht, politisches Asyl gewährt werden soll.

Als weitere wesentliche Parteipunkte werden etwa Recht und Gerechtigkeit, Familie, welche „als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft“ bildet, und

¹¹⁰ hier: verstärkter Fokus auf dem TV-Duell

Generation, Wohlstand und soziales Gleichgewicht, Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Weltoffenheit und Eigenständigkeit sowie ein vielfältiges Europa genannt.

3.2. Grüne

Die im Jahre 1986 gegründete Wählerpartei „Die Grünen - die grüne Alternative“ ist die viertgrößte Partei der insgesamt sechs im Parlament vertretenen politischen Fraktionen. Mit ihren Anliegen sowie Parteipunkten bildet sie in gewisser Weise einen eklatanten Kontrast zu den bereits oben beschriebenen Freiheitlichen. Bereits im Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2001 wird in der Präambel verdeutlicht, worin der eigentliche Grundgedanke der Grünen gipfelt: So ist es ihre Vision, „eine solidarische Gesellschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt“ zu schaffen. Diesem Ansinnen folgend, gestaltet sich im gleichen Maße das Parteiprogramm sowie die darin enthaltenen Grundwerte, welche „stets neu artikuliert, verteidigt und mit Leben erfüllt werden müssen“. Die „Grünen“-Grundwerte sind somit solidarisch, ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei, selbstbestimmt und feministisch. Damit verbunden, können nun folgende einzelne klare politische Perspektiven für die Handlungsfelder der Politik abgeleitet werden, bei denen stets die Lebensqualität als oberste Prämisse für die Ausgestaltung der grünen Politik im Mittelpunkt steht: Umwelt und Wirtschaft (Wirtschaft nachhaltig gestalten, Natur und Umwelt schützen), Arbeit und Existenzsicherung („Fairteilen“ von Arbeit, unbezahlter Arbeit, Einkommen und von Zeit), offene und solidarische Gesellschaft (Bildung, Kunst und Kultur, Gesundheit, Minderheiten, Einwanderungspolitik, Kinder und Jugendliche ...), Demokratie und Mitbestimmung (Grundrechte, Rolle und Aufgaben des Staates, Reform der demokratischen Institutionen ...) und Österreich im internationalen Gefüge (Zielvorstellung Grüner Außenpolitik, Österreich und die EU, Flüchtlingspolitik und Grüne Initiativen auf globaler Ebene).

4. Analyseverfahren

Darstellungspolitik erfolgt hauptsächlich mittels Wahlplakaten und TV-Debatten.

Im Zeitalter der zunehmenden Medialisierung als auch Entertainisierung bilden sie sogleich das Kernstück eines jeden erfolgreichen Wahlkampfes. Dabei gilt es zu bedenken, dass aphoristisch formulierte Wahlslogans, welche sich - garniert mit zahlreichen bildhaften Darstellungen fraktioneller Oberhäupter - vielerorts über die unterschiedlichsten Ballungszentren ergießen, wie komplex formulierte, hypotaktische Äußerungen im Rahmen mannigfaltiger TV-Auftritte nicht selten zu Irritationen, wenn nicht gar Unmut auf Seiten der Wählerschaft führen. Das Resultat spiegelt sich sogleich in einer eher subjektiven, vorrangig emotional belasteten Werthaltung (zum entsprechenden Wahlthema) wieder, was sich mitunter - als weitere Folge - in der zunehmenden Popularität diverser politischer Lager deutlich zeigt. Um den semantischen Gehalt politischen Sprechhandelns verifizieren zu können, bedarf es zunächst eines akribischen Blicks hinter die sprachlichen Fassaden. Diesem Ansinnen folgend, liegt das Hauptaugenmerk primär auf jenen sprachlichen Phänomenen, welche sich auf den ersten Blick nur schwerlich gerieren. So beinhalten etwa Elaborationstypen wie Slogans ebenso wie mündlich vorgetragene Beiträge in TV-Debatten oftmals Schlagwörter, Metaphern sowie (verschleiende) Euphemismen, die jedoch zuerst aus dem entsprechenden Text extrahiert werden müssen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Rolle eben genannte Medienformate in der Analyse politischer Sprache einnehmen. So steht die politische Sprache stets in enger Verbindung mit der linguistischen Pragmatik, deren hervorstechendstes Merkmal die Berücksichtigung der jeweiligen Kontexte, in denen sich eine sprachliche Äußerung vollzieht, darstellt. Konkret bedeutet dies, dass sprachliches Handeln primär kontextgebunden ist, d.h. die (speziellen) Absichten (eines Sprechers) orientieren sich stets nach dem vorherrschenden Kontext. Um als Politiker nun den kollektiven Empfänger, d.h. den Wähler zu erreichen, ist es notwendig, gleichermaßen die Gesetzmäßigkeiten sowie Besonderheiten von - wie in diesem Fall - Wahlplakaten und TV-Debatten mit in die sprachwissenschaftliche Untersuchung politischen Sprachgebrauchs einzubeziehen.

4.1. Vorgehensweise

Der Fokus der vorliegenden Analyse liegt vorerst auf der semantischen Ermittlung jenes politischen Sprachgebrauchs, wie er (dem Wähler) ausschließlich bei TV-Debatten sowie auf Wahlplakaten in Erscheinung tritt. Durch das Herausfiltern der sprachlichen Phänomene, welche bereits im 5. Kapitel ausführlich erläutert wurden, soll schließlich die Brücke zur Pragmatik geschlagen werden. Je nach Medienformat gilt es dabei nun in Erfahrung zu bringen, mit welchem Ziel Schlagwörter, Euphemismen oder Metaphern eingesetzt werden und was sie in der entsprechenden Situation sowie der Verschmelzung eines gewissen Kontextes konkret bewirken (können). Ein weiteres wichtiges Kriterium stellen zudem die unterschiedlichen politischen Sprachstrategien wie etwa Anspielungen, indexikalische bzw. deiktische Ausdrücke oder diverse Argumentationsstrategien dar, welche ebenso mit in die Beobachtungen einfließen. Im Sinne einer adäquaten Annäherung bedarf es jedoch eines gewissen sukzessiven Vorgehens, welches zugleich eine Unterteilung in zwei textsortenspezifische Rubriken mit inhaltlich variierenden Herangehensweisen vorsieht. Insofern Wahlplakate hinsichtlich ihrer Form und Funktion bereits selbst eine politische Wahlkampfstrategie, dessen sprachliche Besonderheiten sich erst bei näherer Betrachtung offerieren, darstellen, bilden sie in der vorliegenden Arbeit die erste Gruppe der zu analysierenden persuasiven Textsorten. Die zweite Gruppe beinhaltet einige entnommene Beiträge aus der am 29. August 2013 stattgefundenen TV-Debatte zwischen Heinz-Christian Strache und Eva Glawischnig.

Die nachstehende Analyse setzt sich demnach aus folgenden Analyseschritten zusammen.

Analyseschritte	
Gruppe 1: Wahlplakate	Gruppe 2: TV-Debatte (Beiträge)
1) <u>Elaborationstypen</u>¹¹¹ • Slogan • Abbildung • präsentische Personalisierung/ Diffamierung	

¹¹¹ Da der Fokus der vorliegenden Arbeit hauptsächlich auf der sprachlichen Analyse liegt, wird - mit Ausnahme des Slogans - die „Spezifikation“ hinsichtlich ihres Vorkommens mit „+“ oder „-“ gekennzeichnet.

2) Politische Sprachstrategien

- Begriffe besetzen
 - Nomination
- Anspielungen und Implikaturen
- Indexikalische Ausdrücke und Pronomina
 - Argumentationsstrategien
 -

3) Rhetorische Mittel & Tropen

- Stilmittel der Wiederholung
- Stilmittel des Kontrasts
 - Wortschatzfiguren
 - Phraseologismen

4) Schlagwörter

- Hochwertwörter
- Unwertwörter
- Fahnenwörter
- Stigmawörter
 - Maledicta

Aus Gründen der besseren Überschaubarkeit werden die eruierten Schlagwörter - gemäß ihrer im Text vorkommenden Reihung - in tabellarischer Form aufgelistet sowie deren entsprechender Typus mittels der Kürzel „HwW“ (= Hochwertwort), „UwW“ (= Unwertwort), „FW“ (= Fahnenwort), „StiW“ (= Stigmawort) und „M“ (= Maledicta) markiert. Für die Ermittlung ist es zudem notwendig, Schlagwörter vorerst als eine lexikalische Einheit zu fassen. Dabei handelt es sich im Regelfall um (einzelne) Lexeme in Form von Substantiven oder - wenn auch nur fallweise - Mehrwortlexeme, welche in einem Satz die Position eines gleichwertigen Lexems einnehmen (können). Die nach Feldbick angewendeten formalen Merkmale - Vorkommenshäufigkeit (in einem Text) und Sprachusus - ermöglichen es nicht zuletzt, die im Text enthaltenen Schlagwörter für die weiterführende pragmatisch-semantische Analyse zugänglich zu machen. Aufgrund zahlreicher in beiden Textgruppen auftretender Anspielungen, wurde die Schlagworttypologie zudem um die Kategorie „Maledicta“, d.h. pejorative Lexik, erweitert, auf deren genaue Funktion an gegebener Stelle nochmals genau Bezug genommen wird.

Im Falle des vorliegenden Analysegegenstandes bedarf es, bezugnehmend auf die im Theorieteil erwähnte sowie ausführlich vorgestellte Mehrfachadressierung, einer geringfügigen Adaption des von Girnth aufgezeichneten Models der Inszenierung öffentlich-politischer Kommunikation. So ergäbe sich in Bezug auf die im Anschluss folgende, zu analysierende TV-Debatte nun folgende Darstellung:

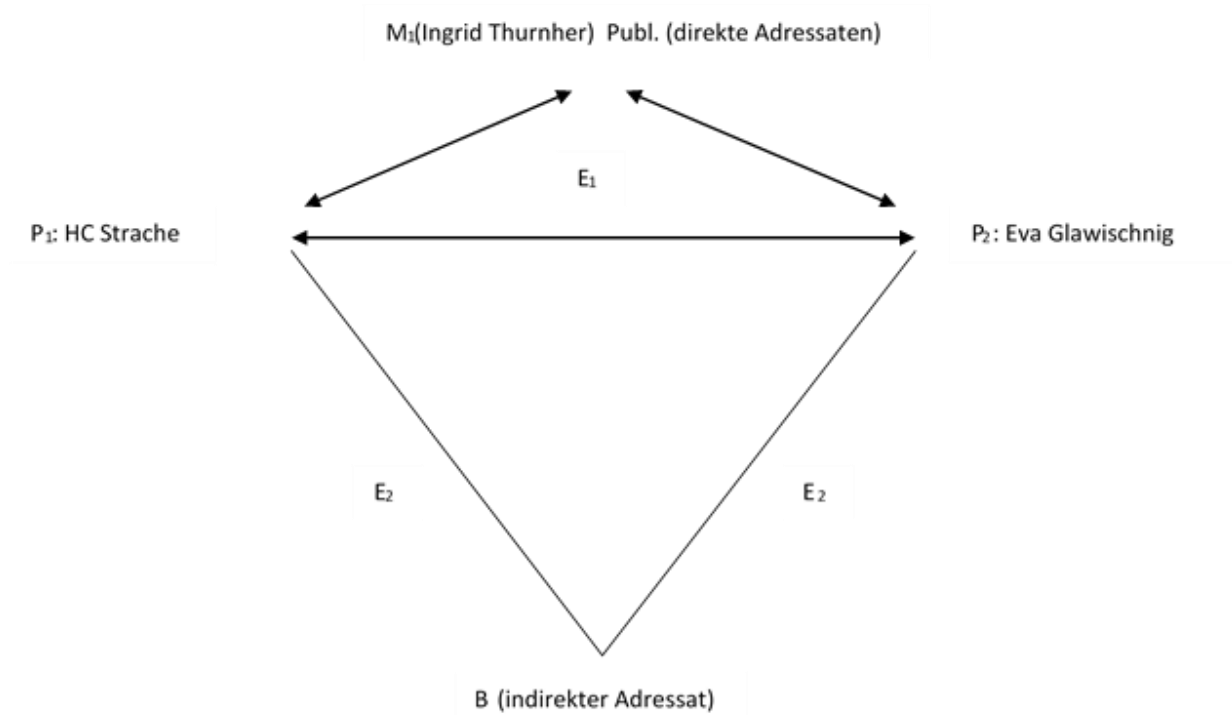


Abb.6: Die öffentlich-politische Kommunikation: TV-Debatte

Deutlich anders verhält es sich etwa im Falle des Wahlplakats, das aufgrund seines öffentlichen Charakters ebenfalls dem Kriterium der Mehrfachadressierung/Inszenierung unterliegt und dessen Verständigung ausschließlich auf einer Einweg-Kommunikation beruht. Die direkte (verbale) Kommunikation zwischen Emittent (hier: Politiker) und Rezipient (hier: Wähler) bleibt in diesem Fall aus. Die „sprachliche“ Interaktion erfolgt, wie der nachstehende grafische Darstellungsversuch veranschaulichen soll, lediglich auf einer non-verbalen Ebene, welche – je nach Plakatgestaltung – entweder glücken oder auch misslingen kann, statt.

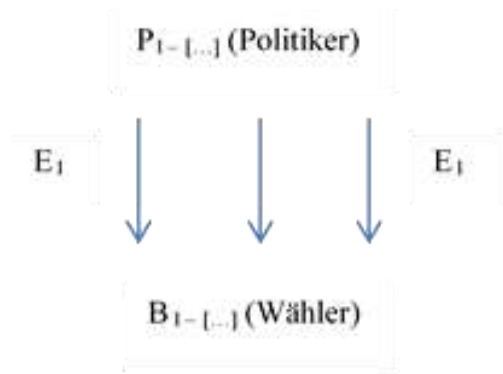


Abb.7: Die öffentlich-politische Kommunikation: Wahlplakate

5. Analyse politischer Sprachstrategien

Politisches Sprechhandeln zeichnet sich durch vielerlei Merkmale aus. Um das gewünschte politische Ziel zu erreichen, bedienen sich Politiker stets gewisser (Sprach-)Strategien, mit denen sie die Wähler, sprich das Volk, zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchen. Als beispielgebend können etwa die Adressatenorientierung, die Selbstaufwertung bzw. Fremdadwertung sowie diverse medienbedingte Strategien genannt werden.¹¹²

Sprachstrategien sind, so Girth/Spieß, ein typisches Merkmal politischen Sprachgebrauchs:

So ist für politisches *Sprachhandeln* die Dichotomie von Eigen- und Fremdgruppe ein entscheidendes Moment. Die politischen Akteure streben danach, Macht- und Zustimmungsbereitschaft zu erlangen, Einfluss auszuüben und Handlungsdispositionen zu verändern. Sie wählen eine bestimmte Strategie, die in einer Mittel-Zweck-Relation zur Intention steht, insofern sie die Umsetzung des Handlungszieles regelt. [...] ¹¹³

Klein klassifiziert die Sprachstrategien politischer Kommunikation wiederum in eine Basis-, Kaschierungs- und eine Konkurrenzstrategie:

- Basisstrategien sind adressatenorientiert, die etwa Vereinfachungen mittels Slogans, Schlagwörtern o.Ä., die bereits einleitend genannte Selbstaufwertung bzw. die Abwertung gegnersicher Parteien und/oder Personen

¹¹² Vgl. Sandra Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 44

¹¹³ Girth, Heiko/Spieß, Constanze (Hg.) Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2006. (Philologische Studien und Quellen Heft 200) S.9.

sowie medienbedingte Strategien mittels Inszenierungen oder in Form des Politainments umfassen. Angesicht der Wahlkämpfe der vergangen Jahre wäre es zudem denkbar, gleichermaßen die diskursive Konstruktion einer In-Group - vermittelt durch klassische „Wir“-Pronomina - diesem Strategietypus anzufügen. So können auf diese Weise sowie unter Zuhilfenahme verschiedener Strategien wie der Moralisierung, Profilierung, d.h. der Selbstzuschreibung gewisser Eigenschaften, Singularisierung, Glorifizierung und Viktimisierung, bei der sich die eigene Partei als Opfer darstellt, positive Assoziationen verbunden werden.

- Kaschierungsstrategien sollen, so Klein, dazu dienen, Verletzungen der Konversationsmaximen abzuschwächen. So versuchen Politiker auf diese Art, oftmals Informativitätsdefizite, Wahrheitsdefizite, Relevanzdefizite und Eindeutigkeitsdefizite etwa mittels Euphemismen, Nominalisierungen, politischer Vexierwörter oder Ausweichstrategien zu kaschieren bzw. zu verschleiern.
- Konkurrenzstrategie: Diese Vorgehensweise bezieht sich auf das sogenannte „Besetzen“ sowie richtungsweisende „Prägen“ von Begriffen. So können sich Parteien bzw. Politiker von einer bereits geäußerten Formulierung distanzieren, wenn diese etwa eine negative Konnotation erhalten haben oder versuchen, sie auf diese Weise gegnerische Parteien auf bestimmten Begriffen *festzunageln*.¹¹⁴

Ziel dieser Strategie ist es,

die eigenen sprachlichen Ressourcen zu stärken und die gegnerischen zu schwächen. In den 'semantischen Kämpfen' auf der lexikalischen Ebene [dient die] Begriffsbesetzung, der Begriffsverteidigung und der Begriffsvermeidung primär dem ersten Ziel, während Begriffsdemontage, Attackierung von Begriffsmissbrauch und Festnageln auf Negativbegriffe primär Gegnerschwächung ausgerichtet ist.¹¹⁵

Im Folgenden sollen nun die zentralen Strategien politischer Kommunikation herausgegriffen und konkretisiert werden.

¹¹⁴ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 44ff

¹¹⁵ Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. S. 389

5.1. Begriffe besetzen

Die plakative Redewendung *Begriffe besetzen* geht auf den Bundesparteitag der CDU am 18.11.1973 zurück, wo sie vom CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf geprägt wurde. So ging es konkret darum, Begriffe für die eigene Partei zu beanspruchen sowie über deren Interpretation zu bestimmen. Aufgrund ihrer Eingängigkeit hat die Metapher der Begriffsbesetzungen auch in der Politolinguistik rasch Fuß gefasst. Hierbei ist jedoch Vorsicht geboten. So wirft Klein in zahlreichen Publikationen die Frage auf, ob es überhaupt möglich sei, Begriffe zu besetzen. Was ist in diesem Zusammenhang unter *Begriff* zu verstehen? Wie können Begriffe besetzt werden? Was kann man sich unter dem Besetzen von Begriffen konkret vorstellen?¹¹⁶

Um diese Metapher für nachstehende linguistische Untersuchungen fruchtbar zu machen, bedarf es zunächst einer eindeutigen Präzisierung.

Linguistisch betrachtet, so Klein, stellt das Besetzen von Begriffen eine von vielen sogenannten Konkurrenzstrategien bzw. Konkurrenz-Operationen dar, welche allesamt darauf ausgerichtet sind, die eigenen sprachlichen Ressourcen zu stärken und indes die des gegnerischen Pendants zu schwächen. Klein spricht hier von fünf grundlegenden Typen des lexematischen Konkurrenzkampfes:¹¹⁷

1) Begriffsprägung - konzeptuell-konzeptionelle Konkurrenz

Dabei wird das eigen Vokabular durch einen neuen Ausdruck, welcher wiederum einen neuen Inhalt bezeichnet, angereichert. Es kommt somit zu einer Neuschaffung von Ausdruck- und Inhaltsseite einschließlich des bedeutenden Sachverhalts. Als Beispiel hierfür kann etwa der Begriff *Homo-Ehe* genannt werden, welcher heutzutage, zumindest in aufgeklärten, offenen Gesellschaften, seine pejorative Komponente verloren hat und inzwischen als neutrale Bezeichnung für ein gleichgeschlechtliches Paar verwendet wird.

2) Parteiliches Prädizieren - Bezeichnungskonkurrenz

Unter *Prädizieren* versteht man eine bestimmte Art von Bezugnahme, *mit deren Hilfe Gegenstände oder Personen bestimmte Eigenschaften zu- oder abgesprochen werden*. Dieser Typus bezieht sich vor allem auf die Aus-

¹¹⁶ Vgl. ebda, S. 88

¹¹⁷ Kuhn, Fritz: *Begriffe besetzen als Metapher*. In: Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991. S. 51

drucksseite und Bedeutung von Begriffen. Weiters ergeben sich in diesem Fall zumeist auch Begriffspaare, durch deren Gebrauch zugleich die unterschiedlichen politischen Standpunkte markiert werden können (z.B. Atom- vs. Kernkraft).

3) Umdeuten - deskriptive Bedeutungskonkurrenz

Diese Strategie zielt auf eine Veränderung der Inhaltseite eines Ausdrucks und der damit verbundenen Konnotation (des Begriffs) ab, indem entweder Bedeutungsanteile hinzugefügt und/oder getilgt werden. Zudem ist es möglich, sich auf diese Weise, attraktiv erscheinende Vokabeln der Gegnerpartei(en) für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen.¹¹⁸

4) Umwerten – deontische Bedeutungskonkurrenz

Neben der deskriptiven Bedeutung besitzen politische Schlagwörter in der Regel auch eine deontische Bedeutung mittels der der bezeichnete Sachverhalt zugleich als zu befürwortender oder ablehnender bewertet werden kann. So können beispielsweise Begriffe wie *konservativ*, *Sozialismus* oder *Faschist* in einem wissenschaftlichen Kontext durchaus als reine deskriptive Bezeichnungen verwendet werden. Anders verhält es sich hingegen im Falle politisch-ideologischer Diskurse, in denen die eben genannten Begriffe oftmals mit einer deontischen Komponente versehen werden (z.B. in der Ideologiesprache).¹¹⁹

5) Ausbeuten von Assoziationen - Konkurrenz um konnotativen Glanz

Bei diesem Typ geht es, so Klein, weder um das Verändern bereits bestehender Wörter noch um die Prägung neuer Begriffe, sondern vielmehr um die Verschmelzung der eigenen Positionen mit als attraktiv konnotierten Lexemen, welche bei den jeweiligen Zielgruppen positive Assoziationen hervorrufen und eine Identifikation mit der entsprechenden Partei ermöglichen.¹²⁰

Beim *Begriffe besetzen* geht es in der Politik somit primär darum, ein Wort für sich zu beanspruchen und als solches für seine eigenen Zwecke entsprechend umzuformen

¹¹⁸ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, 88ff

¹¹⁹ Vgl. Kuhn, Begriffe besetzen, S. 61f

¹²⁰ Vgl. ebda, S. 65

und zu nutzen. Als besonders begehrt erweisen sich dabei sogenannte Hochwertwörter, welche sich mit Attributen erweitern lassen. Hierbei ist es wichtig, das jeweilige Hochwertwort stets in dem dafür vorgesehenen Kontext zu wiederholen. Diese Strategie kann jedoch zugleich in eine entgegengesetzte Richtung verlaufen und - durch das ständige Wiederholen - zu einer regelrechten Politverdrossenheit bzw. Ermüdung seitens der Wähler führen. Um dieser Gefahr zu entgehen, wäre es in diesem Fall von Vorteil, ein Mirandum zu besetzen und es als Fahnenwort zu instrumentalisieren.¹²¹

5.2. Nomination

Der Nomination kommt in der Politik eine große Bedeutung zu. Konkret handelt es sich dabei, so Girth, um eine höhere, vorrangig wertende Ebene der Ausdrucksverwendung. So wird einem Sachverhalt nicht bloß eine (neue) Benennung zugewiesen, sondern es vollzieht sich zugleich eine Wertung. Der beabsichtigte Effekt besteht nun primär darin, auf diese Weise eine Veränderung oder Bekräftigung der Einstellung des Adressaten respektive Wählers gegenüber dem (neu) Benannten herbeizuführen. So spricht Girth auch von einem sogenannten Nominationsakt. Darunter ist eine sprachliche Handlung bzw. lexikalische Teilhandlung zu verstehen, bei der die Referenz und Wertung (eines Sachverhalts) miteinander verschmelzen. Auf diese Weise soll beim Adressaten nun eine *Präferenzdisposition gegenüber dem betreffenden Objekt* erzeugt werden, welche wiederum zu einer *Umdefinierung der Sinnstruktur dieses Objekts beim Adressaten* führt. Zu den auf Seiten der Politik jeweils intendierenden Adressatenreaktionen zählen etwa die Einstellungsmodifizierung - mittels Texten mit einem ausgeprägten persuasiv-informativer Charakter -, die Einstellungspolarisierung, bei der es - ebenfalls mittels Texten mit informativ-persuasiven Funktion - weniger um einen Einstellungswechsel als um die Verdeutlichung des eigenen Standpunktes geht, und die Einstellungsaffirmation, welche darauf abzielt, bereits vorhandene Einstellungen auf Seiten des Adressaten durch Texte mit integrativer Funktion zu bestätigen und/oder zu bestärken. Die Nomination kann somit als ein klassisches Mittel politischer Persuasion klassifiziert werden.¹²²

¹²¹ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 46f

¹²² Vgl. Girth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 55f

Zur Nomination eignen sich besonders morphologisch oder semantische motivierte Ausdrücke, wie etwa Komposita, welche die Besonderheiten des Referenzobjekts leichter hervorzuheben vermögen. Etwas diffiziler verhält es sich etwa bei Neologismen. Hierbei besteht die Gefahr, dass der jeweilige Ausdruck entweder missverstanden wird oder gänzlich auf Unverständnis stößt.¹²³

Grundsätzlich wird die Nomination in verschiedenen Aufgabenbereichen angewandt. Girth spricht in diesem Sinne von sogenannten *Nominationssektoren*. Sie repräsentieren die für das politische Sprachhandeln zentralen Wirklichkeitsausschnitte. Ihre politische Signifikanz zeigt sich vor allem darin, dass von Politikern geradezu erwartet wird, dass sie auf derlei Wirklichkeitsausschnitte sprachlich Bezug nehmen. Insgesamt lassen sich, so Girth, sechs Sektoren voneinander unterscheiden.¹²⁴

- a) Nomination politischer Gruppen und Personen, spielt nicht nur in Hinblick auf die Frequenz eine zentrale Rolle in der politischen Sprachverwendung, sondern findet hier zugleich die in der politischen Auseinandersetzung fundamentale Dichotomie zwischen Eigen- und Fremdgruppe ihren Ausdruck (z.B. *Grüne*, *Sozialdemokrat* ...).¹²⁵ Zu diesen Wortschatzgruppen gehören zudem Begriffe bzw. Gruppennamen wie z.B. *Bündnis Zukunft Österreich*, mit denen der Wähler eine positive Wertung assoziiert. Dies liegt vor allem daran, dass die im Beispiel genannte Lexemgruppe vorwiegend positiv konnotierte Wörter beinhaltet. Selbiges gilt auch für Parteinamen wie etwa die *Sozialistische Partei Österreichs*, welche sich 1991 in die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ) umbenannte.¹²⁶
- b) Nomination politisch relevanter Aktivitäten und Handlungszusammenhänge - dieser Nominationssektor umfasst sowohl positiv bewertete Aktivitäten sowie Handlungszusammenhänge der Eigengruppe (z.B. *Aufbau*, *Reform* ...) als auch jene negativ bewertete der Fremdgruppe wie beispielsweise *Zick-Zack-Kurs* oder *Misswirtschaft*.

¹²³ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 47

¹²⁴ Vgl. Girth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 59

¹²⁵ Vgl. ebda, S. 59

¹²⁶ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 47f

- c) Nomination politisch relevanter Einstellungen - dieser Gruppe kommt in der öffentlichen Politikersprache eine besondere Funktion zu, was daran liegt, dass Politiker ihre Einstellung stets direkt zu einem Referenzobjekt bekunden. Als Beispiele können etwa Begriffe wie *Trauer*, *Wahrheit*, *Scham* oder *Schmerz* genannt werden.
- d) Nomination politisch relevanter Intentionen und Interessen beinhaltet diejenigen Ausdrücke, in denen sich gruppenspezifische Deutungen und Wertungen widerspiegeln. Konkret handelt es sich hierbei vor allem um Wörter, welche gemeinhin als Ideologievokabular bezeichnet werden. Dabei fällt auf, dass die Interessen und Intentionen der Eigengruppe als positiv, jene der Fremdgruppe hingegen als negativ bewertet werden. Weiters ist in diesem Zusammenhang, so Girth, noch eine Feindifferenzierung in drei (weitere) Unterbereiche nötig: a) Nominationen objektiver Intentionen und Interessen in abstrakter Form wie beispielsweise Begriffe wie *Moral*, *Normen* oder *Werte* bzw. geht es um die Fremdgruppe - *Ideologie* oder *Weltanschauung*, b) Nominationen politisch relevanter Intentionen und Interessen in konkreter Form wie *Frieden*, *Freiheit*, *Menschenrecht* oder *Solidarität* und c) Nominationen objektiver Intentionen und Interessen in scheinbar subjektiver Form wie *Pflicht* oder *Verantwortung*.
- e) Nomination politisch relevanter Systeme und Institutionen - hierzu zählen primär Ausdrücke des Institutionsvokabulars wie etwa *Gewaltenteilung*, *Wahlen* oder *parlamentarische Demokratie*, welches ebenfalls zu einem Einstellungswechsel beim Wähler führen kann. So ist etwa das neue Festlegen oder Umbenennen von Ministerien ein fixer Bestandteil bei neuen Regierungsbildungen. Als Beispiel kann etwa das im Volksmund allseits bekannte *Unterrichtsministerium* genannt werden, welches offiziell als *Bundesministerium für Bildung und Frauen* bezeichnet wird.¹²⁷
- f) Nomination von Ereignissen und Sachverhalten meint, da im Grunde jedes Ereignis bzw. jeder Sachverhalt *politisch* werden kann, die Benennung eines

¹²⁷ Vgl. Girth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 59f

konkreten Sachverhaltes bzw. Ereignisses wie etwa die Bezeichnung *Schrottreaktor* für ein grenznahe tschechisches Atomkraftwerk.¹²⁸

Eine weitere wichtige Nominationsgruppe stellt ebenso die Konstruktion dar. So bilden Politiker, wie bereits weiter oben beschrieben, eine In-Group und eine Out-Group, welche je nach dem zu benennenden Aspekt benannt wird. Im Fall größerer Gruppierungen wird in der Regel auf Strategien wie Kollektivierung (z.B. *Bevölkerung*), Ethnisierung (*die ÖsterreicherInnen*), Anthropoisierung (*die Menschen*) oder Politisierung (*die BürgerInnen*) zurückgegriffen. Gilt es zudem gewisse Anliegen bestimmter Gruppen anzusprechen, so werden diese hauptsächlich unter Zuhilfenahme von Ökonomisierung (*BeamtenInnen, LehrerInnen*), Relationisierung (*Mütter, Väter*), Problematisierung (*Arbeitslose, Sozialschmarotzer*), Somatisierung (*Jugendliche, Homosexuelle*), Temporalisierung (*Langzeitarbeitslose*) Kriminalisierung (*Kinderschänder, Drogendealer*) oder Abstraktion (*Jugendarbeitslosigkeit*) benannt.

Zudem gibt es noch die linguistische Exklusion, bei der auf gewisse Personen bzw. Personengruppen erst gar nicht Bezug genommen wird (z.B. die rein männliche, weibliche oder neutrale Nominationsform).¹²⁹

Girnth's Aufteilung geht deutlich über Kleins oder Dieckmanns Gliederung der politischen Lexik hinaus und ermöglicht somit eine gewisse Offenheit des politischen Lexikons.¹³⁰

5.3. Anspielungen und Implikaturen

Diese Strategie basiert im Wesentlichen auf einer aktiven, mitdenkenden Zuhörerschaft, welche sich wiederum in zwei Gruppen gliedert: a) die Mitwissenden und b) die Außenstehenden.

Die Gruppe der Mitwissenden umfasst jene Zuhörerschaft, welche eine Verbindung zwischen wörtlich Gesagtem und dem damit Gemeinten herstellen können; die Gruppe der Außenstehenden besteht wiederum aus jener Zuhörerschaft, welche nur den Wortlaut an sich nachvollziehen können.

Ähnlich dem Witz zielt die Anspielung auf Zustimmung ab, schützt sich dabei aber gleichzeitig gegen Ablehnung. Wie eine Aussage bzw. eine Anspielung interpretiert wird, hängt gänzlich vom Rezipienten ab. Als besonders praktisch erweist sich bei

¹²⁸ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 47f

¹²⁹ Vgl. ebda, S. 49

¹³⁰ Vgl. Girnth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 60

der Anspielung zudem, dass sich der Emittent vom Gemeinten distanzieren kann, indem er sich vehement auf das Wortwörtliche bezieht und darauf verweist, auch nur dieses gemeint zu haben.¹³¹

Die Nicht-Einhaltung einer oder mehrerer Konversationsmaximen führt schließlich zu einer konversationellen Implikatur. So induziert, laut Innerwinkler, ein Sprecher *mit der Äußerung eines Satzes S die Implikatur (impliziert), dass p der Fall ist, wenn seine Äußerung den Schluss auf p erlaubt, ohne dass er mit S wörtlich gesagt hätte, dass p.*¹³²

Bei einer konversationellen Implikatur handelt es sich um eine Schlussfolgerung, die - beziehend auf den Wortlaut - aus einer sich nicht Sinn erschließenden Äußerung resultiert.¹³³

Um eine konversationelle Implikatur zu erschließen, greifen die RezipientInnen auf verschiedene Daten zurück. Neben der konventionellen Bedeutung beziehen sie das Kooperationsprinzip und seine Maximen, den sprachlichen und außersprachlichen Kontext der Äußerung, ihr Allgemeinwissen und zuletzt das Vertrauen darauf mit ein, dass das bisher Gesagte Relevanz besitzt. Auch früheren Gesprächen oder ähnlichen Gesprächssituationen dienen als weiterer Kontext. Menschenkenntnis zählt ebenfalls dazu, da die RezipientInnen ihr Gegenüber einschätzen und vom Eindruck des oder der anderen darauf schließen, ob das Kooperationsprinzip außer Kraft gesetzt wurde oder nicht. Von den oben genannten Einschätzungen hängt es ab, ob sich die RezipientInnen auf eine Schlussfolgerung einlassen oder aus der Konversation aussteigen.¹³⁴

Implikaturen sind ein wichtiges Mittel politischer Sprachverwendung und geben darüber Aufschluss, warum Aussagen von Politikern nicht stets jenem entsprechen, was er meint. So hängt die konversationelle Implikatur vorwiegend von der Interpretationsleistung des Rezipienten bzw. Zuhörers ab, was sich sowohl positiv als auch negativ auf die Zielsetzung einzelner politischer Akteure auswirken kann. Ein wesentlicher Vorteil zeigt sich jedoch vor allem darin, dass die Redner sich stets darauf zurückziehen können, etwas nicht so gesagt zu haben, wie allgemein angenommen wird.¹³⁵

¹³¹ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 49

¹³² Innerwinkler, Sandra: Sprachliche Innovation im politischen Diskurs. Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich. Bd./Vol. 1998. Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang 2010 (Reihe I Deutsche Sprache und Literatur) S. 19f

¹³³ Vgl. ebda, S. 50

¹³⁴ Innerwinkler, Sandra: Sprachliche Innovation im politischen Diskurs. Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich. Bd./Vol. 1998. Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang 2010 (Reihe I Deutsche Sprache und Literatur) S. 50

¹³⁵ Vgl. ebda, S. 50f

5.4. Indexikalische Ausdrücke und Pronomina

Bei indexikalischen bzw. deiktischen Ausdrücken handelt es sich um Wörter, deren a) Referenz deutlich von der jeweiligen Äußerungssituation bzw. dem Kontext abhängig ist und b) deren Bedeutung sich lediglich anhand der Sprechsituation erschließen lässt.

Deiktischen Formen sind zumeist Wortarten wie Pronomen (Demonstrativpronomen, Personalpronomen) sowie bestimmte lokale und temporale Adverbien, welche sich, aufgrund ihrer Vagheit, zudem hervorragend zur Polarisierung in der politischen Kommunikation eignen.¹³⁶

Als besonders beliebt gelten vor allem Personalpronomen und Personaldeiktika. So eignet sich das Pronomen „wir“ besonders gut zur Solidarisierung mit dem Zuhörer, aber auch zur Abgrenzung von „denen“. Die 1. Person Plural kombiniert mit der Raumdeixis (z.B. *wir hier, die dort*) kann somit sowohl als *hörexklusives* als auch als *hörinklusive* Pronomen verwendet werden. Ein Wechsel ist - je nach Gebrauchsbedarf - beliebig oft möglich.¹³⁷

Hierbei lassen sich gleichermaßen gewisse Parallelen zur sogenannten Methode der Schwarz-Weiß-Malerei oder *Sündenbockstrategie* erkennen. Diese bezieht sich primär auf den Inhalt eines Textes und kann entweder durch den Einsatz rhetorischer Stilmittel oder durch Pronominal- und Adjektivverwendungen erfolgen. Durch die Verwendung von Pronomina kommt es in Reden oftmals zu Missverständnissen, worin auch der Grund verborgen liegt, warum Politiker verstärkt diese Wortart favorisieren.¹³⁸

5.5. Nonverbale Kommunikation

Neben Texten bilden, wie bereits angeführt, auch Bilder sowie szenische Darstellungen einen zentralen Bestandteil politischer Kommunikation. So werden beispielsweise zu Wahlkampfzeiten oftmals Fotos von Spitzenkandidaten plakatiert und auch Bilder in der Tagespolitik, aber auch in den sozialen Netzwerken gewinnen an Bedeutung.

¹³⁶ Vgl. ebda, S. 51

¹³⁷ Glabischnig, Andrea Anita: Politische Inszenierung am Beispiel von Wahlplakaten der Landtagswahlen 2000 in der Steiermark. Syntaktische, semantische und pragmatische Analyse politischer Werbekommunikation. Diplomarbeit. Univ. Graz 2002. S. 70

¹³⁸ Gruber, Helmut: Ein Gespenst geht um in Österreich. Textlinguistische Untersuchungen zum populistischen Diskurs Jörg Haiders. In: Menz, Florian/Wodak, Ruth (Hg.): Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt/Celovec: Drava 1990, S. 200

Da die Bedeutung von Bildern im Allgemeinen äußerst schwer zu bestimmen ist, stehen sie im Regelfall mit sprachlichen Strategien in Verbindung bzw. werden in dieser Form etwa durch Slogans bzw. kurze Lexemgruppen ergänzt. Denn wie auch Worte verweisen Bilder auf einen gewissen Bezugsrahmen, der bestimmte Erwartungen sowie Emotionen enthält.

Trotz der Vorteile, wie etwa rasche Wahrnehmbarkeit sowie die Vermittlung gewisser Emotionen, birgt der Einsatz von Bildern auch einige Gefahren. So kann etwa die verbildlichte Kommunikation rasch in Konkurrenz zur Sprache treten und auf diese Weise Intentionen vermitteln, welche wiederum dem politischen Ziel gänzlich widersprechen oder gar zu einem Imageverlust führen.¹³⁹

Geht es um das Verhältnis von Bild und Text muss man, so formuliert es Kuhn,

[...] auch die entsprechenden Bilder haben, die authentisch und glaubwürdig diese Wörter vor dem Raster kulturell geprägter Sehgewohnheiten visualisieren, d.h. auf eine nicht mittelbar verbalsprachliche Art und Weise zum Ausdruck bringen. [...] Der Kampf um Wörter ist aufs engste mit einem Kampf um Bilder verwoben. Und auch hier sind die richtigen Bilder knappe Ressourcen mit z.T. monopolartig geregelten Zugängen. [...] Bilder und Personen (Personenbilder) haben engste Auswirkungen auf die Gricesche Maxime der Glaubwürdigkeit. Die Authentizität und Glaubwürdigkeit von Bildern befördert oder verhindert die Glaubwürdigkeit des verbalsprachlichen Handelns. Bilder können die Glaubwürdigkeit sprachlicher Äußerungen unglaublich machen oder sie können deren Glaubwürdigkeit erhöhen. [...]¹⁴⁰

Die Gemeinsamkeit von Bild und Sprache zeigt sich, so Schmitz, in den Sprechakten. So lässt sich die bei Searle gebildete illokutionäre Kategorie gleichermaßen auf visuelle Akte übertragen und auf diese Weise als Sprechakt funktionalisieren.¹⁴¹

Die Art und Weise wie Bilder positioniert werden, entscheidet darüber, wie der (verbalisierte) Inhalt aufgenommen respektive interpretiert wird. Bilder sind somit ähnlich polysem wie Lexeme.¹⁴²

¹³⁹ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 53

¹⁴⁰ Vgl. Kuhn, Begriffe besetzen, S. 107f

¹⁴¹ Vgl. Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, S. 53f

¹⁴² Vgl. ebda, S. 54

5.6. Argumentationsstrategien

Um Menschen von sich und seinen Handlungen zu überzeugen, bedarf es in erster Linie guter bzw. starker Argumente. Sie bilden die Grundlage jeder sprachlichen Auseinandersetzung und erweisen sich somit als unverzichtbarer Bestandteil politischen Sprechhandelns. Dabei gilt es zu beachten, dass sich Politiker, um ihre Ziele schnellstmöglich zu erreichen, oftmals spezieller, wenngleich teilweise äußerst fragwürdiger Argumentationsstrategien bedienen. Hierzu zählen etwa Methoden aus dem Bereich der Rhetorik wie beispielsweise die *Unterstellung*, bei der gewisse Sachverhalte unter einem Vorwand neu interpretiert oder in einen neuen Kontext gestellt bzw. dem Kontrahenten gewisse (negative) Absichten unterstellt werden, die *Verfälschung*, bei der bereits getätigte Aussagen erneut aufgegriffen und in veränderter Form wiedergegeben werden, die *Verdrängung*, bei der die Hauptaussagen einer unerwünschten Argumentation ganz einfach ignoriert werden, die *Verdrehung* eines gegnerischen Arguments, welches zu einem späteren Zeitpunkt widerlegt werden kann, sowie die *Verzerrung*, womit etwa durch die Verwendung von Schlagwörtern eine gewisse Übereinstimmung vermittelt werden soll, die jedoch in Wahrheit gar nicht vorliegt.

Auch die *Übertreibung*, wodurch unerwünschte Argumentationen sowie die dahinter stehenden Ansichten ins Lächerliche gezogen werden sollen, erweist sich als äußerst beliebte Strategie, wenn es darum geht, den politischen Gegner zu deformieren. Weiters kommt es in der politischen Kommunikation auch häufig zu *falschen Verallgemeinerungen*, indem ein Sachverhalte oder ein Beispiel (des politischen Gegners) als Prinzip dargestellt wird, und zu verbalen Attacken, die zumeist auf die Persönlichkeit bzw. die Person des Kontrahenten abzielen.¹⁴³

In der politischen Kommunikation hat sich im Laufe der Zeit ein Grundmuster politischer Argumentation herausgebildet, welches gleichermaßen jene Bestandteile umfasst, die - entsprechend der aristotelischen Tradition - als *Topoi* bezeichnet werden. Den Kernbestand bilden folgende vier sachlogisch miteinander verknüpften Arten und Gründe:

- 1) situationsbezogene Daten (Datentopos)
- 2) Situationsbewertung (Valuationstopos)

¹⁴³ Vgl. ebda, S. 57

- 3) Prinzipien, Werte, Normen (Prinzipientopos)
- 4) Zielsetzung (Finaltopos)¹⁴⁴

Es handelt sich hierbei, so Klein, um ein Schema für handlungslogisch vernetzte Prämissen, aus denen sich schließlich *die Favorisierung des jeweils vertretenden politischen Handelns als Konklusion ergibt*.¹⁴⁵

Je nach Texttyp und Interaktionsformat können derlei Argumentationsmuster (Topoi) unterschiedlich ausgeführt und gestaltet werden. Besonders hervorgehoben seien in diesem Zusammenhang politische Talkshows, bei dem vor allem das Datentopos eine besondere Stellung einnimmt. So wird dem politischen Gegner bei derlei Formaten gerne ein gewisser Mangel an Kenntnis wesentlicher Daten und Fakten vorgeworfen.¹⁴⁶ Grundsätzlich können die eben genannten Topoi in komplexen Diskursen mehrfach besetzt oder gestaffelt sein bzw. andere Formen interner Komplexität aufweisen.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 298f

¹⁴⁵ Vgl. ebda, S.298

¹⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

¹⁴⁷ Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 298f

6. Pragmatisch-semantische Analyse

Verbale Interaktionsformen (TV-Debatten) sowie multitextuelle Komplexe (z.B. Wahlplakate) stellen, neben dem Wort, dem Satz und dem Text, lediglich zwei mögliche Strukturebenen in Hinblick auf die politikspezifische Verwendung von Sprache dar.

Angesichts einer primär pragmatisch-semantisch fokussierten Analyse liegt die Konzentration weitgehend auf der politischen Wort(schatz)ebene jener Medienformate, wie sie ausschließlich im Bereich der Darstellungspolitik vermehrt vorkommen.

Anders als das politische Wahlplakat, welches aufgrund seiner Bilddominanz und zeitlich begrenzten Wahrnehmbarkeit über ein eher geringes Wortrepertoire verfügt, erweisen sich live ausgestrahlte TV-Konfrontationen bezugnehmend auf die entsprechende Bedeutung als eine Art und Weise des Gebrauchs sprachlicher Zeichen, um etwa beispielsweise sein politisches Gegenüber als eine ungeeignete Wahlalternative zu degradieren, geradezu als ein wahrer Fundus linguistischer Besonderheiten. Als besonders wichtig gestalten sich in diesem Fall die entsprechende gegenwärtige Situation, in der die sprachliche Auseinandersetzung stattfindet, sowie das Handlungsfeld im Allgemeinen. Es macht daher einen wesentlichen Unterschied, wie, d.h. über welches Medium, eine politische Äußerung getätigt wird und was sie konkret beim politischen Kontrahenten und auch letztlich beim Wähler bewirkt. So können etwa, um bei dem oben genannten Beispiel der Diffamierung zu bleiben, Schlagwörter, Metaphern oder auch Phraseologismen auf Wahlplakaten aus illokutionärer Sicht als simpler schimärischer Versuch des „negative campaignings“ gewertet werden, der dem betroffenen Gegenüber keinerlei Möglichkeit der Rechtfertigung respektive Richtigstellung der dargestellten Sachverhalte offeriert. Die Dissensdialogizität, wie sie etwa bei TV-Debatten stattfindet, bleibt in diesem Fall aus und es können einseitige Darstellungsweisen dieser Art gepaart mit autosemantischen Zeichenkonfigurationen (z.B. Bildern) ebenso zu Irritationen respektive Missverständnissen auf Seiten der Wähler führen. Um den semantischen Gehalt eines Wahlplakates möglichst präzise erfassen zu können, ist es folglich wichtig, sich primär auf die darauf befindlichen Wahlbotschaften, d.h. Slogans, welche mehrheitlich Schlagwörter, Metaphern, Euphemismen oder Wortspiele implizieren, zu fokussieren. Zu deutlich aggressiveren sprachlichen Auseinandersetzungen kommt es vor allem bei TV-Debatten. Heftige Wortgefechte sowie das Ringen um die richtigen Worte suggerieren dabei vor allem eines - einen Kampf um und mit Worten.

6.1. Der politische Wortschatz in der Öffentlichkeit

Der politische Wortschatz lässt sich, so Girnth, nur äußerst schwer von der Alltagssprache oder anderen Fachsprachen wie etwa der Werbe- oder Wirtschaftssprache abgrenzen. Der Gebrauch einer Alltagssprache bei Politikern ist, da sie in Bezug auf Wählerstimmen für alle Bevölkerungsschichten verständlich sein wollen und auch Bürgernähe zeigen möchten, durchaus nichts Ungewöhnliches, entspricht im Idealfall jedoch nicht der Norm. Die Frage, ob es so etwas wie eine politische Fachsprache überhaupt gibt, kann an dieser Stelle daher getrost verneint werden. So ist sich auch die Forschung darüber einig, dass der politische Wortschatz *insgesamt nicht-fachsprachlich* ist. Dies zeigt sich vor allem darin, wenn es um das allgemein verständliche Werben um Zustimmung geht - sprich zu Wahlkampfzeiten.¹⁴⁸

Nichtsdestotrotz hat die Politik im Laufe der Zeit eine für sie charakteristische Sprachverwendung herausgebildet. Es stellt sich somit die Frage, was denn nun die politische Lexik konkret ausmacht. Hierbei erweist sich vor allem die exemplarische Einteilung Kleins als sinnvoll. Demzufolge gliedert sich der politische Wortschatz in vier Teilbereiche, welche es jeweils gesondert zu betrachten gilt.¹⁴⁹

- 1) das Institutionsvokabular
- 2) das Ressortvokabular
- 3) das Ideologievokabular
- 4) das allgemeine Interaktionsvokabular

- 1) Das Institutionsvokabular umfasst im Wesentlichen die einzelnen Institutionen (z.B. *Regierung, Partei, Verfassungsgericht, ...*), die politischen Ämter (*Staatssekretär, Fraktionsvorsitzender ...*) deren Aufgaben sowie formalen Praktiken und eignet sich daher vor allem dafür, über politische Sachverhalte zu sprechen. Es wird sowohl in der Binnenkommunikation als auch in der Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern eingesetzt. Derlei Ausdrücke dienen daher vorrangig der Benennung von Prozessen, Sachverhalten oder Personen.¹⁵⁰

¹⁴⁸ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 64

¹⁴⁹ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

¹⁵⁰ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 64

2) Das Ressortvokabular bezieht sich auf konkrete Sachgebiete, welche vorwiegend in der Binnenkommunikation zwischen den politischen Funktionsträgern vorzufinden ist. Gleichmaßen kann in diesem Zusammenhang auch von einer sogenannten Expertensprache gesprochen werden. Dazu zählen auch semifachsprachliche Wörter wie etwa *Giftmüll* oder *Fristenlösung*, durch die – unter gegebenen Umständen – komplexe Sachverhalte prägnant oder in persuasiver Absicht vermittelt werden sollen. Gleichwohl kommen in diesem Teilbereich die Abgrenzungsschwierigkeiten sowie Überschneidungen des politischen Wortschatzes mit anderen Fachsprachen (sowie dem Ideologievokabular) besonders deutlich zum Vorschein.¹⁵¹

3) Das Ideologievokabular gilt bei vielen als das hervorstechendste Merkmal des politischen Wortschatzes. Ideologie und politischer Sprachschatz werden gleichermaßen auf eine Ebene gestellt und mit gewissen Werten sowie Denkmustern verbunden.

Eine besondere Rolle kommt diesem Vokabular vor allem in der öffentlichen politischen Diskussion bzw. im öffentlichen politischen Sprachgebrauch zu, insbesondere wenn es um die ideologische Darstellung von Sach- bzw. Problemverhalten geht. Damit verbunden sind im Wesentlichen zwei Eigenschaften, wodurch sich das Ideologievokabular von den anderen (sprachlichen) Teilbereichen abhebt: So haben diese Ausdrücke nicht nur eine denotative (deskriptive) Bedeutung, sondern besitzen zudem noch ein starkes evaluatives (bewertendes) und deontisches (handlungsanweisendes) Potenzial. Durch die Bezeichnung von Sach- und Problemverhalten erfolgt somit zugleich eine Wertung, welche sich zum Teil so konventionalisieren, sodass bei bestimmten Wörtern wiederum zwischen einem positiven Bewertungspotenzial (z.B. Hochwert- oder Fahnenwörter) und einem negativen Bewertungspotenzial unterschieden werden kann. Zumeist ist die Bedeutung dieser Ideologiebegriffe, wie die Bezeichnung bereits vermuten lässt, stark ideologiegebunden. Es kommt somit zu einer Bedeutungs- und Bezeichnungskonkurrenz.¹⁵²

¹⁵¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

¹⁵² Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 66

- Bedeutungskonkurrenz:

Unter Bedeutungskonkurrenz ist die Bedeutungsvarietät eines Ausdrucks in unterschiedlichen Meinungsgruppen zu verstehen.

In diesem Fall ist oftmals auch von den sogenannten *semantischen Kämpfen* die Rede. Dabei muss jedoch zwischen a) dem Kampf um die deskriptive Bedeutung und b) dem Kampf um die deontische Bedeutung unterschieden werden. Während es sich bei dem deskriptiven Bedeutungsaspekt primär um jene Begriffe handelt, welche sowohl parteiübergreifend als auch außerhalb des politischen Sprachgebrauchs mit positiver deontischer Funktion verwendet werden und auf die einzelne Parteien keinen Einfluss haben bzw. Anspruch erheben können (i.d.R. Grundwörter wie *Demokratie*, *Freiheit* oder *Solidarität*), bezieht sich der deontische Bedeutungsaspekt, so Klein, auf *die Bewertung, die mit der Verwendung des Wortes gegenüber dem von ihm bezeichneten Sachverhalt vorgenommen wird, und zwar mit normativem Anspruch*¹⁵³. Konkret handelt es sich dabei zumeist um sogenannte Fahnen- und/oder Stigmawörter.¹⁵⁴

- Bezeichnungskonkurrenz:

Dabei wird derselbe außersprachliche Sachverhalt mit unterschiedlichen Bezeichnungen belegt, welche zugleich die verschiedensten Aspekte des Bezeichneten hervorheben.¹⁵⁵

- 4) Das Allgemeine Interaktionsvokabular bezeichnet all jene Begriffe in der politischen Kommunikation, welche weder der ersten, noch der zweiten oder dritten Klasse angehören bzw. zugeordnet werden können. So kann davon ausgegangen werden, dass die in der politischen Kommunikation verwendeten Wörter weit über die genannten Kategorien hinausgehen, da sich in der Politik gleichermaßen auch Alltags- bzw. Gemeinsprachliches oder teilweise sogar dialektale Elemente wiederfinden.¹⁵⁶

¹⁵³ Shrouf, Naser A.: Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949-1998. Bd. 18. Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang 2006. (Angewandte Sprachwissenschaft) S. 38

¹⁵⁴ Vgl. ebda, S. 40

¹⁵⁵ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 66

¹⁵⁶ Vgl. ebda, S. 66

Die bereits im sprachlichen Teilbereich *Ideologievokabular* vorgestellten Bedeutungskomponenten - denotativ, deontisch, evaluativ - machen deutlich, dass sich die Bedeutung von Ausdrücken nicht nur auf die Bezeichnung gewisser Dinge beschränkt. So wird in der Linguistik davon ausgegangen, dass jeder Ausdruck, neben einer begrifflichen Grundbedeutung (denotative Bedeutung), ebenso über eine konnotative „Nebenbedeutung“ verfügt. Dabei verhält es sich im Regelfall so, dass mit bestimmten Ausdrücken spezielle Konnotationen, d.h. wertende Begleitvorstellungen evoziert werden, die eine Vielzahl von *Nebenbedeutungen* beinhalten.¹⁵⁷

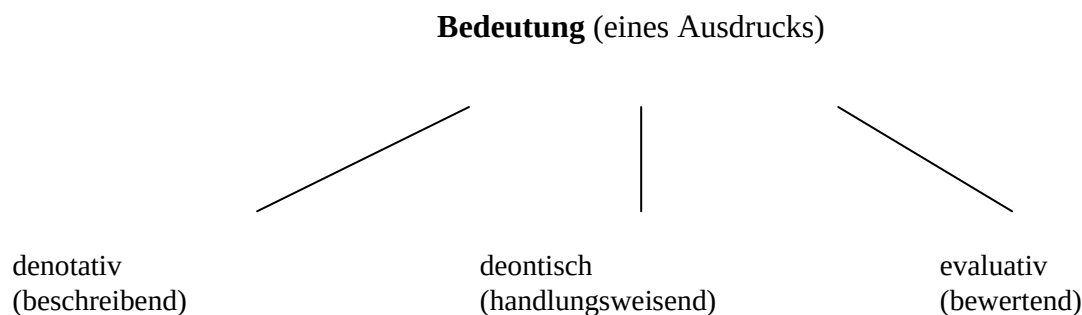


Abb. 8: Bedeutungskomponenten

Im Fokus der Politolinguistik liegen vor allem die deontischen Bedeutungsbestandteile. Dabei handelt es sich um jene Komponente, welche über die Bewertung hinaus zugleich als appellativ wahrgenommen wird. Unter deontischer Bedeutung ist, laut Niehr, somit jene Bedeutungskomponente (von Wörtern) zu verstehen, *kraft derer Wort oder Wendung bedeutet oder mitbedeutet, dass wir in Bezug auf einen Gegenstand etwas nicht dürfen, oder sollen*.¹⁵⁸ Besteht gemäß der Bezeichnung nun ein allgemeiner Konsens über die Deontik eines Sachverhalts, so lässt sich im Anschluss kaum noch über die damit verbundene Handlungsaufforderung streiten.¹⁵⁹

Als negatives Paradebeispiel für Begriffe mit deontischer Bedeutung können etwa die Wörter *Ungeziefer* bzw. *Parasit* genannt werden. Ist man sich nun darüber einig, ein

¹⁵⁷ Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 67

¹⁵⁸ Vgl. ebda, S. 67f

¹⁵⁹ Vgl. ebda, S. 68

bestimmtes Insekt, ob seiner zerstörerischen Gewalt, im Vorfeld als Parasit oder Ungeziefer zu klassifizieren, so erscheint eine Diskussion darüber, ob dieses Tier nun getötet werden sollte oder nicht, als eher kontraproduktiv. Daraus ergibt sich die deontische Conclusio, dass all jenes, was als Ungeziefer bzw. Parasit bezeichnet wird, ausgerottet respektive vertilgt werden soll. Konkret handelt es sich hierbei um ein Phänomen, dass sich vor allem die Nazis bei der Umsetzung ihrer Rassenideologie auf äußerst diabolische Weise zunutze machten. So wurden im Nationalsozialismus mit den Begriffen *Ungeziefer* bzw. *Parasit* primär Juden assoziiert, welche es zum Schutze des deutschen Volkes auszurotten galt.¹⁶⁰

Etwas anders stellt es sich bei Begriffen mit einer positiv deontischen Bedeutung dar. Gelingt es einer Partei, ihr entsprechendes Parteiprogramm nun mit einem Lexem dieser Art in Einklang zu bringen, so ist es für die gegnerische Partei äußerst schwierig, eine entsprechende Gegenposition einzunehmen bzw. zu formulieren, ohne dabei als Gegner des entsprechenden Sachverhalts aufzutreten. Als Beispiel können in diesem Fall die GRÜNEN, welche sich als Partei des *Umweltschutzes* etabliert haben, angeführt werden. Die Herausforderung gegnerischer Parteien besteht nun darin, eine entsprechende Gegenposition einzunehmen, ohne dabei als Gegner des Umweltschutzes wahrgenommen zu werden.¹⁶¹

6.1.1. Schlagwörter

Schlagwörter, die in jedem bereits oben angeführten Wortschatzteil vorkommen können, zeichnen sich vor allem durch ihre Polysemie aus. Die Charakteristik von Schlagwörtern liegt primär darin, einen komplizierten Sachverhalt vereinfacht darzustellen sowie auf diese Weise die Gedanken, Gefühle sowie das Verhalten entsprechend zu steuern, wie es bereits Dieckmann formuliert.¹⁶²

In den Schlagwörtern werden die Programme kondensiert; sie erheben Relatives zu Absolutem, reduzieren das Komplizierte auf das Typische, Überschaubare, Einfach-Gegensätzliche und bilden dadurch bipolare Wortschatzstrukturen aus; sie bringen das Abstrakt-Ferne sprachlich nahe und geben der Meinungssprache ihre emotionalen Obertöne.¹⁶³

¹⁶⁰ Vgl. ebda, S. 68

¹⁶¹ Vgl. ebda, S. 68

¹⁶² Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 67

¹⁶³ Dieckman, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter 1969. S. 103

Schlagwörter dienen der politischen Beeinflussung sowie verfügen sie gleichermaßen über eine provokative Komponente. In der Regel oftmals selbst umkämpft, stellen sie die Hauptwaffe jeder politischen Auseinandersetzung dar.

Aufgrund ihrer Polysemie können Schlagwörter zudem nicht primär als Phänomen der *langue* wahrgenommen werden. So handelt es sich bei Schlagwörtern nicht nur um leere Worthülsen, sondern *ziehen sie ihr Wirkungspotential oft aus dem Raffinement einer komplexen Bedeutungsstruktur* und können daher nur in einem konkreten Sachverhalt als solche verwendet werden.¹⁶⁴ Ein Wort ist, so Dieckmann, nicht Schlagwort, sondern wird als solches gebraucht. Das Schlagwort ist eine Erscheinung der *parole* und als solches, sofern sie öffentlich stattfindet, Bestandteil des persuasiven Sprachgebrauchs.¹⁶⁵

Bei Schlagwörtern gilt es darauf zu achten, dass sie, neben ihrer emotionalen Komponente, ebenso über einen programmistischen Kern verfügen. Sie sind demzufolge *stets auf die emotionale und intellektuelle Beeinflussung der Öffentlichkeit gerichtet, sie sind immer auch motiviert von dem Willen, die Wirklichkeitserfahrung zu lenken*. Die Öffentlichkeit bildet demzufolge den zentralen Punkt, um mittels Schlagwörter eine politische Wirkung erzielen zu können.¹⁶⁶ Definitorische Parallelen finden sich in diesem Fall verkürzt bei Feldbick, der konkret von den sogenannten semantischen Merkmalen von Schlagwörtern spricht, wieder: der *programmatische Gehalt/Meinungsgehalt*, welcher Aufschluss über einen komplexen Sachverhalt sowie eine bereits vorgenommene Wertung seitens des Sprechers beinhaltet, die *Gruppengebundenheit* als sprachliches Identifikationsmerkmal einer Partei und die *Brisanz*, welche beim Hörer eine emotionale Reaktion hervorrufen soll, der *semantische Spielraum* sowie die damit oftmals verbundene *Umstrittenheit* einzelner Deutungen.¹⁶⁷

Schlagwörter treten gehäuft in der politischen Meinungssprache überall dort auf, wo sich die Politik an die Öffentlichkeit wendet. Beide gehören dem ideologischen

¹⁶⁴ Vgl. Klein, Grundlagen der Politolinguistik, S. 67f

¹⁶⁵ Vgl. Dieckmann, Sprache in der Politik, S. 102

¹⁶⁶ Vgl. Niehr, Grundlagen der Politolinguistik, S. 72

¹⁶⁷ Großalber, Tanja: Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Eine sprachwissenschaftliche Analyse. Diplomarbeit. Univ. Wien 2012. S. 40

Vokabular an und zielen als solches in erster Linie auf Meinungs- und Verhaltenssteuerung ab.¹⁶⁸

Fahnen- und Stigmawörter zählen ebenfalls zur Gruppe der Schlagwörter und können, angesichts ihres Gebrauchs, am ehesten dem dritten Teilbereich des politischen Wortschatzes - dem Ideologievokabular - zugeordnet werden. Da die primäre Funktion ideologiegebundener Ausdrücke hauptsächlich darin besteht, sich von anderen ideologischen Systemen, welche wiederum über ein eigenes Ideologievokabular verfügen, abzugrenzen, kann in diesem Fall ebenfalls von einem gewissen Abgrenzungsvokabular gesprochen werden.¹⁶⁹

Im Gegensatz zu den negativ konnotierten Stigmawörtern, welche dazu dienen, den politischen Gegner zu diffamieren, besteht die wesentliche Aufgabe der positiv konnotierten Fahnenwörter darin, die eigene Gruppe aufzuwerten, den eigenen Standpunkt deutlich hervorzuheben sowie die politischen Gegner ausreichend zu provozieren. So werden Letztgenannte oftmals auch als *Krawallwörter* tituliert. In diesem Sinne wirken sie tatsächlich wie eine Fahne bzw. ein rotes Tuch, welche/-welches - hoch in die Luft ragend - ostentativ ins Feld geführt wird.¹⁷⁰

Basierend auf der Tatsache, dass sich Fahnenwörter auf Referenzobjekte des eigenen ideologischen Systems und Stigmawörter auf Referenzobjekte eines fremden ideologischen Systems beziehen, kann in diesem Zusammenhang auch von einer Eigen- und Fremdgruppenreferenz ausgegangen werden. Fahnen- und Stigmawörter sind - im Gegensatz zur Miranda und ihrem Gegenstück, die Anti-Miranda, welche, den Symbolwörtern zugehörig, beide eine gruppen- bzw. ideologieübergreifende Evaluation besitzen - durch gruppen- bzw. ideologieinterne Evaluation und Gebrauch gekennzeichnet.¹⁷¹

Neben den bisher genannten Schlagwörtern gibt es noch eine weitere Gruppe positiv konnotierter Schlagwörter, welche, so Niehr, jedoch von allen politischen Parteien *gleichermaßen* in Anspruch genommen werden und in diesem Sinne auch keinerlei Parteistandpunkte markieren. Weiters gilt es zu beachten, dass diese Wörter, welche

¹⁶⁸ Vgl. Dieckmann, Grundlagen der Politolinguistik, S. 101

¹⁶⁹ Vgl. Gärth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 54

¹⁷⁰ Vgl. ebda, S. 54

¹⁷¹ Vgl. ebda, S. 54

aufgrund ihrer durchgängigen positiven Konnotation auch als *Hochwertwörter* bezeichnet werden können, nicht zum Ideologievokabular gehören. So stellen heute etwa Wörter wie *Umweltschutz*, *Mut*, *Frieden*, *Freiheit*, *Demokratie* oder *Leistung* typische Hochwertwörter dar.¹⁷²

Burkhardt weist darauf hin, dass die Klassifizierung einzelner Schlagwörter immer nur vor einem spezifischen historisch-politischen Hintergrund erfolgen kann. So stellt beispielsweise das Wort *Demokratie* in der heutigen Gesellschaft durchaus ein Hochwertwort dar, was auf die Weimarer Republik sowie den Nationalsozialismus wiederum nicht zutrifft.¹⁷³

6.1.2. Schlüssel- und Symbolwörter

Schlüsselwörter - alternativ auch unter dem Terminus *Symbolwörter* bekannt - bilden den Kernbestand des Ideologievokabulars. Hinsichtlich seiner Funktionen unterscheidet sich das Schlüsselwort nur marginal vom Schlagwort. Es soll - gleich dem Schlagwort - die komplexe Wirklichkeit vereinfacht darstellen sowie zugleich emotional auf den Adressaten/Wähler wirken. Diese Analogie wirft nun die Frage auf, wodurch sich Symbolwörter und Schlagwörter konkret voneinander unterscheiden. Die Divergenz dieser beiden Begriffe zeigt sich hauptsächlich auf der historisch-temporären Ebene. Während das Schlagwort von der politischen Aktivität eines Sachverhalts, auf den es sich bezieht, abhängig ist, stellt hingegen das Symbolwort einen historisch gewachsenen Orientierungspunkt dar und ist als solches fest in das ideologische Wertesystem eingebunden. So ist das Schlagwort, aufgrund seiner Abhängigkeit von der politischen Aktualität sowie seiner appellativen und treffsicheren Wirkung, eher mit dem Wahlslogan vergleichbar.¹⁷⁴

In Hinblick auf die Erscheinungsform kann das Symbolwort entweder als einzelnes Wort oder als Lexemgruppe auftreten.¹⁷⁵

Politische Schlüsselwörter sind, so Halwachs, meist hochfrequent, inhaltlich vage und kommunikativ fokussiert. Strukturbedingt handelt es sich häufig um Komposita, welche zumeist eine Mischung aus Alltagssprache und Fachjargon darstellen.

¹⁷² Vgl. Niehr, Einführung in die Politolinguistik, S. 73

¹⁷³ Vgl. ebda, S. 73

¹⁷⁴ Vgl. Girth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, S. 52f

¹⁷⁵ Vgl. ebda, S. 53

Während der Fremdwortanteil auf eine fachsprachliche Exaktheit abzielt, sollen umgangssprachliche Morpheme Vertrautheit und Nähe vermitteln. Sie heben sich in der Regel durch unterschiedliche Markierungen, welche sich aus der Länge der Komposita ergeben, hervor. Im Falle verbaler Interaktionsformen wie etwa bei politischen (Wahlkampf-)Reden werden Schlüsselwörter oft durch Pausen, nachdrückliche Gesten sowie durch Stimmmodulation verstärkt. In dieser Form stellen sie die markantesten verbalen Elemente bei öffentlichen Auftritten dar, welche dem Publikum am ehesten im Gedächtnis bleiben. Somit können Schlüsselwörter auch persuasiv eingesetzt werden wie etwa in Form von Euphemismen. Darüber hinaus kann die persuasive Definition des Schlüsselworts zudem Assoziationen hervorrufen, die mit dem eigentlichen Sachverhalt überhaupt nichts zu tun haben.¹⁷⁶

Politische Schlüsselwörter sind ohne Zusammenhang bedeutungslos. Die Bestimmung eines eindeutigen Begriffsinhaltes ist nur möglich, wenn ein gemeinsames Vorwissen vorherrscht. Personen, die keiner ideologiegebundenen Präsuppositionsgemeinschaft angehören, ist das Schlüsselwort zwar geläufig, inhaltlich jedoch weitestgehend unbekannt.¹⁷⁷

6.1.3. Ideologiesprache und Manipulation

Angeichts des häufigen Gebrauchs der Begriffe *Ideologie* und *Ideologievokabular* soll an dieser Stelle noch kurz auf die Ideologiesprache sowie der damit im Allgemeinen assoziierten Manipulation eingegangen werden.

Laut Gruber kennzeichnet sich die ideologische Sprache durch einen gewissen Doppelcharakter aus: So ist sie einerseits Ausdruck ideologischen Denkens, andererseits auch Vermittlerin des Gedankenguts selbst. Kurz: Sie manipuliert und ist Manipuliertes. In Hinblick auf die Ideologieform kann nun zwischen zwei Typen unterschieden werden: a) der intellektuellen und b) der gelebten Ideologie.¹⁷⁸

- a) Die intellektuelle Ideologie versucht ein philosophisches System zu vermitteln, das dazu beitragen möchte, die politischen und sozialen Probleme in der Gesellschaft zu lösen. Die Sprache einer intellektuellen Ideologie ist

¹⁷⁶ Vgl. Halwachs, Schlüsselwörter des Politregisters, S. 223f

¹⁷⁷ Vgl. ebda, S. 225

¹⁷⁸ Vgl. Gruber, Ein Gespenst geht um in Österreich, S. 195

abstrakt und in sich geschlossen. Auf diese Weise wird eine eigene Bedeutung sowie eine eigene Realität konstituiert, welche den Blick auf die objektiven Fakten verstellen sollen.

- b) Die gelebte Ideologie bezieht sich auf die Normen und Werte einer Gesellschaft sowie die damit verbundenen kulturellen Praktiken und alltäglichen Lebensformen. Die Sprachstruktur dieser Ideologieform spiegelt die soziale Struktur wieder und drückt eine bestimmte Weltsicht aus.¹⁷⁹

Es liegt, so Gruber, somit kein einheitliches *ideologisches Bedeutungssystem* vor, d.h. die Relation zwischen einzelnen Diskurselementen kann durchaus divergieren und sich gegenseitig widersprechen. Für eine politische Propaganda bedeutet dies, dass der Propagandist darauf abzielen will, *den Widerspruch, der zwischen der geschlossenen Weltsicht einer „intellektuellen Ideologie“ und der „gelebten Ideologie“ seiner potentiellen Anhänger [besteht], zu minimieren*. Hierbei stehen ihm nun zwei Möglichkeiten offen: Er versucht entweder die Elemente der gelebten Ideologie sprachlich in das System der intellektuellen Ideologie zu integrieren, oder er nimmt die divergierenden Diskurselemente der gelebten Ideologie ohne einen Rekurs auf die intellektuelle Ideologie auf und versucht daraus ein neues System zu kreieren. Letzteres ist vor allem für den populistischen Diskurs¹⁸⁰ Jörg Haiders charakteristisch.¹⁸¹

Nachdem politisches Handeln, so Girnth, hauptsächlich durch Sprache stattfindet, kann diese gleichermaßen als jener Ort betrachtet werden, an dem sich Ideologien manifestieren. Girnth ist der Ansicht, dass dem ideologischen Sprachgebrauch in der Politik daher eine besondere Rolle zukommt, da sich eben Ideologien als Bewusstseinsstatsache durch Sprache äußert und in dieser Form auch vermittelt werden. Zwischen Denken und Sprache besteht somit eine enge Verbindung. So kann in diesem Zusammenhang davon ausgegangen werden, dass, da die Ideologiebildung

¹⁷⁹ Vgl. ebda, S. 195

¹⁸⁰ Der Populismus ist, so Knobloch, integraler Bestandteil der massendemokratischen Politikszene, welche ihn als solche auch selbst hervorbringt und entsprechend für ihre eigenen Zwecke nutzt. Strategisch dient der Begriff in erster Linie der flexiblen Ausgrenzung und Eingemeindung hoch resonanter Themen für den Gebrauch der dynamischen Mitte. So können Themen entweder in den Verfügungsbereich der Mitte hinein oder aber, durch den Vorwurf des Populismus, aus diesem herausbewegt werden.

¹⁸¹ Vgl. Gruber, Ein Gespenst geht um in Österreich, S. 195f

eben wie der Denkprozess einen bewussten Vorgang darstellt, Sprache *ideologiegebunden* ist. In diesem Kontext spricht Dieckmann auch von der sogenannten *Ideologiegebundenheit der Sprache*. Darunter ist

die semantische Determination eines Wortes zu verstehen, die durch seine Zugehörigkeit zu dem terminologischen System einer bestimmten Ideologie bzw. einer ideologischen Variante und durch seinen Stellenwert in diesem terminologischen System gegeben ist.¹⁸²

Laut Dieckmann folgt die Sprache den Veränderungen der Wirklichkeit, weist jedoch eine *gewisse Beharrungstendenz* auf. Diese Differenz kann sich nun verzögernd auf die Bewusstseinsbildung auswirken.¹⁸³

In Hinblick auf die Politik kann davon ausgegangen werden, dass sich jede politische Partei eines Vokabulars bedient bzw. es zumindest versucht, welches an ihre politisch-ideologischen Denkmuster geknüpft ist, worin mitunter der Grund liegt, weshalb viele Wörter von verschiedenen Ideologien unterschiedlich gedeutet werden können.¹⁸⁴

Was die Manipulation betrifft, so kam es hinsichtlich dieses Terminus im Laufe der Zeit zu einem Bedeutungswandel. Heute ist der Begriff zu einem weit verbreiteten Schlagwort des Alltags mutiert, welches als ein indirekter, geheimer, fremder und zumeist schädlicher Einfluss von außen gesehen wird.¹⁸⁵

Manipulation vollzieht sich vorrangig mittels Sprache und kann dabei auf zwei Arten erfolgen:

¹⁸² Shrouf, Naser A.: Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949-1998. Bd. 18. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2006. (Angewandte Sprachwissenschaft) S. 45f

¹⁸³ Vgl. ebda, S. 46

¹⁸⁴ Vgl. ebda, S. 46

¹⁸⁵ Simmler, F. (1998): „Fachsprachliche Phänomene in den öffentlichen Texten von Politikern.“ In: Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 14.1.). Hg. von L. Hoffmann et al. Berlin/ New York. S. 90.

a) Vermittlung unwahrer Informationen

In diesem Fall kommt es zu einem vom Sender (hier: Politiker) bewusst beabsichtigten Täuschungsversuch. Durch Lügen oder Falschinformationen soll der Empfänger (hier: Wähler) auf eine falsche Fährte gelockt werden.

b) Vermittlung ungenauer Informationen

Der Sender macht dem Empfänger gegenüber ungenaue Angaben, um ihn auf diese Weise von wichtigen Sachpunkten abzulenken. Diese Form der Manipulation ist vor allem für Wahlwerbungen charakteristisch.¹⁸⁶

6.1.4. Euphemismen

In der Auseinandersetzung mit dem öffentlichen politischen Sprachgebrauch erweist sich ebenso die Diskussion um Beschönigungsabsichten sowie deren sprachliche Umsetzung in Form von Euphemismen als nahezu unumgänglich.

Nach Schröter lassen sich zwei Arten von Euphemismen unterscheiden:

- verhüllende Euphemismen und
- verschleiernde Euphemismen

Anders als verschleiernde Euphemismen handelt es sich bei den verhüllenden Euphemismen um jene Art der sprachlichen Beschönigung, die einen von allen beteiligten Sprachteilnehmern unangenehm empfundenen Sachverhalt mildernd darstellen sollen. Ihre Funktion besteht somit darin, individuelle oder gesellschaftliche Tabus zu umgehen, um auf diese Weise die allgemein gültigen Konventionen und Werte innerhalb einer (demokratischen) Gesellschaft zu bewahren. Im politischen Sprachgebrauch spielen derlei euphemistische Formulierungen jedoch eine eher marginale Rolle. Anders verhält es sich mit den sogenannten verschleiernden Euphemismen, welche vorwiegend darauf abzielen, *die Aufmerksamkeit der Hörer auf die Teile eines Sachverhalts zu lenken, von denen der Sprecher annimmt, daß sie sein Anliegen in einem günstigen Licht erscheinen lassen*. So besteht ihre Hauptfunktion vor allem darin, einen Sachverhalt besser darzustellen als er tatsächlich ist. Verschleiernde Euphemismen sind somit handlungstaktisch orientiert.

¹⁸⁶ Vgl. ebda. S. 90

Die Beweggründe für die Verwendung derlei beschönigender Ausdrücke bestehen, so Schröter, vordergründig darin, ethische, soziale und emotional problematische Aspekte möglichst auszublenden und negative Auswirkungen politischer Maßnahmen bewusst zu verschleiern. So wird seitens der Politik überall dort euphemisiert, wo Menschen etwa Gefahr laufen, durch eine politische Maßnahme entweder benachteiligt oder - noch schlimmer - gar (massiv) geschädigt zu werden. Euphemismen im politischen Sprachgebrauch erweisen sich somit weniger als beschönigend denn als entproblematisierend.

In der Politik wird mittels Euphemismen eine ethisch-emotionale Neutralität suggeriert, *um zugrundeliegende ethisch-emotionale Problemlagen zu verdecken. Es geht also um die Vermeidung von negativen Vorstellungen, ohne dass diese Vermeidung unbedingt die Ersetzung durch positive Vorstellungen erfordert.*¹⁸⁷

Das Heranziehen beschönigender Ansichten im Falle einer manipulativen Absicht gilt seit jeher als ein beliebtes Streitargument, wenn es um politische Auseinandersetzungen geht. Die Tatsache, dass diese und ähnliche euphemistische Ausdrücke stets die Interessen und Sichtweisen ihrer Vertreter reflektieren, lässt sich in diesem Zusammenhang jedoch nur schwer schelten. Anders verhält es sich bei dem Versuch, Interessen und Sichtweisen bewusst außen vor zu lassen. So liegt die Kernproblematik vor allem darin, dass Euphemismen *ihre implizite Charakterisierung und Wertung nicht offen zur Diskussion darlegen*, sondern diese vielmehr unterschwellig transportieren.¹⁸⁸

Mit einem Verweis auf Zöllner führt Schröter noch einige weitere formal-semantische Aspekte der Bildung von Euphemismen an, welche sich in der politischen Kommunikation besonders häufig wiederfinden:¹⁸⁹

¹⁸⁷ Schröter, Melani/ Carius, Björn: Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs. Eine Einführung. Bd. 5. Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang 2009. (Leipziger Skripten. Einführungs- und Übungsbücher) S. 40f

¹⁸⁸ Vgl. ebda, S. 41

¹⁸⁹ Vgl. ebda, S. 42f

- Oxymora

Oxymora wie beispielsweise *Ein-Eltern-Familie* oder *Null-* bzw. *Negativwachstum* enthalten einen inneren Widerspruch. Konkret handelt es sich dabei um eine Verbindung von semantisch-logisch widersprüchlichen Elementen.

- Gebrauch von Fremdwörtern

Geht es um die Verschleierung von ethisch problematischen Sachverhalten, so bedient sich die Politik oftmals auch gewisser Fremdwörter wie beispielsweise *Kollateralschaden* oder *Mehrlingsreduktion*.

- Untertreibung

Eine euphemistische Wirkung durch Abschwächung kann gleichermaßen durch die Untertreibung erzielt werden. Dabei wird der eigentlich gemeinte - zumeist emotionsgeladene - Ausdruck durch einen weniger intensiven Begriff ersetzt.

- Umschreibungen

Neben der Untertreibung, welche ein inhaltliches Merkmal darstellt, kann Euphemisierung gleichermaßen durch Umschreibung erreicht werden (z.B. *aufenthaltsbeendende Maßnahme* statt *Abschiebung*).

6.1.5. Metapher

Metaphern, welcher ebenso in Form von Komposita auftreten können, bilden, da sie oftmals zu persuasiven Zwecken herangezogen werden, einen wesentlichen Bestandteil der politischen Kommunikation. So liegt ihre Funktion, ähnlich der Euphemisierung, darin, einen komplexen (politischen) Sachverhalt vereinfacht darzustellen, zu interpretieren sowie zu bewerten.¹⁹⁰ In diesem Zusammenhang gilt es nun zunächst zu klären, worum es sich bei einer Metapher im Wesentlichen handelt. Möglichst prägnant formuliert es vor allem Burkhardt in seinen Erläuterungen zur Theorie der Metapher:

Metaphern sind implizite oder explizite Identitätsaussagen, in denen ein Referenzobjekt [...] unter ein Prädikat subsummiert wird, zu dem es den konventionellen Sprachregeln

¹⁹⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand 2015-08-05].

gemäß eigentlich nicht gehört, um durch die abweichende Prädikation einige Eigenschaften des angesprochenen Gegenstandes besonders hervorzuheben.¹⁹¹

Die Herausforderung besteht darin, den vordergründig zerstörten Sinn einer Aussage in einem neuen Kontext zu erschließen. Es kommt dabei zu einem Vergleich der beiden im metaphorischen, d.h. bildhaften Ausdruck bezeichneten Gegenstände. So kann im Falle metaphorischer Sätze gleichermaßen von indirekten Sprechakten ausgegangen werden.¹⁹²

Gemäß Burkhardt beruht die Leistung der Metapher im Wesentlichen auf Ähnlichkeit respektive Analogie zwischen den Denotaten der beiden Metaphernteile *und besteht im Erhellen fokussierter und im Ausblenden nicht-intendierter Eigenschaften bzw. Merkmale auf beiden Seiten*.¹⁹³ Dabei stellt sich jedoch die Frage, welche Aspekte ihres Bezugsgegenstandes konkret (von der Metapher) ausgeblendet werden bzw. - wie Burkhardt es nennt - sich im „toten Winkel“ befinden. Als beispielgebend für Burkhardts Thesen kann gleichwohl die gegenwärtige Flüchtlingsdebatte in Mitteleuropa genannt werden. So wird in der Politik sowie seitens medialer Berichterstattungen häufig von einer *Asylantenflut*, *Flüchtlingswelle* bzw. einer sogenannten *Flut von Asylwerbern* gesprochen. Bei Metaphern dieser Art werden etwa Schutzsuchende mit Naturkatastrophen gleichgestellt, um auf diese Weise gewisse Bedrohungsängste (in der Bevölkerung) zu schüren. Derlei sprachliche Äußerungen, deren Motive zumeist im Verborgenen bleiben, sind vornehmlich auf Distanzierung bzw. Ausgrenzung angelegt. Die Fluchtursachen sowie humanitäre Beistandsverpflichtungen bleiben bei diesen Metaphern in der Regel im *toten Winkel*. Im Mittelpunkt steht lediglich die Suggestion von Machtlosigkeit. Dass es sich dabei um Menschen handelt, welche aufgrund kriegerische Zustände aus ihrem Heimatland flüchten, um anderswo Schutz und bessere Lebensbedingungen zu finden, wird zur Gänze ausgeblendet. Metaphern von der *Flut* kennen Menschen nur als amorphe, bedrohliche Masse.¹⁹⁴

¹⁹¹ Spitzmüller, Jürgen/ [u.a.] (Hg.): Streitfall Sprache. Sprachkritik als angewandte Linguistik. Mit einer Auswahlbibliographie zur Sprachkritik (1990 bis Frühjahr 2002). Bd. 3. Bremen: Hempen 2002. S. 85.

¹⁹² Vgl. ebda, S. 85

¹⁹³ Spitzmüller, Jürgen/ [u.a.] (Hg.): Streitfall Sprache. Sprachkritik als angewandte Linguistik. Mit einer Auswahlbibliographie zur Sprachkritik (1990 bis Frühjahr 2002). Bd. 3. Bremen: Hempen 2002. S. 85

¹⁹⁴ Vgl. ebda, S. 85f

An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass, so Burkhardt, nur die wenigsten der (politischen) Metaphern so originell sind, wie es im oben angeführten Beispiel dargestellt wird. In Hinblick auf die auffällige Stereotypie und Vagheit politischer Sprache erweist sich nach wie vor der überhöhte Gebrauch vorgefertigter, bereits eingespielter, konventionalisierter *toter* oder *verblaßter* Metaphern als die gängigste Variante. Letztgenannte werden heutzutage zwar nicht mehr als Metaphern verstanden, nichtsdestotrotz gelten sie nach wie vor als äußerst lebendige Metaphern-typen und -bildungsmuster, welche zudem ständig fortgesponnen und reproduziert werden.¹⁹⁵

Laut Burkhardt sind für die politische Sprache vor allem folgende beiden Grundmuster besonders charakteristisch:¹⁹⁶

1. Probleme sind Krankheiten/Politiker sind Ärzte

Unter diesem Aspekt erscheinen wirtschaftliche oder politische Ereignisse zumeist als Fehlentwicklungen innerhalb eines Gesamtorganismus'. Hierbei gilt es verstärkt, die sogenannten „Erreger“ seitens der verantwortlichen Personen sowie unter Rückgriff auf geeignete Behandlungsmethoden zu bekämpfen respektive beiseite zu schaffen.

Auch die medizinische und Krankheitsmetaphorik, welche heute überwiegend in Bezug auf die Wirtschaft verwendet wird, findet hier ihren Platz. In diesem Zusammenhang lässt sich ebenso die historisch belastete „Parasitenrhetorik“ nennen, welche politische Gegner oder ethnische Gruppen als Krankheiten (z.B. *Pest*, *Geschwür*, *Cholera* ...) oder als deren Erreger bzw. Überträger (z.B. *Ungeziefer*, *Parasiten*, *Bazillen* ...) denunzieren. So bezeichnete etwa zuletzt der britische Premier David Cameron Asylsuchende als *Schwarm*.

Da Krankheiten bzw. deren Überträger bzw. Erreger als gefährlich gelten, resultiert aus der „deontischen Bedeutung“ ihrer Bezeichnung die Tatsache, dass sie beseitigt werden müssen. Der Gebrauch derlei Metaphern gegenüber Menschen(gruppen) führt somit nicht nur zu einer Entmenschlichung der Betroffenen, sondern wird auf diese Weise gleichermaßen zur Gewalt gegen sie aufgerufen.

¹⁹⁵ Vgl. ebda, S. 86

¹⁹⁶ Vgl. ebda, S. 86f

2. Innenpolitik ist Krieg/Kampf

Metaphern dieses Typs zielen, im Gegensatz zur ersten Gruppe, insbesondere auf Konkurrenz und Polarisierung im Streit um Machterhalt und -erwerb ab. Dabei kommt es nicht wenige Male zu einer gewissen Militarisierung der Sprache. So ist etwa in Hinblick auf die gegenwärtige Asylsituation oftmals auch von Metaphern wie *Festung Europa*, *Ansturm auf die Grenzzäune* und *belagerte Aufnahmezentren* die Rede. Dadurch wird der Eindruck vermittelt, dass sich die mitteleuropäische Bevölkerung *in einem Kampf* mit den Flüchtlingen befindet.

Im Wesentlichen kann davon ausgegangen werden, dass politische Metaphern ebenso ihre Geschichte und Zeit haben. Hinsichtlich ihrer Gewichtung kann somit zwischen exponierten Basismetaphern und routinierten bzw. konventionellen Metaphern in der politischen Sprache unterschieden werden.¹⁹⁷

¹⁹⁷ Vgl. ebda, S. 88

7. Durchführung der Analyse

7.1. Wahlplakate - FPÖ



Abb.9: „Nächstenliebe“ (NRW-2013)



Abb. 10: „Asylbetrüger“ (NRW-2013)



Abb.11: „Pleite-Staaten“ (NRW-2013)

7.1.1. Wahlplakatanalyse - Tabellarische Aufstellung I (FPÖ)

FPÖ	„Nächstenliebe“	„Asylbetrüger“	„Pleite-Staaten“
<u>Spezifikation</u>			
Parteilogo/	+	+	+
Homepage/ FB-Link	+/+	-/+	-/+
Symbol	+	+	+
Abbildung	+	+	+
<u>Elaborationstypen</u>			
Slogan	„Liebe deine Nächsten“	„Asylbetrüger haben zu gehen“	„Keinen Cent für Pleite-Staaten“
parolische Ergänzung	„Für mich sind das unsere ÖSTERREICHER“	„ROT-SCHWARZ will das nicht verstehen“	„ROT-SCHWARZ hat uns verkauft & verraten“
Abbildung	kleines Mädchen + HC-Strache	HC-Strache	HC-Strache
präsentische Personalisierung	FPÖ	FPÖ	FPÖ
präsentische Diffamierung/ Feindgruppe	die Anderen	SPÖ	ÖVP
<u>Rhetorische Figuren & Tropen</u>			
Synonym		Rot-Schwarz	
(abgewandelter religiös konnotierter) Aphorismus	<i>Liebe deine Nächsten</i>		
Hyperbel	<i>Höchste Zeit für <u>Nächstenliebe</u></i>		
	<i>Asylbetrüger</i>		

Die nachstehende Tabelle beinhaltet eine genaue Auflistung sämtlicher auf den Wahlplakaten vorgefundenen Schlagwörter. In Hinblick auf die eigene Partei, so lässt sich bereits frühzeitig feststellen, dominieren vor allem Fahnenwörter bzw. Lexemgruppen, welche ebenso als Fahnenwort geltend gemacht werden können, wie etwa „Nächstenliebe“, „Keinen Cent für Pleitestaaten“ oder „Asylbetrüger haben zu gehen“. Deutlich anders verhält es sich bei der Feindgruppe (ÖVP/ SPÖ), welche primär mit Stigmawörter wie „verkauft und verraten“ oder „nicht verstehen“ betitelt werden.

Wahlplakate-FPÖ		FPÖ		ANDERE (Feindgruppe)
Schlagwörter	Abb.	Partei	Anhänger	
Liebe deine Nächsten	9	FW	-	-
Nächstenliebe	9-11	FW	-	-
Keinen Cent für Pleite-Staaten	11	FW	-	-
Asylbetrüger haben zu gehen	10	FW	-	-
verkauft und verraten	11	-		StiW (ÖVP/ SPÖ)
nicht verstehen	10	-		StiW (ÖVP/ SPÖ)
unsere Österreicher	9	FW	-	-

Neben zahlreicher Elaborationstypen, rhetorischen Stilmitteln sowie dem Gebrauch vereinzelter Schlagwörter, beinhalten die Wahlplakate der FPÖ zudem etliche indexikalische Ausdrücke bzw. Pronomina wie „deine“, „mich“, „unsere“ oder „uns“, wodurch eine gewisse Volksnähe vermittelt wird.

Weiters werden in der folgenden Tabelle ebenso Anspielungen angeführt, die vor allem die fahrlässigen Zustände der gegenwärtigen Regierung illustrieren. Ähnlich wie bei den Grünen, wird dieser Umstand aber nicht direkt angesprochen, sondern sind derlei Vorwürfe vielmehr in diversen Begriffen oder Lexemgruppe wie bspw. „Asylbetrüger“ oder „Keinen Cent für Pleite-Staaten“ impliziert.

Darüber hinaus werden in der anschließenden Darstellung die in den Wahlplakaten eruierten Argumentationstopoi angesprochen, welche sich, gleich der TV-Debatte, auf zwei konkrete Gruppen aufteilen – die In- und die Out-Group.

Politische Sprachstrategien (FPÖ)			
Strategietyp	Abb. 9	Abb. 10	Abb. 11
Nonverbale Kommunikation	+	+	+
Indexikalische Ausdrücke/ Pronomina	„deine“ „(für) <u>mich</u> “ „ <u>unsere</u> (Österreicher)“		„ <u>uns</u> (verraten & verkauft)“
Anspielung/ Implikaturen	„Liebe deine <u>Nächsten</u> “	„ <u>Asylbetrüger</u> haben zu gehen“	„Keinen Cent für <u>Pleite-Staaten</u> “
Argumentationstopoi			
FPÖ/In-Group	• Prinzipientopos: Nächstenliebe • Topos des Volkes	• Topos des Schutzes	Topos des (finanziellen) Schutzes
Out-Group		• Topos der Kriminalität	Topos des Verrats (hier ÖVP & SPÖ)

7.2. Wahlplakate - Grüne



Abb.12: „Weniger belämmert“



Abb.13: „Wer einmal stiehlt“



Abb.14: „Wir pflanzen bio“



Abb.15: „Österreich braucht mehr“

7.2.1. Wahlplakatanalyse - Tabellarische Aufstellung II (GRÜNE)

Grüne	„Weniger belämmert“	„Wer einmal stiehlt“	„Wir pflanzen bio“
<u>Spezifikation</u>			
Parteilogo/ Parteiename	+/+	+/+	+/+
Homepage	+	+	+
Abbildung	+	+	+
<u>Elaborationstypen</u>			
Slogan	„Weniger belämmert als die anderen“	„Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht“	„Wir pflanzen bio. Keine Leute“
parolische Ergänzung	„Saubere Umwelt. Saubere Politik“		„Saubere Umwelt. Saubere Politik. Gemeinsam schaffen wir das.“
Abbildung	Lamm	Affe	Eva Glawischnig + Kinder
präsentische Personalisie- rung	Grüne/In-Group (wir)	Grüne/In-Group (wir)	Grüne/In-Group (wir)
präsentische Diffamierung	Out-Group: die anderen	Out-Group: ÖVP/FPÖ	Out-Group: die anderen
Rhetorische Figuren & Tropen			
Parallelismus/- Anapher	<u>Saubere</u> Umwelt. <u>Saubere</u> Politik.		
Chiffre	-	-	Wir <i>pflanzen</i> bio. Keine Leute

Grüne	„Österreich braucht mehr“
<u>Spezifikation</u>	
Parteilogo/Parteiename	+/+
Homepage	+
Abbildung	+
<u>Elaborationstypen</u>	
Slogan	„Österreich braucht mehr Bildunk“
parolische Ergänzung	„Saubere Umwelt. Saubere Politik“
Abbildung	Eva Glawischnig + Kinder
präsentische Personalisierung	Grüne

Im Gegensatz zur FPÖ, umfassen die Schlagwörter der Grünen (Wahlplakate) zu-
meist umweltbedingte Aspekte. Neben den Fahnenwörtern „sauber“, „pflanzen“ oder
„bio“, wird mit „Bildunk“ zugleich ein wichtiges Hochwertwort angeführt, welches, ne-
ben „Umwelt“, bereits als charaktertypisch für die Grünen wahrgenommen werden
kann. Auch lassen sich auf den Wahlplakaten vereinzelt Stigmawörter bzw. dazuge-
hörige Lexemgruppen finden, die sich vorrangig auf die gegnerischen Parteien (hier:
ÖVP und FPÖ) beziehen.

Wahlplakate-Grüne	Abb.	GRÜNE		Out-Group
Schlagwörter		Partei	Anhänger	
Saubere Umwelt	12-15	FW	-	-
Saubere Politik	12-15	FW	-	-
wer einmal stiehlt	13	-		StiW (FPÖ/ ÖVP)
weniger belämmert als die anderen	12	FW	-	StiW
wir pflanzen bio. keine Leute	14	FW	-	StiW
Bildunk	15	HW	-	-
beste Bildungschancen	15	FW	-	-

Die Tabelle „Politische Sprachstrategien (Grüne)“ nimmt Bezug auf die jeweiligen
Strategietypen und Argumentationstopoi. So lässt sich auch hier eine gewisse Ana-
logie hinsichtlich der sprachlichen Vorgehensweise klar erkennen. Sowohl indexikali-
sche Ausdrücke als auch diverse ironische Anspielungen, die sich verstärkt auf die
Out-Group (hier: ÖVP und FPÖ) beziehen, können den entsprechenden Wahlplaka-
ten deutlich entnommen werden. Zudem fällt auf, dass sich – in Hinblick auf die ein-
zelnen Gruppierungen (In-Group/ Out-Group) – ebenso die Topoi etwas vielseitiger
gestalten, als es etwa bei der FPÖ der Fall ist.

Politische Sprachstrategien (Grüne)				
Strategietyp	Abb. 12	Abb.13	Abb. 14	Abb. 15
Nonverbale Kommuni- kation	+	+	+	+
Indexikalische Ausdrücke/ Pronomina		„(die) anderen“ (= Personen- deixis)	„wir“ (2x)	„wir“
Anspielung/ Implikaturen	„Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht.“	„Weniger be- lämmert als die anderen.“	„Wir pflanzen bio. Keine Leute.“	„Österreich braucht mehr Bildunk .“

Form: Phraseo- logismen	Out-Group: insb. ÖVP-FPÖ	Out-Group	Out-Group	Out-Group
Argumentationstopoi				
Grüne/In- Group	Selektion politi- scher Fraktionen Topos der Anstän- digen/ Ehrlichen	Topos der Anständigen/ Intellektuellen	Naturtopos, Topos der Gesundheit	Finaltopos: Bildungschancen für alle Prinzipientopos: Bildung
Out-Group	Topos der Kriminalität	Topos der Dummen	Topos der bewussten Irreführung/ des Betrugs	

Eine präsentische Personalisierung findet sich nahezu auf jedem Wahlplakat. Nicht zuletzt, da das vornehmliche Ziel einer jeden politischen Fraktion darin besteht, möglichst viele Stimmen zu erhalten und gleichwohl, um dies zu erreichen, den Wählern dabei das Gefühl zu vermitteln, mit der Abgabe ihrer Stimme das Richtige zutun.

Um eine möglichst hohe Wählerschaft zu erreichen, müssen vor allem jene Themen angesprochen werden, die die Bevölkerung beschäftigen sowie eine veränderungswürdige Problematik darstellen. Das Ansprechen derlei Missstände geht zuweilen oftmals mit der präsentischen Diffamierung einher. So werden, wie unter 7.1.1. und 7.2.1. aufgezeigt, auf ein- und demselben Wahlplakat sowohl die eigene Partei als „Retter“ bzw. volksnahe Repräsentanten angepriesen, die um die Probleme und Sorgen der Bürger Bescheid weiß, als auch zum Teil gegnerische Kandidaten respektive Parteien, welche für allfällige Misereen zur Verantwortung gezogen werden, ebenfalls namentlich oder in Form von Anspielungen genannt.

Im Falle der vorliegenden Wahlplakate fällt dbzgl. vor allem folgendes auf: Bezugnehmend auf die Spezifikation umfassen beide Parteien – die Grünen ebenso wie die FPÖ – etliche Indikatoren, welche zur Wahl auffordern sollen. So beinhalten sämtliche Plakate ein Parteilogo sowie etliche Abbildungen wie etwa vom Spitzenkandidaten (HC-Strache, Eva Glawischnig) selbst, von Tieren (Affe, Lamm) oder anderen Menschen wie einem Kind (FPÖ/ Mädchen) bzw. einer Seniorin (FPÖ) oder, so bei den Grünen, mehreren Kindern sowie etliche Naturszenarien.

Als Symbol befindet sich bei der FPÖ auf jedem Plakat ein angekreuztes Kästchen und – in Abb. 10 und 11 – ein entsprechender Link zur Facebook-Fanpage (links oben). Letzteres findet sich auch bei den Grünen wieder, hier allerdings in Form eines Homepagelinks.

Neben den einzelnen Spezifikationen enthalten die oben angeführten Tabellen ebenso zahlreiche Elaborationstypen wie etwa ironische (Grüne) bzw. ironiefreie (FPÖ) und schuldimmanente Slogans. Die jeweiligen Abbildungen, die vor allem das positive Selbstbild der jeweiligen Parteien respektive Spitzenkandidaten wiedergeben sollen, können – wie etwa bei den Grünen – einerseits einen biblischen (Lamm) oder evolutionären (Affe) Duktus, andererseits (siehe FPÖ-Wahlplakate) traditionsbewusste Wertvorstellungen in Bezug auf die hierzulande lebende österreichische Bevölkerung (u.a. Mädchen, Seniorin), der ebenso als eindringlicher Appell wahrgenommen werden kann, aufweisen. Parolische Ergänzungen wie beispielsweise „Rot-Schwarz will das nicht verstehen“ und „Rot-Schwarz hat uns verkauft und verraten“ oder „Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht“ und „Wir pflanzen bio, keine Leute“ stellen dabei eine eindeutige Bewertung (Va3) der sowohl direkt als auch indirekt angesprochenen Bezugsgruppe (Va4) dar (siehe 2.2.3.2.).

Die abschließende Rubrik „Rhetorische Figuren und Tropen“ soll indes darauf verweisen bzw. einen Eindruck darüber vermitteln, anhand welcher sprachlichen Besonderheiten die einzelnen Parteien potenzielle Wähler zu beeinflussen versuchen. So fällt in beiden Fällen der verstärkte Hang zu (leicht) abgewandelten Aphorismen auf.

Auch syntaktische Figuren wie etwa die Anapher oder der Parallelismus finden sich an gegebener Stelle wieder. Auf semantischer Ebene sind es vor allem die Chiffre und die Hyperbel, die in diesem Zusammenhang stark ins Auge fallen.

Eine weitere Gemeinsamkeit zeigt sich zudem in der ellipsenhaften Ausdrucksweise – ein Umstand, welcher angesichts der Slogan-Charakteristik, kurz und prägnant, – auf Wahlplakaten jedoch keine allzu imposante Besonderheit darstellt.

7.3. TV-Duell

In den beiden nachstehenden Unterkapiteln „7.3.1. Beiträge – Eva Glawischnig“ und „7.3.2. Beiträge – HC Strache“ gilt es zunächst, einen umfangreichen Überblick zu den im TV-Duell hervorstechendsten Schlagwörtern zu geben sowie in weiterer Folge etwas näher auf die jeweils verwendeten Topoi der zu analysierenden Parteien einzugehen. Als Darstellungsform wurde, wie bereits bei 7.1.1 und 7.2.1., erneut die tabellarische Ausgestaltung gewählt.

7.3.1. Beiträge - Eva Glawischnig

Bei der folgenden Tabelle handelt es sich um eine genaue Auflistung unterschiedlicher Schlagworttypen, welche – je nach Themenbereich geordnet – bei Frau Glawischnig in der TV-Debatte festgestellt werden konnten. Angeführt wird die Liste von den sogenannten Hochwertwörtern. Auf Platz zwei rangieren Stigmawörter wie „Antisemitismus“ – ein Begriff, welcher zugleich auch ein Unwertwort darstellt –, „Hetze“, „Missbrauch“ oder „illegale Parteiförderung“. Sie markieren einen deutlichen Diffamierungsversuch, der sich vor allem gegen die FPÖ sowie teilweise die ÖVP richtet.

Den dritten Platz nehmen die Fahnenwörter ein. Als besonders parteitypisch gelten hierbei „Verantwortung“, „Ausbildung“ und „Umwelt“.

Unwertwörter wie den bereits zuvor genannten „Antisemitismus“ oder „Wirtschaftskriminalität“ sowie „Arbeitslosigkeit“ und Maledicta finden sich auf Seiten der Grünen kaum. Diese lassen sich zwar stellenweise erkennen, bleiben aber eher die Ausnahme.

TV-Debatte (Beiträge)	Eva Glawischnig				
	Schlagwörter:	HwW	FW	UwW	StiW
Vorspann/Vorstellung					
Integration	+				
Antisemitismus			+	+	(FPÖ)
Hetze (gegen Religions- gemeinschaften)				+	(FPÖ)
Schaden/Schäden/Lasten				+	(FPÖ)
Korruption (Ära von Korrupti- on)/Korruptionsstätten				+	(FPÖ/ÖVP)

sauber machen/aufräumen		+			
rechtskräftig verurteilt				+ (FPÖ)	
Missbrauch von Steuergeld				+ (FPÖ)	
Bildung		+			
<i>Themen: Korruption/Steuerhinterziehung des „kleinen Mannes“</i>					
Korruption				+	
Zukunft	+				
Freunderlwirtschaft				+ (FPÖ/ÖVP)	
Wirtschaftskriminalität			+		
Schwarz-Blau			+		
Korridorregelung/ Parteiförderung				+	
Illegale Parteiförderung				+	
Wahrheit	+				
<i>Thema: Flüchtlingspolitik</i>					
Kinder und Frauen	+				
Verständnis/Mitgefühl (2x)	+				
Menschen	+				
Verantwortung	+	+			
<i>Themen: Mariahilferstraße und Bildungspolitik</i>					
Mariahilferstraße (2x) Ein- kaufsstraße (2x) Fußgänger- zone (2x)/Flaniermeile		+			
Volksbegehren (2x)/ Bildungsvolksbegehren (3x)		+			
SPÖ-Mottenkiste (2x)					+
parteipolitische Schublade				+ (FPÖ)	
Junge Menschen (2x)/ Jugendliche (2x)	+				
Ausbildung	+	+			
(sinnerfassend) Lesen (2x)		+			
<i>Thema: Mindestlohn</i>					
Arbeitslosigkeit			+		
jüngere ArbeitnehmerInnen	+	+			
Ältere	+				
<i>Thema: Koalitionswünsche</i>					
Umwelt	+	+			

Die unter 5.6. angeführten Argumentationsstrategien sind, angesichts des breiten Themenspektrums in der Politik, etwas zu kurz gefasst und müssen daher um weitere Topoi, von denen einige an dieser Stelle beispielgebend genannt sowie anhand einiger ausgewählter Textstellen genauer veranschaulicht werden sollen, ergänzt werden. Hier gilt es vor allem darzustellen, mittels welcher Topoi die jeweiligen Parteien sowohl in Bezug auf sich selbst als auch in Hinblick auf den politischen Kontrahenten arbeiten.

Die nachstehende Tabelle, „Topoi der Grünen (TV-Debatte)“, umfasst sämtliche Topoi, welche bei den Grünen im Laufe des TV-Duells eruiert werden konnten. Je nach Situation bzw. entsprechender Situationsprämisse, wurden die vorgefundenen Argumentationsmuster entweder der In- oder Out-Group zugeordnet. Im Bereich „In-Group“ dominieren (bei den Grünen) vor allem das Datentopoi, das Valuationstopoi, das Topos der Anständigen/ der Verantwortung, der Gerechtigkeit, der Aufklärung, der Toleranz sowie das Naturtopos. Deutlich anders verhält es sich bei der Out-Group (hier: FPÖ). Hier bedient sich die Grünen-Chefin ausschließlich negativ konnotierter Topoi wie etwa dem Topos der schmutzigen Politik, der Kriminalität, der Intoleranz sowie dem Missbrauchs- und Gefahrentopos.

TOPOI der GRÜNEN (TV-Debatte)	
In-Group: Grüne	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Datentopoi	Nein, das kann ich nicht! Das kann auch eigentlich die ganze österreichische Gesellschaft nicht. Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortungen für einen Schaden angerichtet hat, ob das jetzt die Schwarz-Blaue Regierungszeit war, ob das jetzt in Kärnten war; also mit den Lasten, die wir jetzt zu tragen haben, also die Schäden aus der Hypo-Alpe-Adria mit wahrscheinlich bis zu 11 Mrd. Euro; für die Zukunft, für die Zukunft unserer Kindeskindern muss man das sehr, sehr ernst nehmen. Und wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen. [Z: 55-62]

[...] Ja, ist alt, aber gut! ... Uwe Scheuch, rechtmäßig verurteilt! Sie haben sich 2009 mit den Kärntner Freiheitlichen wieder vereinigt! Er ist rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden. Sie haben sich bis zum Schluss geweigert, das Urteil anzunehmen. Ahm, es geht weiter: Herr Dörfler, ahm, der die Wahl in Kärnten mit 27% minus verloren hat! Sie haben gesagt, er soll die Kettensäge nehmen und wieder sozusagen Holzbauer werden. Er ist jetzt von Ihnen versorgt im Bundesrat. Ist Hauptschuldiger in einem Ermittlungsverfahren wegen Missbrauch von Steuergeldern. Es geht weiter - Kurt Scheuch -, der die Justiz angegriffen hat, und wie gesagt alles politisch motiviert, also einfach Mitleid erregen wollte und vielleicht gehofft hat, dass man ihn deswegen wählt - rechtskräftig verurteilt. Susanne Winter: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung, neuerlich auf Ihrer Liste. Also ich frage mich, ob so sauber machen aussieht. Gernot Rumpold, vom alten System Haider! Erstinstanzlich verurteilt. Hier gibt es kein gemeinsames Foto, aber es hat mit Ihnen eine gemeinsame Firma gegeben, und da hätte mich interessiert, was haben sie da eigentlich gemeinsam gemacht? Aber mein Eindruck, um das jetzt abzuschließen, ist, dass sie es nicht geschafft haben, in ihrer Partei auch wirklich aufzuräumen und genau mit diesen Korruptionstätern auch wirklich einen Schlussstrich zu ziehen! [...] **[Z: 114-129]**

[...] Sie haben jetzt das sogenannte Gruppensteuerprivileg angesprochen, das bedeutet, dass Firmen in Österreich steuerlich absetzen können, wenn sie z.B. Verluste in Kasachstan oder China oder irgendwo geltend machen, ja! Das ist übrigens ein Steuerprivileg, was unter Schwarz-Blau eingeführt worden ist. Das gibt's in der ganzen Europäischen Union nicht, das gibt's nur in Österreich! Das wurde damals von Schwarz-Blau eingeführt. Das freut mich, dass Sie jetzt so einsichtig sind, dass das relativ unfair war! Aber wir können das auch gerne ändern, ja! [...] Lassen Sie mich nur einen Satz noch, ja! Sie haben jetzt, und ich möchte nun mal kurz das thematisieren, welche Methoden Sie verwenden. Sie haben jetzt kurz in einem Nebensatz behauptet, in Wien wäre der Heizkostenzuschuss für die Ärmsten gestrichen worden, und das ist schlicht und ergreifend falsch. [Einwurf von ST: Das ist richtig!] ... Nein, und das ist so ärgerlich, weil Sie einfach offensichtlich Ihren ärgsten Feind nicht in den Grünen, sondern in der Wahrheit ha-

	ben. [Applaus] Darf ich es Ihnen kurz erläutern, wie es wirklich ist? Da Heizkostenzuschuss wurde umgewandelt, in einen Energiekostenzuschuss, d.h. dass diesen Menschen die Fenster gedichtet werden, das Gerät ausgetauscht wird, damit's ned beim Fenster afoch nur ausse hatzn, sondern damit sie in Zukunft auch wirklich Energiearmut ... also am Punkt bekämpfen können. [...] [Z: 337-352] [...]Ich möchte vielleicht noch für die Zuseher, die nicht in Wien zu Hause sind, noch kurz erklären: „Mariahilferstraße“ eine der größten Einkaufsstraßen Österreichs [...] Ja, vom Einkaufen wahrscheinlich an Einkaufssamstagen, zu Weihnachten, da ist sie nämlich Fußgängerzone! Für viele, die in der Weihnachtszeit nach Wien kommen, ... kennen sie nur so! 75.000 Menschen gehen da übrigens über diese Straße (lacht). Ah, ich möchte nicht, dass sich Menschen ärgern, und das ist ja auch jetzt eine Phase, wo man versucht, auch einzuladen, wie man eine so eine Flaniermeile entwickelt. Also, das ist ja ka Durchzugsstraße, sondern das war immer schon eine Einkaufsstraße. – [...] Es wird jetzt, ahm, ... Die Inputs, die jetzt kommen aus der Bevölkerung, werden ja alle aufgenommen, aber, wenn sie sich zurück erinnern an die 70er-Jahre, 1971, als es darum ging, die Kärntner Straße autofrei zu machen, ahm, gab es einen Aufschrei, also es gab solche Prophezeiungen, wie es wird zu einem enormen Anstieg der Kriminalität kommen, die Innenstadt in Wien wird vollkommen veröden, ja. Und irgendwie fühle ich mich manchmal ein bisschen dran erinnert, ja. Und wir sollten hier auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Es gibt Fußgängerzonen in Eisenstadt, es gibt ane in Linz, dann in Villach, es gibt ane in Klogenfurt, gut jetzt gibt es auch eine auf der Mariahilferstraße! Ich glaub nur nicht, dass das nun das Problem is, dass Wien sich auch wirklich weiterentwickelt. [...] [Z: 471-489] [...] Ich kann mich erinnern, das letzte große Volksbegehren, das es gegeben hat und das im Parlament zugewiesen wurde und diskutiert worden ist, das war das Bildungsvolksbegehren. Das waren hunderte Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, die sich engagiert haben, Lehrerinnen und Lehrer, viele junge Leute. Also viele Leute in ganz Österreich, die für dieses Bildungsvolksbegehren gekämpft haben und auf der Straße dafür gerannt sind, ja. Ihre
--	---

	Aussage zu diesem Bildungsvolksbegehren war: ... [Einwurf von ST: Des hob i doch unterstützt!] – [...] Nein, Sie haben gesagt, aus der SPÖ Mottenkiste, ahm, das hat über 400 000 Unterschriften geschafft, also was in diesen Zeiten wirklich beachtlich ist, und Sie haben dafür nur Spott und Hemme übrig gehabt. [Z: 522-530] [...]Das is aus heutiger Sicht ganz schwer zu sagen, weil die Erfahrungen aus den Landtagswahlen so unterschiedlich waren. Also, wer hätte jemals gedacht, dass es, ahm, in Kärnten a Rot-Grüne-Mehrheit gibt mit einer Stimme abgesichert oder wer hätte jemals gedacht, dass es in Salzburg 20% für die Grünen gibt. Also ich hätte das nicht gedacht. Sie (zu Strache) haben sich dieses Jahr wahrscheinlich auch anderes vorgestellt. Sie haben noch am Aschermittwoch [...] verkündet, sie wollen Kanzler (werden) - 33% - und das haben Sie bei diesen Landtagswahlen - ich glaub - mehr verloren als ÖVP und SPÖ, nämlich fast 140.000 Wählerinnen und Wähler. Wir haben fast 70.000 dazu gewonnen. Also es ist, aus meiner Sicht, vollkommen offen, was an diesem Wahltag passiert. Ich glaub nur, dass viel in Bewegung is. [...] [Z 699-708]
Valuationstopos	[...] Nein, das kann ich nicht! Das kann auch eigentlich die ganze österreichische Gesellschaft nicht. Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortungen für einen Schaden angerichtet hat, ob das jetzt die Schwarz-Blaue Regierungszeit war, ob das jetzt in Kärnten war; also mit den Lasten, die wir jetzt zu tragen haben, also die Schäden aus der Hypo-Alpe-Adria mit wahrscheinlich bis zu 11 Mrd. Euro; für die Zukunft, für die Zukunft unserer Kindeskindern muss man das sehr, sehr ernstnehmen. Und wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen. [Z: 55-62] [...] [...] Wir brauchen unser Steuergeld für die Pflege, für die Kinderbetreuung, für bessere Schulen, für bessere Unis; also das ist so schade, dass diese Korruption auch wirklich Zukunft aufgefressen hat in Österreich. Hätten wir diese Situation in Kärnten nicht, wo eine, ähm, aus Machtüberlegungen in hochriskante Geschäfte hinein getriebene Bank, Freundschaftswirtschaft zwischen damals, der FPÖ und Wirtschaft und Politik, hätten wir diese Erblast nicht von dieser Milliarden, wir hätten in vielen anderen Bereichen wirklich

	Ressourcen für die vor allem für mich so wichtige Frage: Bildungspolitik. [...] [Z: 224-231]
Topos der Anständigen	[...] wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen [Z:60-62] Hätten wir diese Situation in Kärnten nicht, wo eine, ähm, aus Machtüberlegungen in hochriskante Geschäfte hinein getriebene Bank, Freundschaftswirtschaft zwischen damals, der FPÖ und Wirtschaft und Politik, hätten wir diese Erblast nicht von dieser Milliarden, wir hätten in vielen anderen Bereichen wirklich Ressourcen für die vor allem für mich so wichtige Frage: Bildungspolitik. [Applaus] ... und das ist, das ist auf gut kärntnerisch, des is auf guad kärntnerisch wirklich zun zuwe bleahn. Was da wirklich verloren gegangen ist, Korruption frisst wirklich Zukunft, nur deswegen ist es auch so wichtig! Grad die Grünen haben ja so viel beigetragen, aufzudecken, auch zu schauen, dass Geld zurückgezahlt wird! [...] [Z: 226-234] [...] Na, na, des is für Sie. Wir hom kane 600 000 Euro genommen. [Z: 238-239] [...] Ich find's bemerkenswert, dass ... ahm ... es geht hier um Syrien, es geht um einen, einen furchtbaren Zustand, wo immer die Schwächsten extrem leiden. Das sind in erster Linie in solchen Gebieten halt, ahm, vor allem Frauen und Kinder, ja. Ah, dass Sie dann (zu Strache richtend) sofort zur Kriminalität kommen, also das verwundert mich immer wieder. Ah, also meine erste Empfindung is, also wie kann man überhaupt politische Lösungen finden, um es abzustellen, also dass da wirklich ... also das ... da sind ja Kinder gefoltert worden in Gefängnissen, also fürchterliche Dinge, wie kann man dem halt etwas entgegensetzen und das nicht gleich mit einem Militärschlag. [Z: 432-439] [...] Selbstverständlich, es gibt ein Asylrecht in Österreich, und wenn die Verfahren ordentlich, in einem überschaubaren Zeitraum durchgeführt werden, dann kann man auch einer Familie ins Auge sehen und sagen, es gibt leider keinen Asylgrund. [...] [Z: 440-443]

	[...] Unsere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber anderen Menschen. Von dem bin ich einfach zu tiefst überzeugt und das ist nicht nur ein christlicher Wert, sondern das ist, glaub ich auch, ein wichtiges Menschen-empfinden - Mitgefühl haben zu können, für andere Menschen [...] [Z 452-457] [...] Wir haben uns eine Aktion überlegt, die ähnlich wie die Aktion „10 000“, die vielleicht noch manchen bekannt ist, die heißt „get in“ und bedeutet das öffentliche Hand zwei Drittel der Lohnkosten übernimmt für ein Jahr und so eine Einstiegshilfe, insbesondere für Jugendliche, die zumindest eine Ausbildung haben. Wir haben allerdings auch ein Problem mit Jugendlichen, und das sind 80.000 im Jahr, die überhaupt keinen Schulabschluss haben und des is eigentlich die wahre Problemgruppe, weil da braucht´s dann wirklich a Sozialcoaching, um sie überhaupt zurück zu holen, dass sie eine Ausbildung abschließen. Also diese beiden Punkte werden bei uns im Programm ... und mir is das persönlich auch ein ganz wichtiges Anliegen, [...] [Z: 595-603] [...] Also für mich is eine der wichtigsten Fragen, also das der Grundstein dieser Republik, nämlich das Korruption, Machtmissbrauch, Proporz, dass das abgestellt wird! Das ist überhaupt eine Grundvoraussetzung, dass die Grünen überhaupt über Regierungszusammenarbeit reden. Des is a Basisvoraussetzung. [...] [Z: 718-721]
Topos der (finanziellen) Verantwortung/ (soz.) Gerechtigkeit/ Aufklärung	[...] Nein, also, wenn Sie sich die internationalen Standort-Rankings anschauen, also „transparing international“ z.B., die Korruptionsfälle untersucht und jedes Jahr die Länder einreihet. Österreich ist da heuer wieder zurückgefallen, was Korruption betrifft und es geht hier einfach um die Frage, wohin geht Steuergeld und unser Steuergeld soll ausschließlich dort hingehen, wo es hingehört und nicht in korrupte Kanäle. Wir brauchen unser Steuergeld für die Pflege, für die Kinderbetreuung, für bessere Schulen, für bessere Unis; also das ist so schade, dass diese Korruption auch wirklich Zukunft aufgefressen hat in Österreich. [...] [Z: 220-226]

	[...] Nein, also, wenn Sie in unserem Programm nachblättern, wir haben auch das Stichwort „Betrugsbekämpfung“ auch drinnen, wir haben die bessere Ausstattung der Wirtschaftskorruptionsstaatsanwaltschaft, also Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. Also es ist im Moment so, dass das eine Stelle ist, die 40 Positionen haben sollte und nur 20 besetzt hat. Und das ist aus meiner Sicht, ahm, Steuergeldverschwendung, weil jeder Staatsanwalt, der dort Wirtschaftskriminalität und -korruption bearbeitet, bringt den Steuerzahlenden dort auch wirklich Geld zurück und das ist auch in unserem Programm drinnen, das auch deutlich auszuweiten. Aber ich möchte trotzdem nichts vermischen, ja. Es haben doch Politiker eine andere Verantwortung, also mit Steuergeldern umzugehen. Und das geht einfach nicht, dass man, ahm, bei Dingen einfach jahrelang wegschaut und das geht einfach nicht, dass die Telekom oder öffentliche Unternehmen zur Geldmaschine für Parteien werden. Ich wünsche auch, dass das Strafrecht verschärft wird. Ich wünscht mir, dass illegale Parteifinanzierung auch mit Strafrecht geahndet wird so wie in Deutschland, ahm, da gibt es einen Strafraum bis zu fünf Jahre Haft. [...] [Z: 278-291] [...] Also, was bei uns auch immer wieder mitschwingt, wir haben immer Mitgefühl für jeden Menschen und, ahm, wenn ein Mensch aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kosovo nach Österreich kommt, ich hab für diese Menschen selbstverständlich auch Verständnis! Wir haben ein unglaubliches Glück, in diesem Breitengrad auf die Welt gekommen zu sein, ja. Unsere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber anderen Menschen. Von dem bin ich einfach zutiefst überzeugt und das ist nicht nur ein christlicher Wert, sondern das ist, glaub ich auch, ein wichtiges Menschenempfinden - Mitgefühl haben zu können, für andere Menschen. [...] [Z: 449-457] [...] Also, erstens Feindbilder helfen jungen Menschen gar nicht. Sie haben es jetzt wieder geschafft, von den jungen Menschen direkt zu den Ausländern zu kommen. Wirklich, erstaunlich. Ich sag gern das, was wir in unserem Wahlprogramm als Angebot haben! Wir haben uns eine Aktion überlegt, die ähnlich wie die
--	--

	Aktion „10 000“, die vielleicht noch manchen bekannt ist, die heißt „get in“ und bedeutet das öffentliche Hand zwei Drittel der Lohnkosten übernimmt für ein Jahr und so eine Einstiegshilfe, insbesondere für Jugendliche, die zumindest eine Ausbildung haben. Wir haben allerdings auch ein Problem mit Jugendlichen, und das sind 80.000 im Jahr, die überhaupt keinen Schulabschluss haben und des is eigentlich die wahre Problemgruppe, weil da braucht´s dann wirklich a Sozialcoaching, um sie überhaupt zurück zu holen, dass sie eine Ausbildung abschließen. Also diese beiden Punkte werden bei uns im Programm ... und mir is das persönlich auch ein ganz wichtiges Anliegen, weil es duat so weh, wenn a Mensch mit Fuchzehn, ahm, nicht sinnerfassend lesen ..., weil des haßt jo ned nur, dass er am Sozialamt und am Arbeitsamt sitzt, sondern, dass ihm auch so wichtige Dinge wie afoch kulturell sich weiter zu entwickeln wie Lesen afoch vorenthalten bleiben. Und des duat echt in da Seele weh. I man, I hab von Ihnen wenig, ehrlich gsagt, zur Bildungspolitik in den letzten Jahren gehört. Mir ist jetzt nur noch der Uwe Scheuch mit seiner „gsundn Detschn“ eingfoln, ja. [...]ich hab sehr klare Vorstellungen, wie sich das System ändern muss. Ich glaub´, dass es vor allem, oiso, dass sich so früh entscheiden müssen - I man da Vizekanzler wü jetzt wieder Aufnahmeprüfungen fia die AHS mochn - für 9jährige! Das muss man sich vorstellen, was das bedeutet! An einem Tag entscheidet sich die Bildungskarriere fia a Kind. Der Druck, der do auf da Familie is, oiso - i find des dermaßen retro! [...] [Z: 593-615] [...] Also wir haben, wenn ma die Arbeitslosigkeit ansieht, wer ist davon betroffen? Es sind vor allem jüngere Arbeitnehmerinnen, ahm, die nicht reinkommen, es sind Ältere und in der Mitte sind´s diejenigen, die ka gute Qualifikation haben. Ich muss bei jeder Gruppe einzeln ansetzen. [...]Ja, ich find´s nur trotzdem, ... also 8,50 Euro in der Stunde zu verdienen, sollte eigentlich jedem Arbeitgeber, einem Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin wert sein. Das ist für mich ein Grund.[...] [Z: 627-633]
Topos der Toleranz	[...] Also, was bei uns auch immer wieder mitschwingt, wir haben immer Mitgefühl für jeden Menschen und, ahm, wenn ein Mensch aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kosovo nach Österreich kommt, ich hab für diese Menschen selbstverständlich auch Verständnis! Wir haben ein unglaubliches Glück, in diesem Breiten-

	grad auf die Welt gekommen zu sein, ja. Unsere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber anderen Menschen. Von dem bin ich einfach zutiefst überzeugt und das ist nicht nur ein christlicher Wert, sondern das ist, glaub ich auch, ein wichtiges Menschen-empfinden - Mitgefühl haben zu können, für andere Menschen. [...] [Z: 449-457] [...] Ich kann mich erinnern, das letzte große Volksbegehren, das es gegeben hat und das im Parlament zugewiesen wurde und diskutiert worden ist, das war das Bildungsvolksbegehren. Das waren hunderte Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, die sich engagiert haben, Lehrerinnen und Lehrer, viele junge Leute. Also viele Leute in ganz Österreich, die für dieses Bildungsvolksbegehren gekämpft haben und auf der Straße dafür gerannt sind, ja. [...]Mir hat das in der Seele weh getan, also gerade beim Bildungsbereich, wenn da so viel Reformbedarf da ist, ist es das glaube ich nicht wert, das in eine parteipolitische Schublade zu stecken. Sie wissen wie´s den Ötan (= Eltern) geht. Ein Satz nur noch, Sie wissen, wie die Leid Nothilfe zoihn - 39 Euro mittlerweile für die Stund - sie kennen diesen Satz: „Wir haben Schularbeit, wir haben Hausübung.“ Dieser Druck da, der auf den Familien is ... [...] [Z: 522-538]
Naturtopos	Ich glaub, es ist bekannt, wofür wir oder ich persönlich auch brenne! Das ist natürlich der Einsatz für die Umwelt, das ist mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben, ... für das kämpfe ich auch! [...] [Z: 722-724]
Out-Group: FPÖ u.a.	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Topos der schmutzigen Politik	[...] Nein, das kann ich nicht! Das kann auch eigentlich die ganze österreichische Gesellschaft nicht. Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortungen für einen Schaden angerichtet hat, ob das jetzt die Schwarz-Blaue Regierungszeit war, ob das jetzt in Kärnten war; also mit den Lasten, die wir jetzt zu tragen haben, also die Schäden aus der Hypo-Alpe-Adria mit wahrscheinlich bis zu 11 Mrd. Euro; für die Zukunft, für

	die Zukunft unserer Kindeskinde muss man das sehr, sehr ernstnehmen. Und wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen. [...] [Z: 55-62] [...] Nein, also, wenn Sie sich die internationalen Standort-Rankings anschauen, also „transparing international“ z.B., die Korruptionsfälle untersucht und jedes Jahr die Länder einreicht. Österreich ist da heuer wieder zurückgefallen, [...]. Hätten wir diese Situation in Kärnten nicht, wo eine, ähm, aus Machtüberlegungen in hochriskante Geschäfte hinein getriebene Bank, Freundalwirtschaft zwischen damals, der FPÖ und Wirtschaft und Politik, hätten wir diese Erblast nicht von dieser Milliarden, wir hätten in vielen anderen Bereichen wirklich Ressourcen für die vor allem für mich so wichtige Frage: Bildungspolitik. [...] [Z: 220-231]
Topos der Kriminalität/ (finanz.) Missbrauchstopos	[...][...] Ja, ist alt, aber gut! ... Uwe Scheuch, rechtmäßig verurteilt! Sie haben sich 2009 mit den Kärntner Freiheitlichen wieder vereinigt! Er ist rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden. Sie haben sich bis zum Schluss geweigert, das Urteil anzunehmen. Ahm, es geht weiter: Herr Dörfler, ahm, der die Wahl in Kärnten mit 27% minus verloren hat! Sie haben gesagt, er soll die Kettensäge nehmen und wieder sozusagen Holzbauer werden. Er ist jetzt von Ihnen versorgt im Bundesrat. Ist Hauptschuldiger in einem Ermittlungsverfahren wegen Missbrauch von Steuergeldern. Es geht weiter - Kurt Scheuch -, der die Justiz angegriffen hat, und wie gesagt alles politisch motiviert, also einfach Mitleid erregen wollte und vielleicht gehofft hat, dass man ihn deswegen wählt - rechtskräftig verurteilt. Susanne Winter: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung, neuerlich auf Ihrer Liste. Also ich frage mich, ob so sauber machen aussieht. Gernot Rumpold, vom alten System Haider! Erstinstanzlich verurteilt. Hier gibt es kein gemeinsames Foto, aber es hat mit Ihnen eine gemeinsame Firma gegeben, und da hätt' mich interessiert, was haben sie da eigentlich gemeinsam gemacht? Aber mein Eindruck, um das jetzt abzuschließen, ist, dass sie es nicht geschafft haben, in ihrer Partei auch wirklich aufzuräumen und genau mit diesen Korruptionstätern auch wirklich einen Schlussstrich zu ziehen! [...] [Z: 114-129]

	[...]Sie können gerne was vorlegen. Sie haben schon einmal behauptet, Peter Pilz sei rechtskräftig verurteilt worden, wir haben Sie dann geklagt und Sie haben auch Recht bekommen. Sie sind dazu verurteilt, es zu unterlassen, zu behaupten, Peter Pilz ist rechtskräftig verurteilt. Es gibt in den Reihen der Grünen keinen einzigen rechtskräftig Verurteilten, allerdings in Ihren Reihen - ich hab die Liste auch mit - seien sie vorsichtig - ich habe das Urteil auch mit. Aktiv in der FPÖ: Susanne Winter, rechtskräftig verurteilt, Michael W. wegen Verhetzung rechtmäßig verurteilt ... [...]... Gerald Z. - ich schütze diese Personen - alle aktiv in der FPÖ wegen Amtsmissbrauch rechtskräftig verurteilt ... Ich erspare Ihnen die weitere Liste! [...] [Z: 170-178]
Topos der Intoleranz/ der kulturellen Ausgrenzung	[...] Ich find's bemerkenswert, dass ... ahm ... es geht hier um Syrien, es geht um einen, einen furchtbaren Zustand, wo immer die Schwächsten extrem leiden. Das sind in erster Linie in solchen Gebieten halt, ahm, vor allem Frauen und Kinder, ja. Ah, dass Sie dann (zu Strache richtend) sofort zur Kriminalität kommen, also das verwundert mich immer wieder. [...] [Z: 432-435] [...]Also, erstens Feindbilder helfen jungen Menschen gar nicht. Sie haben es jetzt wieder geschafft, von den jungen Menschen direkt zu den Ausländern zu kommen. Wirklich, er-staunlich. [...] [Z: 593-595]
Gefahrentopos	Und eines muss ich auch offen sagen, also FPÖ darf man aus meiner Sicht einfach in keine Regierung mehr lassen. Es ist so viel Schaden angerichtet worden und deswegen wird's das auch mit uns in kanster Form nie und nimmer gebn. [...] [Z: 733-735]

7.3.2. Beiträge - HC Strache

Die Schlagworttabelle der FPÖ zeichnet sich vor allem durch das verstärkte Vorkommen von Stigmawörtern aus, welche sich nahezu allesamt auf die Grünen und die SPÖ sowie, so dem Bereich „Korruption/ Steuerhinterziehung des ‚kleinen Mannes‘“ zu entnehmen, stellenweise auf die ÖVP beziehen.

Während sich das Vorhandensein von Hochwertwörtern ausschließlich auf die Begriffe „Familie“ und „Gerechtigkeit“ begrenzt, werden insbesondere erst bei den beiden Themen „Mariahilferstraße“ und „Bildungspolitik“ zunehmend Fahnenwörter wie „direkte Demokratie“, „Volksinitiative“, „österreichische Bevölkerung“ oder „Fürsorgepflicht als österreichischer Politiker“ ins politische Debattenfeld geführt.

TV-Debatte (Beiträge)	HC-Strache				
Schlagwörter:	HwW	FW	UwW	StiW	M
Vorspann/Vorstellung					
Vertreterin der Gucci-Fraktion					+
Chlorophyll-Marxisten					+
Euro-Zone/ Europäische Union (EU)				+	
Korruption				+ Rot-Grün/ frühere FPÖ	
hanebüchene Angriffe/ Denunziationen und Unterstellungen				+	
Kampforgan der Rot-Schwarzen Regierung				+ (Grüne)	
Trittbrettfahrer				+ (Grüne)	
Themen: Korruption/ Steuerhinterziehung des „kleinen Mannes“					
Realitätsverweigerung				+ (Grüne)	
schwarzer Finanzministerskandal				+ (ÖVP)	
Notverstaatlichung (2x)				+ (ÖVP)	
Trittbrettfahrer				+ (Grüne)	
Rot-Schwarzes Lebensverlängerungssystem				+ (ÖVP/SPÖ)	
Schwarzwirtschaft				+ (ÖVP)	
Thema: Flüchtlingspolitik					
Entwicklungen in Syrien und Ägypten				+ (die Fremden/ Ausländer)	
christliche Kirchen/Christen		+			
Europäische Union				+	
Flüchtlingswelle anheizen				+	

Asylmissbrauch/Asylbetrug				+ (die Fremden/ Ausländer)	
<i>Themen: Mariahilferstraße und Bildungspolitik</i>					
direkte Demokratie (3x)		+			
Mariahilferstraße (4x)				+ (Grüne)	
Volksinitiative		+			
Volksbefragung		+			
Fürsorgepflicht als österreichischer Politiker		+			
österreichische Bevölkerung/ Österreicher		+			
Arbeitslosigkeit/Rekordarbeitslosigkeit				+	
System verändern (3x)		+			
Rot-Schwarze-Regierung/ Rot-Schwarze Politik				+	
PISA-Studie (2x)				+	
sinnerfassend Lesen (3x)	+				
türkische Migranten				+	
Osterweiterung für rumänische, bulgarische Arbeitskräfte/ billige Arbeitskräfte aus dem Osten				+	
<i>Thema: Mindestlohn</i>					
Mindestsicherung		+			
(ein) Österreicher		+			
Familie	+				
Gerechtigkeit	+	+			
Rot-Schwarzer Verwaltungsspeck					+
<i>Thema: Koalitionswünsche der NRW</i>					
dirty-campaigning				+	
saubere und korrekte Entwicklung		+			
direkte Demokratie		+			

Zwar gliedert sich die FPÖ hinsichtlich ihrer Betrachtungsweise, laut Reisigl, in vier Gruppen, wobei, so zeigt sich, die Bereiche „Wir – die Partei“ und „Ihr – die Unsrigen (=Gefolgschaft)“ der In-Group und „Nicht-Wir/ Die-da-draußen“ sowie „Die-da-oben (and. Fraktionen)“ der Out-Group zugeordnet werden können. In der vorliegenden Darstellung sollen alle Typen – entsprechend der Aufteilung von Reisigl – aufgelistet werden. Der Einfachheit halber werden diese mit den Begriffen „In-Group“ und „Out-Group“ versehen.

Die in ihrer Klassifizierung (In- bzw. Out-Group) analog abgebildete Tabelle weist insbesondere im Bereich der Topoi gravierende Disproportionalität zu den Grünen auf. Während die In-Group nahezu jene Argumentationsmuster umfasst, die zugleich eine gewisse patriotische Haltung in sich bergen, beschränkt sich die Out-Group bzgl. der Verwendung entsprechender Topoi vorwiegend auf schuldzuweisende Elemente. Neben dem Datentopos, welches sich – im Vergleich zu den Grünen – auf einen eher kleinen Rahmen beschränkt, konnten auf dem Gebiet der In-Group insgesamt noch drei weitere Topoi – das Topos der Entlastung, der Belohnung der Fleißigen sowie das Topos der demokratischen Mitbestimmung des Volkes – festgemacht werden. Auf Seiten der Out-Group fielen vor allem das Topos der Anfeindung, der schmutzigen Politik, der Belastung der „kleinen Leute“, der Kriminalität, der Überbefremdung und das Missbrauchstopos ins Auge.

TOPOI der FPÖ (TV-Debatte)	
In-Group – „Wir“ – die Partei	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Datentopos	[...] Also jetzt ist eines, glaub ich, wichtig darzustellen. Sie haben jetzt in ihrer Suada zwei nachweisbare Unwahrheiten zum Besten gegeben: Ich bin nicht seit dem Jahr 2005 Klub-obmann - nein! Ich hab im Jahr 2006 kandidiert für den Nationalrat und bin seit diesem Zeit-punkt Klubobmann. [...] [Z: 131-134]

	[...] Ich habe im Jahr 2005 als Parteichef in meiner Partei eine Partei übernommen, die damals nicht nur mit Schulden übergeben wurde, sondern auch mit drei Prozent, wie sie wissen, [...] [Z: 144-146] [...] Und es stimmt auch nicht, wenn sie gesagt haben, wir hätten 2009 eine Wiedervereinigung mit dem ehemaligen BZÖ-Kärnten gemacht. Nein, seit Juni dieses Jahres gibt es diesen Zusammenschluss [...] [Z: 148-150]
Topos des „Ausmistens“ der „schmutzigen Politik“	[...] Naja, Frau Thurnher, Sie werden ja auch als aktive Journalistin, die das Jahr 2002 erlebt hat, und dann die weiteren Entwicklungen bis zum Jahr 2005, in Erinnerung haben - so wie viele Österreicher -, wo wir damals innerparteilich gegenüber gewissen fragwürdigen Vorgängern ja mobil gemacht haben, gegen die eigene Parteispitze und uns auch drei Jahre später im Jahr 2005 durchsetzen konnten und eine saubere und ehrliche freiheitliche Partei auch sichergestellt haben. [...] [Z: 81-86] [...] Sie sollten auch mich und meinen Gedankengang zu Ende führen lassen und nicht unhöflicherweise [Einwurf von G: Gerne, sprechen Sie zu Ende] unterbrechen, wie Sie das so gerne tun. Also ich möchte eines festhalten. Zu diesen Anwürfen, ist eines zu sagen: Ich habe im Jahr 2005 als Parteichef in meiner Partei eine Partei übernommen, die damals nicht nur mit Schulden übergeben wurde, sondern auch mit drei Prozent, wie sie wissen, wo ich sichergestellt habe, dass wir einen ehrlichen Weg gegen die Korruption gehen und viele dieser Herrschaften, die vorher Verantwortung hatten, geschlossen zum BZÖ gegangen sind. Und es stimmt auch nicht, wenn sie gesagt haben, wir hätten 2009 eine Wiedervereinigung mit dem ehemaligen BZÖ-Kärnten gemacht. Nein, seit Juni dieses Jahres gibt es diesen Zusammenschluss, wo ich auch für Sauberkeit stehe und dafür Sorge, dass eben Leute wie Herr Scheuch und auch andere, die rechtskräftig verurteilt worden sind, auch keine Rolle spielen und genau darum geht's und genau das wissen die Menschen auch! [...] [Z: 141-153]

Topos der Entlastung der „kleinen Leute“	[...] Nein, grundsätzlich, also grundsätzlich ist alles, was mit dem Bereich Schwarzwirtschaft und Betrug zu tun hat natürlich zu bekämpfen, aber ich verwehre mich dagegen, das nur auf die Kleinen zu übertragen und die Großen davon kommen zu lassen. Die Großen sind es heute, die es sich leisten können, gewisse Dinge sich zu richten. Im Bereich der Gruppenbesteuerung! Wo können Konzerne heute Milliardengewinne machen und dann kaum Steuern zahlen oder der Herr Stronach jetzt, na der a Milliardär ist, aber von seinen Milliarden, die er hat nur ...[Einwurf von TH: Das können Sie mit ihm dann gerne besprechen, wenn Sie...] ... Nein, aber das zeigt, wie sich's dort manche richten und dort will ich etwas ändern, weil es wird heute alles auf den kleineren und mittleren Einkommen eingeladen und abgeladen und abgewälzt und ich will genau dort letztlich Sorge tragen, dass die Menschen sich das Leben wieder leisten können, und mehr Netto vom Brutto für die Menschen auch möglich wird.[...] [Z: 323-333]
In-Group – Ihr, die Unsrigen (= Gefolgschaft)	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Topos der Belohnung der Fleißigen	[...] Schauen Sie, grundsätzlich muss eines festgehalten werden, wenn man eine Mindestsicherung sicher stellt für Menschen, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, in ana gewissen Höhe, daun sollte man in etwa doch dafür Sorge tragen, dass bei der Vollzeitbeschäftigung man doppelt so viel auch verdient, weil man es leistet. Und ich bin kein Anhänger dessen, was wir leben. Wir haben heute in vielen Bereichen den untersten Kollektivvertragsbereich Entwicklungen, wo ein Österreicher im untersten Kollektivvertrag seine Familie nicht ernähren kann und ich denke, da geht's um Gerechtigkeit, wo man auch Sorge dafür tragen muss, wenn olles teurer wird in der Gesellschaft von Miet- und Betriebskosten, Lebensmittl, wo die Menschen ja jedes Jahr durch die Inflation kalt enteignet werden bis hin zu den Pensionisten, das auszugleichen und entsprechend dafür Sorge zu tragen, dass ma, wenn ma was oabeitet, auch wieda hoibwegs leben kann davon und ned Monat fia Monat kämpfen muss, seine Miete und Betriebskosten zahlen zu müssen. Da läuft einiges [...] falsch! [Z: 640-651]

Topos der demokratischen Mitbestimmung des „Volkes“	[...] Das ist so nicht richtig! Denn die Schweiz lebt das ja vor seit 100 Jahren, eine parlamentarische Demokratie zu haben, mit dem Recht des Volkes, korrigierend durch die direkte Demokratie als Volkinitiative einzugreifen, und d.h. von 100% der parlamentarischen Entscheidungen werden, wenn's hoch hergeht, ein Prozent ja durch die direkte verbindliche Volksbestimmung entschieden. [...] [Z: 503-507] Wir sollten die Bevölkerung einbinden und entscheiden lassen. Und die direkte Demokratie führen Sie zwar immer auf der Zunge, aber im Parlament, wenn's darum geht sie - den Antrag, wie wir in oft eingebracht haben auch möglich zu machen - stimmen Sie dagegen! [...] [Z: 517-520]
Out-Group – Die-da-oben (and. Fraktionen)	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Topos der Anfeindung	[...] Nein, im Gegenteil! Also ich erlebe immer wieder, dass ja bewusst mit falschen Bildern auch über meine Person und auch gegen die FPÖ falsche Bilder erzeugt werden und immer wieder Stimmungen erzeugt werden, die ja nicht der Realität entsprechen und wenn ich oftmals Hass - leider Gottes - erlebe, dann oftmals auch gegen meine Person und die Freiheitliche Partei gerichtet, wo man eben genau hier bewusst - und das ist hier genau auch das, was einen stört und auch den Bürgern auffällt – versucht, unsere Positionen bewusst zu verdrehen. [...] [Z: 68-74] [...] Sie sind offenbar mit einem Hass beseelt, gegen die Freiheitliche Partei, dass Sie immer mit Denunziationen und Unterstellungen arbeiten müssen. Ich sag Ihnen schon. [...] [Z: 200-202] [...] Da ist ja jetzt einiges gefallen, was man differenzieren muss. Ich meine, dass Sie mich gerne abwürgen weiß ich, Frau Thurnher. Des is wahrscheinlich der Aufruf vom Rotfunk. [...] [Z: 541-543] [...] Frau Thurnher, jedes schäbige Posting, das zu Gewalt aufruft, hetzerisch ist, ja und Leute diskriminiert, lehne ich grundsätzlich ab. Aber gerade in einem Wahlkampf, wo wir leider mit dirty-campagning konfrontiert sind, und Fake-Profile anonymer Art in Amerika angemeldet werden und dann eben mit unwahren Unter-

	stellungen operiert wird, Frau Thurnher, Sie auch natürlich mitunterstützen - keine Frage [...] ,wo dann, wo dann Postings der FPÖ in die Schuhe geschoben werden, die nicht real sind, dann ist ja genau das dirty-campaging! Und da würd' i ma wünschen, wenn endlich da Herr Öllinger und auch der Herr Sailer, die User anzeigt, denn sonst tun's wir. Denn i sog diese User müssen ausgeforscht werden und strafrechtlich sollte man entsprechend die verurteilen - für ihr Handeln. [...] [Z: 679-689]
Topos der „schmutzigen Politik“ (SPÖ/Grüne), der Belastung der „kleinen Leute“, Missbrauchstopos	[...] Selbstverständlich bekämpfen wir Korruption, aber dort, wo die Grünen interessanterweise in der Regierung sind, erlebt man dann, wie in Wien, dass man nicht mehr an Aufklärung interessiert ist, dass man sich plötzlich mit der SPÖ ins Bett gelegt hat; do müsste natürlich dann auch die Frau Glawischnig jede Nacht schlecht schlafen, wenn's dann darum geht, dass plötzlich nicht mehr Untersuchungsausschüsse zugestimmt wird wie Skylink oder bei Missbrauchsvorwürfen im Rahmen von Wiener Kinderheimen oder auch im Bereich anderer Missstände in Wien wie z.B. St. Marx, wo ja auch einiges aufklärungsbedürftig wäre. Dort wird das dann komischerweise vom Regierungspartner der Grünen in Wien zugedeckt und keine Transparenz und keine Untersuchung unterstützt. [...] [Z: 94-102] [...] Aber ich möchte sie einmal mit einem Korruptionsbereich konfrontieren, der Sie und Ihre Partei betrifft: Haben Sie schon mit Peter Pilz gesprochen, dass vor einiger Zeit aufgrund Ihrer antiamerikanischen Positionen, man könnte auch antizyonistisch sagen, die ehemalige lybische, das ehemalige lybische Regime Gadaffi vier Mio. Schilling an ein Büro in Wien überwiesen hat, nämlich „lybien people“-Büro, wo damals nachweislich auch Konten, Konten vorhanden sind ... [...], ... ich sagen Ihnen Dokumente, es gibt Dokumente, die auch der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden, wo auch das lybische Konsulat auch das amtlich bestätigt hat, dass das Geld an die Grünen geflossen ist, das steht auch auf dem Erlagschein, der überwiesen wurde, „to Austrian greens party“ [...] ... nein, das ist interessant, weil das ist ja irgendwas, was die Frau Glawischnig ja natürlich als Obfrau nicht gerne versucht, offenbar wahrzunehmen und ernstzunehmen und da soll der Herr Peter Pilz eine führende Rolle gespielt haben. Ich bin gespannt, wie sie damit umgehen werden, mit solchen konkreten Belegen

	und Dokumenten, die wir auf der Staatsanwaltschaft vorliegen haben! [...] [Z: 153-168] [...] Na, Sie sollten endlich als Opposition, die Sie sein wollen, nicht Opposition gegen die Freiheitliche Partei machen, sondern Missstände in dem Land, die durch die aktuelle Regierung der SPÖ und ÖVP entstanden ist, tätig werden und nicht den Trittbrettfahrer, und sozusagen das Kampforgan der Rot-Schwarzen-Regierung gegen die FPÖ spielen! Das ist Ihre Rolle und ich glaube, dass das den Österreichern nicht gefällt. Denn dort, wo sie Verantwortung haben, da ist Chaos in Wien. Mariahilferstraße und andere Bereiche, wie Sie den Bürger belasten. [...] [Z: 203-209] [...] Wir haben gerade mit Werner Kogler eine Übereinstimmung, wenn's darum geht, dass die Hypo und die Notverstaatlichung, ohne Not der Hypo, und das war ein bayrischer Wahlgrund unter bayrischer Verantwortung, dass Sie da heute wieder in Auftrag von Rot und Schwarz wieder versuchen anders darzustellen. Dass das ein schwarzer Finanzministerskandal ist, wo eine Notverstaatlichung auf Kosten der österreichischen Steuerzahler stattgefunden hat, ohne Not und wo man hier ganz bewusst offenbar von Ihrer Seite wieder als Trittbrettfahrer versucht, der ÖVP die Mauer zu machen, um sich Türen aufzuhalten – [...], um im Sinne eines rot-schwarzen Lebensverlängerungssystems vielleicht als dritter Trittbrettfahrer dabei sein zu können. [...] [Z: 247-255] [...] Das ist so nicht richtig! Denn die Schweiz lebt das ja vor seit 100 Jahren, eine parlamentarische Demokratie zu haben, mit dem Recht des Volkes, korrigierend durch die direkte Demokratie als Volkinitiative einzugreifen, und d.h. von 100% der parlamentarischen Entscheidungen werden, wenn's hoch hergeht, ein Prozent ja durch die direkte verbindliche Volksbestimmung entschieden. Also, Sie stellen ja Dinge falsch dar und genau darum geht's und ich denke, genau hier hätte die Bevölkerung auf der Mariahilferstraße natürlich ein Recht gehabt, wenn es um eine so schwerwiegende Entscheidung geht, und das ist ja kein Vergleich zur Kärntner Straße. Sie haben die Kärntner Straße erwähnt. Die Kärntner Straße hat als Fußgängerzone, ja, weniger Gehsteigbereiche gehabt als die Mariahilferstraße vorher links und rechts an Gehsteigbreite zusammen gezählt, d.h. Sie verwechseln da Äpfel
--	---

	mit Birnen und die Mariahilferstraße und die Kärntner Straße ... ist auch ein wesentlicher Unterschied: in dem einen Bereich der Kärntner Straße wohnen fast keine Menschen, in der Mariahilferstraße, das ist ein Wohnbezirk, da wird's jetzt in den Seitenbereichen natürlich entsprechend stauen und dort kommt's natürlich zu Entwicklungen, die nicht erfreulich sind für die Bevölkerung. [Applaus] Wir sollten die Bevölkerung einbinden und entscheiden lassen. Und die direkte Demokratie führen Sie zwar immer auf der Zunge, aber im Parlament, wenn's darum geht sie - den Antrag, wie wir in oft eingebracht haben auch möglich zu machen - stimmen Sie dagegen! [...] [Z: 503-520] [...] Naja, zuerst einmal haben wir die Fürsorgepflicht als österreichische Politiker für die eigene österreichische Bevölkerung und ich denke, dass in diesen Bereichen viele Österreicher heute Opfer einer verfehlten Rot-Schwarzen Politik geworden sind. Das sind gerade in dem Bereich Arbeitslosigkeit, wo wir eine Rekordarbeitslosigkeit erleben, wo in der Bildung ein Versagen da ist - und Bildung ist die beste Form gegen Armutsbekämpfung. [...] Nein, das ist wichtig, nämlich aufzuzeigen, warum wir dort sind und wir haben ja die PISA-Studie vor uns und Sie werden Sie kennen, wenn daun dort eklatant sichtbar wird, dass wir heute in Österreich junge Menschen haben mit 25 Prozent der jungen Menschen, die nicht sinnerfassend lesen können und das es hier prozentuell Entwicklungen gibt, wo gerade auch türkische Migranten zu 89 Prozent zu Hause kein Wort Deutsch reden und dadurch letztlich in der Bildungsentwicklung ein Niveau nach unten der Fall ist, dass von der PISA-Studie bestätigt wird, dann sind diese Menschen oft nur chancenlos dann am Arbeitsmarkt. [...] Das sagt, dass das, was die Grünen unterstützen, mit Rot und Schwarz, nämlich nachdem man es nach neun Jahren Schulpflicht nicht zustande bringt, dass Menschen offensichtlich zu einem Teil sinnerfassend lesen können, Mathematik und andere Grundbereiche verstehen lernen, dann will man zwei Jahre anhängen, eines falschen Systems!? Dann muss man das System verändern und dafür schauen und Zeuge tragen, dass nach neun Jahren Pflichtschulsystem die Menschen auch sinnerfassend lesen können, entsprechend mathematische Grundkenntnisse haben, etc. Das heißt, das System muss man ändern und nicht das System zwei Jahr unnötigerweise verlängern, wie die Grünen das als Vorschlag der
--	--

	Rot-Schwarzen-Regierung unterstützen. [...]Na, mir müssen Jobs hier im Land möglich machen, und ned die Osterweiterung für rumänische, bulgarische Arbeitskräfte, wie dann weitere Verdrängungsprozesse in die Arbeitslosigkeit in Österreich forciert werden, was beschlossen wurde. [Applaus] Das hilft den jungen Menschen nicht, die dann oarbeitslos sind, wenn billigere Arbeitskräfte aus dem Osten den Arbeitsplatz wegnehmen. [...] [Z: 562-589]
Out-Group – Nicht-Wir/ Die-da-draußen	Textstelle (ausgewählte Beispiele)
Topos der Kriminalität (Asylbetrug, [Christen-]Verfolgung)	[...] Und wenn wir christliche Verfolgungen, also wenn wir erleben, dass Christen verfolgt werden, und mit dem Tod bedroht sind, dann sollte die Europäische Union grundsätzlich überlegen, auch an den Grenzen und Außengrenzen der Europäischen Union diesen Menschen zu helfen, aber auch in Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Franzosen, diese zur Verantwortung rufen, die uns den Propordment planen und damit erst recht die Flüchtlingswelle anheizen, werden letztlich ihre Leistung (erbringen) hier auch zu leben. [...] [Z: 380-385] [...] Bei Kindern wird das schwer möglich sein, dass sie arbeiten [...] - Frau Thurnher, schau Sie, wenn wir heute nicht in den letzten Jahren in Österreich so eine hohe Asylbetrugs- und -missbrauchsquote hätten, wo von 14.000 Asylantragstellern pro Jahr von unabhängigen österreichischen Gerichten zu 80 Prozent negativ beschieden werden und als Asylmissbraucher auch festgestellt werden, hätten wir unglaublich viel Platz, sofort mehr helfen zu können. Es zeigt ja auch, wie notwendig es ist, dass wir uns da nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen von Betrügern und Platz haben für Menschen, die wirklich unsere Hilfe brauchen und so wie sie gerade in Syrien beschrieben haben, Menschen, die aufgrund ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt werden und jetzt unsere Hilfe benötigen. [...] [Z: 397-407] [...] Nein, Frau Thurnher, auch Sie sollten die österreichischen unabhängigen Gerichtsent-scheidungen des Asylgerichtshofes respektieren und ernst nehmen und wenn dort feststeht, aufgrund der Urteile und auch der Urteilergebnisse, die ja schriftlich vorlie-

	gen, und das von 14.000 Asylwerbern pro Jahr in etwa 80% leider mit falschen Namensangaben, mit falschen Geburtsdaten, falschen Landesangaben und falschen Verfolgungsgeschichten versuchen, sich dieses hohe Recht des Asyls und Schutzes auf Zeit zu erschleichen, dann zeigt das, dass das leider Gottes hier eine organisierte Kriminalität offenbar dahinter steckt, und hier Dinge der Fall sind, die man abstellen muss. Ich glaube Menschen, die wirklich verfolgt werden, brauchen Hilfe und nicht Betrüger. [...] [Z: 414-422]
Topos der Überfremdung	[...] Na, mir müssen Jobs hier im Land möglich machen, und ned die Osterweiterung für rumänische, bulgarische Arbeitskräfte, wie dann weitere Verdrängungsprozesse in die Arbeitslosigkeit in Österreich forciert werden, was beschlossen wurde. [Applaus] Das hilft den jungen Menschen nicht, die dann oarbeitslos sind, wenn billigere Arbeitskräfte aus dem Osten den Arbeitsplatz wegnehmen. [...] [Z: 585-589]

III. Ergebnisse

Eine entsprechende Betrachtung der vorliegenden Untersuchungsmaterialien macht deutlich, dass sowohl das Wahlplakat als auch das TV-Duell, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, sämtliche wesentliche Kriterien einer persuasiven Textsorte, wie sie bereits unter 2.2.2. ausführlich thematisiert wurden, erfüllen. An dieser Stelle gilt es ergänzend zu erwähnen, dass im Falle der persuasiven Wirkung beim Wahlplakat und dem damit verbundenen gewünschten Einstellungswechsel vor allem das dritte Kriterium, d.h. eine gelungene Mischung aus Slogan und nichtsprachlichen Elementen, in den Vordergrund tritt, wie etwa folgende Beispiele zeigen.



Abb.16: Liebe deinen Nächsten

1. Ziel: Beeinflussung	durch Slogan: „Liebe deine Nächsten“ „Für mich sind das unsere ÖSTERREICHER“
2. Einstellungswechsel darf nicht erzwungen werden	Das Plakat beinhaltet keinerlei radikalen Formulierungen und Bilder, welche einen Einstellungswechsel postulieren!
3. Einstellungswechsel durch nicht-sprachliche Elemente	Das Plakat zeigt HC Strache mit einer älteren (möglicherweise bereits pensionierten) Dame in einer sehr vertraulichen Pose, wie sie oftmals auch im Falle einer Großmutter-Enkel-Beziehung vorzufinden ist. Der Einstellungswechsel zielt hier vor allem auf das moralische Empfinden des Wählers ab.



Abb. 17: Mehr Frauen an die Spitze.

1. Ziel: Beeinflussung	durch Slogan: „Mehr Frauen an die Spitze“
2. Einstellungswechsel darf nicht erzwungen werden	Das Plakat beinhaltet keinerlei radikalen Formulierungen und Bilder, welche einen Einstellungswechsel postulieren!
3. Einstellungswechsel durch nicht-sprachliche Elemente	Nahezu gewohnt ironisch, lassen sich auf dem Wahlplakat der Grünen vier Damen erkennen, welche die ins weibliche metamorphosierten Parteichefs der gegnerischen Parteien darstellen. Hier sind nun mehrere Optionen denkbar. So kann in diesem konkreten Fall sowohl von einem moralischen als auch sensitiv-expressiven Einstellungswechsel ausgegangen werden.

Deutlich anders verhält es sich beim TV-Duell. Bilder sowie andersartige grafische Darstellungsweisen spielen bei diesem Format – je nach Institutionsgebundenheit (hier: ORF) – eine eher approximative Rolle und fungieren daher, wie im Falle des vorliegenden TV-Duells (Strache vs. Glawischnig), primär als Beleg oder visuelle Stütze getätigter Aussagen (z.B. Umfrageergebnisse, Statistiken, ...). In wenigen Fällen, wie etwa bei den Grünen, können sie gleichwohl als unverwechselbares Markenzeichen („Taferl“) betrachtet werden.

Die Beeinflussung sowohl des politischen Gegners als auch des Publikums bzw. der Zuschauer erfolgt in erster Linie durch den Dialog.

Das populistische Sprachverhalten betreffend, so bezieht sich vor allem Martin Reisigl in seinem Aufsatz „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und angst und bange machen“ auf die sogenannten zehn Prinzipien populistischer Sprachmanöver, welche, ob ihrer variantenreichen Erscheinungsformen, nicht zuletzt gravierende

Indikatoren erfolgreichen persuasiven Sprechhandelns darstellen und aus diesem Grund ebenso eine entsprechende Berücksichtigung in der Auswertung des obigen Analyseverfahrens finden sollen:¹⁹⁸

Reisigls Axiome populistischer Sprachmanöver	
Axiom:	Kurzbeschreibung:
1) Freund-Feind-Dichotomie	Hierzu zählt die sogenannte Schwarz-Weiß-Malerei. Es erfolgt eine klare „Freund-Feind“- Abgrenzung, welche sich in 4 Hauptgruppen gliedert: „Wir“, „Nicht-die-da“ bzw. „Ihr, die Unsrigen“, „Die-da-oben“ und „Nicht-wir/Die-da-draußen“. Die letzten beiden Kategorien symbolisieren die populistische Feindgruppe.
2) Hypostasierung	Komplexe Zusammenhänge werden mittels visueller Effekte (Täfelchen, Bilder ...) vereinfacht dargestellt.
3) Tabufreie Sprache	Sie stellt ein maßgebliches Charakteristikum der populistischen Sprache dar. Ohne Umschweife gilt es, die Wahrheit direkt anzusprechen bzw. die Dinge beim Namen zu nennen.
4) Saloppe Denunzierung politischer Gegner	Die Denunzierung erfolgt zumeist mittels abwertender, metaphorischer Beschimpfungen etwaiger politischer Gegner;
5) Froschperspektive	Das Prinzip der Froschperspektive umfasst in erster Linie Formulierungen, welche ein Gefühl der Ohnmacht oder Machtlosigkeit suggerieren. Es handelt sich somit um eine spezielle Form der Opfer-Rolle.
6) „Ich bin eine(r) von euch“	Die „Ich-bin-eine(r)-von-euch“-Sichtweise ist eine wirkungsvolle Methode zur Vermittlung der Froschperspektive. Das primäre Ziel besteht darin, die eigene Person glaubhaft als jemanden aus der Mitte des Volkes darzustellen.
7) Suggestive Emotionalisierung	In diesem Fall erfolgt die Darstellung komplexer Sachverhalte bzw. die Überredung vornehmlich mittels emotional geladener Formulierungen.

¹⁹⁸ Vgl. Großalber, Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache, S. 54ff

8) Kalkulierte Ambivalenz	Die kalkulierte Ambivalenz beinhaltet bewusst doppeldeutige, vage Aussagen, um den Sprecher im Ernstfall vor einer möglichen Verantwortung zu entbinden.
9) Erlösungsverheißung	Durch das Heranziehen diverser Erlösungs- bzw. Befreiungsverheißungen entsteht der Eindruck eines „para-religiösen Moments“, welcher die populistische Führungsfigur als möglichen „Erlöser“ klassifiziert.
10) Schlagwortgebrauch	Die häufige Verwendung von Schlagwörtern stellt die letzte Besonderheit populistischen Sprechverhaltens dar.

8. Die Wahlplakate und der politische Wortschatz

Ein weiteres, jedoch von Reisigl gänzlich unberücksichtigtes Manöver stellen sowohl die Ironie als auch der Sarkasmus dar – zwei Redefiguren, welche hinsichtlich ihres Auftretens nicht ausschließlich dem populistischen Sprachgebrauch zugeordnet werden dürfen. So erweisen sich in diesem Zusammenhang vor allem die (Wahl-)Slogans der Grünen als äußerst provokativ. Der ironische Gehalt spiegelt sich insbesondere in den umformulierten Aphorismen „Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht.“, „Weniger belämmert als die anderen“ sowie „Wir pflanzen bio. Keine Leute.“, die zugleich, ohne einen direkten namentlichen Bezug herzustellen, auf eine fehlgeleitete Regierungsformation anspielen, und in der in den ersten beiden Fällen gewählten (anthropologischen und religiös konnotierten) Tiersymbolik (Affe und Lamm) wider. Doch nicht nur im Bereich der Metaphorik (siehe „Wir pflanzen bio. Keine Leute“), sondern ebenso in der Anwendung bewusst gesetzter Orthografiefehler – „Österreich braucht mehr **Bildunk**“ –, welche zugleich auf die hierzulande bestehende Bildungssituation Bezug nehmen soll, zeigen sich die Grünen ungewöhnlich mokant.

Die Denunzierung politischer Gegner, so lässt sich feststellen, erfolgt bei den Wahlplakaten der Grünen, mit einer möglichen Ausnahme des Spruches „weniger belämmert als die anderen“, somit über eine mehrheitlich pejorativlose Spöttelei.

Deutlich ironiebefreiter, doch auffallend direkter, gestalten sich hingegen die (Wahl-)Slogans der FPÖ. Anders als bei den Grünen wird durch die Verwendung der Begriffe „Rot-Schwarz“ (Abb. 10 und 11) sowie „Asylbetrüger“ (Abb. 10) geradezu emphatisch auf die entsprechende Feind-Gruppe Bezug genommen. Weiteres liegt bei genauerer Betrachtung des gesamten in Abb. 10 abgedruckten Slogans – „Asyl-

betrüger haben zu gehen“ – zudem der Verdacht einer kalkulierten Ambivalenz nahe. So kann über die mit diesem Begriff einhergehende evaluative Bedeutung hinsichtlich der scheinbar angesprochenen Bezugsgruppe zwar ausreichend gemutmaßt, die Intentionen der FPÖ hingegen nicht zwingend als fremdenfeindlich gedeutet werden, da Betrug allgemein hin als zu verurteilendes Delikt aufgefasst wird. Als ebenso interessant stellt sich zudem die in Abb. 9 enthaltene, Emotion suggerierende Lexemgruppe „Liebe deinen Nächsten“ heraus. Der beabsichtigte und als verschleiern apostrophierende Euphemismus der Nächstenliebe, welcher – dem biblischen Duktus folgend – die allgemeine, status- und herkunftsunabhängige Menschenliebe symbolisiert, erweist sich, angesichts des zusätzlich angeführten *„Für mich sind das unsere Österreicher“*, als eher kontraproduktiv. Durch den vermehrten Gebrauch indexikalischer Ausdrücke wie etwa „mich“, „unsere“, „uns“ entsteht zugleich der Eindruck eines gleichermaßen betroffenen, verratenen Gleichgesinnten, mit dem es fortan gemeinsam gegen „Die-da-oben“ zu rebellieren gilt. Um dies zu erreichen, arbeitet die FPÖ verstärkt mit Argumentationsstrategien der (falschen) Verallgemeinerung („Rot-Schwarz will das nicht verstehen“) sowie der Übertreibung („Rot-Schwarz hat uns verkauft und verraten“). Als besonders beliebte Topoi gelten hierfür: a) der Topos des Schutzes des Volkes, b) der Topos des Verrats sowie c) der Topos der Kriminalität.

9. Das TV-Duell und der politische Wortschatz

Die Live-Konfrontation der beiden wohl antagonistischsten politischen Fraktionen dieses Landes gestaltet sich bereits zu Sendungsbeginn als äußerst stimmungsgeladen. In den der Debatte vorangestellten Ausschnitten – eine Zusammenfassung der Positionen sowie Haltungen der einzelnen Spitzenkandidaten zueinander – fallen insbesondere Heinz Christian Straches polemische Untergriffe gegen die Grünen ins Auge. Die offenkundige Diffamierung äußert sich in einem eher metaphorisch abwertenden Affront, welcher sich – in Hinblick auf die Wortwahl – in einer eher dialektal gehaltenen pejorativen Lexik spiegelt. Zur Steigerung der Vehemenz bedient sich Strache zugleich einer weiteren für die Politik typischen Wortschatzfigur: dem Neologismus. So betitelt er Frau Glawischnig nicht nur als „Vertreterin der Gucci-Fraktion“, sondern bezeichnet er die Grünen im Allgemeinen als wahre „Chlorophyll-Marxisten“.

Die in diesen beiden Begriffen metaphorisch formulierte Taxierung richtet sich, hervorgerufen durch das Wort „Gucci“, primär gegen die aufseiten Straches als utopisch wahrgenommenen, für die Allgemeinheit finanziell kaum erreichbaren charaktertypischen Axiome der Grünen. Weiters spielt Strache mit seinen sprachlichen Denunzierungsversuchen zugleich immer wieder auf die in Wien vorherrschende Regierungsform respektive das scheinbare Zusammenspiel von Rot-Grün an, wie sich nicht zuletzt anhand des metaphorischen Vergleichs der Grünen mit einer Wassermelone¹⁹⁹ deutlich zeigt.

Metaphorische sowie euphemistische Ausdruckformen finden sich in weiterer Folge ebenso im Verlauf der TV-Debatte in zahlreichen Variationen wieder. Als besonders auffällig erweist sich in diesem Fall Straches übermäßige Fixierung auf die scheinbare Allianz der Grünen mit der SPÖ und ÖVP, welche, so aus „blauer Sicht“, nicht nur einen Feldzug gegen die Interessen des eigenen österreichischen Volkes, sondern gleichermaßen gegen die FPÖ im Allgemeinen fokussieren und demzufolge als sogenannte *dritte Trittbrettfahrer* desavouiert werden. Eine Zuspitzung dieser Perspektive findet sich auch in den (in diesem Kontext) weiterführenden Metaphern wie „mit der SPÖ ins Bett gehen“, „Kampforgan der Rot-Schwarzen-Regierung“, „der ÖVP die Mauer machen“, „Rot-Schwarzes Lebensverlängerungssystem“, „Rot-Schwarzer-Verwaltungsspeck“ sowie – beziehungsweise auf die Mariahilferstraße – in der Formulierung „grüne Radwege anstreichen wollen“ wieder. Gezielt drängt sich Strache in die Opferrolle einer fehlgeleiteten Regierung, worauf er mit Äußerungen wie dem „bewussten Erzeugen falscher Bilder“ oder „dirty-campaigning“ direkt Bezug nimmt und dies auf ebengenannte Weise gleichermaßen dem Publikum zu suggerieren versucht (z.B.68-74, 200-202). Eine Zuspitzung dieser Wahrnehmung lässt sich mitunter auch in der Reaktion Straches im Falle des von Frau Thurnher eingeleiteten Übergangs von der Bildungspolitik zum Wahlverhalten der unter 30-Jährigen erkennen, deren abruptes „Abwürgen“ von Strache mit einem grinsenden *Des is wahrscheinlich der Aufruf vom Rotfunk!* kommentiert wird.

Derlei Äußerungen sind nicht zuletzt symptomatisch für Straches Argumentationsstruktur. So entpuppen sich insbesondere das Topos der schmutzigen/korrupten Politik, der Anfeindung, der Belastung der kleinen Leute sowie der Kriminalität als die

¹⁹⁹ Strache: A Wossamelone, des kennt´s ihr olle: außen grün und waunst das aufschneitst is innen tief, tief rot. Des san die Grünen, jo!

wohl dominantesten Topoi, wobei sich letztgenanntes nahezu gleichermaßen auf die Darstellung der „Die-da-oben“- als auch der „Nicht-Wir“-Gruppe bezieht.

Die Tendenz zur genealogischen Segmentierung, welche selbst von Frau Thurnher im Zuge ihrer Fragestellung auf die Flüchtlingspolitik prompt angesprochen wird (410-413), findet sich, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, im Gespräch mit Strache in unterschiedlichen Formationen wieder:

„Wir, die Unsrigen“ (Österreicher)	„Die-da-Draußen“
• österreichische Bevölkerung • Österreicher • (Christen)	• türkische Migranten, • rumänisch-bulgarische Arbeitskräfte • billigere Arbeitskräfte aus dem Osten

Diese Art der Nomination (Konkretisierung) birgt zugleich eine entsprechende Wertung in sich, die vor allem die Out-Group („Die-da-Draußen“) als besonders delinquent deskribiert. In diesem Zusammenhang führt Strache an anderer Stelle die sogenannte „Bringschuld des Zuwanderers“ (31) an, welche nicht zuletzt als eine euphemistische Umschreibung für ein ethnisch sowie sozial angepasstes Leben gedeutet werden kann.

Deutlich anders verhält es sich bei Frau Glawischnig, welche hinsichtlich ihrer Argumentationsstrategien vorwiegend durch das Datentopos sowie das Topos der (gesellschaftlichen und finanziellen) Verantwortung brilliert. Nichtsdestotrotz lassen sich – bei näherer Betrachtung – ebenso bei den Grünen entsprechende Sprachmanöver wie etwa die Hypostasierung erkennen, welche, so Reisigl, vorwiegend dem populistischen Sprachgebrauch zugeordnet werden. Als besonders beliebt zeigt sich dabei vor allem der Einsatz sogenannter „Taferl“ (111-129). Dieses Mittel lässt sich, nebst dem Erlagschein für die Telekom (234-236) sowie der Präsentation der FPÖ-Werbebrochure (179-185), als klarer Diffamierungsversuch auf visueller Ebene deuten. Zudem beinhalten Glawischnigs Äußerungen etliche suggestive Emotionalisierungsversuche, welche insbesondere durch den Gebrauch dialektal gefärbter Sprachelemente zum Ausdruck kommen (231-232, 238-239, 351, 535-536, 604-614, 656-658).

Die Institutionsgebundenheit der vorliegenden TV-Debatte, so sei abschließend erwähnt, ermöglicht es schließlich, unter den einzelnen Konfrontationspartnern einen entsprechenden Dissens herzustellen, welcher sich wiederum persuasiv auf die Öffentlichkeit überträgt. Deutlich anders verhält es sich dagegen beim Wahlplakat: Hier findet die Kommunikation ausschließlich indirekt statt. Zwar stellen verbale Attacken in Form von Slogans zumeist keine Seltenheit dar, jedoch bleiben diese in der Regel unerwidert. Aufgrund der indisponiblen Reaktion seitens der attackierten Partei bleibt die Dissendialogizität, ein typisches Charakteristika der Wahlkampf-kommunikation, daher gänzlich aus. Umso stärker tritt, als eine Art Kompensation, dafür das Merkmal der Wahlkampfbotschaft in den Vordergrund, welche sich dem Wähler kompakt in Form des AIDA-Modells präsentiert und sich auf diese Weise nicht minder auf das (persuasive) Wahlverhalten auswirkt.

10. Ergebnisse zur Wahlkampfkommunikation

Wie bereits unter 2.2.4. zulänglich thematisiert, kennzeichnet sich die Wahlkampf-kommunikation durch vier wesentliche Merkmale (= Intertextualitätskonstituenten), welche an dieser Stelle nun eine praktische respektive plastische Anwendung finden sollen.

Anhand der vorliegenden Untersuchungsmaterialien gilt es nun herauszufinden, welches Bild die jeweiligen Spitzenkandidaten von sich, ihrer Partei sowie dem entsprechenden politischen Gegner zeichnen, worin konkret ihr Wiedererkennungswert, welcher sich in vielen Fällen schon durch die Wahlkampfbotschaft bemerkbar macht, liegt und inwiefern sie sich angesichts ihrer politischen Werte, Vorstellungen sowie Sichtweisen voneinander unterscheiden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde hierfür erneut die tabellarische Darstellungsform gewählt, welche sämtliche Äußerungen ebengenannter Kriterien beider politischer Lager ausreichend in sich vereint. In der nachstehenden Untersuchung wurden sowohl die Beiträge des TV-Duells als auch die verbalen sowie non-verbalen Äußerungen der Wahlplakate gleichermaßen berücksichtigt.

GRÜNE	FPÖ
Rubrik: „Selbstoperspektive“	
Die Grünen, angeführt von Frau Glawischnig, kennzeichnen sich vor allem durch ihren Hang zur politischen Transparenz – insbesondere in finanzieller Hinsicht – durch das Verlangen nach sozialer, ethnisch unvoreingenommenen und geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung sowie durch ihren Kampfgeist, welcher vor allem durch das Anführen genauer Fakten sowie durch umfangreichen Vorbereitungsphasen (Training mit Double, genaues Anführen von Daten, ...) zum Ausdruck kommt. Die Partei wirkt selbstbewusst, zielorientiert, in sich gefestigt sowie vermittelt sie gegenüber ihren politischen Gegnern eine gewisse Überlegenheit, die sich nicht zuletzt ebenso in den stark ironisch formulierten Wahlslogans deutlich abzeichnet.	Die FPÖ versteht sich, wie sich bereits den Wahlplakaten ausreichend entnehmen lässt, als Vertreter der Heimatwerte, des österreichischen Kulturguts sowie heimischen Traditionen, welche vor allem durch Slogans bzw. Parolen wie „Asylbetrüger haben zu gehen“ oder „Liebe deinen Nächsten. Für mich sind das unsere Österreicher“ zum Ausdruck kommen. So lässt sich aus den vorliegenden Materialien erkennen, dass in erster Linie die als illegitim wahrgenommenen Immigranten (aus den Ostblockländern) als mögliche Gefahr bzw. Bedrohung oben genannter Werte und Vorstellungen wahrgenommen werden. Im Gespräch mit Frau Glawischnig und Frau Thurnher sehen sich die Blauen vorwiegend als Opfer der heimischen Parteilandschaft, bei der vor allem die SPÖ sowie die Grünen, so Strache, eine dominante Rolle einnehmen.
Rubrik: „Gegnerperspektive“	
Die FPÖ stellt aus Sicht der Grünen – sowohl in punkto Themen als auch parteipolitischer Werte – das absolute Gegenteil dar. So zeichnet sich die FPÖ vor allem durch dreierlei negative Eigenschaften aus: Korruption, Kriminalität und Ausländerfeindlichkeit. Attribute, welche, laut Glawischnig, allesamt dauerhaft gegen eine Aufnahme in die Regierung sprechen. Eine Tatsache, die Frau Glawischnig am Ende der TV-Debatte gleichwohl mit den Worten „[...], also [die] FPÖ darf man aus meiner Sicht einfach in keine Regierung mehr lassen“ direkt zum Ausdruck bringt.	Neben den Grünen, gelten ebenso die SPÖ – mit denen erstere, so Strache, im Bunde zu stehen scheinen – als pharisäisch und realitätsfern. Darüber hinaus wird im Laufe des TV-Duells stets auf die enge Verbundenheit zwischen Rot-Grün, wobei vor allem die Grünen als entsprechende Nutznießer einer gegenwärtigen SPÖ dominierenden Regierung profitieren wollen, verwiesen. Geht es wiederum um die Themen „Asyl“ sowie „Korruption“ in Bezug auf Steuergelder, gelangt, so zeigen die entsprechenden Wahlplakate, gleichermaßen die ÖVP ins Kreuzfeuer der FPÖ.

Diese und ähnliche Äußerungen zu den eben genannten Charakteristika finden sich vor allem im TV-Duell an unterschiedlichen Stellen, zu verschiedenen Themen wieder, wie folgende Beispiele deutlich zeigen: <i>Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortungen für einen Schaden angerichtet hat [...]muss man das sehr, sehr ernstnehmen. Und wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen.</i> <i>Es gibt in den Reihen der Grünen keinen einzigen rechtskräftig Verurteilten, allerdings in Ihren Reihen - ich hab die Liste auch mit - seien sie vorsichtig - ich habe das Urteil auch mit. Aktiv in der FPÖ: Susanne Winter, [...], Michael W., [...], Gerald Z. [...]alle aktiv in der FPÖ wegen Amtsmissbrauch rechtskräftig verurteilt. [...]Ahm, es geht in vielen dieser Fälle um Missbrauch von Steuergeld. [...]</i> <i>Ich find's bemerkenswert, dass ... ahm ... es geht hier um Syrien, es geht um einen, einen furchtbaren Zustand, wo immer die Schwächsten extrem leiden. [...] Ah, dass Sie dann (zu Strache richtend) sofort zur Kriminalität kommen, also das verwundert mich immer wieder.</i> <i>Also, erstens Feindbilder helfen jungen Menschen gar nicht. Sie haben es jetzt wieder geschafft, von den jungen Menschen direkt zu den Ausländern zu kommen.</i> <i>Also jemand, der unter Schüssel Schwarz-Blau in der Regierung war, braucht über Beiwagerl nix reden, weil Sie sitzen in am so an großen Glos-haus, da sollten Sie wirklich a bissl aufpassen, ja!</i>	Im Gespräch mit Frau Glawischnig bleibt diese jedoch wiederum nahezu außerhalb der Blickwinkel beider Parteien. Nichtsdestotrotz stellen, so Strache, sowohl die Sichtweise als auch etwaige Vorurteile bzgl. der jeweiligen gegnerischen Parteien keinen Hinderungsgrund für eine mögliche Koalition dar, sofern die Inhalte auch geteilt bzw. unterstützt werden. Als Beleg für die oben aufgestellten Thesen zur Gegnerperspektive, kann an dieser Stelle beispielgebend auf folgende Textausschnitte verwiesen werden: <i>Selbstverständlich bekämpfen wir Korruption, aber dort, wo die Grünen interessanterweise in der Regierung sind, erlebt man dann, wie in Wien, dass man nicht mehr an Aufklärung interessiert ist, dass man sich plötzlich mit der SPÖ ins Bett gelegt hat; do müsste natürlich dann auch die Frau Glawischnig jede Nacht schlecht schlafen, wenn's dann darum geht, dass plötzlich nicht mehr Untersuchungsausschüsse zugestimmt wird wie Skylink oder bei Missbrauchsvorwürfen im Rahmen von Wiener Kinderheimen [...] Dort wird das dann komischerweise vom Regierungspartner der Grünen in Wien zugedeckt und keine Transparenz und keine Untersuchung unterstützt.</i> <i>[...] Ich habe gehört, sie haben zwar mit einem Double angeblich von mir trainiert, aber ich glaub in der Realität sehen Dinge dann oft anders aus! Hat Ihnen das Double, das mit Ihnen trainiert, nicht gesagt, Sie sollten nicht untergriffig sein und genau das versuchen sie offenbar jetzt, [...].</i> <i>So ist es. Ich sag' Ihnen klar und deutlich, die Selbstreflexion, die zumindest einmal die Grünen jetzt im Wahlkampf mit eigenen Plakaten gelebt haben, ist zumindest beachtlich. Sie bezeichnen</i>
---	--

	sich zumindest auf den Plakaten als ein wenig belämmert und so sind auch durchaus Ihre Realitätsverweigerungen, die Sie da teilweise zum Besten geben. [...] [...] ,dass Sie da heute wieder in Auftrag von Rot und Schwarz wieder versuchen anders darzustellen. Dass das ein schwarzer Finanzministerskandal ist, wo eine Notverstaatlichung auf Kosten der österreichischen Steuerzahler stattgefunden hat, ohne Not und wo man hier ganz bewusst offenbar von Ihrer Seite wieder als Trittbrettfahrer versucht, der ÖVP die Mauer zu machen, um sich Türen aufzuhalten. Jaja, in Wien erleben wir einen Subventionsschaden ohne Ende mit der MaHü, wo gerade drei Mio. Euro für ein Chaos in den Wind geblasen werden und Sie und wo Sie gründe Radwege anstreichen wollen. [...] Und die direkte Demokratie führen Sie zwar immer auf der Zunge, aber im Parlament, wenn's darum geht sie - den Antrag, wie wir in oft eingebracht haben auch möglich zu machen - stimmen Sie dagegen! [...] Das sagt, dass das, was die Grünen unterstützen, mit Rot und Schwarz, nämlich nachdem man es nach neun Jahren Schulpflicht nicht zustande bringt, dass Menschen offensichtlich zu einem Teil sinnerfassend lesen können, Mathematik und andere Grundbereiche verstehen lernen, dann will man zwei Jahre anhängen, eines falschen Systems!? [...]Das heißt, das System muss man ändern und nicht das System zwei Jahr unnötigerweise verlängern, wie die Grünen das als Vorschlag der Rot-Schwarzen-Regierung unterstützen. [...] I will den Rot-Schwarzen Verwaltungsspeck endlich ausdünnen, wo 12,5 Mrd. Euro jährlich
--	--

	verlustig gehen. Schaun´s, was da Rechnungshof in 600 Punkten aufgezeigt hot, oba i versteh schon, dass Sie hier wahrscheinlich kein Interesse haum, weil Sie ja hoffen, demnächst als dritter Trittbrettfahrer bei Rot und Schwarz dabei zu sein. [...].
Rubrik: „Wahlkampfbotschaft“ Inwiefern die für diese Arbeit ausgewählten politischen Parteien hinsichtlich des „Themenmanagements“ auf die Medien einwirkten, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erschließen. Über die Themenwahl kann – im Falle des TV-Duells – daher nur spekuliert werden und soll aus diesem Grund in den folgenden Ausführungen keinerlei nähere Berücksichtigung mehr finden. Nichtsdestotrotz erweist sich die Auswahl der Themen angesichts der anwesenden Parteispitzen dennoch als überaus interessant. So scheint es vor allem in der Motivation sowie im Interesse des TV-Senders (hier: ORF) zu liegen, insbesondere jene Sujets in den Fokus der Sendung zu stellen, bei denen die jeweiligen politischen Ansichten wohl am stärksten divergieren und ordentlichen Zündstoff garantieren.	
Angesichts der Wahlkampfthemen, welche mehrheitlich mit jenen der Wahlplakate übereinstimmen – einzig dem Naturtopoi wird im TV-Duell keine allzu große Aufmerksamkeit beigemessen – steht bei den Grünen vor allem die Bildung sowie Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt, dicht gefolgt von der Korruptionsproblematik, welche vorwiegend der FPÖ sowie ÖVP angelastet wird, sowie – u.a. stellvertretend für die Umwelt – der Umbau der Mariahilferstraße. So ist im Falle der Bildung sowie Mariahilferstraße eine vehement bejahende Einstellung (für den Wähler) spürbar, insbesondere was die zu verändernden Maßnahmen, welche den Grünen auf diesen Gebieten vorschwebt, betrifft und sich demzufolge folgendermaßen äußern: <i>[...] Und wir sollten hier auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Es gibt Fußgängerzonen in Eisenstadt, es gibt ane in Linz, dann in Villach, es gibt ane in Klogenfurt, gut jetzt gibt es auch eine auf der Mariahilferstraße! Ich glaub nur nicht,</i>	Anders als bei den Grünen, stehen bei der FPÖ vorwiegend die Themen „Korruption“ bzw. „Kriminalität“ sowie „Zuwanderer“ im Vordergrund. Der Slogan „Asylbetrüger haben zu gehen“ lässt zudem mutmaßen, dass ebengenannte Themenbereiche nicht zwangsweise separat, sondern mitunter auch ineinandergreifend in die Öffentlichkeit getragen werden. Im TV-Duell bleibt die Dominanz der eben angeführten Sujets auf Seiten der FPÖ weiterhin erhalten bzw. überträgt sie sich mitunter auf die Bereiche Bildung und Arbeit. So scheint aus Sicht der FPÖ, eine gewisse Bedrohung von Zuwanderern auszugehen, welche sich nicht nur auf den österreichischen Arbeitsmarkt, sondern gleichermaßen auf den Bildungssektor negativ auswirkt. Die Grünen sowie die SPÖ werden in diesem Zusammenhang gewissermaßen als Fürsprecher dieser dubios wirkenden Entwicklungen vorgeführt. <i>Naja, Frau Thurnher, Sie werden ja auch als akti-</i>

dass das nun das Problem is, dass Wien sich auch wirklich weiterentwickelt. [...] [...] Mir hat das in der Seele weh getan, also gerade beim Bildungsbereich, wenn da so viel Reformbedarf da ist, ist es das glaube ich nicht wert, das in eine parteipolitische Schublade zu stecken. Sie wissen wie's den Ötan (= Eltern) geht. Ein Satz nur noch, Sie wissen, wie die Leid Nothilfe zoihn - 39 Euro mittlerweile für die Stund - sie kennen diesen Satz: „Wir haben Schularbeit, wir haben Hausübung.“ Dieser Druck da, der auf den Familien is ... [...] Ich sag gern das, was wir in unserem Wahlprogramm als Angebot haben! Wir haben uns eine Aktion überlegt, die ähnlich wie die Aktion „10 000“, die vielleicht noch manchen bekannt is, die heißt „get in“ und bedeutet das öffentliche Hand zwei Drittel der Lohnkosten übernimmt für ein Jahr und so eine Einstiegshilfe, insbesondere für Jugendliche, die zumindest eine Ausbildung haben. Wir haben allerdings auch ein Problem mit Jugendlichen, [...]die überhaupt keinen Schulabschluss haben und des is eigentlich die wahre Problemgruppe, weil da braucht's dann wirklich a Sozialcoaching, [...] Also diese beiden Punkte werden bei uns im Programm ... und mir is das persönlich auch ein ganz wichtiges Anliegen, weil es duat so weh, wenn a Mensch mit Fuchzehn, ahm, nicht sinnerfassend lesen ...[...] Eine ähnliche Vorgehensweise zeigt sich ebenso in Bezug auf die ablehnende Einstellung zu den Themen „Korruption“ und „Kriminalität“: Nein, also, wenn Sie sich die internationalen Standort-Rankings anschauen, also „transparing international“ z.B., die Korruptionsfälle untersucht und jedes Jahr die Länder einreihet. Österreich ist da heuer wieder zurückgefallen, [...]Wir brauchen	ve Journalistin, die das Jahr 2002 erlebt hat, und dann die weiteren Entwicklungen bis zum Jahr 2005, in Erinnerung haben - so wie viele Österreicher -, wo wir damals innerparteilich gegenüber gewissen fragwürdigen Vorgängern ja mobil gemacht haben, gegen die eigene Parteispitze und uns auch drei Jahre später im Jahr 2005 durchsetzen konnten und eine saubere und ehrliche freiheitliche Partei auch sichergestellt haben. [...]. Na, Sie sollten endlich als Opposition, die Sie sein wollen, nicht Opposition gegen die Freiheitliche Partei machen, sondern Missstände in dem Land, die durch die aktuelle Regierung der SPÖ und ÖVP entstanden ist, tätig werden und nicht den Trittbrettfahrer, und sozusagen das Kampforgan der Rot-Schwarzen-Regierung gegen die FPÖ spielen! Das ist Ihre Rolle und ich glaube, dass das den Österreichern nicht gefällt. Denn dort, wo sie Verantwortung haben, da ist Chaos in Wien. Mariahilferstraße und andere Bereiche, wie Sie den Bürger belasten. Nein, grundsätzlich, also grundsätzlich ist alles, was mit dem Bereich Schwarzwirtschaft und Betrug zu tun hat natürlich zu bekämpfen, aber ich verwehre mich dagegen, das nur auf die Kleinen zu übertragen und die Großen davon kommen zu lassen. Die Großen sind es heute, die es sich leisten können, gewisse Dinge sich zu richten. Im Bereich der Gruppenbesteuerung! Wo können Konzerne heute Milliardengewinne machen und dann kaum Steuern zahlen oder der Herr Stornach jetzt, na der a Milliardär ist, aber von seinen Milliarden, die er hat nur ... Nein, aber das zeigt, wie sich's dort manche richten und dort will ich etwas ändern, weil es wird heute alles auf den kleineren und mittleren Einkommen eingeladen und abgeladen und abgewälzt und ich will genau dort letztlich Sorge tragen, dass die Menschen sich das Leben wieder leisten können, und mehr
--	---

unser Steuergeld für die Pflege, für die Kinderbetreuung, für bessere Schulen, für bessere Unis; also das ist so schade, dass diese Korruption auch wirklich Zukunft aufgefressen hat in Österreich. [...]hätten wir diese Erblast nicht von dieser Milliarden, wir hätten in vielen anderen Bereichen wirklich Ressourcen für die vor allem für mich so wichtige Frage: Bildungspolitik. [Applaus] ... und das ist, das ist auf gut kärntnerisch, des is auf guad kärntnerisch wirklich zun zuwe bleahn.

Nein, also, wenn Sie in unserem Programm nachblättern, wir haben auch das Stichwort „Betrugsbekämpfung“ auch drinnen, wir haben die bessere Ausstattung der Wirtschaftskorruptionsstaatsanwaltschaft, also Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen.

Ah, also meine erste Empfindung is, also wie kann man überhaupt politische Lösungen finden, um es abzustellen, also dass da wirklich ... also das ... da sind ja Kinder gefoltert worden in Gefängnissen, [...]Selbstverständlich, es gibt ein Asylrecht in Österreich, und wenn die Verfahren ordentlich, in einem überschaubaren Zeitraum durchgeführt werden, dann kann man auch einer Familie ins Auge sehen und sagen, es gibt leider keinen Asylgrund.

Also, was bei uns auch immer wieder mitschwingt, wir haben immer Mitgefühl für jeden Menschen und, ahm, wenn ein Mensch aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kosovo nach Österreich kommt, ich hab für diese Menschen selbstverständlich auch Verständnis! [...]Unsere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber anderen Menschen.

Netto vom Brutto für die Menschen auch möglich wird.

Und wenn wir christliche Verfolgungen, also wenn wir erleben, dass Christen verfolgt werden, und mit dem Tod bedroht sind, dann sollte die Europäische Union grundsätzlich überlegen, auch an den Grenzen und Außengrenzen der Europäischen Union diesen Menschen zu helfen, aber auch in Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Franzosen, diese zur Verantwortung rufen, die uns den Propordment planen und damit erst recht die Flüchtlingswelle anheizen, werden letztlich ihre Leistung (erbringen) hier auch zu leben.

Frau Thurnher, schau Sie, wenn wir heute nicht in den letzten Jahren in Österreich so eine hohe Asylbetrugs- und -missbrauchsquote hätten, wo von 14.000 Asylantragstellern pro Jahr von unabhängigen österreichischen Gerichten zu 80 Prozent negativ beschieden werden und als Asylmissbraucher auch festgestellt werden, hätten wir unglaublich viel Platz, sofort mehr helfen zu können. Es zeigt ja auch, wie notwendig es ist, dass wir uns da nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen von Betrügern und Platz haben für Menschen, die wirklich unsere Hilfe brauchen und so wie sie gerade in Syrien beschrieben haben, Menschen, die aufgrund ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt werden und jetzt unsere Hilfe benötigen.

Nein, Frau Thurnher, auch Sie sollten die österreichischen unabhängigen Gerichtsentscheidungen des Asylgerichtshofes respektieren und ernst nehmen und wenn dort feststeht, aufgrund der Urteile und auch der Urteilergebnisse, die ja schriftlich vorliegen, und das von 14.000 Asylwerbern pro Jahr in etwa 80% leider mit falschen Namensangaben, mit falschen Geburtsdaten,

	falschen Landesangaben und falschen Verfolgungsgeschichten versuchen, sich dieses hohe Recht des Asyls und Schutzes auf Zeit zu erschleichen, dann zeigt das, dass das leider Gottes hier eine organisierte Kriminalität offenbar dahinter steckt, und hier Dinge der Fall sind, die man abstellen muss. Ich glaube Menschen, die wirklich verfolgt werden, brauchen Hilfe und nicht Betrüger. Naja, zuerst einmal haben wir die Fürsorgepflicht als österreichische Politiker für die eigene österreichische Bevölkerung und ich denke, dass in diesen Bereichen viele Österreicher heute Opfer einer verfehlten Rot-Schwarzen Politik geworden sind. Das sind gerade in dem Bereich Arbeitslosigkeit, wo wir eine Rekordarbeitslosigkeit erleben, wo in der Bildung ein Versagen da ist - und Bildung ist die beste Form gegen Armutsbekämpfung. [...]Nein, das ist wichtig, nämlich aufzuzeigen, warum wir dort sind und wir haben ja die PISA-Studie vor uns und Sie werden Sie kennen, wenn daun dort eklatant sichtbar wird, dass wir heute in Österreich junge Menschen haben mit 25 Prozent der jungen Menschen, die nicht sinnerfassend lesen können und das es hier prozentuell Entwicklungen gibt, wo gerade auch türkische Migranten zu 89 Prozent zu Hause kein Wort Deutsch reden und dadurch letztlich in der Bildungsentwicklung ein Niveau nach unten der Fall ist, dass von der PISA-Studie bestätigt wird, dann sind diese Menschen oft nur chancenlos dann am Arbeitsmarkt. [...]Na, mir müssen Jobs hier im Land möglich machen, und ned die Osterweiterung für rumänische, bulgarische Arbeitskräfte, wie dann weitere Verdrängungsprozesse in die Arbeitslosigkeit in Österreich forciert werden, was beschlossen wurde. Das hilft den jungen Menschen nicht, die dann oarbeitslos sind, wenn billigere Arbeitskräfte aus dem Osten den Arbeitsplatz wegnehmen.
--	---

Rubrik: „Dissensdialogizität“

Die Dissensdialogizität kennzeichnet zum einen die Teilhabe mindestens zweier Gesprächspartner, zum anderen das Vorhandensein eines gewissen Dissenses bzgl. einer Thematik, welcher natürlich der sprachlichen Interaktion beider politischer Fraktionen bedarf. Aus diesem Grund erscheint es im Falle dieser Intertextualitätskonstituente als sinnbringend, die entsprechenden Ergebnisse in einer Spalte zusammenzufassen und den Fokus ausschließlich auf die TV-Debatte zu richten.

Anders als beim Wahlplakat, bietet die TV-Debatte einen idealen Ort für Kontroversen. Im vorliegenden Fall sind es vor allem die Themen Korruption in Bezug auf Finanzen und innerparteiliche Zustände sowie die Mariahilferstraße, welche beide immer wieder für ordentlichen Zündstoff zwischen den anwesenden politischen Fraktionen sorgen. Verbale Attacken oder gar Schmähsversuche finden sich, wie folgende Ausschnitte deutlich zeigen, bei nahezu allen dem Duell zugrundeliegenden Sujets. Dabei erweist sich vor allem Frau Glawischnig als deutlich überlegenerer Gesprächspartner. Denn im Gegensatz zu Herrn Strache, welcher sich in seiner Argumentation verstärkt auf die Viktimisierung zu fokussieren scheint, besticht Frau Glawischnig bei nahezu allen Themen durch ein ausführliches Sachwissen sowie werden die angeführten Argumente stets mit ausreichenden, gut recherchierten Belegen bekräftigt.

Korruption:

Glawischnig: [...] Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortungen für einen Schaden angerichtet hat, ob das jetzt die Schwarz-Blaue Regierungszeit war, ob das jetzt in Kärnten war; also mit den Lasten, die wir jetzt zu tragen haben, also die Schäden aus der Hypo-Alpe-Adria mit wahrscheinlich bis zu 11 Mrd. Euro; [...].

Strache: [...] wo wir damals innerparteilich gegenüber gewissen fragwürdigen Vorgängern ja mobil gemacht haben, gegen die eigene Parteispitze und uns auch drei Jahre später im Jahr 2005 durchsetzen konnten und eine saubere und ehrliche freiheitliche Partei auch sichergestellt haben [...].

Glawischnig: Nein, ich möchte zuerst noch auf eine Behauptung eingehen, die der Herr Klubobmann Strache gerade getätigt hat. [...] Uwe Scheuch, rechtmäßig verurteilt! Sie haben sich 2009 mit den Kärntner Freiheitlichen wieder vereinigt! Er ist rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden. Sie haben sich bis zum Schluss geweigert, das Urteil anzunehmen. Ahm, es geht weiter: Herr Dörfler, ahm, der die Wahl in Kärnten mit 27% minus verloren hat! Sie haben gesagt, er soll die Kettensäge nehmen und wieder sozusagen Holzbauer werden. Er ist jetzt von Ihnen versorgt im Bundesrat. Ist Hauptschuldiger in einem Ermittlungsverfahren wegen Missbrauch von Steuergeldern. Es geht weiter - Kurt Scheuch -, der die Justiz angegriffen hat, und wie gesagt alles politisch motiviert, also einfach Mitleid erregen wollte und vielleicht gehofft hat, dass man ihn deswegen wählt - rechtskräftig verurteilt. Susanne Winter: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung, neuerlich auf Ihrer Liste. Also ich frage mich, ob so sauber machen aussieht. Gernot Rumpold, vom alten System Haider! Erstinstanzlich verurteilt.

Strache: Also jetzt ist eines, glaub ich, wichtig darzustellen. Sie haben jetzt in ihrer Suada zwei nachweisbare Unwahrheiten zum Besten gegeben: Ich bin nicht seit dem Jahr 2005 Klub-obmann - nein! Ich hab im Jahr 2006 kandidiert für den Nationalrat und bin seit diesem Zeit-punkt Klubobmann. Auch der Freiheitlichen Partei im Parlament, die zweite Unwahrheit, die Sie zum Besten gegeben haben, ist jene, dass Sie mir Dinge unterstellen, die einfach so nicht in diesem Zusammenhang richtig sind. [...]Also ich möchte eines festhalten. Zu diesen Anwürfen, ist eines zu sagen: Ich habe im Jahr 2005 als Parteichef in meiner Partei eine Partei übernommen, die damals nicht nur mit Schulden übergeben wurde, sondern auch mit drei Prozent, wie sie wissen, wo ich sichergestellt habe, dass wir einen ehrlichen Weg gegen die Korruption gehen und viele dieser Herrschaften, die vorher Verantwortung hatten, geschlossen zum BZÖ gegangen sind. Und es stimmt auch nicht, wenn sie gesagt haben, wir hätten 2009 eine Wiedervereinigung mit dem ehemaligen BZÖ-Kärnten gemacht. Nein, seit Juni dieses Jahres gibt es diesen Zusammenschluss, wo ich auch für Sauberkeit stehe und dafür Sorge, [...]Aber ich möchte sie einmal mit einem Korruptionsbereich konfrontieren, der Sie und Ihre Partei betrifft: Haben Sie schon mit Peter Pilz gesprochen, dass vor einiger Zeit aufgrund Ihrer antiamerikanischen Positionen, man könnte auch antizyonistisch sagen, die ehemalige lybische, das ehemalige lybische Regime Gadaffi vier Mio. Schilling an ein Büro in Wien überwiesen hat, nämlich „lybien people“-Büro, wo damals nachweislich auch Konten, Konten vorhanden sind ...[...].

Glawischnig: Sie können gerne was vorlegen. Sie haben schon einmal behauptet, Peter Pilz sei rechts-kräftig verurteilt worden, wir haben Sie dann geklagt und Sie haben auch Recht bekommen. Sie sind dazu verurteilt, es zu unterlassen, zu behaupten, Peter Pilz ist rechtskräftig verurteilt. Es gibt in den Reihen der Grünen keinen einzigen rechtskräftig Verurteilten, allerdings in Ihren Reihen - ich hab die Liste auch mit - seien sie vorsichtig - ich habe das Urteil auch mit.

Parteiförderung/ Parteigehälter:

Strache: Ich kann über das gerne diskutieren, aber man muss schon in Erinnerung rufen, dass die Grünen es waren, die der aktuellen Regierung ein Ermächtigungsgesetz möglich gemacht haben, die Parteienförderung zu erhöhen und die Politikergehälter und das find´ ich dann schäbig, wenn man dann sich hersetzt ... und permanent so tut, als wäre man für mehr Gerechtigkeit in unterschiedlichen Bereichen ... und dann genau der Rot-Schwarzen Regierung durch ein Ermächtigungsgesetz und Verfassungsmehrheit die alleinige Bestimmungsmöglichkeit für diesen Schritt zu geben. Das ist Realität!

Glawischnig: Nein, das ist falsch! [...] Sie wissen, dass die Politikergehälter in den letzten Jahren eingefroren waren. Also es gibt keine Erhöhung von Politikergehältern. [...]Es gibt ein Minus von 20 Prozent, und was Sie auch sehr genau wissen ist, dass durch die neue Korridorregelung für die Parteiförderung gerade in den Ländern, wo die Grünen auch in der Regierung sind, die Parteienförderung auch reduziert worden ist, nämlich in Oberösterreich und in Wien, das ist Faktum.

Mariahilferstraße:

Strache: *Jaja, in Wien erleben wir einen Subventionsschaden ohne Ende mit der MaHü, wo gerade drei Mio. Euro für ein Chaos in den Wind geblasen werden und Sie und wo Sie gründe Radwege anstreichen wollen! [...]*

Glawischnig: *[...] Es wird jetzt, ahm, ... Die Inputs, die jetzt kommen aus der Bevölkerung, werden ja alle aufgenommen, aber, wenn sie sich zurückerinnern an die 70er-Jahre, 1971, als es darum ging, die Kärntner Straße autofrei zu machen, ahm, gab es einen Aufschrei, also es gab solche Prophezeiungen, wie es wird zu einem enormen Anstieg der Kriminalität kommen, die Innenstadt in Wien wird vollkommen veröden, ja. Und irgendwie fühle ich mich manchmal ein bisschen dran erinnert, ja. Und wir sollten hier auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Es gibt Fußgängerzonen in Eisenstadt, es gibt eine in Linz, dann in Villach, es gibt eine in Klogenfurt, gut jetzt gibt es auch eine auf der Mariahilferstraße! [...]*

Strache: *[...]Also, Sie stellen ja Dinge falsch dar und genau darum geht's und ich denke, genau hier hätte die Bevölkerung auf der Mariahilferstraße natürlich ein Recht gehabt, wenn es um eine so schwerwiegende Entscheidung geht, und das ist ja kein Vergleich zur Kärntner Straße. Sie haben die Kärntner Straße erwähnt. Die Kärntner Straße hat als Fußgängerzone, ja, weniger Gehsteigbereiche gehabt als die Mariahilferstraße vorher links und rechts an Gehsteigbreite zusammen gezählt, d.h. Sie verwechseln da Äpfel mit Birnen und die Mariahilferstraße und die Kärntner Straße ... ist auch ein wesentlicher Unterschied: in dem einen Bereich der Kärntner Straße wohnen fast keine Menschen, in der Mariahilferstraße, das ist ein Wohnbezirk, da wird's jetzt in den Seitenbereichen natürlich entsprechend stauen und dort kommt's natürlich zu Entwicklungen, die nicht erfreulich sind für die Bevölkerung. [...]*

11. Ergebnisse zu den politischen Sprachstrategien

Sowohl bei Eva Glawischnig als auch HC-Strache lassen sich im Zuge des TV-Duells derlei Kommunikationsstrategien zuhauf dokumentieren. Als besonders dominant erweist sich dabei vor allem die Basisstrategie, welche in unterschiedlichen Ausprägungen (Viktimisierung, Moralisierung, Glorifizierung, Profilierung) beidseitig vorzufinden ist. Im Gegensatz zu Glawischnig, welche sich in ihren Äußerungen primär auf der Ebene der Profilierung sowie Moralisierung bewegt, setzt Strache in seinen Darstellungen hauptsächlich auf die Viktimisierung.

Grüne	
Strategietypus	Textstelle
<u>Kaschierungsstrategie:</u> Schuldzuweisung <u>Basisstrategie:</u> Glorifizierung	[...] wir sehen uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die FPÖ steht [...]
<u>Kaschierungsstrategie:</u>	[...] Aber mein Eindruck, um das jetzt abzuschließen, ist, dass sie es nicht geschafft haben, in ihrer Partei auch wirklich aufzuräumen und genau mit diesen Korruptionstätern auch wirklich einen Schlussstrich zu ziehen!
<u>Basisstrategie:</u> Profilierung	[...] Es gibt in den Reihen der Grünen keinen einzigen rechtskräftig Verurteilten, allerdings in Ihren Reihen [...]
<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung	[...] und es geht hier einfach um die Frage, wohin geht Steuergeld und unser Steuergeld soll ausschließlich dort hingehen, wo es hingehört und nicht in korrupte Kanäle. Wir brauchen unser Steuergeld für die Pflege, für die Kinderbetreuung, für bessere Schulen, für bessere Unis; [...]
<u>Basisstrategie:</u> Glorifizierung	[...] Grad die Grünen haben ja so viel beigetragen, aufzudecken, auch zu schauen, dass Geld zurückgezahlt wird! [...]
<u>Basisstrategie:</u> Profilierung/ Glorifizierung	[...] wir haben die bessere Ausstattung der Wirtschaftskorruptionsstaatsanwaltschaft, also Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung	[...] Es haben doch Politiker eine andere Verantwortung, also mit Steuergeldern umzugehen. Und das geht einfach nicht, dass man, ahm, bei Dingen einfach jahrelang wegschaut und das geht einfach nicht, dass die Telekom oder öffentliche Unternehmen zur Geldmaschine für Parteien werden. [...]

<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung	[...] es geht hier um Syrien, es geht um einen, einen furchtbaren Zustand, wo immer die Schwächsten extrem leiden. Das sind in erster Linie in solchen Gebieten halt, ahm, vor allem Frauen und Kinder, ja. Ah, dass Sie dann (<i>zu Strache richtend</i>) sofort zur Kriminalität kommen, also das verwundert mich immer wieder. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung	[...] Also, was bei uns auch immer wieder mitschwingt, wir haben immer Mitgefühl für jeden Menschen und, ahm, wenn ein Mensch aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kosovo nach Österreich kommt, ich hab für diese Menschen selbstverständlich auch Verständnis! [...] Unsere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber anderen Menschen.
<u>Kaschierungsstrategie:</u>	[...] Ich möchte vielleicht noch für die Zuseher, die nicht in Wien zu Hause sind, noch kurz erklären: „Mariahilferstraße“ eine der größten Einkaufsstraßen Österreichs. [...] 75.000 Menschen gehen da übrigens über diese Straße [...] Die Inputs, die jetzt kommen aus der Bevölkerung, werden ja alle aufgenommen, aber, wenn sie sich zurückerinnern an die 70er-Jahre, 1971, als es darum ging, die Kärntner Straße autofrei zu machen, ahm, gab es einen Aufschrei [...] Es gibt Fußgängerzonen in Eisenstadt, es gibt ane in Linz, dann in Villach, es gibt ane in Kloagenfurt , gut jetzt gibt es auch eine auf der Mariahilferstraße! [...]
<u>Basisstrategie:</u> Glorifizierung	[...] Also, wer hätte jemals gedacht, dass es, ahm, in Kärnten a Rot-Grüne-Mehrheit gibt mit einer Stimme abgesichert oder wer hätte jemals gedacht, dass es in Salzburg 20% für die Grünen gibt. [...] Wir haben fast 70.000 dazu gewonnen. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Profilierung	Also für mich is eine der wichtigsten Fragen, also das der Grundstein dieser Republik, nämlich das Korruption, Machtmissbrauch, Proporz, dass das abgestellt wird! Das ist überhaupt eine Grundvoraussetzung, dass die Grünen überhaupt über Regierungszusammenarbeit reden. [...] Das ist natürlich der Einsatz für die Umwelt, das ist mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben, ... für das kämpfe ich auch!

FPÖ	
Strategietypus:	Textstelle:
<u>Basisstrategie:</u> Viktimisierung	[...] Also ich erlebe immer wieder, dass ja bewusst mit falschen Bildern auch über meine Person und auch gegen die FPÖ falsche Bilder erzeugt werden und immer wieder Stimmungen erzeugt werden, die ja nicht der Realität entsprechen und wenn ich oftmals Hass - leider Gottes - erlebe, dann oftmals auch gegen meine Person und die Freiheitliche Partei gerichtet, wo man eben genau hier bewusst - [...] – versucht, unsere Position bewusst zu verdrehen.
<u>Basisstrategie:</u> Profilierung	[...] und dann die weiteren Entwicklungen bis zum Jahr 2005 [...]wo wir damals innerparteilich gegenüber gewissen fragwürdigen Vorgängern ja mobil gemacht haben, gegen die eigene Parteispitze und uns auch drei Jahre später im Jahr 2005 durchsetzen konnten und eine saubere und ehrliche freiheitliche Partei auch sichergestellt haben.
<u>Kaschierungsstrategie:</u>	[...] aber dort, wo die Grünen interessanterweise in der Regierung sind, erlebt man dann, wie in Wien, dass man nicht mehr an Aufklärung interessiert ist, dass man sich plötzlich mit der SPÖ ins Bett gelegt hat; [Strache bezieht sich hier auf Skyling/ Wiener Kinderheime/ St.Marx]
<u>Basisstrategie:</u> Profilieren/ Glorifizieren	[...] Ich habe im Jahr 2005 als Parteichef in meiner Partei eine Partei übernommen, die damals nicht nur mit Schulden übergeben wurde, sondern auch mit drei Prozent, wie sie wissen, wo ich sichergestellt habe, dass wir einen ehrlichen Weg gegen die Korruption gehen [...]
<u>Kaschierungsstrategie:</u>	[...] Aber ich möchte sie einmal mit einem Korruptionsbereich konfrontieren, der Sie und Ihre Partei betrifft: Haben Sie schon mit Peter Pilz gesprochen, dass vor einiger Zeit aufgrund Ihrer antiamerikanischen Positionen, man könnte auch antizyonistisch sagen, die ehemalige lybische, das ehemalige lybische Regime Gadaffi vier Mio. Schilling an ein Büro in Wien überwiesen hat, nämlich „lybien people“-Büro, wo damals nachweislich auch Konten, Konten vorhanden sind [...]
<u>Basisstrategie:</u> Viktimisierung/ Moralisierung	[...] Sie sind offenbar mit einem Hass beseelt, gegen die Freiheitliche Partei, dass Sie immer mit Denunziationen und Unterstellungen arbeiten müssen. [...] Sie sollten endlich als Opposition, die Sie sein wollen, nicht Opposition gegen die Freiheitliche Partei machen, sondern Missstände in dem Land, die durch die aktuelle

	Regierung der SPÖ und ÖVP entstanden ist, tätig werden und nicht den Trittbrettfahrer, und sozusagen das Kampforgang der Rot-Schwarzen-Regierung gegen die FPÖ spielen!
<u>Kaschierungsstrategie:</u> Schulduzuweisung <u>Basisstrategie:</u> Viktimisierung [indirekt])	[...] die Selbstreflexion, die zumindest einmal die Grünen jetzt im Wahlkampf mit eigenen Plakaten gelebt haben, ist zumindest beachtlich. Sie bezeichnen sich zumindest auf den Plakaten als ein wenig belämmert und so sind auch durchaus Ihre Realitätsverweigerungen, die Sie da teilweise zum Besten geben. Wir haben gerade mit Werner Kogler eine Übereinstimmung, wenn's darum geht, dass die Hypo und die Notverstaatlichung, ohne Not der Hypo, und das war ein bayrischer <i>Wahlgrund</i> unter bayrischer Verantwortung, dass Sie da heute wieder in Auftrag von Rot und Schwarz wieder versuchen anders darzustellen. Dass das ein schwarzer Finanzministerskandal ist, wo eine Notverstaatlichung auf Kosten der österreichischen Steuerzahler stattgefunden hat, ohne Not und wo man hier ganz bewusst offenbar von Ihrer Seite wieder als Trittbrettfahrer versucht, der ÖVP die Mauer zu machen, um sich Türen aufzuhalten. [...]Die FPÖ hat nachweislich keine Eingänge diesbezüglich gehabt und auch keine, äh, Erleichterungen und letztlich Zahlungen der Telekom [...]
<u>Kaschierungsstrategie:</u>	[...] Jaja, in Wien erleben wir einen Subventionsschaden ohne Ende mit der MaHü, wo gerade drei Mio. Euro für ein Chaos in den Wind geblasen werden und Sie und wo Sie gründe Radwege anstreichen wollen. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Glorifizierung/ Profilierung	[...] Nein, grundsätzlich, also grundsätzlich ist alles, was mit dem Bereich Schwarzwirtschaft und Betrug zu tun hat natürlich zu bekämpfen, aber ich verwehre mich dagegen, das nur auf die Kleinen zu übertragen und die Großen davon kommen zu lassen. [...]weil es wird heute alles auf den kleineren und mittleren Einkommen eingeladen und abgeladen und abgewälzt und ich will genau dort letztlich Sorge tragen, dass die Menschen sich das Leben wieder leisten können, und mehr Netto vom Brutto für die Menschen auch möglich wird. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung/ Profilierung	[...] Also, Sie stellen ja Dinge falsch dar und genau darum geht's und ich denke, genau hier hätte die Bevölkerung auf der Mariahilferstraße natürlich ein Recht gehabt, wenn es um eine so schwerwiegende Entscheidung geht, [...] Wir sollten die Bevölkerung einbinden und entscheiden lassen. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Moralisierung	[...] Das sagt, dass das, was die Grünen unterstützen, mit Rot und Schwarz, nämlich nachdem man es nach neun Jahren Schul-

	pflicht nicht zustande bringt, dass Menschen offensichtlich zu einem Teil sinnerfassend lesen können, Mathematik und andere Grundbereiche verstehen lernen, dann will man zwei Jahre anhängen, eines falschen Systems!? [...] Na, mir müssen Jobs hier im Land möglich machen, und ned die Osterweiterung für rumänische, bulgarische Arbeitskräfte, wie dann weitere Verdrängungsprozesse in die Arbeitslosigkeit in Österreich forciert werden, was beschlossen wurde. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Viktimisierung [indirekt] + Profilierung	[...] Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich 2005 die Freiheitliche Partei übernommen habe! Eine Partei seit dieser Verantwortung leite, und nicht für meine Vorgänger Verantwortung trage, deren Handeln ich selbst verurteile, nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. [...]
<u>Basisstrategie:</u> Viktimisierung	[...], jedes schäbige Posting, das zu Gewalt aufruft, hetzerisch ist, ja und Leute diskriminiert, lehne ich grundsätzlich ab. Aber gerade in einem Wahlkampf, wo wir leider mit <i>dirty-campagning</i> konfrontiert sind, und Fake-Profile anonymer Art in Amerika angemeldet werden und dann eben mit unwahren Unterstellungen operiert wird, Frau Thurnher, Sie auch natürlich mitunterstützen [...] wo dann, wo dann Postings der FPÖ in die Schuhe geschoben werden, die nicht real sind, dann ist ja genau das <i>dirty-campagning</i>! [...]
<u>Basisstrategie:</u> Profilierung	[...] alle Österreicher wissen, dass ich mit den Vorgängern von mir in der Freiheitlichen Partei aufgeräumt habe und die Partei in eine saubere und korrekte Entwicklung abseits der Korruption geführt habe! Das wissen die Österreicher, da können Sie uns unterstellen, was sie wollen [...]

IV. Resümee

Strauß geht davon aus, dass es sich bei der politischen Sprache um ein aus einer Vielzahl von Fachsprachen bestehendes und der öffentlich-politischen sowie institutionellen Kommunikation dienendes Instrument handelt, welches einerseits über ein kognitiv-denotatives und andererseits über ein evaluativ-persuasives Potential verfügt. Dieses Theorem stellt allerdings eine deutliche Verknappung der reellen Umstände dar. Sowohl die Darstellungs- als auch die Entscheidungspolitik sowie die damit verbundenen politischen Sprachmuster werden somit fälschlicherweise als ident wahrgenommen. Anders als ihr politisches Pendant, richtet sich die Darstellungspolitik allerdings in erster Linie an ein öffentliches Publikum unterschiedlicher sprachlicher Varietäten. Mit dem primären Ziel, eine möglichst breite Wählerschaft für sich zu gewinnen, bedarf es aus diesem Grunde gleichwohl eines allseits verständlichen wie auch kompetenzvermittelnden Sprachstils.

Dieser Umstand stellt für die linguistische Analyse eine gesonderte Herausforderung dar, da zum einen alle Bereiche des sozialen Lebens verbal politisiert werden, zum anderen unterschiedliche Fachwörter anderer Disziplinen in den politischen Wortschatz aufgenommen werden können.²⁰⁰ Anhand des vorgenommenen Analyseverfahrens konnte zudem festgestellt werden, dass die Besonderheit des politischen Sprachgebrauchs in der Öffentlichkeit nicht in der Anhäufung sowie finitenreichen Verknüpfung mehrerer Fachsprachen besteht, sondern vielmehr grundlegende Elemente unterschiedlicher Sprachebenen in sich vereint. Demzufolge kann die politische Sprache gar keine spezielle Fachsprache sein.

Darüber hinaus gehören sowohl der gezielte Einsatz rhetorischer Stilmittel – allen voran die Metapher sowie der Euphemismus – als auch, wie auf den Wahlplakaten der Grünen erkennbar, sarkastisch formulierte Anspielungen zum Kernbereich persuasiven Sprechhandelns in der Darstellungspolitik.

Deutlich brisanter gestaltet sich dabei die im 5. Kapitel zusätzlich aufgetretene Frage nach dem persuasiven Stellenwert politischer Schlüsselwörter, genauer: die damit verbundene, dem Strukturalismus zugrundeliegende Zuordnung zur *langue* oder *parole*. In der Literatur stehen sich in diesem Zusammenhang nun zwei Sichtweisen gegenüber: Während Dieckmann das (politische) Schlagwort als ein Phänomen der *parole* klassifiziert, zieht Feldbick dieses vielmehr als eine Erscheinung der *langue* in

²⁰⁰ Vgl. Platz, Strategische Wahlkampfkommunikation, S. 56ff

Betracht. Doch scheinen bei genauerer Betrachtungsweise sowohl das eine als auch das andere, ob ihrer Komplexität und Abstraktheit, als signifikant zu weit gefasst.

So könnte die Conclusio möglicherweise in der Verwendung des inhaltlich näherliegenden Begriffs des Sprachwissens, welches auf dem sogenannten Weltwissen oder – präziser ausgedrückt – dem von Ernst verwendeten Terminus des Gebrauchskontexts²⁰¹ aufbaut und so als wesentliche Voraussetzung für die Deutung politischer Äußerungen gilt, liegen. Einzig auf diese Weise ist es möglich, eine Äußerung, sei es nun auf einem Plakat oder im Zuge einer TV-Debatte, verstehen und entsprechend verarbeiten zu können.

Der Politiker gleicht somit gewissermaßen einem sprachlichen Chamäleon, welches sich stets der jeweiligen Situation anpasst. Die politische Sprache ist, aufgrund ihrer Polysemie, somit beliebig einsetzbar. *Fachsimpelei* bei öffentlichen Debatten gepaart mit verbalen Attacken oder spitzzüngig formulierten Wahlslogans stoßen beim Wähler zumeist auf Begeisterung, welche wiederum, ohne sich darüber bewusst zu sein, in einem manipulativ geprägten (Wahl-)Verhalten gipfelt.

²⁰¹ Ernst, Peter: Germanistische Sprachwissenschaft. Eine Einführung in die synchrone Sprachwissenschaft des Deutschen. Wien: Facultas² 2011. S. 232.

V. Quellenverzeichnis

Dieckman, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter 1969.

Ernst, Peter: Germanistische Sprachwissenschaft. Eine Einführung in die synchrone Sprachwissenschaft des Deutschen. Wien: Facultas² 2011.

Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2002. (Germanistische Arbeitshefte 39)

Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hg.) Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2006. (Philologische Studien und Quellen Heft 200)

Glabischnig, Andrea Anita: Politische Inszenierung am Beispiel von Wahlplakaten der Landtagswahlen 2000 in der Steiermark. Syntaktische, semantische und pragmatische Analyse politischer Werbekommunikation. Diplomarbeit. Univ. Graz 2002.

Gönultas, Özlem: Die Anwendung von Angstappellen in der österreichischen Wahlwerbung am Beispiel der Wahlplakate bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008. Diplomarbeit. Univ. Wien 2013.

Großalber, Tanja: Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Eine sprachwissenschaftliche Analyse. Diplomarbeit. Univ. Wien 2012.

Gruber, Helmut: Ein Gespenst geht um in Österreich. Textlinguistische Untersuchungen zum populistischen Diskurs Jörg Haiders. In: Menz, Florian/Wodak, Ruth (Hg.): Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt/Celovec: Drava 1990.

Guttke, Matthias: Strategien der Persuasion in der schriftkonstituierten politischen Kommunikation. Dargestellt an Parteiprogrammen der neuen Rechte in Polen. Frankfurt/ Main: Peter Lang 2010. (Potsdamer linguistische Untersuchungen)

Habscheid, Stephan/Klemm, Michael (Hg.): Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2007. (Reihe Germanistische Linguistik 279)

Halwachs, Dieter: Schlüsselwörter des Politregisters. Analyse auf Basis einer Befragung unter Jugendlichen. In: Menz, Florian/Wodak, Ruth (Hg.): Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt/Celovec: Drava 1990.

Heringer, Hans Jürgen: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik. Sprache. Moral. München: Beck Verlag 1990. (Beck'sche Reihe 425)

Hoffmann, Lothar (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. Berlin/New York: de Gruyter 1998. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft)

Innerwinkler, Sandra: Sprachliche Innovation im politischen Diskurs. Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich. Bd./Vol. 1998. Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang 2010 (Reihe I Deutsche Sprache und Literatur)

Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag³ 2011.

Jarren, Otfried/ Sarcinelli, Ulrich/ Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998.

Klein, Josef: Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze. Bd. 23. Berlin: Frank und Timme 2014. (Sprachwissenschaft)

Kuhn, Fritz: Begriffe besetzen als Metapher. In: Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991.

Mikotajczyk, Beata: Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation. Dargestellt an polnischen und deutschen Texten zum EU-Beitritt Polens. Bd. 3. Frankfurt/Main: Peter Lang 2004. (Posener Beiträge zur Germanistik)

Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014.

Platz, Dania: Strategische Wahlkampfkommunikation. Wahlkampf-Intertextualität als strategische Komponente der Sprache im Wahlkampf. Bd. 53. Frankfurt/ Main: Peter Lang 2013. (Germanistische Arbeiten zu Sprache und Kulturgeschichte)

Roock, Arne: Wahlkampf. Eine linguistische Analyse strategischer Kommunikation. Bd. 31. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2011. (Sprache in der Gesellschaft. Beiträge zur Sprach- und Medienwissenschaft)

Schröter, Melani/Carius, Björn: Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs. Eine Einführung. Bd. 5. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2009. (Leipziger Skripten. Einführungs- und Übungsbücher)

Shrouf, Naser A.: Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949-1998. Bd. 18. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2006. (Angewandte Sprachwissenschaft)

Spitzmüller, Jürgen/ [u.a.] (Hg.): Streitfall Sprache. Sprachkritik als angewandte Linguistik. Mit einer Auswahlbibliographie zur Sprachkritik (1990 bis Frühjahr 2002). Bd. 3. Bremen: Hempen 2002.

Internetquellen

Bundeszentrale für politische Bildung: Girnth, Heiko:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg>

[Stand 2015-08-05].

Oberreuter, Heinrich: Politische Kommunikation als Sprachstrategie.

Zur demokratischen Bestimmung inhaltsbezogener Rhetorik und ihrer Krise.

http://www.kas.de/wf/doc/kas_29258-544-1-30.pdf?111128124104

[Stand 2015-08-08].

Trabant, Jürgen: Der Mensch ist nur Mensch durch Sprache.

http://www.graniczne.amu.edu.pl/PPGWiki/attach/2.%20Sitzung/Der%20Mensch%20ist%20nur%20Mensch%20durch%20Sprache_Trabant.pdf [Stand 2015-08-12].

Youtube-Video zur transkribierten TV-Debatte:

https://www.youtube.com/watch?v=53syy_amBg8 [Stand 2015-12-06].

Abbildungsverzeichnis - Wahlplakate

Abbildung 1 - Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014. S.16

Abbildung 2 - Roock, Arne: Wahlkampf. Eine linguistische Analyse strategischer Kommunikation. Bd. 31. Frankfurt/ Main [u.a.]: Peter Lang 2011. (Sprache in der Gesellschaft. Beiträge zur Sprach- und Medienwissenschaft) S. 29

Abbildung 3 - Guttke, Matthias: Strategien der Persuasion in der schriftkonstituierten politischen Kommunikation. Dargestellt an Parteiprogrammen der neuen Rechte in Polen. Frankfurt/Main: Peter Lang 2010. (Potsdamer linguistische Untersuchungen) S. 206

Abbildung 4 - Mikotajczyk, Beata: Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation. Dargestellt an polnischen und deutschen Texten zum

EU-Beitritt Polens. Bd. 3. Frankfurt/ Main: Peter Lang 2004. (Posener Beiträge zur Germanistik) S. 22

Abbildung 5 - Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2002. (Germanistische Arbeitshefte 39) S. 34

Abbildung 8 - Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014. S.67

Abbildung 9-11 und 16 : (FPÖ-Wahlplakate)/ **Abbildung 12-15 und 17** (GRÜNE-Wahlplakate): -

ÖSTERREICH.at:

<http://www.österreich.at/oesterreich/nationalratswahl2013/slideshow/Die-Wahlplakate-der-Parteien/113578476> [Stand 2016-02-29].

VI. Anhang

12. ORF TV-Konfrontation zur Wahl 2013 (HC-Strache vs. Eva Glawischnig) – Transkript

ORF-TV-Konfrontationen zur Wahl 13

Donnerstag, 29. August 2013 um 20:15

1. Duell: HC-Strache (FPÖ) und Eva Glawischnig (GRÜNE)

Vorstellung/ Begrüßung

- 1 **I.TH:** Das ist die Orientierungshilfe für Ihre Wahl - genau heute in einem Monat. Unser Publi-
2 kum heute im Studium, das sind die Fans und Anhänger unserer Gäste, die Ihnen hier den
3 Rücken stärken sollen und zur heutigen Premiere treffen zwei aufeinander, deren Parteien
4 an den entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums zu finden sind - Blau gegen
5 Grün! Da finden sich kaum Gemeinsamkeiten sollte man meinen, erstmals als Spitzenkandi-
6 datin geht für die Grünen, Eva Glawischnig, ins Rennen (*Begrüßung begleitet von Applaus*
7 *seitens des Studiopublikums*) und ihr gegenüber sitzt der mittlerweile dienende Parteichef in
8 Österreich für die FPÖ, Heinz Christian Strache (*Begrüßung begleitet von Applaus seitens*
9 *des Studiopublikums*). [Thurnher fragt, ob die beiden Spitzenkandidaten per Sie oder per Du
10 miteinander seien. Beide bestätigen seit jeher die Sie-Form!]
11
12 Zum Start jedes Zweiergesprächs wollen wir immer einmal zunächst ausloten und uns an-
13 schauen, wie Sie eigentlich zueinander stehen und das hat sich Klaus Dutzler angeschaut
14 und er hat auch prominente Insider um Tipps für ihre Gesprächsführung gebeten. Schauen
15 wir uns das an:

Video-Einspielung

Eva Glawischnig über die FPÖ (*Stimme aus dem OFF*): Rechtsextrem, korrupt, eine echte Hass-Partei!
Die FPÖ darf man nie wieder regieren lassen!

HC-Strache über die Grünen (*Stimme aus dem OFF*): Sie täuschen sich! Sie täuschen sich hier gewaltig! Das zeigt, dass Sie kein Vertrauen in die österreichische Bevölkerung haben.

befragte prominente Insider:

- Dieter Böhmdorfer - ehem. FPÖ-Politiker
- Freda Meissner-Blau - ehem. Grünen-Chefin

Es folgen einzelne, sich abwechselnde Sequenzen der Spitzenkandidaten und deren Haltung zueinander

Strache: Da treffen sich zwei, die so **goa ned** zueinander passen. - *Glawischnig*: Integration ist für mich eine gemeinsame Aufgabe. Sehr wohl der Politik und auch der Gesellschaft. - *Strache*: Integration ist eine Bringschuld des Zuwanderers, der zu uns kommt. [...] Die Frau Glawischnig - **sogt** die Vertreterin der Gucci-Fraktion - *Glawischnig*: Können sie aufhören mit den Untergriffen [Szenenwechsel] - *Strache*: Bei **olla** Wertschätzung, **oba** die Grünen **san** wirklich im wahrsten Sinne des Wortes Chlorophyll-Marxisten. **A Wossamelone, des kennt's ihr olle**: außen grün und **waunst** das **aufschneitst is** innen tief, tief rot. **Des san** die Grünen, jo! **I sog** bei **maunchen** Verhaltensmustern der Grünen versteh ich schon, dass immer mehr Bürger **sogn, i hob liaba a** Haus im Grünen **ois** an Grünen im Haus. - *Glawischnig*: Mein persönliches Ziel ist es, bei dieser Nationalratswahl am 29.09.2013 die FPÖ zu überholen.

[...]

Glawischnig: Sie wollen immer nur blockieren. Ich glaub, dass sich jetzt viele Menschen zu Hause vor dem Fernseher überhaupt nicht mehr auskennen. Außerdem werden Äpfel mit Birnen vermischt, vollkommen falsche Zahlen übereinander geworfen! Seien Sie so höflich und lassen Sie mich kurz zu Ende reden. ... Die wollen den Austritt aus der Euro-Zone, die wollen aus der Europäischen Union. ... Was Sie (gemeint Strache) gesagt haben, ist schlicht und ergreifend falsch. [...]

[...]

Glawischnig: Eine Partei, die damit spielt ... mit Antisemitismus ... ahm ... Hetze gegen Religionsgemeinschaften bewegt sich außerhalb dieses Grundkonsenses.

Strache: Mir tut das für Glawischnig leid, weil ich sie sehr schätze. [...]

50 **1) Vorstellung der Positionen und Images der anwesenden Parteien**

51 **I.TH:** Ja, dass Sie beide keine Freunde sind, dass ist unüberhörbar, aber Frau Glawischnig,
52 können Sie es sich leisten, Herrn Heinz Christian Strache nicht ernstzunehmen, auszula-
53 chen?

54
55 **G:** Nein, das kann ich nicht! Das kann auch eigentlich die ganze österreichische Gesellschaft
56 nicht. Also, wenn man sich vor Augen führt, was die FPÖ in ihren Regierungsverantwortun-
57 gen für einen Schaden angerichtet hat, ob das jetzt die Schwarz-Blaue Regierungszeit war,
58 ob das jetzt in Kärnten war; also mit den Lasten, die wir jetzt zu tragen haben, also die
59 Schäden aus der Hypo-Alpe-Adria mit wahrscheinlich bis zu 11 Mrd. Euro; für die Zukunft,
60 für die Zukunft unserer Kindeskinde muss man das sehr, sehr ernstnehmen. Und wir sehen
61 uns da auch als Gegenpol, also genau diese Ära von Korruption auch zu beenden, für die
62 die FPÖ steht und genau deswegen, ist es sehr ernstzunehmen.

63
64 **I.TH:** Dazu kommen wir auch gleich. Herr Strache, wenn man da jetzt zugehört hat - bei die-
65 sem Beitrag - dann hat man schon das Gefühl, dass die Nächstenliebe, die Sie so großflä-
66 chig plakatieren, sich bis zu den österreichischen Grünen also nicht ausdehnt.

67
68 **ST:** Nein, im Gegenteil! Also ich erlebe immer wieder, dass ja bewusst mit falschen Bildern
69 auch über meine Person und auch gegen die FPÖ falsche Bilder erzeugt werden und immer
70 wieder Stimmungen erzeugt werden, die ja nicht der Realität entsprechen und wenn ich oft-
71 mals Hass - leider Gottes - erlebe, dann oftmals auch gegen meine Person und die Freiheit-
72 liche Partei gerichtet, wo man eben genau hier bewusst - und das ist hier genau auch das,
73 was einen stört und auch den Bürgern auffällt – versucht, unsere Positionen bewusst zu ver-
74 drehen.

75
76 **I.TH:** Gut, dafür sitzen Sie ja jetzt beide live da, dann kann man bewusst die richtigen Positi-
77 onen darstellen [**ST:** So ist es] und da möchte ich gleich mit Ihnen beginnen, denn was auffäl-
78 lig fehlt in Ihrem Wahlprogramm, dass ist das, was sich die Grünen ganz zu oberst auf die
79 Fahnen geschrieben haben, nämlich der Kampf gegen Korruption! Ist Ihnen das überhaupt
80 nicht wichtig?

81 **ST:** Naja, Frau Thurnher, Sie werden ja auch als aktive Journalistin, die das Jahr 2002 erlebt
82 hat, und dann die weiteren Entwicklungen bis zum Jahr 2005, in Erinnerung haben - so wie
83 viele Österreicher -, wo wir damals innerparteilich gegenüber gewissen fragwürdigen Vor-
84 gängern ja mobil gemacht haben, gegen die eigene Parteispitze und uns auch drei Jahre
85 später im Jahr 2005 durchsetzen konnten und eine saubere und ehrliche freiheitliche Partei
86 auch sichergestellt haben.

87 **I.TH:** Na, jetzt redn wir über 2013 und die Korruption ist nicht weg ...
88
89 **ST:** In der FPÖ gibt es heute keine Korruption mehr, Frau Thurnher! Seit dem ich Obmann
90 bin.
91
92 **I.TH:** Aber „Kampf gegen Korruption“ findet sich in Ihrem Programm mit keinem Wort!
93
94 **ST:** Selbstverständlich bekämpfen wir Korruption, aber dort, wo die Grünen interessanter-
95 weise in der Regierung sind, erlebt man dann, wie in Wien, dass man nicht mehr an Aufklä-
96 rung interessiert ist, dass man sich plötzlich mit der SPÖ ins Bett gelegt hat; **do** müsste na-
97 türlich dann auch die Frau Glawischnig jede Nacht schlecht schlafen, wenn´s dann darum
98 geht, dass plötzlich nicht mehr Untersuchungsausschüsse zugestimmt wird wie Skylink oder
99 bei Missbrauchsvorwürfen im Rahmen von Wiener Kinderheimen oder auch im Bereich an-
100 derer Missstände in Wien wie z.B. St. Marx, wo ja auch einiges aufklärungsbedürftig wäre.
101 Dort wird das dann komischerweise vom Regierungspartner der Grünen in Wien zugedeckt
102 und keine Transparenz und keine Untersuchung unterstützt.
103
104 **TH:** Wasser bringen, Wein trinken lautet ein bisschen der Vorwurf, Frau Glawischnig!
105
106 **G:** Nein, ich möchte zuerst noch auf eine Behauptung eingehen, die der Herr Klubobmann
107 Strache gerade getätigt hat. Er ist seit 2005 Klubobmann der Freiheitlichen Parteien Öster-
108 reich und behauptet, dass seitdem ein Schlusstrich gezogen wurde mit Korruption und das
109 ist nicht wahr. Ich habe Ihnen auch etwas mitgebracht: Ahm, Sie sehen hier Ihre Freunde! ...
110
111 **I.TH:** Sieben Minuten und das erste Taferl! [*Fr. Glawischnig unterstützt ihre Aussagen mit*
112 *eigens mitgebrachtem Taferl*]
113
114 **G:** Ja, ist alt, aber gut! ... Uwe Scheuch, rechtmäßig verurteilt! Sie haben sich 2009 mit den
115 Kärntner Freiheitlichen wieder vereinigt! Er ist rechtskräftig wegen Korruption verurteilt wor-
116 den. Sie haben sich bis zum Schluss geweigert, das Urteil anzunehmen. Ahm, es geht wei-
117 ter: Herr Dörfler, ahm, der die Wahl in Kärnten mit 27% minus verloren hat! Sie haben ge-
118 sagt, er soll die Kettensäge nehmen und wieder sozusagen Holzbauer werden. Er ist jetzt
119 von Ihnen versorgt im Bundesrat. Ist Hauptschuldiger in einem Ermittlungsverfahren wegen
120 Missbrauch von Steuergeldern. Es geht weiter - Kurt Scheuch -, der die Justiz angegriffen
121 hat, und wie gesagt alles politisch motiviert, also einfach Mitleid erregen wollte und vielleicht
122 gehofft hat, dass man ihn deswegen wählt - rechtskräftig verurteilt. Susanne Winter: rechts-
123 kräftig verurteilt wegen Verhetzung, neuerlich auf Ihrer Liste. Also ich frage mich, ob so sau-

124 ber machen ausschaut. Gernot Rumpold, vom alten System Haider! Erstinstanzlich verurteilt.
125 Hier gibt es kein gemeinsames Foto, aber es hat mit Ihnen eine gemeinsame Firma gege-
126 ben, und da hätt' mich interessiert, was haben sie da eigentlich gemeinsam gemacht? Aber
127 mein Eindruck, um das jetzt abzuschließen, ist, dass sie es nicht geschafft haben, in ihrer
128 Partei auch wirklich aufzuräumen und genau mit diesen Korruptionstätern auch wirklich ei-
129 nen Schlusstrich zu ziehen! **[Applaus]**

130

131 **ST:** Also jetzt ist eines, glaub ich, wichtig darzustellen. Sie haben jetzt in ihrer Suada zwei
132 nachweisbare Unwahrheiten zum Besten gegeben: Ich bin nicht seit dem Jahr 2005 Klub-
133 obmann - nein! Ich hab im Jahr 2006 kandidiert für den Nationalrat und bin seit diesem Zeit-
134 punkt Klubobmann. Auch der Freiheitlichen Partei im Parlament, die zweite Unwahrheit, die
135 Sie zum Besten gegeben haben, ist jene, dass Sie mir Dinge unterstellen, die einfach so
136 nicht in diesem Zusammenhang richtig sind. Ich habe gehört, sie haben zwar mit einem
137 Double angeblich von mir trainiert, aber ich glaub in der Realität sehen Dinge dann oft an-
138 ders aus! Hat Ihnen das Double, das mit Ihnen trainiert, nicht gesagt, Sie sollten nicht unter-
139 griffig sein und genau das versuchen sie offenbar jetzt, denn genau diese - Frau Glawisch-
140 nig! ... **[Einwurf von G: Nein, das sind ja nur Tatsachen! Sie können das nicht leugnen.**
141 **Rechtskräftige Verurteilte, das ist ein Faktum]** ... Sie sollten auch mich und meinen Gedan-
142 kengang zu Ende führen lassen und nicht unhöflicherweise **[Einwurf von G: Gerne, spre-**
143 **chen Sie zu Ende]** unterbrechen, wie Sie das so gerne tun. Also ich möchte eines festhalten.
144 Zu diesen Anwürfen, ist eines zu sagen: Ich habe im Jahr 2005 als Parteichef in meiner Par-
145 tei eine Partei übernommen, die damals nicht nur mit Schulden übergeben wurde, sondern
146 auch mit drei Prozent, wie sie wissen, wo ich sichergestellt habe, dass wir einen ehrlichen
147 Weg gegen die Korruption gehen und viele dieser Herrschaften, die vorher Verantwortung
148 hatten, geschlossen zum BZÖ gegangen sind. Und es stimmt auch nicht, wenn sie gesagt
149 haben, wir hätten 2009 eine Wiedervereinigung mit dem ehemaligen BZÖ-Kärnten gemacht.
150 Nein, seit Juni dieses Jahres gibt es diesen Zusammenschluss, wo ich auch für Sauberkeit
151 stehe und dafür Sorge, dass eben Leute wie Herr Scheuch und auch andere, die rechtskräf-
152 tig verurteilt worden sind, auch keine Rolle spielen und genau darum geht's und genau das
153 wissen die Menschen auch! Aber ich möchte sie einmal mit einem Korruptionsbereich kon-
154 frontieren, der Sie und Ihre Partei betrifft: Haben Sie schon mit Peter Pilz gesprochen, dass
155 vor einiger Zeit aufgrund Ihrer antiamerikanischen Positionen, man könnte auch antizyonis-
156 tisch sagen, die ehemalige lybische, das ehemalige lybische Regime Gadaffi vier Mio. Schil-
157 ling an ein Büro in Wien überwiesen hat, nämlich „lybien people“-Büro, wo damals nachweis-
158 lich auch Konten, Konten vorhanden sind ... **[Einwurf von G: Ich sag Ihnen, es ist herrlich,**
159 **was Sie für Dinge ausgraben! Was soll das sein? Der lybische Geheimdienst? (lächelt)],** ...
160 ich sagen Ihnen Dokumente, es gibt Dokumente, die auch der Staatsanwaltschaft vorgelegt

161 werden, wo auch das lybische Konsulat auch das amtlich bestätigt hat, dass das Geld an die
162 Grünen geflossen ist, das steht auch auf dem Erlagschein, der überwiesen wurde, „to Austri-
163 an greens partie“ (**Einwurf von I.TH:** *Das muss schon sehr lang her sein*) ... nein, das ist
164 interessant, weil das ist ja irgendwas, was die Frau Glawischnig ja natürlich als Obfrau nicht
165 gerne versucht, offenbar wahrzunehmen und ernstzunehmen und da soll der Herr Peter Pilz
166 eine führende Rolle gespielt haben. Ich bin gespannt, wie sie damit umgehen werden, mit
167 solchen konkreten Belegen und Dokumenten, die wir auf der Staatsanwaltschaft vorliegen
168 haben!

169

170 **G:** Sie können gerne was vorlegen. Sie haben schon einmal behauptet, Peter Pilz sei rechts-
171 kräftig verurteilt worden, wir haben Sie dann geklagt und Sie haben auch Recht bekommen.
172 Sie sind dazu verurteilt, es zu unterlassen, zu behaupten, Peter Pilz ist rechtskräftig verur-
173 teilt. Es gibt in den Reihen der Grünen keinen einzigen rechtskräftig Verurteilten, allerdings in
174 Ihren Reihen - ich hab die Liste auch mit - seien sie vorsichtig - ich habe das Urteil auch mit.
175 Aktiv in der FPÖ: Susanne Winter, rechtskräftig verurteilt, Michael W. wegen Verhetzung
176 rechtmäßig verurteilt ... (**Einwurf von ST:** *Wer ist Michael W.?*), ... Gerald Z. - ich schütze
177 diese Personen - alle aktiv in der FPÖ wegen Amtsmissbrauch rechtskräftig verurteilt ... Ich
178 erspare Ihnen die weitere Liste! Ich möchte Sie etwas fragen, was Sie persönlich betrifft, ja!?
179 Ahm, es geht in vielen dieser Fälle um Missbrauch von Steuergeld. Das ist eine Broschüre,
180 die ist 2009 herausgegeben worden von der Bildungswerkstatt (*G. zeigt ein Prospekt mit*
181 *Strache am Titelbild*) ... ähm, ist aus Bildungsgeldern reserviert, also bezahlt aus Steuergeld,
182 soll zur politischen Bildung der Bevölkerung beitragen und da finden sich sage und schreibe
183 15 Fotos, 15 Fotos von Ihnen. Keines mit nacktem Oberkörper im Übrigen, [**Einwurf von ST:**
184 *Sind Sie neidig oder frustriert? (lacht) - G. lacht, daneben Applaus*] ... **G:** Sie können mir nur
185 erklären [**Applaus**]

186 **I.TH:** Also eine Broschüre finanziert aus - sagen Sie - **G:** ... aus Bildungsgeldern!

187

188 **I.TH:** Aus Steuergeld im weitesten Sinne und Sie sagen eine Werbebroschüre für Heinz
189 Christian Strache, gehört sich das?

190

191 **G:** Ja, ich möchte noch etwas zu Ende führen. Also, ich bin mit Volker Piesczek verheiratet,
192 ich bin schwer zu beeindrucken, was Oberkörper betrifft wollt ich nur sagen, ja! Aber diese
193 Werbebroschüre, ja, was hat das mit Bildung zu tun? Das ist aus meiner Sicht [**Einwurf von**
194 **ST:** *Zeigen Sie die andere Seite*] **G:** Ich zeige gerne die andere Seite! - **ST:** Die anderen Sei-
195 ten, wo Inhalte stehen - **G:** Was ist das z.B.? Was ist das? - Was lerne ich daraus? - **ST:** Sie
196 sollten die Inhalte vorlesen und zitieren ... da könnten Sie noch etwas lernen daraus! - **G:**
197 Das ist klassischer Missbrauch von Steuergeld. Ich möchte Sie bitten, diese Gelder zurück

198 zu überweisen an den Steuerzahler! - **ST**: Frau Glawischnig, schauen Sie, man kann heute
199 z.B. mit hanebüchenen Angriffen operieren, so wie Sie das versuchen - **G**: Na, erklären Sie,
200 was das ist und das mit Bildung zu tun hat? - **ST**: Sie sind offenbar mit einem Hass beseelt,
201 gegen die Freiheitliche Partei, dass Sie immer mit Denunziationen und Unterstellungen ar-
202 beiten müssen. Ich sag Ihnen schon - **G**: Falsch! - **ST**: Sie sollten ... - **G**: Das sind Fakten -
203 **ST**: Na, Sie sollten endlich als Opposition, die Sie sein wollen, nicht Opposition gegen die
204 Freiheitliche Partei machen, sondern Missstände in dem Land, die durch die aktuelle Regie-
205 rung der SPÖ und ÖVP entstanden ist, tätig werden und nicht den Trittbrettfahrer, und sozu-
206 sagen das Kampforgang der Rot-Schwarzen-Regierung gegen die FPÖ spielen! Das ist Ihre
207 Rolle und ich glaube, dass das den Österreichern nicht gefällt. Denn dort, wo sie Verantwor-
208 tung haben, da ist Chaos in Wien. Mariahilferstraße und andere Bereiche, wie Sie den Bür-
209 ger belasten. [Applaus]

210

211 **2) Thema „Korruption“ und „Steuerhinterziehung des „kleinen Mannes“**

212

213 **I.TH**: Ein paar konkrete Themen! Wir waren ja bei der Korruption und da ist, wenn man sich
214 ihr Wahlprogramm anschaut, ... hat man ja ein bisschen das Gefühl, Sie wollen damit vermit-
215 teln, Österreich ist eine einzig korrupte Bananenrepublik und jeder außer den Grünen ist kor-
216 rupt und belämmert. Ist dieses Pauschalurteil, das sie da mitliefern auf ihren Plakaten, nicht
217 total übertrieben und grenzt schon fast an etwas, was wahrscheinlich Herr Strache als Nest-
218 beschmutzung bezeichnen würde?

219

220 **G**: Nein, also, wenn Sie sich die internationalen Standort-Rankings anschauen, also „trans-
221 paring international“ z.B., die Korruptionsfälle untersucht und jedes Jahr die Länder einreihet.
222 Österreich ist da heuer wieder zurückgefallen, was Korruption betrifft und es geht hier ein-
223 fach um die Frage, wohin geht Steuergeld und unser Steuergeld soll ausschließlich dort hin-
224 gehen, wo es hingehört und nicht in korrupte Kanäle. Wir brauchen unser Steuergeld für die
225 Pflege, für die Kinderbetreuung, für bessere Schulen, für bessere Unis; also das ist so scha-
226 de, dass diese Korruption auch wirklich Zukunft aufgefressen hat in Österreich. Hätten wir
227 diese Situation in Kärnten nicht, wo eine, ähm, aus Machtüberlegungen in hochriskante Ge-
228 schäfte hinein getriebene Bank, Freundschaftswirtschaft zwischen damals, der FPÖ und Wirt-
229 schaft und Politik, hätten wir diese Erblast nicht von dieser Milliarden, wir hätten in vielen
230 anderen Bereichen wirklich Ressourcen für die vor allem für mich so wichtige Frage: Bil-
231 dungspolitik. [Applaus] ... und das ist, das ist auf gut kärntnerisch, **des is auf guad kärnt-**
232 **nerisch wirklich zun zuwe bleahn**. Was da wirklich verloren gegangen ist, Korruption frisst
233 wirklich Zukunft, nur deswegen ist es auch so wichtig! Grad die Grünen haben ja so viel bei-
234 getragen, aufzudecken, auch zu schauen, dass Geld zurückgezahlt wird! ... Ich hab für Sie

235 übrigens noch einen Erlagschein mit für die Telekom, da können Sie 600 000 Euro der FBK
 236 an die Telekom zurück überweisen **[Applaus]** ... Muss nur schauen, dass ich ihn find' (lacht)
 237 - **ST**: Also, Frau Thurnher, Frau Thurnher ... - (*Fr. Glawischnig übergibt Herrn Strache den*
 238 *Erlagschein*) - Herzlichen Dank, Sie können den behalten - **G**: **Na, na, des is für Sie.** Wir
 239 **hom kane** 600 000 Euro genommen. - **ST**: Sie können ihn behalten, weil das auch nicht bei
 240 der FPÖ eingegangen ist. ... Na, Faktum, Frau Thurnher ... - **G**: Erstinstanzlich verurteilt!
 241 Erstinstanzlich! - **ST**: Schaun Sie, erstinstanzlich ist keine rechtsstaatliche Entscheidung! Sie
 242 sollten auch rechtsstaatliche Entscheidungen zur Kenntnis nehmen. – **I.TH**: Sie bekämpfen
 243 das auch? - **ST**: So ist es. Ich sag' Ihnen klar und deutlich, die Selbstreflexion, die zumindest
 244 einmal die Grünen jetzt im Wahlkampf mit eigenen Plakaten gelebt haben, ist zumindest be-
 245 achtlich. Sie bezeichnen sich zumindest auf den Plakaten als ein wenig belämmert und so
 246 sind auch durchaus Ihre Realitätsverweigerungen, die Sie da teilweise zum Besten geben.
 247 Wir haben gerade mit Werner Kogler eine Übereinstimmung, wenn's darum geht, dass die
 248 Hypo und die Notverstaatlichung, ohne Not der Hypo, und das war ein bayrischer *Wahlgrund*
 249 unter bayrischer Verantwortung, dass Sie da heute wieder in Auftrag von Rot und Schwarz
 250 wieder versuchen anders darzustellen. Dass das ein schwarzer Finanzministerskandal ist,
 251 wo eine Notverstaatlichung auf Kosten der österreichischen Steuerzahler stattgefunden hat,
 252 ohne Not und wo man hier ganz bewusst offenbar von Ihrer Seite wieder als Trittbrettfahrer
 253 versucht, der ÖVP die Mauer zu machen, um sich Türen aufzuhalten - **G**: Ganz falsch, ganz
 254 falsch - **ST**: ..., um im Sinne eines rot-schwarzen Lebensverlängerungssystems vielleicht als
 255 dritter Trittbrettfahrer dabei sein zu können - **G**: Nein, nein, das ist falsch - **[Applaus] ST**:
 256 Das ist Ihre Methode... da haben wir eine andere Position, Frau Glawischnig. Da haben wir
 257 eine andere Position und wenn Sie dann mit solchen Dingen um sich werfen, glauben Sie
 258 mir, ich habe gerade im Jahr... - **G**: Ich werfe nicht damit herum, ich wollt's Ihnen einfach nur
 259 geben, zum einzahlen - **ST**: ... Ja, also ich denke, dass sollte derjenige einzahlen, der diese
 260 private, persönliche Bereicherung - wenn sie stattgefunden hat - auch erhalten hat. Die FPÖ
 261 mit Sicherheit nicht! Wenn, hat jemand sich privat damit bereichert. Die FPÖ hat nachweis-
 262 lich keine Eingänge diesbezüglich gehabt und auch keine, äh, Erleichterungen und letztlich
 263 Zahlungen der Telekom - **G**: Sie wissen, dass das falsch ist - **ST**: ... und Sie werden sehen,
 264 dass das auch das Gericht rechtskräftig feststellen wird.
 265
 266 **I.TH**: Herr Strache, Frau Glawischnig, ich würde gerne etwas vorschlagen! Ich möchte Ihnen
 267 gerne vorschlagen, über einen Teilaspekt von Korruption zu sprechen, der zwar viel weniger
 268 populär ist, als wenn man auf die großen *Debonzn* und Banken schimpft, aber der, wenn
 269 man auf Universitätsprofessor Dr. Schneider, den anerkannten Experten zu diesem Thema
 270 in diesem Land, hört, ah... dem Land sechs Milliarden jährlich an Steuergeld entgehen lässt.
 271 Und das ist, wenn wir das einmal so sagen wollen, die Korruption des kleinen Mannes, d.h.

272 ein bisschen da Steuern hinterziehen, privat Nachhilfestunden geben, ah, die halben Bier,
273 die man gezapft hat als Wirt, nicht bonieren, und lauter solche Sachen. Als Steuerhinterzie-
274 hung, Hintergehung von Sozialleistungen, Schwarzarbeit - sechs Milliarden Euro im Jahr. Ich
275 weiß, dass ist nicht populär, das kommt nicht gut an, und trotzdem da. Dieses Geld, um das
276 kämpfen Sie beide nicht in Ihren beiden Programmen! Wieso eigentlich nicht?

277

278 **G:** Nein, also, wenn Sie in unserem Programm nachblättern, wir haben auch das Stichwort
279 „Betrugsbekämpfung“ auch drinnen, wir haben die bessere Ausstattung der Wirtschaftskor-
280 ruptionsstaatsanwaltschaft, also Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftskriminalität zu be-
281 kämpfen. Also es ist im Moment so, dass das eine Stelle ist, die 40 Positionen haben sollte
282 und nur 20 besetzt hat. Und das ist aus meiner Sicht, ahm, Steuergeldverschwendung, weil
283 jeder Staatsanwalt, der dort Wirtschaftskriminalität und -korruption bearbeitet, bringt den
284 Steuerzahlenden dort auch wirklich Geld zurück und das ist auch in unserem Programm
285 drinnen, das auch deutlich auszuweiten. Aber ich möchte trotzdem nichts vermischen, ja. Es
286 haben doch Politiker eine andere Verantwortung, also mit Steuergeldern umzugehen. Und
287 das geht einfach nicht, dass man, ahm, bei Dingen einfach jahrelang wegschaut und das
288 geht einfach nicht, dass die Telekom oder öffentliche Unternehmen zur Geldmaschine für
289 Parteien werden. Ich wünsch **ma** auch, dass das Strafrecht verschärft wird. Ich wünsch mir,
290 dass illegale Parteifinanzierung auch mit Strafrecht geahndet wird so wie in Deutschland,
291 ahm, da gibt es einen Strafraum bis zu fünf Jahre Haft. Ich glaub, dass das sinnvoll wäre.

292

293 **I.TH:** Wären Sie da einverstanden, Herr Strache? Würd Ihnen das gefallen?

294

295 **ST:** Ich kann über das gerne diskutieren, aber man muss schon in Erinnerung rufen, dass die
296 Grünen es waren, die der aktuellen Regierung ein Ermächtigungsgesetz möglich gemacht
297 haben, die Parteienförderung zu erhöhen und die Politikergehälter und das find´ ich dann
298 schäbig, wenn man dann sich her setzt ... - **G:** Das ist falsch - **ST:** ... und permanent so tut,
299 als wäre man für mehr Gerechtigkeit in unterschiedlichen Bereichen - **G:** Das ist falsch! - **ST:**
300 ... und dann genau der Rot-Schwarzen Regierung durch ein Ermächtigungsgesetz und Ver-
301 fassungsmehrheit die alleinige Bestimmungsmöglichkeit für diesen Schritt zu geben. Das ist
302 Realität! - **G:** Nein, das ist falsch - **ST:** Da können Sie zwar ertappt reagieren, aber es ist so!

303 **[Applaus]**

304

305 **I.TH:** Klären Sie uns bitte ganz auf, damit wir uns auskennen!

306

307 **G:** Sie wissen, dass die Politikergehälter in den letzten Jahren eingefroren waren. Also es
308 gibt keine Erhöhung von Politikergehältern. - **ST:** Das wurde erst vor kurzem erhöht! Sie wis-

309 sen offenbar nicht einmal, was ... [**Einwurf von TH:** 1,8 Prozent waren es vom letzten Jahr
310 auf heuer.] ... offenbar im Parlament beschlossen wurde. - **G:** Es gibt ein Minus von 20 Pro-
311 zent, und was Sie auch sehr genau wissen ist, dass durch die neue Korridorregelung für die
312 Parteiförderung gerade in den Ländern, wo die Grünen auch in der Regierung sind, die Par-
313 teienförderung auch reduziert worden ist, nämlich in Oberösterreich und in Wien, das ist Fak-
314 tum. - **ST:** Jaja, in Wien erleben wir einen Subventionsschaden ohne Ende mit der MaHü,
315 wo gerade drei Mio. Euro für ein Chaos in den Wind geblasen werden und Sie und wo Sie
316 gründe Radwege anstreichen wollen – [**Applaus**] - **G:** Wir können auch gerne über die MaHü
317 reden ... gerne, sehr gerne

318

319 **I.TH:** Ich würd das auch schon gerne wissen, dieses Pfuschen und [dieser] Sozialbetrug und
320 ein bissl Steuern hinterziehen, wenn man mal was schwarz macht. Des ist Ihnen auch kein
321 großes Anliegen. Das kommt bei Ihnen auch nicht wirklich vor im Programm.

322

323 **ST:** Nein, grundsätzlich, also grundsätzlich ist alles, was mit dem Bereich Schwarzwirtschaft
324 und Betrug zu tun hat natürlich zu bekämpfen, aber ich verwehre mich dagegen, das nur auf
325 die Kleinen zu übertragen und die Großen davon kommen zu lassen. Die Großen sind es
326 heute, die es sich leisten können, gewisse Dinge sich zu richten. Im Bereich der Gruppenbe-
327 steuerung! Wo können Konzerne heute Milliardengewinne machen und dann kaum Steuern
328 zahlen oder der Herr Stronach jetzt, na der a Milliardär ist, aber von seinen Milliarden, die er
329 hat nur ... [**Einwurf von TH:** Das können Sie mit ihm dann gerne besprechen, wenn Sie...] ...
330 Nein, aber das zeigt, wie sich's dort manche richten und dort will ich etwas ändern, weil es
331 wird heute alles auf den kleineren und mittleren Einkommen eingeladen und abgeladen und
332 abgewälzt und ich will genau dort letztlich Sorge tragen, dass die Menschen sich das Leben
333 wieder leisten können, und mehr Netto vom Brutto für die Menschen auch möglich wird.
334 [**Applaus**]

335

336 **I.TH:** Neues Thema! **G:** Kann ich dazu noch kurz einen Satz sagen, ja!? – **I.TH:** Einen Satz! -
337 **G:** Sie haben jetzt das sogenannte Gruppensteuerprivileg angesprochen, das bedeutet, dass
338 Firmen in Österreich steuerlich absetzen können, wenn sie z.B. Verluste in Kasachstan oder
339 China oder irgendwo geltend machen, ja! Das ist übrigens ein Steuerprivileg, was unter
340 Schwarz-Blau eingeführt worden ist. Das gibt's in der ganzen Europäischen Union nicht, das
341 gibt's nur in Österreich! Das wurde damals von Schwarz-Blau eingeführt. Das freut mich,
342 dass Sie jetzt so einsichtig sind, dass das relativ unfair **woar!** Aber wir können das auch ger-
343 ne ändern, ja! [...] Lassen Sie mich nur einen Satz noch, ja! Sie haben jetzt, und ich möcht
344 nun mal kurz das thematisieren, welche Methoden Sie verwenden. Sie haben jetzt kurz in
345 einem Nebensatz behauptet, in Wien wäre der Heizkostenzuschuss für die Ärmsten gestri-

346 chen worden, und das ist schlicht und ergreifend falsch. [**Einwurf von ST:** *Das ist richtig!*] ...
347 Nein, und das ist so ärgerlich, weil Sie einfach offensichtlich Ihren ärgsten Feind nicht in den
348 Grünen, sondern in der Wahrheit haben. [**Applaus**] Darf ich es Ihnen kurz erläutern, wie es
349 wirklich **is**? **Da** Heizkostenzuschuss wurde umgewandelt, in einen Energiekostenzuschuss,
350 d.h. dass diesen Menschen die Fenster gedichtet werden, das Gerät ausgetauscht wird,
351 **damit's ned beim Fenster afoch nur ausse hatzn**, sondern damit sie in Zukunft auch wirk-
352 lich Energiearmut ... also am Punkt bekämpfen können. Das ist viel vernünftiger! Das war
353 auch eine Empfehlung der Armutskonferenz und genau das haben wir in Wien auch gemacht
354 und ich halt das wirklich für grundvernünftig! Ich möcht's nur sagen, weil man daran sieht,
355 dass Sie **afoch** mit da Wahrheit a Problem haben. - **ST:** Das ist so wie mit der Verbilligung
356 der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien. So wie Sie da vor da Wahl angetreten sind und dann
357 erleben wir durch die Tageskarte und die Wochenkarte oder auch für gewisse andere Berei-
358 che wie **olles teirer** geworden **is, ne!** Außer der Jahreskarte! - **G:** Ja, das is aber sehr rele-
359 vant (lacht) - **St:** jaja!

360

361 **3) Thema „Flüchtlingspolitik“**

362

363 **I.TH:** Neues Thema, neues Thema lieber Herr Strache, Frau Glawischnig! Es geht in diesen
364 Tagen ein bisschen auf der Welt zu! Wir alle schaun mit einigem Entsetzen nach Syrien und
365 ... ah ... alle Menschen reden über einen möglichen Angriff des Westens nach diesem ver-
366 heerendem, ah, Giftgasangriff und gleichzeitig meldet das UNO-Flüchtlingshochkom-
367 missariat das mittlerweile 1 Mio. Kinder allein schon in dieser Zeit aus Syrien flüchten muss-
368 ten. Jetzt hat Deutschland, das ja auch mitten im Wahlkampf steckt, beschlossen, 5000 zu-
369 sätzliche Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, außerhalb aller Kontingente und heute hören
370 wir von Michael Spindelegger, dass auch Österreich sich bereit erklärt, 500 zusätzliche
371 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Herr Strache, für Sie in Ordnung?

372

373 **ST:** Oiso, ich finde es absolut in Ordnung, angesichts dieser Entwicklung in Ägypten oder
374 auch in Syrien, **wos do** an erschreckenden Entwicklungen passiert is, also in Ägypten bitte
375 auch nicht ganz zu vergessen 56 christliche Kirchen, die abgebrannt sind und letztlich eine
376 Entwicklung wir dort erleben, die wirklich angsteinflößend is.

377

378 **I.TH:** Was aber Deutschland macht, und das wollt ich gerne noch besprechen ...!

379

380 **ST:** Und wenn wir christliche Verfolgungen, also wenn wir erleben, dass Christen verfolgt
381 werden, und mit dem Tod bedroht sind, dann sollte die Europäische Union grundsätzlich
382 überlegen, auch an den Grenzen und Außengrenzen der Europäischen Union diesen Men-

383 schen zu helfen, aber auch in Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Franzosen,
384 diese zur Verantwortung rufen, die uns den Propordment planen und damit erst recht die
385 Flüchtlingswelle anheizen, werden letztlich ihre Leistung (erbringen) hier auch zu leben.

386

387 **I.TH:** Wir wollten jetzt gar nicht die Weltpolitik hier besprechen, sondern nur die Frage, ob's
388 für Sie in Ordnung is, dass Österreich zusätzlich 500 Flüchtling aufnimmt, aber... - **ST:**
389 Selbstverständlich, ist es in Ordnung zeitlich befristet Menschen, die unsere Hilfe brauchen
390 aufzunehmen - **I.TH:** Zeitlich befristet, sagen Sie? - **ST:** Ja, selbstverständlich! - **I.TH:** Ah,
391 soweit wir wissen von Michael Spindelegger ... will das ja zeitlich unbefristet machen, aber
392 was die große Geschichte in Deutschland ist, die das ungewöhnlich macht und so anders
393 macht ist, die Deutschen sagen, diese Menschen können ohne Asylverfahren zu uns kom-
394 men, sie können bei uns arbeiten, sie können versuchen, sich zu integrieren, sie bekommen
395 auch ... ah... staatliche Unterstützung, wenn sie's brauchen! Ist das in Ordnung für Sie?

396

397 **ST:** Bei Kindern wird das schwer möglich sein, dass sie arbeiten [...] - **I.TH:** Ja, aber es wird
398 auch Erwachsene ... die Kinder werden ja nicht alleine kommen - das ist ja logisch! - **ST:**
399 Frau Thurnher, schau Sie, wenn wir heute nicht in den letzten Jahren in Österreich so eine
400 hohe Asylbetrugs- und -missbrauchsquote hätten, wo von 14.000 Asylantragstellern pro Jahr
401 von unabhängigen österreichischen Gerichten zu 80 Prozent negativ beschieden werden
402 und als Asylmissbraucher auch festgestellt werden, hätten wir unglaublich viel Platz, sofort
403 mehr helfen zu können. Es zeigt ja auch, wie notwendig es ist, dass wir uns da nicht mehr
404 auf der Nase herumtanzen lassen von Betrügern und Platz haben für Menschen, die wirklich
405 unsere Hilfe brauchen und so wie sie gerade in Syrien beschrieben haben, Menschen, die
406 aufgrund ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt werden und jetzt unsere Hilfe
407 benötigen.

408

409 **I.TH:** Und das machen Sie immer, dass Sie den Begriff „Asylwerber“ [**Applaus**] ...der Begriff
410 „Asylwerber“ kommt bei Ihnen immer in dem Zusammenhang mit Begriffen wie „Missbrauch“
411 und „Kriminalität“ vor. Gilt für Sie da eine Art Schuldvermutung gegenüber allen Asylwer-
412 bern?

413

414 **ST:** Nein, Frau Thurnher, auch Sie sollten die österreichischen unabhängigen Gerichtsents-
415 scheidungen des Asylgerichtshofes respektieren und ernst nehmen und wenn dort feststeht,
416 aufgrund der Urteile und auch der Urteilergebnisse, die ja schriftlich vorliegen, und das von
417 14.000 Asylwerbern pro Jahr in etwa 80% leider mit falschen Namensangaben, mit falschen
418 Geburtsdaten, falschen Landesangaben und falschen Verfolgungsgeschichten versuchen,
419 sich dieses hohe Recht des Asyls und Schutzes auf Zeit zu erschleichen, dann zeigt das,

420 dass das leider Gottes hier eine organisierte Kriminalität offenbar dahinter steckt, und hier
421 Dinge der Fall sind, die man abstellen muss. Ich glaube Menschen, die wirklich verfolgt wer-
422 den, brauchen Hilfe und nicht Betrüger. [Applaus]

423

424 **I.TH:** (*richtet sich Fr. Glawischnig zu*) Ich glaube, bei Ihnen kann man davon ausgehen, dass
425 Sie das in Ordnung finden, wenn Österreich so viele Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt, aber
426 man hat ja auch bei Ihnen ganz ungewöhnliche Töne in der Asylfrage in der letzten Zeit ge-
427 hört. Ah, da ging's um die Frage, ob's okay ist, im Wahlkampf, ahm, Asylwerber, ah, die kei-
428 nen Grund vorweisen können, abzuschieben und Sie haben gemeint, ja, das ist okay, ah das
429 ist vollkommen okay, wenn's sozusagen auf einer Rechtsgrundlage basiert und zeitnah pas-
430 siert. Ändert sich da etwas in der Linie der Grünen?

431

432 **G:** Ich find's bemerkenswert, dass ... ahm ... es geht hier um Syrien, es geht um einen, ei-
433 nen furchtbaren Zustand, wo immer die Schwächsten extrem leiden. Das sind in erster Linie
434 in solchen Gebieten halt, ahm, vor allem Frauen und Kinder, ja. Ah, dass Sie dann (*zu Stra-*
435 *che richtend*) sofort zur Kriminalität kommen, also das verwundert mich immer wieder. Ah,
436 also meine erste Empfindung is, also wie kann man überhaupt politische Lösungen finden,
437 um es abzustellen, also dass da wirklich ... also das ... da sind ja Kinder gefoltert worden in
438 Gefängnissen, also fürchterliche Dinge, wie kann man dem halt etwas entgegensetzten und
439 das nicht gleich mit einem Militärschlag. Das sind ganz schwierige politische Fragen, ja. Aber
440 gerne zu Ihrer Frage, Frau Thurnher! Selbstverständlich, es gibt ein Asylrecht in Österreich,
441 und wenn die Verfahren ordentlich, in einem überschaubaren Zeitraum durchgeführt werden,
442 dann kann man auch einer Familie ins Auge sehen und sagen, es gibt leider keinen
443 Asylgrund.

444

445 **I.TH:** Also dieses bedingungslose Bekenntnis, dieser Zeit, wo's von den Grünen einen Ab-
446 schiebestopp gegeben...eine Abschiebeforderung gegeben hat, die sind vorbei? Auch für
447 Sie?

448

449 **G:** Also, was bei uns auch immer wieder mitschwingt, wir haben immer Mitgefühl für jeden
450 Menschen und, ahm, wenn ein Mensch aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kosovo nach
451 Österreich kommt, ich hab für diese Menschen selbstverständlich auch Verständnis! Wir ha-
452 ben ein unglaubliches Glück, in diesem Breitengrad auf die Welt gekommen zu sein, ja. Un-
453 sere Verantwortung ist natürlich, die österreichische Gesellschaft zu verbessern, aber wir
454 vergessen auch nicht, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber anderen Teilen der
455 Welt und gegenüber anderen Menschen. Von dem bin ich einfach zutiefst überzeugt und das

456 ist nicht nur ein christlicher Wert, sondern das ist, glaub ich auch, ein wichtiges Menschen-
457 empfinden - Mitgefühl haben zu können, für andere Menschen [**Applaus**].

458

459 **4) Themen: „Mariahilferstraße“ und „Bildungspolitik“**

460

461 **I.TH:** Neues Thema! Was Ihnen beiden ein Anliegen ist, es soll mehr direkte Demokratie
462 geben in Österreich, mehr Volksbefragungen, mehr Volksabstimmungen. Das Volk soll ein-
463 fach bei allem und jedem mehr mitreden. Ah, Frau Glawischnig, und jetzt kommen wir zu der
464 von Ihnen angesprochenen Fußgängerzone „Mariahilferstraße“. Ah, das ist ein Wiener The-
465 ma und doch schafft es das in die bundesweiten Zeitungen und Medien und zwar deswegen,
466 weil viele sagen, da geht's drunter und drüber. Und man stellt sich ein bisschen die Frage,
467 warum gerade die grüne Verkehrspolitik, die doch auch so gerne von mehr Mitbestimmung
468 redet, da in Wien einfach drübergefahren ist und nicht vorher die Leute gefragt hat, wollen
469 sie das denn überhaupt auch?

470

471 **G:** Ich möchte vielleicht noch für die Zuseher, die nicht in Wien zu Hause sind, noch kurz
472 erklären: „Mariahilferstraße“ eine der größten Einkaufsstraßen Österreichs - **TH:** Kennt jeder,
473 glaub ich! - **G:** Ja, vom Einkaufen wahrscheinlich an Einkaufssamstagen, zu Weihnachten,
474 da ist sie nämlich Fußgängerzone! Für viele, die in der Weihnachtszeit nach Wien kommen,
475 ... kennen sie nur so! 75.000 Menschen gehen da übrigens über diese Straße (*lacht*). Ah, ich
476 möchte nicht, dass sich Menschen ärgern, und das ist ja auch jetzt eine Phase, wo man ver-
477 sucht, auch einzuladen, wie man eine so eine Flaniermeile entwickelt. Also, das ist ja **ka**
478 Durchzugsstraße, sondern das war immer schon eine Einkaufsstraße. - **I.TH:** Ja, aber man
479 hätte ja früher die Leute fragen können, ob sie das wollen, die Anrainer! Man hätte doch eine
480 Befragung machen können! Warum nicht? - **G:** Es wird jetzt, ahm, ... Die Inputs, die jetzt
481 kommen aus der Bevölkerung, werden ja alle aufgenommen, aber, wenn sie sich zurücker-
482 innern an die 70er-Jahre, 1971, als es darum ging, die Kärntner Straße autofrei zu machen,
483 ahm, gab es einen Aufschrei, also es gab solche Prophezeiungen, wie es wird zu einem
484 enormen Anstieg der Kriminalität kommen, die Innenstadt in Wien wird vollkommen veröden,
485 ja. Und irgendwie fühle ich mich manchmal ein bisschen dran erinnert, ja. Und wir sollten hier
486 auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Es gibt Fußgängerzonen in Eisenstadt, es gibt
487 **ane** in Linz, dann in Villach, es gibt **ane** in **Klofenfurt**, gut jetzt gibt es auch eine auf der
488 Mariahilferstraße! Ich glaub nur nicht, dass das nun das Problem **is**, dass Wien sich auch
489 wirklich weiterentwickelt. - **I.TH:** Die Frage war ja auch eigentlich mehr nach der direkten
490 Demokratie... - **G:** Ja, selbstverständlich - **I.TH:** Wenn einem das ein Anliegen ist, warum
491 fragt er nicht vorher? So wie bei Zwentendorf - zerst baun, dann fragen! - **G:** Es wird ...
492 (*lacht, Publikum und Strache lachen*) - Ich glaub' (*grinsend*), das kann man nicht wirklich

493 vergleichen. Wenn sie die Fußgängerzone mit einem Atomkraftwerk vergleichen, dann würd
494 ich sagen unser Lamm auf den Plakaten ist todsgefährlich.

495

496 **I.TH:** Na, tu ich doch wegen der Vorgehensweise! Aber, Herr Strache, Sie wollen das ja noch
497 mehr als die Grünen. Sie wollen überhaupt, dass die Bevölkerung über alles und jeden ab-
498 stimmen können. Gleichzeitig wollen Sie Bundeskanzler werden am allerliebsten und ir-
499 gendwie frag´ ich mich dann schon, Politiker werden in einer repräsentativen Demokratie
500 doch dafür bezahlt, dass sie dann auch unpopuläre Entscheidungen mal treffen und sie wol-
501 len am liebsten alles auslagern an die Bevölkerung. Wieso das?

502

503 **ST:** Das ist so nicht richtig! Denn die Schweiz lebt das ja vor seit 100 Jahren, eine parlamen-
504 tarische Demokratie zu haben, mit dem Recht des Volkes, korrigierend durch die direkte
505 Demokratie als Volkinitiative einzugreifen, und d.h. von 100% der parlamentarischen Ent-
506 scheidungen werden, wenn´s hoch hergeht, ein Prozent ja durch die direkte verbindliche
507 Volksbestimmung entschieden. Also, Sie stellen ja Dinge falsch dar und genau darum geht´s
508 und ich denke, genau hier hätte die Bevölkerung auf der Mariahilferstraße natürlich ein Recht
509 gehabt, wenn es um eine so schwerwiegende Entscheidung geht, und das ist ja kein Ver-
510 gleich zur Kärntner Straße. Sie haben die Kärntner Straße erwähnt. Die Kärntner Straße hat
511 als Fußgängerzone, ja, weniger Gehsteigbereiche gehabt als die Mariahilferstraße vorher
512 links und rechts an Gehsteigbreite zusammen gezählt, d.h. Sie verwechseln da Äpfel mit
513 Birnen und die Mariahilferstraße und die Kärntner Straße ... ist auch ein wesentlicher Unter-
514 schied: in dem einen Bereich der Kärntner Straße wohnen **fost kane** Menschen, in der Ma-
515 riahilferstraße, das ist ein Wohnbezirk, da wird´s jetzt in den Seitenbereichen natürlich ent-
516 sprechend stauen und dort kommt´s natürlich zu Entwicklungen, die nicht erfreulich sind für
517 die Bevölkerung. **[Applaus]** Wir sollten die Bevölkerung einbinden und entscheiden lassen.
518 Und die direkte Demokratie führen Sie zwar immer auf der Zunge, aber im Parlament,
519 wenn´s darum geht sie - den Antrag, wie wir in oft eingebracht haben auch möglich zu ma-
520 chen - stimmen Sie dagegen!

521

522 **I.TH:** Kurze Replik! Bitte zurücknehmen! - **G:** Ich kann mich erinnern, das letzte große Volks-
523 begehren, das es gegeben hat und das im Parlament zugewiesen wurde und diskutiert wor-
524 den ist, das war das Bildungsvolksbegehren. Das waren hunderte Kindergärtnerinnen und
525 Kindergärtner, die sich engagiert haben, Lehrerinnen und Lehrer, viele junge Leute. Also
526 viele Leute in ganz Österreich, die für dieses Bildungsvolksbegehren gekämpft haben und
527 auf der Straße dafür gerannt sind, ja. Ihre Aussage zu diesem Bildungsvolksbegehren war:
528 ... **[Einwurf von ST: Des hob i doch unterstützt!]** - **G:** ... Nein, Sie haben gesagt, aus der
529 SPÖ Mottenkiste, ahm, das hat über 400 000 Unterschriften geschafft, also was in diesen

530 Zeiten wirklich beachtlich ist, und Sie haben dafür nur Spott und Hemme übrig gehabt. - **ST**:
 531 Aber das stimmt doch nicht! - **G**: Ich kann Ihr Zitat ... Ich hab sie mit! Ein Satz nur noch: „Ein
 532 Volksbegehren aus der SPÖ-Mottenkiste (HC Strache)“ Lassen Sie mich noch kurz wei-
 533 tersprechen, ja. Mir hat das in der Seele weh getan, also gerade beim Bildungsbereich, wenn
 534 da so viel Reformbedarf da ist, ist es das glaube ich nicht wert, das in eine parteipolitische
 535 Schublade zu stecken. Sie wissen wie´s den **Ötan** (= Eltern) geht. Ein Satz nur noch, Sie
 536 wissen, wie die **Leid Nochhüfe zoihn** - 39 Euro mittlerweile für die **Stund** - sie kennen die-
 537 sen Satz: „Wir haben Schularbeit, wir haben Hausübung.“ Dieser Druck da, der auf den Fa-
 538 milien is ... - **ST**: Gerade Bildungspolitik, gerade Bildungspolitik ... (*Stimmengewirr sämtli-*
 539 *cher Beteiligter*) - **I.TH**: Herr Strache, ich verspreche Ihnen, Herr Strache ich verspreche
 540 Ihnen, ich verspreche Ihnen, dass das Bildungsthema wird in ganz vielen Gesprächen an
 541 diesem Tisch noch stattfinden. - **ST**: Da ist ja jetzt einiges gefallen, was man differenzieren
 542 muss. Ich meine, dass Sie mich gerne abwürgen weiß ich, Frau Thurnher. Des is wahr-
 543 scheinlich der Aufruf vom Rotfunk. ...
 544
 545 **I.TH**: Ich würd´ aber mit Ihnen nun gerne ... Nein, nein, aber schauen Sie mal auf die Uhr!
 546 Sie können gerne lesen, ja. - **ST**: Ja, da kenn ich Ihre parteiliche ...[**Applaus**] -**I.TH**: Nein,
 547 jetzt, genau jetzt haben Sie exakt die gleich lange Redezeit, so ist das ... Sie brauchen sich
 548 keine Sorgen zu machen. Aber vielleicht kommt Ihnen das ja ganz gut entgegen, was ich
 549 gerne mit Ihnen besprechen möchte! Ah, Sie beide möchten ganz gerne, das haben Sie bei-
 550 de gesagt, ah, um die jungen Wählerinnen und Wähler in Österreich - mal unter 30 - und
 551 dieses Match werden wir uns mal anschauen, wie da das Ergebnis ausgegangen ist. Wir
 552 haben eine Grafik, die können wir uns jetzt anschauen. [*Es wird eine Grafik eingeblendet -*
 553 *„Landtagswahlen 2013: Wahlverhalten der unter 30jährigen. Es handelt sich dabei um ein*
 554 *Balkendiagramm aus den Bundesländern: NÖ, Tirol, Sbg und Kärnten*] ... Die Wahl in Nie-
 555 derösterreich und in Tirol, da waren die Grünen vorne, bei der Wahl in Salzburg waren die
 556 Freiheitlichen vorne, und in Kärnten, damals noch ihre Schwesterpartei, jetzt wieder FPÖ,
 557 ein Kopf an Kopf Rennen. Das wird also wirklich ein heißes Match um die Wählerinnen und
 558 Wähler unter 30. Und, damit wir uns jetzt einmal vorstellen können, was die denen anbieten
 559 wollen, hätte ich folgende ganz konkrete Frage an Sie: 72.000 Menschen in Österreich, die
 560 unter 30 sind, haben Stand Ende Juni keinen Job. Was, Herr Strache - ganz konkret - kön-
 561 nen Sie denen anbieten?
 562 **ST**: Naja, zuerst einmal haben wir die Fürsorgepflicht als österreichische Politiker für die ei-
 563 gene österreichische Bevölkerung und ich denke, dass in diesen Bereichen viele Österrei-
 564 cher heute Opfer einer verfehlten Rot-Schwarzen Politik geworden sind. Das sind gerade in
 565 dem Bereich Arbeitslosigkeit, wo wir eine Rekordarbeitslosigkeit erleben, wo in der Bildung
 566 ein Versagen da ist - und Bildung ist die beste Form gegen Armutsbekämpfung. - **I.TH**: Das

567 war jetzt noch kein Angebot - **ST**: Nein, das ist wichtig, nämlich aufzuzeigen, warum wir dort
568 sind und wir haben ja die PISA-Studie vor uns und Sie werden Sie kennen, wenn **daun** dort
569 eklatant sichtbar wird, dass wir heute in Österreich junge Menschen haben mit 25 Prozent
570 der jungen Menschen, die nicht sinnerfassend lesen können und das es hier prozentuell
571 Entwicklungen gibt, wo gerade auch türkische Migranten zu 89 Prozent zu Hause kein Wort
572 Deutsch reden und dadurch letztlich in der Bildungsentwicklung ein Niveau nach unten der
573 Fall ist, dass von der PISA-Studie bestätigt wird, dann sind diese Menschen oft nur chancen-
574 los dann am Arbeitsmarkt. - **I.TH**: Sie sagen denen jetzt: „Geh´ zurück zur Schule“ - oder
575 was? Was sollen die jetzt machen? - **ST**: Das sagt, dass das, was die Grünen unterstützen,
576 mit Rot und Schwarz, nämlich nachdem man es nach neun Jahren Schulpflicht nicht zu-
577 stande bringt, dass Menschen offensichtlich zu einem Teil sinnerfassend lesen können, Ma-
578 thematik und andere Grundbereiche verstehen lernen, dann will man zwei Jahre anhängen,
579 eines falschen Systems!? Dann muss ma das System verändern und dafür schau'n und Zeu-
580 ge tragen, dass nach neun Jahren Pflichtschulsystem die Menschen auch sinnerfassend
581 lesen können, entsprechend mathematische Grundkenntnisse haben, etc. Das heißt, das
582 System muss man ändern und nicht das System zwei Jahr unnötigerweise verlängern, wie
583 die Grünen das als Vorschlag der Rot-Schwarzen-Regierung unterstützen. - **I.TH**: Davon
584 haben die 72.000 Personen unter 30 jetzt im Moment einmal gar nix. - **ST**: Na, mir müssen
585 Jobs hier im Land möglich machen, und ned die Osterweiterung für rumänische, bulgarische
586 Arbeitskräfte, wie dann weitere Verdrängungsprozesse in die Arbeitslosigkeit in Österreich
587 forciert werden, was beschlossen wurde. **[Applaus]** Das hilft den jungen Menschen nicht, die
588 dann **oarbeitslos** sind, wenn billigere Arbeitskräfte aus dem Osten den Arbeitsplatz weg-
589 nehmen.

590

591 **I.TH**: (*richtet sich an Fr. Glawischnig*) Ihr Angebot?

592

593 **G**: Also, erstens Feindbilder helfen jungen Menschen gar nicht. Sie haben es jetzt wieder
594 geschafft, von den jungen Menschen direkt zu den Ausländern zu kommen. Wirklich, er-
595 staunlich. Ich sag gern das, was wir in unserem Wahlprogramm als Angebot haben! Wir ha-
596 ben uns eine Aktion überlegt, die ähnlich wie die Aktion „10 000“, die vielleicht noch man-
597 chen bekannt ist, die heißt „get in“ und bedeutet das öffentliche Hand zwei Drittel der Lohn-
598 kosten übernimmt für ein Jahr und so eine Einstiegshilfe, insbesondere für Jugendliche, die
599 zumindest eine Ausbildung haben. Wir haben allerdings auch ein Problem mit Jugendlichen,
600 und das sind 80.000 im Jahr, die überhaupt keinen Schulabschluss haben und **des is** eigent-
601 lich die wahre Problemgruppe, weil da braucht's dann wirklich a Sozialcoaching, um sie
602 überhaupt zurück zu holen, dass sie eine Ausbildung abschließen. Also diese beiden Punkte
603 werden bei uns im Programm ... und mir is das persönlich auch ein ganz wichtiges Anliegen,

weil es **duat** so weh, wenn a Mensch mit **Fuchzahn**, ahm, nicht sinnerfassend lesen ..., weil des **haßt jo ned** nur, dass er am Sozialamt und am Arbeitsamt sitzt, sondern, dass ihm auch so wichtige Dinge wie **afoch** kulturell sich weiter zu entwickeln wie Lesen **afoch** vorenthalten bleiben. Und des **duat** echt in da Seele weh. **I man, I hab** von Ihnen wenig, ehrlich gsagt, zur Bildungspolitik in den letzten Jahren gehört. Mir ist jetzt nur noch der Uwe Scheuch mit seiner „**gsundn Detschn**“ **eingfoln**, ja (zu *Strache*). Nein, aber wenn Sie sagen, dass System soll sich ändern, ... ich hab sehr klare Vorstellungen, ich hab sehr klare Vorstellungen, wie sich das System ändern muss. Ich glaub´, dass es vor allem, **oiso**, dass sich so früh entscheiden müssen - **I man** da Vizekanzler **wü** jetzt wieder Aufnahmeprüfungen **fia** die AHS **mochn** - für 9jährige! Das muss man sich vorstellen, was das bedeutet! An einem Tag entscheidet sich die Bildungskarriere **fia a** Kind. Der Druck, der do auf da Familie **is, oiso** - i find des dermaßen **retro**!

5) Thema: „Mindestlohn“

I.TH: Wir können das gerne diskutieren, aber wir haben nicht mehr wahnsinnig viel Zeit und ich möchte gerne noch zwei Punkte hier ansprechen! Erstens einmal - ganz kurz - beide haben Sie in Ihren Wahlprogrammen die Forderung nach einem Mindestlohn. Bei den Grünen sind das 1450 Euro, bei den Freiheitlichen 1600 Euro und jetzt frag ich Sie, macht das nicht - ganz kurz nur - ... macht das nicht gerade die Jobsuche für die jungen Leute nicht noch schwieriger, weil sich eine Firma vielleicht überlegt, bevor ich einem Berufsanfänger ein so hohes Gehalt zahle, nehme ich doch jemanden Erfahrenen. Ist das nicht die Gefahr?

G: Also wir haben, wenn **ma** die Arbeitslosigkeit ansieht, wer ist davon betroffen? Es sind vor allem jüngere Arbeitnehmerinnen, ahm, die nicht reinkommen, es sind Ältere und in der Mitte sind´s diejenigen, die **ka** gute Qualifikation haben. Ich muss bei jeder Gruppe einzeln ansetzen. - **I.TH:** Wir reden jetzt nur über die Gruppe der 70.000 der unter 30jährigen.

G: Ja, ich find´s nur trotzdem, ... also 8,50 Euro in der Stunde zu verdienen, sollte eigentlich jedem Arbeitgeber, einem Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin wert sein. Das ist für mich ein Grund.

I.TH: In Deutschland gibt es ein große Diskussion, Herr Strache, über dieses Thema. Viele Experten sagen, schauen Sie nach Frankreich und nach Spanien, die haben diesen Mindestlohn und haben ein riesen Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit. Des kann Ihnen ja nicht wurscht sein?!

640 **ST:** Schauen Sie, grundsätzlich muss eines festgehalten werden, wenn man eine Mindest-
641 sicherung sicher stellt für Menschen, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, in **ana**
642 gewissen Höhe, **daun** sollte man in etwa doch dafür Sorge tragen, dass bei der Vollzeitbe-
643 schäftigung man doppelt so viel auch verdient, weil man es leistet. Und ich bin kein Anhä-
644 nger dessen, was wir leben. Wir haben heute in vielen Bereichen den untersten Kollektivver-
645 tragsbereich Entwicklungen, wo ein Österreicher im untersten Kollektivvertrag seine Familie
646 nicht ernähren kann und ich denke, da geht's um Gerechtigkeit, wo man auch Sorge dafür
647 tragen muss, wenn **olles teirer** wird in der Gesellschaft von Miet- und Betriebskosten, **Le-**
648 **bensmittl**, wo die Menschen ja jedes Jahr durch die Inflation kalt enteignet werden bis hin zu
649 den Pensionisten, das auszugleichen und entsprechend dafür Sorge zu tragen, dass **ma**,
650 wenn **ma wos oabeitet**, auch wieda **hoibwegs** leben kann davon und **ned** Monat **fia** Monat
651 kämpfen muss, seine Miete und Betriebskosten zahlen zu müssen. Da läuft einiges falsch!
652 Ich will niemandem etwas wegnehmen. I will den Rot-Schwarzen Verwaltungsspeck endlich
653 ausdünnen, wo 12,5 Mrd. Euro jährlich verlustig gehen. **Schaun's, wos** da Rechnungshof in
654 600 Punkten aufgezeigt **hot**, **oba i** versteh schon, dass Sie hier wahrscheinlich kein Interes-
655 se **haum**, weil Sie (*zu Frau Glawischnig richtend*) ja hoffen, demnächst als dritter Trittbrett-
656 fahrer bei Rot und Schwarz dabei zu sein. [Applaus] **G:** Ein Satz noch! ... Also jemand, der
657 unter Schlüssel Schwarz-Blau in der Regierung **woar**, braucht über **Beiwagerl** nix reden, weil
658 Sie sitzen in am so an großen **Gloshaus**, da sollten Sie wirklich **a bissl** aufpassen, ja! - **ST:**
659 Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich - der HC Strache -, dass ich Parteichef bin und diese
660 Partei seit dem Jahr 2005 ... - **G:** Jaja, ... Warum reden Sie von sich eigentlich immer in der
661 Dritten Person? - **ST:** Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich 2005 die Freiheitliche Partei über-
662 nommen habe! Eine Partei seit dieser Verantwortung leite, und nicht für meine Vorgänger
663 Verantwortung trage, deren Handeln ich selbst verurteile, nehmen Sie das einmal zur Kennt-
664 nis. - **I.TH:** Nein, aber Sie waren 2004 auch schon in der Partei, das wollen wir auch nicht
665 vergessen, aber ... [Applaus]

666

667 **6) Thema: „Koalitionswünsche vor der NRW“**

668

669 **I.TH:** Ich möchte noch eine Frage, bitte mit einer ganz kurzen Antwort, an Sie richten, weil wir
670 über Wahlkampf gesprochen haben, der sich an die Jugend richtet und Sie haben ja immer
671 wieder dieses Problem, ... - **ST:** Wir sprechen **olle** Generationen an - **I.TH:** Ja, aber wir woll-
672 ten jetzt konkret über Jugend sprechen! Sie haben ja immer wieder das Problem mit diesen
673 rechtsradikalen Parolen auf Ihren Homepages. Ich wollte Sie fragen, ob Sie sich jetzt und
674 hier, live im Fernsehen, ob Sie jetzt einmal sagen wollen, liebe Leute oder ihr Leute, wahr-
675 scheinlich „lieb“ sind die nicht, ich will mit euch nichts zu tun haben, postet mir nicht mehr,

676 wählt mich nicht mehr, ich will von euch nichts mehr wissen! Wollen Sie jetzt diese Live-
677 Sendung nützen, um das zu sagen!

678

679 **ST:** Frau Thurnher, jedes schäbige Posting, das zu Gewalt aufruft, hetzerisch ist, ja und Leu-
680 te diskriminiert, lehne ich grundsätzlich ab. Aber gerade in einem Wahlkampf, wo wir leider
681 mit *dirty-campagning* konfrontiert sind, und Fake-Profile anonymer Art in Amerika angemel-
682 det werden und dann eben mit unwahren Unterstellungen operiert wird, Frau Thurnher, Sie
683 auch natürlich mitunterstützen - keine Frage ... - **I.TH:** Nein, tu ich gar nicht ... Ich geb'
684 Ihnen die Gelegenheit zu sagen, ich geb' Ihnen die Gelegenheit, sich diesbezüglich zu dis-
685 tanzieren - **ST...** ,wo dann, wo dann Postings der FPÖ in die Schuhe geschoben werden, die
686 nicht real sind, dann ist ja genau das *dirty-campagning*! Und da würd' **i ma** wünschen, wenn
687 endlich da Herr Öllinger und auch der Herr Sailer, die User anzeigt, denn **sunst** tun's wir.
688 Denn i sog diese User müssen ausgeforscht werden und strafrechtlich sollte man entspre-
689 chend die verurteilen - für ihr Handeln.

690

691 **I.TH:** Wir haben jetzt einen Redezeitvorsprung, wenn ich auf die Uhr schaue, von zwei Minu-
692 ten. Deswegen frage ich jetzt die Frau Glawischnig als nächstes und wir reden übers Mitre-
693 gieren. Das wollen Sie ja auch ganz gerne, ahm, in der Zeit nach der Wahl. Drum würde ich
694 Sie jetzt auch ganz gern bitten, mir zu sagen, was glauben Sie denn am ehesten, was genau
695 heute in einem Monat - dann oder vielleicht ein paar Tage danach - für eine Regierungsform
696 herauskommt. Also was ist die wahrscheinlichste Regierungsform, mit der Sie rechnen nach
697 der Wahl?

698

699 **G:** Das **is** aus heutiger Sicht ganz schwer zu sagen, weil die Erfahrungen aus den Land-
700 tagswahlen so unterschiedlich waren. Also, wer hätte jemals gedacht, dass es, ahm, in Kärn-
701 ten a Rot-Grüne-Mehrheit gibt mit einer Stimme abgesichert oder wer hätte jemals gedacht,
702 dass es in Salzburg 20% für die Grünen gibt. Also ich hätte das nicht gedacht. Sie (*zu Stra-*
703 *che*) haben sich dieses Jahr wahrscheinlich auch anderes vorgestellt. Sie haben noch am
704 Aschermittwoch [...] verkündet, sie wollen Kanzler (werden) - 33% - und das haben Sie bei
705 diesen Landtagswahlen - ich glaub - mehr verloren als ÖVP und SPÖ, nämlich fast 140.000
706 Wählerinnen und Wähler. Wir haben fast 70.000 dazu gewonnen. Also es ist, aus meiner
707 Sicht, vollkommen offen, was an diesem Wahltag passiert. Ich glaub nur, dass viel in Bewe-
708 gung **is**.

709 **I.TH:** Aber wissen Sie, in Deutschland ist es ganz normal, dass die Parteien vor der Wahl
710 sagen, welche Koalition sie sich vorstellen. Und in Österreich ist es so, dass das keine Tradi-
711 tion hat und das finden die allermeisten Leute schade, dass dem so ist. Ahm, Karmasin hat
712 im Auftrag des ORF eine Umfrage gemacht und hat die Leute auch gefragt: *Würden Sie sich*

713 *das wünschen, dass das die Parteien vor der Wahl sagen?* Und wir können uns das Ergeb-
714 nis anschauen! *(Eine erneute Grafik - ein Balkendiagramm - wird eingeblendet)* Das waren,
715 glaub ich, 73%, die gesagt haben: „Bitte, sagt uns doch vor der Wahl, was ihr nach der Wahl
716 vorhabt!“ - Also, bitte Frau Glawischnig, sagen Sie’s uns!

717

718 **G:** Ja, das kann ich sehr gerne machen! Also für mich **is** eine der wichtigsten Fragen, also
719 das der Grundstein dieser Republik, nämlich das Korruption, Machtmissbrauch, Proporz,
720 dass das abgestellt wird! Das ist überhaupt eine Grundvoraussetzung, dass die Grünen
721 überhaupt über Regierungszusammenarbeit reden. Des **is a** Basisvoraussetzung. Und an-
722 sonsten: Ich glaub, es ist bekannt, wofür wir oder ich persönlich auch brenne! Das ist natür-
723 lich der Einsatz für die Umwelt, das ist mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben, ...
724 für das kämpfe ich auch!

725

726 **I.TH:** Das ist aber nicht, was diese Leute sich wünschen! Sie wissen, was die Leute sich
727 wünschen. Die wünschen sich, dass die Parteien vor der Wahl sagen, wir treten an, um -
728 was weiß ich - danach Rot-Grün zu machen. Wollen Sie das jetzt sagen?

729

730 **G:** Ich kann mir das sowohl vorstellen mit ana ÖVP, die sich von bestimmten Retroposition
731 verabschiedet, v.a. bei der Bildungsreform, also wenn **ma** sagt, *ganztägige Schulen gehören*
732 *zum Kommunismus*, mit dem kann ich echt nichts anfangen! Und eines muss ich auch offen
733 sagen, also FPÖ darf man aus meiner Sicht einfach in keine Regierung mehr lassen. Es ist
734 so viel Schaden angerichtet worden und deswegen wird’s das auch mit uns in **kanster** Form
735 nie und nimmer gebn. **[Applaus]**

736

737 **I.TH:** Ah, Herr Strache, sagen Sie uns doch Ihre Wunschkoalition - ganz kurz!

738

739 **ST:** Na, zuallererst schon noch,... olle Österreicher wissen, dass ich mit den Vorgängern von
740 mir in der Freiheitlichen Partei aufgeräumt habe und die Partei in eine saubere und korrekte
741 Entwicklung abseits der Korruption geführt habe! Das wissen die Österreicher, da können
742 Sie uns unterstellen, was sie wollen - **I.TH:** Bitte, beantworten Sie die Frage! - **ST:** Ich habe
743 ganz klare inhaltliche Forderungen und Botschaften und wer die bereit ist, mit uns umzuset-
744 zen, kann Partner sein. Ich will die direkte Demokratie, wie in der Schweiz umsetzen als ver-
745 bindliches - **I.TH:** Sagen Sie uns ganz einfach, mit welcher Partei Sie zusammenarbeiten
746 wollen, das wünschen sich die Leute! - **ST:** Jede Partei. Von den Grünen bis zur SPÖ, die
747 diese Inhalte bereit sind zu unterstützen. - **I.TH:** Es ist Ihnen wurscht! - **ST:** Ich will ausstei-
748 gen aus dem ISN-Schuldhaftungsverein, ich will kriminelle Asylwerber ... **[Applaus]** - **I.TH:**
749 Gut, danke! Ich wollt Sie nur nach Ihrer Parteireferenz fragen! Herr Strache, ich danke Ihnen

750 ... gut, also die Frage nach der Parteipreferenz ist jetzt nicht so wirklich zufriedenstellend für
751 viele Menschen beantwortet worden, aber ich bedanke mich bei Ihnen sehr, sehr herzlich
752 fürs Kommen, Herr Strache, Frau Glawischnig! Schön, dass Sie heute Abend da waren.
753 Meine Damen und Herren, Wunsch oder Wirklichkeit, wie's nach der Koalition aussieht, ob
754 der Kampf um Platz 3 zwischen den beiden stattfindet oder ob Sie *(zu Herr Strache deutend)*
755 gerne um Platz 1 mitspielen, wir werden's sehen! Das jedenfalls war die erste Begegnung
756 am Konfrontationentisch des ORF. Die nächste Zweierkonfrontation beginnt hier in wenigen
757 Minuten [...] Bleiben Sie auch beim nächsten Duell dran! Bis gleich!

13. Lebenslauf

Name:	Silke Theresia Huber
Geburtstag:	26.06.1987
Geburtsort:	Wels (OÖ)
Wohnort:	Raaba-Grambach (Stmk)
Staatsangehörigkeit:	Österreich
Kontakt:	silkethesia@edumail.at

Schulische/ Universitäre Ausbildung

1993 - 1997	Volksschule, Thalheim bei Wels
1997 - 2001	Hauptschule, Bad Schallerbach
2001 - 2002	Einjährige Wirtschaftsfachschule, Vöcklabruck (Don Bosco)
2002 - 2007	Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe, Vöcklabruck (Don Bosco)
2007 - 2010	Bachelorstudium Germanistik, Karl-Franzens-Universität GRAZ
2010 - 2015/16	LA-Studium Deutsch/ Geschichte, Politische Bildung und Sozialkunde an der Universität Wien

Berufliche Tätigkeit

September 2014 - Juni 2016	WIFI OÖ - Kursleiter für Lehre mit Matura (LmM) und Berufsreife Deutsch (BRP)
-----------------------------------	--

Weitere Qualifikationen

Fremdsprachenkenntnisse in Englisch, Grundkenntnisse in Französisch und Spanisch

Studienschwerpunkte

Sprachwissenschaft und Neuere deutsche Literatur

VII. Abstract

Die Politik ist das Wesen eines jeden Landes. Obgleich sie als solches regelmäßig als Sündenbock für etwaige wirtschaftliche oder soziale Verfehlungen herhalten muss oder oftmals aus anderen Gründen - mal zu Recht, mal ungerechtfertigt - gerne an den moralischen Pranger gestellt wird, bildet sie „als Wesen eines jeden Landes“ dennoch einen wichtigen Bestandteil unseres Zusammenlebens. Gleichermäßen verhält es sich mit dem politischen Sprachgebrauch in der Öffentlichkeit bzw. der Darstellungspolitik im Allgemeinen. So stellt die politische Sprache nicht nur ein akzidentelles Instrument der Politik dar, sondern bildet sie primär die Bedingung ihrer Möglichkeiten. In diesem Sinne erscheint es, trotz der ständigen Konfrontation mit politischen Sprachprozessen sowohl in den Printmedien als auch im Fernsehen, nahezu unerklärlich, wie wenig Verständnis und Aufmerksamkeit diesem Thema seitens zahlreicher Wahlberechtigter und somit politischer Mitgestalter doch entgegengebracht wird.

Besonders treffend formulierte es einst Erhard Eppler, deutscher Politiker der SPD, indem er meinte, dass sich in der Politik nur schwer zwischen Reden und Handeln unterscheiden lasse. Der Versuch, die politische Sprache einer engen oder weit definierten Fachsprache zuzuordnen, erweist sich aufgrund ihrer enormen Komplexität nahezu als impraktikabel und kann mitunter zu Identitäts- und Abgrenzungsprobleme führen

Diesem Gedanke zugrundeliegend ergaben sich für die vorliegende Diplomarbeit nun folgende Fragen: Welcher sprachliche Methoden bedienen sich Politiker, um in der Öffentlichkeit zu überzeugen? Was zeichnet politisches Sprechverhalten aus? Welcher Terminologie bedienen sich Politiker, um den Wähler zu überzeugen? Wie lässt sich der politische Sprachgebrauch überhaupt definieren? Wie wirken Wahlplakate - basierend auf ihrer sprachlichen Gestaltung - auf den Wähler? Welcher Eindruck wird vermittelt? Welche politischen Strategien bzw. Ziele werden damit verfolgt? Lassen sich hinsichtlich ihrer sprachlichen Gestaltung Unterschiede, Gegensätze oder gar Übereinstimmungen feststellen? Hebt sich eine Partei bei ihrer Wahlwerbung besonders ab?